Außen- und Europapolitischer Bericht 2024

Bericht der Bundesministerin für europäische und internationale Angelegenheiten

Weltweit für Sie da

Inhaltverzeichnis

1. Jahresüberblick und Ausblick 5

2. Mitgestaltung der EU 15

2.1 Erweiterung 15

2.2 Asyl- und Migrationsdebatte, Schengenreform und Schengenerweiterung 17

2.3 Institutionelle Fragen: EuGH-Reform, EGMR-Beitritt der EU 18

2.4 Schutz europäischer Grundwerte 18

2.5 Reform- und Zukunftsdebatte 18

2.6 Revision des Mehrjährigen Finanzrahmens 19

2.7 Fortschritte bei Handelsabkommen 19

2.8 Österreichischer Vorsitz der EU-Strategie für den Donauraum 20

2.9 Beziehungen EU – Schweiz 21

2.10 Beziehungen EU – Vereinigtes Königreich 21

2.11 Außenfinanzierungsinstrumente und Global Gateway 21

2.12 Samoa-Abkommen 22

3. Österreich und die Welt 24

3.1 Österreichs Nachbarstaaten 24

3.2 Südosteuropa bzw. Westbalkanstaaten 41

3.3 Östliche Nachbarschaft der EU, Türkei 47

3.4 Südliche Nachbarschaft der EU 57

3.5 Mittlerer Osten, Arabische Halbinsel 62

3.6 Subsahara Afrika 65

3.7 Amerika 71

3.8 Asien 76

3.9 Australien und Ozeanien 80

4. Multilaterales Engagement Österreichs 82

4.1 Vereinte Nationen 82

4.1.1 Aktivitäten in New York 82

4.1.2 Aktivitäten in Wien 90

4.1.3 Aktivitäten in Genf 91

4.1.4 Internationaler Gerichtshof (IGH) und Internationaler Strafgerichtshof (IStGH) 94

4.2 Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) 94
4.2.1 Regionalfragen und Feldaktivitäten 95
4.2.2 Sicherheitspolitische Dimension 97
4.2.3. Wirtschafts- und Umweltdimension 97
4.2.4 Menschliche Dimension – Menschenrechte 97
4.3 Europarat 98
4.4 Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) 100
4.5 Amtssitz Österreich 103
4.6 Menschenrechte 106
4.6.1 Schwerpunkte 106
4.6.2 Menschenrechte in den Vereinten Nationen 108
4.6.3 Menschenrechte in der Europäischen Union 109
4.6.4 Menschenrechte im Europarat 109
4.7 Sicherheit 110
4.8 Internationale Abrüstung und Rüstungskontrolle 115
4.9 Multilaterale Exportkontrolle 117
4.10 Klimaschutz, Umwelt und Energie 118
4.11 Neue Technologien, Digitalisierung und Innovation 120
5. Österreichische Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Angelegenheiten 123
5.1 Schwerpunkte der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit 127
5.2 Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit 129
5.3 Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit 132
5.4 Humanitäre Hilfe und Katastrophenhilfe 135
5.4.1 Bilaterale humanitäre Hilfe 136
5.4.2 Multilaterale Humanitäre Hilfe und die Europäische Union 138
6. Außenwirtschaft 144
6.1 Geoökonomisches Umfeld 144
6.2 Exportnation Österreich 144
6.3 Point of Contact Ukraine-Wiederaufbau (PoC) 146
6.4 Das Unternehmensservice des Außenministeriums und ReFocus Austria 148
7. Konsularisches 151

7.1 Bürgerservice und operatives Krisenmanagement im Ausland 151
7.2 Visa- und Aufenthaltsangelegenheiten 151
7.3 Asylfragen und externe Aspekte der Migration 152
7.4 Bekämpfung des Menschenhandels 153
7.5 Die Auslandsösterreicherinnen und Auslandsösterreicher 155
7.6 Allgemeine Konsular- und Rechtsfragen 157
8. Internationale Kulturangelegenheiten 159
8.1 Schwerpunkte und Projekte 159
8.2 Wissenschaft, Bildung und Sprache 162
8.3 Interkultureller und Interreligiöser Dialog 165
8.4 Bilaterale Abkommen in den Bereichen Kultur, Bildung und Wissenschaft 167
8.5 Auslandskulturarbeit im Rahmen der Europäischen Union und der UNESCO sowie EXPO 2025 in Osaka 168
8.6 Multilaterale wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit 169
8.7 Österreich-Bibliotheken 170
8.8 Der historische Dienst im Außenministerium 171
8.9 International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA), Fragen der NS-Vergangenheit und Zukunftsfonds 172
9. Österreichischer Auswärtiger Dienst 174
9.1 Arbeitgeber Außenministerium 174
9.2 Budget des Außenministeriums 176
9.3 Weltweite Infrastruktur und Digitalisierung 178
9.4 Vertretungsbehörden und Honorarkonsulate 179
9.5 Organigramm 180
9.6 Österreichische Dienststellen (Berufsvertretungen) und deren Leiterinnen und Leiter 180
9.7 Diplomatische Akademie Wien 188

1. Jahresüberblick und Ausblick

Fortsetzung des Angriffskriegs Putins: Österreich bleibt solidarisch mit der Ukraine

Am 24. November erreichte der unprovozierte, völkerrechtswidrige russische Angriffskrieg die traurige Marke von eintausend Tagen. Zu den wichtigsten militärischen Entwicklungen zählten im Mai eine russische Offensive gegen Kharkiw und im Oktober ein ukrainischer Gegenangriff auf die russische Region Kursk.

Angesichts der anhaltenden Angriffe Russlands bekräftigte Österreich sowohl auf bilateraler als auch auf multilateraler Ebene seine solidarische Unterstützung für die Ukraine. Österreich ist sowohl im Rahmen der EU als auch bilateral ein wichtiger Geber humanitärer Hilfe. Wir beteiligen uns an der EU-Makrofinanzhilfe sowie an der Europäischen Friedensfazilität. Österreich stellt der Ukraine nicht-letale Ausrüstung zur Verfügung, liefert allerdings grundsätzlich keine Waffen.

Österreich unterstützte die Eröffnung von EU-Beitrittsverhandlungen mit der Ukraine, legt dabei jedoch großen Wert auf die Umsetzung der von der EU geforderten Reformen und Fortschritte im Kampf gegen die Korruption.

Im Rahmen des ukrainischen Zehn-Punkte-Plans mit dem Ziel eines gerechten, umfassenden und dauerhaften Friedens engagierte sich Österreich insbesondere in den Bereichen Nuklear- und Ernährungssicherheit. Höhepunkt war der internationale Friedensgipfel am 14. und 15. Juni am Bürgenstock in der Schweiz. Es nahmen 160 Delegationen teil, nicht jedoch Russland. Trotz der breiten Unterstützung der Abschlusserklärung blieb ein Durchbruch aus.

Gleichzeitig trug Österreich die restriktiven EU-Maßnahmen im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg vollinhaltlich mit und unterstützte die weiteren Sanktionspakete der EU. Darüber hinaus setzte sich Österreich dafür ein, das Bewusstsein für die Völkerrechtswidrigkeit des russischen Angriffskriegs gegenüber der gesamten internationalen Staatengemeinschaft zu schärfen. Bei voller Solidarität innerhalb der EU und gegenüber der Ukraine tritt Österreich für eine Politik mit Augenmaß und offene Gesprächskanäle mit Russland ein, insbesondere in der in Wien ansässigen OSZE.

In Wien fanden zwei Treffen zur Errichtung des von Österreich unterstützten Sondertribunals zum Verbrechen der Aggression statt.

Österreich nahm zur Menschenrechtslage in Russland deutlich Stellung und verurteilte die zunehmenden Repressionen gegen die Zivilgesellschaft, insbesondere nach dem Tod des prominenten Regimekritikers Alexej Nawalny in einem russischen Straflager im Februar.

Konflikt in Nahost – (k) ein Ende in Sicht?

Der Nahe Osten war 2024 weiterhin von Krieg geprägt, aber auch von internationalen Bemühungen um Konfliktlösung. Intensive militärische Schlagabtausche zwischen Israel und dem Iran und dessen regionalen verbündeten Akteuren destabilisierten weiterhin die gesamte Region.

Im Gazastreifen ging Israel als Antwort auf den brutalen Terrorangriff der Hamas vom 7. Oktober 2023 mit großer Härte gegen deren Kräfte in Gaza vor. Die humanitäre Lage verschlechterte sich dramatisch; mehrere Anläufe für einen Waffenstillstand scheiterten. Österreich setzte sich politisch weiter für die Sicherheit Israels sowie die Einhaltung des humanitären Völkerrechts ein und unterstützte im Dezember eine Resolution der VN-Generalversammlung, die einen Waffenstillstand in Gaza, die Befreiung der von der Hamas festgehaltenen israelischen Geiseln (darunter ein Österreicher) sowie umfassende humanitäre Hilfe für die leidende palästinensische Zivilbevölkerung forderte.

Im Libanon wurde die vom Iran unterstützte Hisbollah durch eine multidimensionale israelische Militäroperation (u.a. Bodenoffensive und Ausschaltung der kompletten Hisbollah-Führung) entscheidend geschwächt und stimmte im November einem Waffenstillstand zu. Österreich leistete insbesondere durch seine, trotz der verschärften Sicherheitsbedingungen vor Ort fortgesetzte Beteiligung an der VN-Mission UNIFIL einen wichtigen Beitrag zu Frieden und Stabilisierung im Libanon.

Aufgrund des Konflikts in Gaza und im Libanon eskalierten die Spannungen zwischen Israel und Iran und es kam zu mehreren,in ihrem Umfang bisher beispiellosen direkten bewaffneten Konfrontationen.

Eine für viele unerwartete politische Wendung gab es zu Jahresende in Syrien. Nach über 50 Jahren Schreckensherrschaft durch die Familie Assad stürzten von der Türkei unterstützte islamistische Rebellen das Regime im Handstreich. Welche Richtung Syrien nun einschlägt, ist unklar. Russland und insbesondere der Iran büßten durch den Umsturz entscheidend an Einfluss ein. Die EU fordert einen geordneten, friedlichen und inklusiven Übergang.

Für Europa hatten die Entwicklungen im Nahen Osten unmittelbare und schwerwiegende Auswirkungen: ein Erstarken des Terrorismus, verstärkte Migrationsbewegungen und

wirtschaftliche Einbußen waren die Folge, etwa aufgrund des Beschusses von Handelsschiffen im Roten Meer durch die Houthis. Erkennbar war überdies auch eine Polarisierung der europäischen Gesellschaften infolge der Entwicklungen im Nahen Osten, nicht zuletzt über eine brandgefährliche Zunahme antisemitischer Ressentiments. Österreich und die EU engagierten sich nachdrücklich für Friedenslösungen auf Basis der Zweistaatenlösung sowie die Einhaltung der Menschenrechte und stellten in großem Maßstab humanitäre Hilfe bereit, Österreich im Umfang von 53 Millionen Euro.

Autonome Waffensysteme

Unsere Generation steht vor einem „Oppenheimer Moment“: Die zunehmende Autonomie von Waffen durch die Einführung künstlicher Intelligenz ist eine Revolution in der Kriegsführung, vielleicht sogar die größte seit der Erfindung des Schießpulvers. Internationale Regeln sind angesichts tiefgreifender rechtlicher, ethischer und sicherheitspolitischer Herausforderungen dringend notwendig. Österreich ist hier Themenführer in einer großen, überregionalen Staatengruppe.

Wo liegen die Gefahren von Autonomen Waffensystemen (AWS)? Schwerwiegende Bedenken bestehen, inwieweit AWS zwischen Kombattanten und Zivilbevölkerung unterscheiden, aber auch hinsichtlich der Verhältnismäßigkeit bei der Gewaltanwendung. Gleiches gilt für die Einhaltung menschenrechtlicher Verpflichtungen und die menschliche Verantwortlichkeit. Entscheidungen über Leben und Tod dürfen nicht von Maschinen getroffen werden. Sicherheitspolitische Risiken von AWS umfassen Fehleranfälligkeit, Fehlkalkulation und Eskalation sowie die Weiterverbreitung an nichtstaatliche Akteure.

Österreich setzt sich gemeinsam mit einer Reihe anderer Staaten, dem VN-Generalsekretär und der IKRK-Präsidentin für ein globales Rechtsinstrument zur Regulierung von AWS ein. Dabei geht es nicht um ein generelles Verbot von AWS, sondern darum, ausreichende menschliche Kontrolle über AWS sicherzustellen und jene Systeme zu verbieten, die nicht mit rechtlichen und ethischen Grundsätzen vereinbar sind.

Nach über zehn Jahren Diskussion in einer VN-Expertinnen und Expertengruppe gibt es mittlerweile ein vertieftes Verständnis über AWS und die notwendigen Elemente für deren Regulierung. Auf den Beginn von Verhandlungen konnte man sich bislang nicht einigen. Das Zeitfenster für eine präventive Regulierung von AWS schließt sich jedoch rasch.

2023 wurde daher auf Initiative Österreichs die erste Resolution zu AWS in der VN-Generalversammlung vorgelegt und von 164 Staaten angenommen. 2024 wurde eine Folgeresolution verabschiedet.

Am 29. und 30. April fand in der Wiener Hofburg auf Einladung von Bundesminister Alexander Schallenberg die Konferenz „Humanity at the Crossroads: Autonomous Weapons Systems and the

Challenge of Regulation“ statt. Über 1.000 Personen aus 144 Staaten sowie aus der Zivilgesellschaft, von internationalen Organisationen, Wissenschaft und dem Tech-Sektor nahmen daran teil. Für die Abhaltung dieser Konferenz und das Engagement zur Regulierung von AWS wurden Bundesminister Alexander Schallenberg und das BMEIA 2024 von der „Arms Control Association“ als „Arms Control Person of the Year“ ausgezeichnet.

Herausforderungen und Chancen durch Migration

Das Jahr 2024 war wieder ein bewegtes für die Konsularsektion des BMEIA. Die tagesaktuellen länderspezifischen Reiseinformationen und Sicherheitshinweise auf der Website des BMEIA wurden über vier Millionen Mal abgerufen. Die rund um die Uhr verfügbare Bürgerservice-Notfallhotline beantwortete mehr als 30.000 telefonische Anfragen und rund 1.500 E-Mails. Weltweit wurden über 500.000 Auskunftsersuchen beantwortet und über 300.000 Visa bearbeitet. 2024 waren rund 100.000 Reisende bei der Auslandsservice-App des BMEIA registriert. Das ist ein wichtiges Zeichen dafür, dass das BMEIA in seiner Rolle als Sicherheitsressort als verlässlicher Partner für Österreicherinnen und Österreicher im Ausland wahrgenommen wird.

Die Bewältigung von gemischten Migrationsbewegungen nach Europa stellte auch 2024 eine besondere Herausforderung dar. 2024 wurden in Österreich ca. 25.000 Asylanträge gestellt. Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat nach Angaben des **VN-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR)** die größte Vertreibung von Personen seit Jahrzehnten ausgelöst. Bis Jahresende wurden rund 122.000 Personen in Österreich registriert, Ende 2024 befanden sich außerdem über 37.000 Personen in Grundversorgung.

Wesentliches Element einer glaubwürdigen Migrationspolitik ist die Rückführung von Personen, die in Österreich kein Aufenthaltsrecht haben. Zur Verbesserung der Effizienz von Rückführungen hat Österreich 2024 bilaterale Vereinbarungen abgeschlossen, darunter mit Ghana, Indonesien, Kasachstan und Kenia. Die Gesamtzahl der für Österreich anwendbaren Rückübernahmevereinbarungen ist damit auf über 60 angestiegen, was von einem klaren Bekenntnis zu einer effizienten Migrationspolitik im Kampf gegen illegale Migration zeugt.

Gleichzeitig herrscht in Österreich ein Fachkräftemangel. Es ist daher unerlässlich, die Anwerbung von qualifizierten Fachkräften im Ausland voranzubringen. Dies erfolgt einerseits mittels Vereinbarungen zur Fachkräftemobilität, so etwa mit Indonesien und den Philippinen, und andererseits mit der „Rot-Weiß-Rot-Karte“, durch die der legale Aufenthalt in Österreich für qualifizierte ausländische Fachkräfte, die am heimischen Arbeitsmarkt nachgefragt werden, sichergestellt ist.

2025 wird die Konsularsektion des BMEIA weiter daran arbeiten, das Serviceangebot für Österreicherinnen und Österreicher im Ausland zu verbessern und Maßnahmen im Kampf gegen illegale Migration bei gleichzeitigem Fokus auf qualifizierte Zuwanderung zu setzen.

Kunst und Kultur als Kraft positiver Veränderung

Liberale Demokratien sind in der internationalen Staatengemeinschaft die glaubwürdigsten Verfechter von Frieden und Sicherheit. Aber sie können diese Glaubwürdigkeit nur bewahren, wenn sie demokratische Werte effektiv leben. Dazu gehört die Freiheit der Kunst ebenso wie die Ermöglichung der zukunftsfähigen Weiterentwicklung von Kunst und Kultur. Es geht dabei um nichts Geringeres als die Würde und Resilienz unserer „zivilisatorischen Kultur".

Zwischen Frieden, Sicherheit, Demokratie und dem Stellenwert von Kunst und Kultur besteht daher ein enger Zusammenhang. Wenn Kunst und Kultur politischer Zensur unterworfen oder finanziell ausgehungert werden, rüttelt das an den Grundfesten liberaler Demokratien. Wenn umgekehrt eine Gesellschaft die Entfaltung der Vorstellungskraft von Kunst- und Kulturschaffenden schätzt und unterstützt, erfährt sie dadurch nachhaltigen Mehrwert. Denn sie schafft damit die Voraussetzungen, dass Kunst und Kultur nicht nur inhaltlich und ästhetisch auf der Höhe der Zeit agieren, sondern sich zu einer bedeutenden Kraft positiver Veränderung entwickeln können.

Der stete Einsatz für Demokratie ist und muss daher ein zentrales Anliegen der Kunst sein. Da die Zukunft der liberalen Demokratie maßgeblich davon abhängt, wie gut sie die Klima- und Energiewende bewältigt und wie effektiv sie Künstliche Intelligenz zu einem dauerhaften Partner des Menschen macht (und nicht zu seinem superintelligenten Gegner), sind Kunst und Kultur zu diesen beiden Jahrhundertaufgaben besonders gefordert und zugleich gut beraten, eng mit Wissenschaft und Forschung zusammenzuarbeiten.

Im Mittelpunkt muss dabei immer die Würde stehen – die Würde jedes Menschen, wie auch die Würde anderer Spezies und der Natur insgesamt. In der „IMAGE DIGNITY"-Initiative, einem Eckpfeiler der Auslandskulturaktivitäten des BMEIA, kommt diese Verknüpfung von Würde und Vorstellungskraft vorbildlich zum Ausdruck. Damit sind zentrale Themenfelder einer zukunftsweisenden Kulturdiplomatie vorgezeichnet. Denn für die Gestaltung von Frieden, Sicherheit, funktionierender Demokratie und umfassender Würde sind Kunst und Kultur als Kraft positiver Veränderung unverzichtbar.

Österreichs Entwicklungspolitik im Spannungsfeld globaler Umbrüche

Die österreichische Entwicklungspolitik ist eine außenpolitische Priorität und leistet einen Beitrag zu Frieden und Sicherheit, Wohlstand und Stabilität in den Partnerländern und damit auch in Österreich. Den Herausforderungen zunehmender geopolitischer Konflikte, post-pandemischer Effekte und sich verstärkender Auswirkungen des Klimawandels begegnet die österreichische Entwicklungspolitik durch gesamtstaatliches Handeln und der zunehmenden Verknüpfung von entwicklungs-, wirtschafts- und migrationspolitischen Ansätzen.

Österreich konnte seine Hilfe vor Ort durch die signifikante Erhöhung der humanitären Mittel im **Auslandskatastrophenfonds (AKF)** deutlich ausbauen. So standen im Jahr 2024 80 Millionen Euro in für Österreich relevanten Ländern und Regionen wie der Ukraine, dem Nahen Osten inklusive den palästinensischen Gebieten, Afghanistan oder dem Sudan zur Verfügung, um den betroffenen Menschen in oder nahe ihrer Heimat Perspektiven zu ermöglichen.

Wir möchten unsere Zusammenarbeit sowohl auf nationaler sowie auf europäischer Ebene durch Partnerschaften auf Augenhöhe weiter ausbauen und stärken, insbesondere unter der Einbeziehung des Team-Europe-Ansatzes und der Global Gateway-Initiative der EU-Kommission. In Ergänzung dazu setzt sich Österreich für eine enge Verschränkung entwicklungs- und migrationspolitischer Lösungsansätze ein. Die umfassende und nachhaltige Bekämpfung von Fluchtursachen kann so einen Beitrag zur Eindämmung der irregulären Migration leisten sowie Wege legaler Migration aufzeigen und entwickeln.

Eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung in den Partnerländern kann wesentlich deren Resilienz erhöhen und so zur Erreichung der nachhaltigen Entwicklungsziele beitragen. In diesem Prozess sehen wir auch die österreichische Wirtschaft, ihre Unternehmen und Innovationskraft als Partner. Die Einbeziehung von Wissenschaft und Forschung, die Bildung von Know-how in Zukunftssektoren und auch die duale Berufsausbildung sind weitere wichtige Elemente unserer Strategie.

Ein besonderes Augenmerk möchten wir in diesem Zusammenhang auf die Vertiefung unserer Partnerschaft mit dem afrikanischen Kontinent legen.

2. Mitgestaltung der EU

2.1 Erweiterung

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und die damit einhergehenden geopolitischen Veränderungen führten zu einer neuen Dynamik im EU-Erweiterungsprozess, die sich auch 2024 fortsetzte. Wichtige Fortschritte wurden in der EU-Annäherung der Westbalkanstaaten, der Ukraine und der Republik Moldau erzielt.

Österreich erkennt den Wunsch der Ukraine, Moldaus und der georgischen Bevölkerung, sich weiter an die EU anzunähern, an und unterstützt ihn. Gleichzeitig setzt sich Österreich dafür ein, dass alle geltenden Kriterien und Regeln eingehalten werden und der Westbalkan weiterhin im Fokus bleibt. Ein „Beitritt auf der Überholspur“ oder eine Kategorisierung in „Kandidaten erster und zweiter Klasse“ soll vermieden werden. Die Geschwindigkeit des Heranführungsprozesses soll von der Umsetzung der geforderten Reformen abhängen.

Österreich setzt sich aktiv für den EU-Integrationsprozess der sechs Westbalkanstaaten ein. Die Heranführung dieser Staaten an die EU ist eine zentrale Priorität der österreichischen Außenpolitik. Vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine ist es für Österreich besonders wichtig, die Entwicklungen in der Region im Blick zu behalten und entschlossen die Staaten nachhaltig an die EU zu binden, um destabilisierenden Einflüssen von außen entgegenzuwirken. Am 21. Juni trafen sich die Außenministerinnen und Außenminister der 2023 initiierten **Gruppe der „Friends of Western Balkans“** mit ihren Amtskolleginnen und Amtskollegen aus Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien in Göttweig und legten ihre Forderungen in einem „Appell für die Westbalkan-Erweiterung“ fest. Im Dezember folgte ein gemeinsamer Brief an die neue Hohe Vertreterin der EU, Kaja Kallas und die Kommissarin für Erweiterung Marta Kos: insbesondere soll die **graduelle Integration** der Region in den Binnenmarkt und andere EU-Politikbereiche vorangetrieben und die Zusammenarbeit im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) ausgebaut werden.

Die Westbalkanstaaten erzielten 2024 bessere **Reformfortschritte** als in den Vorjahren, wodurch sich auch der Beitrittsprozess signifikant beschleunigte. Insbesondere Montenegro und Albanien

konnten bedeutende Fortschritte erzielen. Im März beschloss der Europäische Rat zudem die an Bedingungen geknüpfte Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Bosnien und Herzegowina.

Die EU bietet zahlreiche Programme zur Unterstützung der (potenziellen) Kandidatenländer. Zusätzlich wurde der **Wachstumsplan für den Westbalkan** umgesetzt, um Wirtschaftswachstum und Fortschritte im Beitrittsprozess zu beschleunigen. Der Plan umfasst die Umsetzung grundlegender Reformen, insbesondere im Bereich der „Fundamentals“, die Vertiefung der wirtschaftlichen regionalen Integration durch den Gemeinsamen Regionalen Markt sowie die schrittweise Einbindung der Westbalkanstaaten in sieben spezifische Bereiche des EU-Binnenmarktes: freier Warenverkehr, Dienstleistungs- und Arbeitnehmerfreizügigkeit, Zugang zum einheitlichen Euro-Zahlungsverkehrsraum (SEPA), Förderung des Straßentransports, Integration und Dekarbonisierung der Energiemärkte, digitaler Binnenmarkt, Integration in industrielle Lieferketten. Nach erfolgreicher Umsetzung der notwendigen Reformen erfolgt 2024 bis 2027 die Ausschüttung zusätzlicher Mittel aus der finanziellen Säule des Wachstumsplans, der „Reform- und Wachstumsfazilität“, die sich aus zwei Milliarden Euro an Haushaltshilfen und vier Milliarden Euro an Krediten zusammensetzt.

Österreich unterstützt die Westbalkanstaaten aktiv in ihrem Beitritts- und Heranführungsprozess auf bilateraler und EU-Ebene, sei es durch Informationsaustausch oder die Bereitstellung von Know-how und Expertise etwa im Wege von **EU-finanzierten Verwaltungspartnerschaften (Twinnings)**, insbesondere beim Aufbau von Behörden und Verwaltungsstrukturen in den Partnerländern sowie durch den Austausch bewährter Praktiken. Über das **Technical Assistance and Information Exchange Instrument (TAIEX)** stärkt Österreich die öffentliche Verwaltung der Partnerländer punktuell durch kurzfristige Entsendungen von Expertinnen und Experten sowie die Organisation von Studienbesuchen und Online-Veranstaltungen.

Die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei wurden 2005 eröffnet, seit 2018 sind sie jedoch faktisch zum Stillstand gekommen. Da sich die Türkei in den vergangenen Jahren weiter von der EU entfernt hat, tritt Österreich für einen Abbruch der Beitrittsverhandlungen ein. Angesichts der zentralen Rolle der Türkei in den Bereichen Wirtschaft, regionale Entwicklung, Sicherheit und Migration schlägt Österreich die Entwicklung eines europäisch-türkischen Nachbarschaftskonzepts vor.

Aufgrund innenpolitischer Entwicklungen, EU-widriger Gesetze und der anhaltenden antiwestlichen Rhetorik der Regierungspartei "Georgischer Traum" stoppte die EU den Beitrittsprozess mit Georgien im Juni de facto und im November beschloss die georgische Regierung den Beitrittsprozess bis 2028 zu suspendieren.

2.2 Asyl- und Migrationsdebatte, Schengenreform und Schengenerweiterung

Das Jahr war auf EU-Ebene maßgeblich von der Verabschiedung und dem Inkrafttreten des EU-Asyl- und Migrationspakts geprägt. Ziel des Pakts ist es, den rechtlichen Rahmen der EU für Migration und Asyl zu reformieren. Der Pakt, bestehend aus zehn Rechtsakten, trat am 11. Juni in Kraft. Eine Verordnung zu Resettlement wird bereits seit Inkrafttreten angewendet, während die übrigen Rechtsakte innerhalb von zwei Jahren von den EU-Mitgliedstaaten umgesetzt werden müssen. Österreich präsentierte im Dezember seinen ersten nationalen Umsetzungsplan, die Umsetzung liegt in der Verantwortung des Bundesministeriums für Inneres.

Neben diesem neuen Rechtsrahmen bleibt der Schengener Grenzkodex (Verordnung (EU) 2016/399) für Österreich von großer Bedeutung, da er sowohl das Überschreiten der Außengrenzen als auch die Aufhebung der Grenzkontrollen an Binnengrenzen regelt. Die vorübergehende Wiedereinführung von Binnengrenzkontrollen ist möglich und wird derzeit von mehreren Schengen-Staaten, darunter Österreich, angewandt. Aufgrund der hohen Zahl irregulärer Migrantinnen und Migranten, die in Österreich oft erstmals registriert werden, und der weit verbreiteten Wiedereinführung von Binnengrenzkontrollen regte Österreich wiederholt eine Überprüfung des Schengen-Systems sowie Maßnahmen zur Stärkung des Außengrenzschutzes an.

Bulgarien und Rumänien wurden am 31. März in **„Air Schengen“** aufgenommen, womit die Kontrollen an den Luft- und Seegrenzen der beiden Länder zu angrenzenden Schengen-Staaten aufgehoben wurden. Österreich sprach sich dafür aus, vor einer vollständigen Aufnahme in den Schengenraum zusätzliche Maßnahmen zur Stärkung des Außengrenzschutzes und zur Bekämpfung des Schlepperwesens umzusetzen. Dadurch konnte ein Rückgang der illegalen Grenzübertritte erreicht werden. Bei einem Treffen der Innenminister von Österreich, Rumänien, Bulgarien und Ungarn am 21. November in Budapest wurde eine Einigung erzielt, die am 12. Dezember vom Rat für Justiz und Inneres bestätigt wurde. Mit 1. Jänner 2025 werden Rumänien und Bulgarien vollständig in den Schengenraum integriert.

2.3 Institutionelle Fragen: EuGH-Reform, EGMR-Beitritt der EU

Im Herbst trat die umfassendste Reform des europäischen Gerichtssystems der letzten zehn Jahre in Kraft. Die bedeutendste Neuerung besteht darin, dass das Europäische Gericht erstmals Vorabentscheidungen in bestimmten Materien treffen kann. Grundsatzfragen, die Auslegung der Grundrechtecharta und völkerrechtliche Fragen verbleiben weiterhin beim EuGH. Das BMEIA setzte sich erfolgreich dafür ein, dass das Völkerrecht weiterhin in der Zuständigkeit des EuGH bleibt. Im Europäischen Gericht wurden neue Strukturen geschaffen, darunter die Einführung eigener Generalanwälte. Bis Jahresende waren bereits 15 Vorabentscheidungsersuchen anhängig, darunter zwei von österreichischen Gerichten. Zum Vergleich: Österreichische Gerichte reichten im Jahr 2024 insgesamt 34 Vorabentscheidungsersuchen beim EuGH ein.

2.4 Schutz europäischer Grundwerte

Der Schutz der in Artikel 2 EUV verankerten europäischen Grundwerte bleibt ein zentrales Anliegen der EU-Organe. In der **Ratsarbeitsgruppe für Grundrechte, Bürgerrechte und Freizügigkeit (RAG FREMP)** engagierte sich Österreich intensiv im Kampf gegen Rassismus, antimuslimischen Hass und Antisemitismus. Besondere Bedeutung hatte dabei die Stärkung des Schutzes und der Förderung jüdischen Lebens. Nach dem Beitritt der EU zum Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention) 2023 arbeitete die RAG FREMP zudem an dessen Umsetzung und entwickelte dazu EU-interne Verfahren und Positionen.

2.5 Reform- und Zukunftsdebatte

Die Reform- und Zukunftsdebatte zur Steigerung der Handlungs- und Wettbewerbsfähigkeit der EU wurde 2024 unter belgischem und ungarischem Ratsvorsitz intensiviert. In den Tagungen des **Rates für Allgemeine Angelegenheiten (RAA)** sowie des Europäischen Rates standen interne Reformen meist im Zusammenhang mit der EU-Erweiterung zur Diskussion. Österreich betonte dabei stets, dass Reformdebatten nicht zu einer Verzögerung des Erweiterungsprozesses führen dürften. Im Mittelpunkt der Reformdebatte standen insbesondere die Effizienz europäischer Entscheidungsfindungsprozesse, der Ausbau der Mechanismen zum Schutz europäischer Grundwerte, die künftige Gestaltung der Kohäsionsinstrumente und des EU-Budgets sowie die Weiterentwicklung der GASP und GSVP. Österreich setzt sich weiterhin dafür ein, die bestehenden

EU-Verträge voll auszuschöpfen, da sie als erweiterungs- und zukunftsfähig angesehen werden. Insbesondere in Schlüsselbereichen wie Binnenmarkt, Migration, Sicherheit und Verteidigung, Energie, Wettbewerbsfähigkeit und Agrarpolitik bekennt sich Österreich zur verstärkten Zusammenarbeit auf Grundlage der geltenden EU-Verträge.

2.6 Revision des Mehrjährigen Finanzrahmens

Im Rahmen der Halbzeitüberprüfung des für den Zeitraum 2021 bis 2027 geltenden Mehrjährigen Finanzrahmens der EU wurde der EU-Haushalt um 64,6 Milliarden Euro aufgestockt, davon 21 Milliarden Euro als „frisches Geld“. Auf Basis der Vorschläge der Europäischen Kommission von Juni 2023 einigten sich die Staats- und Regierungschefs bei einer außerordentlichen Tagung am 1. Februar auf neue politische Prioritäten der EU.

Ein eigenes Instrument für den Zeitraum 2024 bis 2027 mit einer Gesamtausstattung von bis zu 50 Milliarden Euro wurde zur Unterstützung der Ukraine eingerichtet. Die sogenannte **Ukraine-Fazilität** umfasst rückzahlbare Darlehen in Höhe von 33 Milliarden Euro sowie nicht rückzahlbare Zuschüsse von 17 Milliarden Euro und die Dotierung von Haushaltsgarantien. Zusätzliche Mittel wurden für die Bewältigung dringender Herausforderungen bereitgestellt, darunter zwei Milliarden Euro für Migration und die externe Dimension, insbesondere zur Unterstützung syrischer Flüchtlinge in der Türkei und der Region, sowie 7,6 Milliarden Euro für den Westbalkan, die südliche Nachbarschaft und Afrika. Zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der EU im Bereich kritischer Technologien wurde die Plattform für strategische Technologien für Europa eingerichtet, für die 1,5 Milliarden Euro an zusätzlichen Mitteln für den Europäischen Verteidigungsfonds beschlossen wurden, um die Investitionskapazität im Verteidigungsbereich zu stärken.

Als weiteres Element der Halbzeitüberprüfung wurde die Reform- und Wachstumsfazilität für den Westbalkan beschlossen, die insgesamt 6 Milliarden Euro für den Zeitraum 2024 bis 2027 vorsieht. Für Österreich war dieser neue Ansatz finanzieller Unterstützung mit einem effizienten Anreizsystem von besonderer Bedeutung.

2.7 Fortschritte bei Handelsabkommen

Mit **44 Handelsabkommen mit 76 Partnern** verfügt die EU über das weltweit umfassendste Handelsnetzwerk. Am 1. Mai ist das Handelsabkommen mit **Neuseeland** in Kraft getreten, am 1. Juli das Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit **Kenia**. Letzteres ist im Hinblick auf Nachhaltigkeit, Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerrechte sowie Gleichstellung das ehrgeizigste Abkommen, das mit einem afrikanischen Land geschlossen wurde. Darüber hinaus führte die Europäische Kommission mehrere Verhandlungsrunden mit Indien, Indonesien, Mexiko, den Philippinen und Thailand.

Am 6. Dezember verkündete EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen am Rande des MERCOSUR-Gipfels in Montevideo eine **politische Einigung über das EU-MERCOSUR-Assoziierungsabkommen**. Zu den MERCOSUR-Staaten zählen Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay. Das Regierungsprogramm 2020-2024 sprach sich ablehnend gegenüber diesem Abkommen aus. Zudem ist Österreich an Nationalratsbeschlüsse aus den Jahren 2019 und 2021 und einen Bundesratsbeschluss aus 2020 gebunden. Um bestehende Bedenken im Bereich Umweltschutz und Menschenrechte auszuräumen, wurden Nachhaltigkeitsbestimmungen in das Abkommen aufgenommen.

2.8 Österreichischer Vorsitz der EU-Strategie für den Donauraum

Österreich hatte vom 1. November 2023 bis 31. Dezember 2024 den Vorsitz in der EU-Strategie für den Donauraum (**EUSDR**) inne. Die Strategie umfasst neun EU-Mitgliedstaaten (Österreich, Bulgarien, Deutschland, Kroatien, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn) sowie fünf EU-Beitrittskandidaten (Bosnien und Herzegowina, die Republik Moldau, Montenegro, Serbien und die Ukraine). Österreich und Rumänien waren die Initiatoren der Strategie, das Sekretariat (**„Danube Strategy Point“**) hat seinen Sitz in Wien und Bukarest.

Der Vorsitz stand unter dem **Motto „Shaping Transformation, Creating Opportunities: A Prosperous, Resilient and Secure Danube Region“** und setzte drei Schwerpunkte: Stabilität und Sicherheit mit einer europäischen Perspektive für die gesamte Donauregion, Innovation, Fachkräftebildung und wirtschaftliche Chancen sowie die Verbesserung des Flussökosystems, die Ökologisierung der Wasserwirtschaft und das Management der grünen Transformation.

Eine der Hauptveranstaltungen des österreichischen Vorsitzes war das Treffen der EUSDR-Außenministerinnen und -minister unter Leitung von Bundesminister Alexander Schallenberg am

20. Juni in Wien, bei dem die **„Vienna Danube Declaration“** verabschiedet wurde. Weitere wichtige Veranstaltungen waren das EUSDR-Jahresforum am 20. und 21. Juni in Wien, bei dem ein Treffen der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der Hauptstädte im Donauraum stattfand, das Treffen der EUSDR-Parlamentspräsidentinnen und -präsidenten am 18. und 19. März in Wien, das Treffen der Innenministerinnen und -minister („Forum Salzburg“) am 25. und 26. Juni in Laxenburg sowie der „Danube Region Business Summit“ am 6. November in Wien.

Am 9. Dezember übergab Bundesminister Alexander Schallenberg symbolisch das Steuerrad an den Außenminister von Bosnien und Herzegowina, Elmedin Konaković, als nächsten EUSDR-Vorsitzenden.

2.9 Beziehungen EU – Schweiz

Für Österreich ist eine stabile, breit aufgestellte Partnerschaft der EU mit der Schweiz von hohem Interesse. Deshalb begrüßte Österreich die im Dezember erzielte politische Einigung zwischen der EU und der Schweiz über ein **Gesamtpaket von Abkommen und Maßnahmen zur Stabilisierung und Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen**. Während der Verhandlungen setzte sich Österreich insbesondere für eine rasche Re-Assoziierung der Schweiz an das EU-Forschungsrahmenprogramm Horizon Europe sowie für gleiche Wettbewerbsbedingungen und Rechtssicherheit für Bürgerinnen und Bürger in der EU und der Schweiz ein.

2.10 Beziehungen EU – Vereinigtes Königreich

Nach dem Regierungswechsel im Vereinigten Königreich im Juli kündigte Premierminister Keir Starmer einen "Reset der EU-UK-Beziehungen" an. Eine vertiefte Partnerschaft mit dem Vereinigten Königreich wird auch von der EU angestrebt. Neben der Umsetzung bestehender bilateraler Abkommen liegt der Fokus auf Sicherheit und Verteidigung, den Rechten von Bürgerinnen und Bürgern sowie der Förderung der Jugendmobilität zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich. Österreich unterstützte Initiativen der **Europäischen Kommission (EK)** und des **Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD)** zur Prüfung neuer Kooperationsmöglichkeiten in diesen Bereichen.

2.11 Außenfinanzierungsinstrumente und Global Gateway

Die Verordnung zur Schaffung des **Instruments für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit – Europa in der Welt (NDICI-GE)** wurde im Juni 2021 angenommen. Auch im Jahr 2024 setzte sich Österreich insbesondere für Maßnahmen mit Schwerpunkt auf Menschenrechte und Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Armutsbekämpfung, Geschlechtergleichberechtigung, Migration, Umwelt- und Klimaschutz ein. Dabei wurde darauf geachtet, dass abgestimmte österreichische Interessen und Positionen strukturiert in die EU-Gremien in Brüssel sowie in die lokale Programmierung vor Ort einflossen.

Die EK-Initiative Global Gateway dient der Sicherstellung eines für Handel und Versorgungssicherheit der EU erforderlichen weltweiten Infrastrukturnetzes. Ende 2024 verabschiedete der Rat eine neue Liste von Global Gateway Leitinitiativen, die sogenannten „flagship projects“. Österreich ist mit dem Projekt zum Bau des Wasserstoff-Südkorridors auf dieser Liste vertreten. Der Wasserstoff-Südkorridor soll Wasserstoff von Nordafrika über Italien nach Österreich und Deutschland liefern. Für Österreich ist dieser Korridor derzeit die einzige in Betracht gezogene Pipeline-Route, die den Import ermöglicht und somit einen Kostenvorteil gegenüber Schiffstransporten verspricht. Ziel ist es, bis 2030 den Betrieb aufzunehmen und bis 2033 eine Kapazität von 70 Terawattstunden pro Jahr zu erreichen.

Österreich setzte sich in den Verhandlungen für Ratsschlussfolgerungen über die Umsetzung und Zukunft von Global Gateway für eine Verbesserung der strategischen Kommunikation, eine Schärfung der strategischen Ziele sowie eine verstärkte Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft ein. Gleichzeitig wurde eine Verbesserung der Teilnahmebedingungen für europäische Unternehmen bei Ausschreibungen angestrebt.

2.12 Samoa-Abkommen

Mit dem 2023 unterzeichneten Samoa-Abkommen wurde ein neuer, moderner Rahmen für die Partnerschaft zwischen der EU und den afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten (**AKP-Staaten**) als Nachfolgeabkommen des Cotonou-Abkommens geschaffen. Der unionsrechtliche Teil wird seit dem 1. Januar vorläufig angewendet. Das Abkommen gilt mit über hundert Ländern aus der **Organisation Afrikanischer, Karibischer und Pazifischer Staaten (OAKPS)** sowie der EU als das weltweit bedeutendste Nord-Süd-Abkommen.

Das Abkommen tritt vollständig in Kraft, sobald alle EU-Mitgliedstaaten sowie mindestens zwei Drittel der AKP-Staaten es ratifiziert haben. In Österreich bedarf es der parlamentarischen Genehmigung gemäß Artikel 50 B-VG. Österreich begrüßt die Inhalte des Partnerschaftsabkommens, das stärkere Verpflichtungen in zentralen Bereichen wie Menschenrechte und Demokratie, Migration, Sicherheit, menschliche Entwicklung, Klimaschutz und wirtschaftliches Wachstum vorsieht. Auf österreichisches Betreiben hin bekräftigt das Samoa-Abkommen zudem die Verpflichtung der Vertragsparteien zur Rückübernahme von sich illegal im Hoheitsgebiet der OAKPS-Mitglieder oder der EU-Mitgliedstaaten aufhaltenden Staatsangehörigen.

3. Österreich und die Welt

3.1 Österreichs Nachbarstaaten

Deutschland

Deutschland ist in vielfacher Hinsicht Österreichs **wichtigster Partner**. Das zeigt sich auch an der hohen Zahl offizieller Besuche aus Österreich. Die Beziehungen zwischen beiden Ländern sind eng und erstrecken sich über alle Ebenen – von Bund, Ländern und Gemeinden bis hin zu Wirtschaft, Tourismus, Wissenschaft, Kunst und Kultur.

2024 fanden zahlreiche hochrangige Besuche österreichischer Politikerinnen und Politiker in Deutschland statt. Dazu zählten Treffen anlässlich der Münchner Sicherheitskonferenz, der Ukraine-Wiederaufbaukonferenz, der Internationalen Grünen Woche und des Berlin-Prozess-Gipfels. Bundeskanzler Karl Nehammer und Bundesminister Alexander Schallenberg reisten jeweils zweimal zu Arbeitsbesuchen nach Deutschland.

Gemeinsame Themen und Positionen ergaben sich insbesondere im **sozialpolitischen Bereich**. Deutschland zeigte Interesse am österreichischen Pensionssystem und an der Sozialhilfe. Der Fachkräftemangel stellte weiterhin eine Herausforderung für beide Länder dar. In Migrationsfragen tauschten sich Österreich und Deutschland regelmäßig aus – etwa zur Reduzierung irregulärer Migration, zur Beschleunigung von Asylverfahren und Rückführungen sowie zur Aufnahme und Integration von Geflüchteten aus der Ukraine. Auch Fragen der inneren Sicherheit standen im Fokus.

Außenpolitisch eint Deutschland und Österreich u.a. der Schwerpunkt auf die EU-Integration **der Westbalkanstaaten**. Mit der Wiederbelebung des **Berlin-Prozesses,** an dem Österreich seit der Gründung im Jahr 2014 teilnimmt, setzte Deutschland hier neue Impulse. 2024 fand in Berlin der Gipfel zum 10-jährigen Bestehen dieses Prozesses statt. Ein wichtiger Bestandteil der bilateralen Zusammenarbeit blieb zudem die gemeinsame **Erinnerungskultur**. Besonders im Bereich der politischen Bildung junger Generationen gab es enge Kontakte zu Einrichtungen wie der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück, dem Anne-Frank-Zentrum Berlin und dem Jüdischen Museum Berlin, wo österreichische Gedenkdienstleistende tätig waren.

In Bezug auf den stark zunehmenden **Güterverkehr** auf der Transitroute über den Brenner bestehen weiterhin Divergenzen zwischen Deutschland und Österreich.

Deutschland blieb 2024 erneut **Österreichs wichtigster Handelspartner** und **größter ausländischer Direktinvestor.** Die Exporte nach Deutschland mit einem Volumen von 56,8 Milliarden Euro nahmen um ca. 1,6 Milliarden Euro (-2,9 %) ab. Rund 30% aller Exporte gingen nach Deutschland. Die Importe in Höhe von 61,2 Milliarden Euro verzeichneten einen Rückgang von rund 3,5 Milliarden Euro (-5,4 %). Für Deutschland ist Österreich der achtwichtigste Exportmarkt. In Österreich sind rund 10.500 deutsche Unternehmen aktiv. Unter Berücksichtigung kleinerer Vertriebsbüros geht die Außenwirtschaft Austria der WKÖ von rund 3.000 Niederlassungen österreichischer Unternehmen in Deutschland aus.

Besonders hervorzuheben sind die engen **Tourismusbeziehungen**. Deutschland ist traditionell das wichtigste Herkunftsland für Gäste in Österreich. 2024 stammten **rund die Hälfte der ausländischen Gäste** (15 Millionen Ankünfte) und Nächtigungen (58,5 Millionen) von Gästen aus Deutschland (jeweils +1,8 % im Vergleich zum Vorjahr).

Die österreichische Botschaft organisierte 2024 zahlreiche Veranstaltungen im Rahmen von **ReFocus Austria**. Diese unterstützten sowohl österreichische Unternehmen in Deutschland als auch Investitionen deutscher Firmen in Österreich. Ein Beispiel dafür war eine Paneldiskussion zur (Energie-) Versorgungssicherheit, die in Kooperation mit der TU Wien und führenden Technischen Universitäten Deutschlands stattfand. Daran beteiligten sich unter anderem Staatssekretär Philipp Nimmermann vom deutschen Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz sowie Fachleute aus der Branche.

Der Ausbau der deutschen **Energieinfrastruktur** spielt eine entscheidende Rolle für die Diversifizierung und Versorgungssicherheit Österreichs. Besonders wichtig sind dabei Pipeline-Verbindungen zu deutschen Flüssiggas-Anlandungspunkten. Auf Fachebene, insbesondere mit dem deutschen Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz, gibt es eine enge Abstimmung zu laufenden und geplanten Projekten wie dem Ausbau der West-Austria-Gasleitung Richtung Deutschland.

Das Auslaufen des Gastransitvertrags zwischen Russland und der Ukraine Ende 2024 sowie die Einstellung der russischen Gaslieferungen nach Österreich im November machten eine intensive bilaterale Abstimmung erforderlich. Ziel war es, die Versorgungsausfälle auszugleichen und die Energiesicherheit zu gewährleisten. Nach intensiven Verhandlungen beschloss der Deutsche Bundestag im Sinne der europäischen Solidarität eine gesetzliche Regelung zur Abschaffung der umstrittenen Gasspeicherumlage an den Grenzübertrittspunkten mit 1. Jänner 2025.

An der Schnittstelle von Kultur und Wissenschaft standen **Klima- und Zukunftsthemen** im Fokus. Besonders hervorzuheben ist die experimentelle Designausstellung Imagine: „Coral Reef. Regeneratives Design“ im Berliner Kunstgewerbemuseum. Ein neuer Akzent wurde im Bereich der Medien- und Transmedialen Kunst gesetzt – etwa durch die Unterstützung der Einzelausstellung SYMBIOTIC SYNCHRONY von Dagmar Schürrer. Diese befasste sich mit den tiefen Verflechtungen zwischen menschlichem Bewusstsein, natürlicher Umwelt und moderner Technologie.

In der **Auslandskulturarbeit** unterstützen die österreichische Botschaft und das Kulturforum Berlin zahlreiche Veranstaltungen und Projekte mit Schwerpunkt auf junge, zeitgenössische Kunstschaffende und das Jahresthema IMAGINE DIGNITY.

In diesem Kontext spielte die Förderung der **Literatur** weiterhin eine zentrale Rolle, insbesondere durch die Organisation zahlreicher Lesungen aufstrebender österreichischer Autorinnen und Autoren in ganz Deutschland. Auch etablierte Literaten wie der Deutscher-Buchpreis-Träger Tonio Schachinger fanden ein breites Publikum.

Die österreichische Botschaft in Berlin setzte zahlreiche öffentlichkeitswirksame Maßnahmen um, um das **positive Österreichbild in der deutschen Medienlandschaft** weiter zu stärken. Zum 40-jährigen Jubiläum des Senders 3sat beteiligte sich die Botschaft etwa an einer Veranstaltung, die Österreichs Rolle als prägende Kraft im deutschsprachigen Kultur- und Medienraum würdigte. In der außenpolitischen Berichterstattung deutscher Medien standen vor allem die Auswirkungen der österreichischen Migrationspolitik sowie die Koalitionsgespräche in Österreich im Fokus.

Italien

Die Beziehungen zwischen Österreich und Italien sind besonders eng und facettenreich. Zu den zentralen politischen Ereignissen des Jahres zählten der Besuch des italienischen Innenministers

Matteo Piantedosi in Wien im März, ein Treffen zwischen Bundesminister Alexander Schallenberg und Vizepremier- und Außenminister Antonio Tajani in Imola im Mai sowie ein Zusammentreffen von Bundeskanzler Karl Nehammer mit Premierministerin Giorgia Meloni in Rom im Oktober.

Italien und Österreich kooperieren besonders eng auf den Gebieten der Bekämpfung der irregulären Migration sowie der Heranführung der sechs Westbalkanstaaten an die EU. Die Heranführung der sechs Westbalkanstaaten an die EU stellt für Österreich wie für Italien ein strategisches Anliegen dar, das in enger Abstimmung mit innovativen Ansätzen verfolgt wird. Italien beteiligt sich auch aktiv an der von Österreich ins Leben gerufenen Initiative der **„Friends of the Western Balkans“** und richtete im Februar ein Treffen der Außenministerinnen und Außenminister der Gruppe in Rom aus, an dem Bundesminister Alexander Schallenberg teilnahm.

Im Bereich Migration spielt Italien als Mittelmeeranrainerstaat eine Schlüsselrolle und initiierte den **„Rom-Prozess“** zur Bekämpfung irregulärer Migration in Kooperation auf Augenhöhe mit den Herkunfts- und Transitländern. Eine Initiative, an der sich auch Österreich beteiligt. Sie verfolgt das Ziel, die Zahl der irregulären Migrantinnen und Migranten zu reduzieren und Menschenschmuggel und Menschenhandel einzudämmen. Österreich nimmt an den regelmäßig stattfindenden Treffen der drei Arbeitsgruppen und des Steering Committees teil („Migration und Sicherheit“, „Wirtschaft und Entwicklung“ und „Klima und Umwelt“).

Die Zusammenarbeit in **Sicherheits- und Verteidigungsfragen** ist eng. Österreich hat im Dezember den Kauf von 12 Jet-Trainern vom italienischen Hersteller Leonardo beschlossen, derzeit läuft die Beschaffung von 36 Militärhubschraubern des Typs AW 169. Beide Länder engagieren sich zudem in internationalen Friedensmissionen wie EUFOR Althea in Bosnien und Herzegowina, KFOR im Kosovo und UNIFIL im Libanon.

Italien ist zudem im **Energiebereich** ein zentraler Partner, sowohl beim Zugang zu alternativen Erdgasquellen als auch bei der Diversifizierung erneuerbarer Energien. Das gemeinsame Projekt eines südlichen Wasserstoffkorridors mit Algerien und Tunesien ist von strategischer Bedeutung für die europäische Energiewende. Während Italien verstärkt über den Wiedereinstieg in die Kernkraft debattiert, bleibt Österreich seiner ablehnenden Haltung gegenüber Atomenergie treu.

Unterschiedliche Positionen bestehen weiterhin in der Frage des **Alpentransits**. Die österreichischen Maßnahmen, welche die schwere Verkehrsbelastung für Anwohnerinnen und Anwohner sowie die Umwelt entlang des Brennerkorridors durch Beschränkungen für den LKW-Transitverkehr in Grenzen halten, stehen Interessen der italienischen Transportunternehmen entgegen. Im Sommer brachte Italien eine Klage gegen Österreich vor dem Europäischen Gerichtshof ein. Österreich bleibt offen für konstruktive Verhandlungen, wobei der Ausbau des Bahnverkehrs und die Fertigstellung des Brenner-Basistunnels bis 2032 zentrale Faktoren für eine nachhaltige Lösung darstellen.

Italien ist weiterhin Österreichs zweitwichtigster Handelspartner, das Gesamthandelsvolumen beläuft sich auf etwa 24 Milliarden Euro. 2024 verzeichneten die Warenexporte mit 4,9% einen leichten Rückgang und lagen bei 11,7 Milliarden Euro. Auch die Warenimporte gingen um 5,7% zurück und beliefen sich auf 12,6 Milliarden Euro. In Österreich gibt es rund 1.400 Firmen mit italienischer Beteiligung. Die rd. 1.100 italienischen Unternehmen mit österreichischer Beteiligung sind stark auf Norditalien, insbesondere Südtirol, die Lombardei und Venetien konzentriert (insges. 73 %).

Italien war 2024 die beliebteste Urlaubsdestination der Österreicherinnen und Österreicher im Ausland. Umgekehrt ziehen der Ski- und Städtetourismus und österreichische Kultur zahlreiche Urlaubende aus Italien an.

Südtirol

In den Beziehungen zwischen Österreich und Italien hat Südtirol einen besonderen Stellenwert und ist bei hochrangigen Kontakten zwischen den beiden Ländern stets ein wichtiger Gesprächsgegenstand. Die Schutzfunktion Österreichs für Südtirol bzw. seine Autonomie basiert auf dem Gruber-De Gasperi-Abkommen von 1946 (Pariser Vertrag). Die Bundesregierung nimmt sie mit Sorgfalt auf der Grundlage des Regierungsprogramms wahr, das die gemeinsame Verantwortung Österreichs und Italiens für die Fortsetzung des Südtiroler Erfolgswegs festhält.

Die Autonomie ist inzwischen gemeinsames Gut aller drei in Südtirol lebenden Sprachgruppen (deutsch, italienisch, ladinisch). Der Erfolg der Autonomie hat entscheidend dazu beigetragen, dass Südtirol mittlerweile von einem Streitgegenstand zu einem wichtigen und positiven

Bindeglied zwischen Österreich und Italien geworden ist sowie international Modelfunktion für die Lösung von Minderheitenkonflikten ausübt.

Ein zentraler Punkt des Programms der aufgrund der Landtagswahlen 2023 neuen Südtiroler Landesregierung ist die **angestrebte Revision des Autonomiestatuts** in Verhandlungen mit Rom. Ziel ist es, jene Autonomiekompetenzen wiederherzustellen, die seit der Streitbeilegungserklärung von 1992, vor allem durch Urteile des italienischen Verfassungsgerichts, verloren gingen oder eingeschränkt wurden. Die österreichische Bundesregierung begleitete die intensiven Verhandlungen zwischen Bozen, Trient und Rom in engem Austausch mit der Südtiroler Landesregierung und betonte in bilateralen Gesprächen mit Italien die Bedeutung eines raschen Abschlusses der Autonomiereform. Ende des Jahres waren die Beratungen weit fortgeschritten, sodass eine Einigung im Jahr 2025 in greifbarer Nähe lag.

Im Rahmen seiner Schutzfunktion führte Österreich mit Italien im Februar und März einen diplomatischen Notenwechsel durch. Thema war die **Umsetzung eines Finanzabkommens**, das Bozen und Rom im September 2023 abgeschlossen hatten. Da das Abkommen autonomierelevante Gesetzesbestimmungen zu den finanziellen Grundlagen Südtirols betrifft, musste Italien Österreich darüber gemäß den Vereinbarungen der Streitbeilegungserklärung von 1992 informieren.

Wichtiges Element in der Kooperation zwischen Bozen und Wien bzw. bei der Wahrnehmung der Schutzfunktion Österreichs ist ein steter Besuchsaustausch, insbesondere auch mit dem Bundesland Tirol. Am 1. Jänner nahm Landeshauptmann Arno Kompatscher als Gast von Bundeskanzler Karl Nehammer am Neujahrskonzert der Wiener Philharmoniker teil. Am 8. April trafen einander die Landtagspräsidenten von Tirol, Südtirol und Trentino in Bozen. Am 4. Mai kam es am Rande des SVP-Parteitags in Meran zu einem Gespräch zwischen Landeshauptmann Arno Kompatscher, Tirols Landeshauptmann Anton Mattle und Italiens Außenminister Antonio Tajani. Am 18. August nahmen die Landeshauptleute von Tirol, Südtirol und Trentino sowie Bundesminister Norbert Totschnig gemeinsam am traditionellen "Tiroltag" im Rahmen des Forum Alpbach teil. Am 7. November traf Staatssekretärin Susanne Kraus-Winkler Landeshauptmann Arno Kompatscher in Bozen.

Vom 13.-15. November besuchte eine Gruppe österreichischer Jungdiplomatinnen und Jungdiplomaten Bozen. Sie wurden unter anderem von Landeshauptmann Arno Kompatscher und Landtagspräsident Arnold Schuler empfangen.

Auf regionaler Ebene wird die **grenzüberschreitende Zusammenarbeit** mit Südtirol durch die **Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino (Euregio)** gestärkt. 2024 lag ein Schwerpunkt auf der Sicherheit in den Bergen, insbesondere auf der Vernetzung von Wetterstationen, der Verbesserung der Kooperation der Lawinenkommissionen sowie der Harmonisierung und Validierung von Geodaten. Ein weiteres zentrales Thema ist der Alpentransit. Hier setzt sich die Euregio besonders für digitale Verkehrsleitungssysteme ("Slot-System") auf der Brennerachse ein.

Südtirol bildet eine bedeutende wirtschaftliche Brücke zwischen Österreich und Italien. Ein Zehntel aller österreichischen Exporte nach Italien gehen nach Südtirol, wo sich 40 % der österreichischen Niederlassungen oder Investitionen in Italien befinden.

Liechtenstein

Das Fürstentum Liechtenstein pflegt mit Österreich historisch gewachsene äußerst vertrauensvolle und freundschaftliche Beziehungen. Die rund 8.700 österreichischen Grenzgängerinnen und Grenzgänger spielen eine bedeutende Rolle für die Wirtschaft von Liechtenstein. Beide Länder arbeiten eng in regionalen Formaten und internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen (**VN**), der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (**OSZE**) und dem Europarat zusammen, wo sie sich gemeinsam für Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und die Bekämpfung der Straflosigkeit einsetzen. Liechtenstein ist Mitglied des **Europäischen Wirtschaftsraums**, wodurch Österreich ein wichtiger Partner in EU-Angelegenheiten ist. Im November übernahm Österreich gemeinsam mit Liechtenstein den Vorsitz der EU-Strategie für den Alpenraum für das Jahr 2025.

Auf Einladung von Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Doris Schmidauer besuchten S.D. Erbprinz Alois von und zu Liechtenstein und I.K.H. Erbprinzessin Sophie am 18. Oktober Mürzsteg. Am 13. September traf sich Regierungschef Daniel Risch mit Bundesminister Magnus Brunner zu einem Arbeitstreffen in Wien.

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Ländern sind eng mit der Schweiz verflochten. Liechtenstein ist stark exportorientiert, industriegeprägt und international vernetzt. Besonders der Finanzsektor spielt eine wichtige Rolle.

In der **Kulturkooperation** bestehen enge Verbindungen. Auf Basis einer 2020 unterzeichneten Absichtserklärung wurden zahlreiche gemeinsame Projekte realisiert, darunter die Liechtenstein-Regale in den Österreich-Bibliotheken und Artists-in-Residency-Programme, etwa im Turmhaus Balzer oder im Erna Mündle-Haus, an denen auch österreichische Künstlerinnen und Künstler teilnahmen. Umgekehrt wird es auch liechtensteinischen Künstlerinnen und Künstlern ermöglicht, an Österreichischen Kulturforen tätig zu werden, wie beispielsweise in Rom.

Schweiz

Zwischen Österreich und der Schweiz bestehen traditionell besonders freundschaftliche und vertrauensvolle Beziehungen. Als neutrale Sitzstaaten zahlreicher internationaler Organisationen verfolgen beide Länder ähnliche außenpolitische Ziele und setzen sich für Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte, Abrüstung und multilaterale Zusammenarbeit ein.

Durch die Umsetzung der 2021 unterzeichneten „Absichtserklärung betreffend die Strategische Kooperation“ konnten die Beziehungen weiter intensiviert werden. Mit dieser seit 2022 aktiven Strategischen Partnerschaft wird die Zusammenarbeit in ausgewählten Bereichen wie Krisenprävention, Friedensförderung, Zusammenarbeit am Westbalkan, Digitalisierungs- und Cybersicherheitsfragen, Kooperation in Sicherheitspolitik (vor allem PfP der NATO) sowie bei regionalen grenzüberschreitenden Projekten intensiviert und durch regelmäßige bilaterale Dialoge und Initiativen umgesetzt.

Ein reger politischer Besuchsaustausch unterstreicht das enge Verhältnis beider Länder. Neben Arbeitsbesuchen von Regierungs- und Parlamentsmitgliedern nahm Bundeskanzler Karl Nehammer an der Ukraine-Friedenskonferenz am Bürgenstock am 15. und 16. Juni teil. Bundesminister Alexander Schallenberg, Bundesministerin Karoline Edtstadler und Bundesminister Martin Kocher vertraten Österreich beim Weltwirtschaftsforum in Davos im Jänner.

Die österreichische Botschaft in Bern intensivierte den Austausch mit der Schweizer Regierung, Wirtschaftsvertretenden, Forschungseinrichtungen und der Zivilgesellschaft. Gemeinsam mit dem österreichischen Handelsdelegierten wurde ein offizieller Besuch im Kanton Thurgau durchgeführt. Der „**Kornhaus-Dialog“**, der von der österreichischen Botschafterin bereits zum dritten Mal gemeinsam mit der französischen Botschaft organisiert wurde, widmete sich dem Thema „Europäische Demokratien im Angesicht des Autoritarismus“ und thematisierte unter anderem Frauenrechte und Neutralität.

Die ausgezeichnete migrationspolitische und polizeiliche Zusammenarbeit wurde durch den 2022 unterzeichneten **gemeinsamen Aktionsplan** auf regionaler, Länder- bzw. Kantons- sowie Bundesebene weiter vertieft. Am 21. und 22. April fand in Basel das jährliche Treffen der deutschsprachigen Innenministerinnen und Innenminister statt.

Im Bereich **Klima- und Energiediplomatie** gibt es eine enge Zusammenarbeit, insbesondere im Rahmen regionaler Initiativen wie der Alpenkonvention, der EU-Strategie für den Alpenraum, der Konvention zum Schutz des Rheins und der internationalen Gewässerschutzkommission für den Bodensee. Im Mai unterzeichneten Österreich und die Schweiz einen Staatsvertrag zur Verbesserung des Hochwasserschutzes entlang des Alpenrheins (**RHESI**). Unterschiedliche Ansichten bestehen in der Kernenergiepolitik. Während die Schweiz verstärkt auf erneuerbare Energien setzt, bleibt die Kernkraft ein Thema in der energiepolitischen Debatte, insbesondere nach der Energiekrise im Winter 2022/23.

Die Schweiz ist der **viertwichtigste Handelspartner Österreichs**. 2024 betrugen die Warenexporte rund 9,47 Milliarden Euro, die Importe lagen bei rund 7,1 Milliarden Euro. Schweizer Direktinvestitionen in Österreich lagen bei ca. 16,35 Milliarden Euro.

In Schweizer Betrieben in Österreich sind über 27.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer beschäftigt, in österreichischen Unternehmen in der Schweiz ca. 21.000. Nach Deutschland und den Niederlanden ist die Schweiz zudem der drittwichtigste Tourismusmarkt Österreichs.

Das Österreichische Kulturforum Bern fördert **aktuelle gesellschaftliche und kulturpolitische Themen** wie Klimakultur, Künstliche Intelligenz und Frauenförderung. Im Rahmen des Klimaschwerpunkts wurde die Finissage mit anschließendem Artist Talk der Österreicherin Anna Mutschlechner-Dean unterstützt. Ihre Werke wurden auf der Videocity Bern präsentiert, die unter

dem Motto „Simply Nature – Being Nature“ stand. Der Schwerpunkt Frauenförderung wurde unter anderem durch eine Lesung der österreichischen Autorin Barbara Tóth aus ihrem Buch „Stiefmütter“ anlässlich des Internationalen Frauentags sowie durch die Ausstellung „Female Powers: Resistance and Curiosity“ der Wiener Künstlerin Julia Bugram hervorgehoben. Anlässlich des Kafka- und Bruckner-Jahres wurden verschiedene Projekte umgesetzt, darunter die Schweiz-Premiere des Films „Kafkas letzte Reise“ und eine Tour eines Anton-Bruckner-Kunstautomaten durch die Schweiz. Die vielfältigen kulturellen Aktivitäten fördern den bilateralen Austausch und schaffen über die Kunst- und Kulturszene hinaus nachhaltige Netzwerke.

Österreich ist in den Schweizer Medien stark präsent, insbesondere bei Berichterstattungen zu politischen Entwicklungen, Wahlen und Tourismusprojekten. Die engen politischen und wirtschaftlichen Beziehungen tragen zu einer breiten medialen Sichtbarkeit Österreichs in der Schweiz bei.

Slowakei

Die Beziehungen zwischen Österreich und der Slowakei sind eng und von intensivem Austausch geprägt. Rund 50.000 slowakische Staatsangehörige leben in Österreich, vor allem in Wien und den grenznahen Regionen. Etwa 40.000 Menschen pendeln täglich aus der Slowakei nach Österreich und leisten einen wichtigen Beitrag zur Wirtschaft und Gesellschaft.

Bundesministerin Karoline Edtstadler war am 2. Mai Ehrengast bei der Festveranstaltung des slowakischen Außenministeriums zum 20-jährigen EU-Beitritt der Slowakei. Bundespräsident Alexander Van der Bellen empfing am 29. Mai im Schloss Hof Staatspräsidentin Zuzana Čaputová zu ihrem Abschiedsbesuch. Der neu gewählte Präsident Peter Pellegrini reiste am 11. September zu seinem Antrittsbesuch nach Wien. Am 21. Oktober besuchte er ein Galakonzert im Wiener Stephansdom anlässlich des slowakischen EU-Jubiläums. Innenminister Matúš Šutaj Eštok vertrat die Slowakei am 25. und 26. Juni bei der Ministerinnen- und Ministerkonferenz des Forum Salzburg in Laxenburg.

Mit einem Investitionsvolumen von 7,1 Milliarden Euro ist **Österreich** der **zweitgrößte Investor in der Slowakei**. Mehr als 2.000 österreichische Unternehmen betreiben dort Niederlassungen und schaffen rund 47.000 Arbeitsplätze. Mit einem Exportvolumen von 3,9 Milliarden Euro gehört die Slowakei zu Österreichs wichtigsten Handelspartnern. Die Österreichische Botschaft in Pressburg

setzte sich aktiv für stabile wirtschaftliche Rahmenbedingungen ein und intensivierte den Dialog mit politischen Entscheidungsträgern.

Ein zentraler Punkt der bilateralen Zusammenarbeit ist der **Ausbau der grenzüberschreitenden Infrastruktur**. Die Bahnstrecke Wien–Gänserndorf–Marchegg–Staatsgrenze wurde elektrifiziert und zweigleisig ausgebaut. Dennoch fehlen entlang der 60 Kilometer langen March-Grenze weiterhin hochwasserfeste Autobrücken und leistungsfähige Anschlussstrecken. Regelmäßig werden Projekte im Rahmen des Programms Interreg Österreich-Slowakei 2021–2027 genehmigt. Insgesamt stehen dafür 56 Millionen Euro aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung zur Verfügung.

Die Slowakei setzt stark auf **Kernenergie**. Österreich betonte regelmäßig seine legitimen Sicherheitsinteressen und forderte einen raschen, transparenten Informationsaustausch. Jährliche bilaterale Nukleartreffen auf Expertenebene sorgen für eine sachliche und konstruktive Diskussion.

Die **kulturellen Beziehungen** zwischen beiden Ländern sind vielfältig. Zahlreiche Kooperationen bestehen mit renommierten Institutionen aus Kunst, Kultur und Wissenschaft in Pressburg und Partnern in den Regionen. Das Österreichische Kulturforum Pressburg setzte die erfolgreiche Zusammenarbeit mit slowakischen Institutionen und Festivals fort. Besondere Aufmerksamkeit erhielt die Ausstellung „Kunst! Kreativität in Zeiten künstlicher Intelligenz?“, die 2025 mit „ZUKUNFT JETZT? Mit Kunst und Kreativität in die Zukunft blicken“ fortgeführt wird.

Vier österreichische Lektorinnen und Lektoren sind in Pressburg tätig. Ergänzt wird das Netzwerk durch Österreich-Bibliotheken in Pressburg und Košice sowie ein Österreich-Institut für Deutschkurse.

Das Bild Österreichs in den slowakischen Medien ist durchweg positiv. Besonders in den Bereichen Gesundheitswesen, öffentlicher Verkehr und Verwaltung gilt Österreich als Vorbild. Auch als Reiseziel genießt es in der Slowakei großes Ansehen.

Slowenien

Slowenien ist als mitteleuropäisches Nachbarland aufgrund der langen gemeinsamen Geschichte, der kulturellen Verflechtungen, der engen wirtschaftlichen Beziehungen und vieler gemeinsamer Interessen ein bedeutender Partner für Österreich. Die Zusammenarbeit in außen- und europapolitischen Fragen ist besonders intensiv, insbesondere im Hinblick auf die von beiden Ländern unterstützte EU-Erweiterung um die Westbalkanstaaten. In multilateralen Foren treten Österreich und Slowenien häufig gemeinsam für Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Multilateralismus ein.

Im Bereich **Migration** ist Slowenien ein verlässlicher Partner, mit dem Österreich eng zusammenarbeitet. Die Kooperation im Bereich der **Polizeizusammenarbeit** wurde 2024 fortgesetzt, unter anderem durch gemeinsame Patrouillen an der Grenze.

Ein zentrales Thema in den bilateralen Beziehungen ist die **slowenische Volksgruppe in Österreich**, insbesondere in Kärnten und der Steiermark, sowie die deutschsprachige Volksgruppe in Slowenien, darunter die Untersteirer und Gottscheer. Diese Gruppen bilden eine kulturelle Brücke zwischen beiden Ländern. Österreich unterstützt die deutschsprachige Minderheit in Slowenien sowohl mit Projekt- als auch mit Basisförderungen und setzt sich für die verfassungsmäßige Anerkennung als autochthone Minderheit sowie für den Erhalt ihrer sprachlichen und kulturellen Identität ein. Österreich hält regelmäßig einen konstruktiven Dialog mit der slowenischen Regierung ab.

2024 fanden zahlreiche hochrangige bilaterale Treffen statt. Dazu gehörten die Sitzungen der Gemeinsamen Komitees Steiermark-Slowenien und Kärnten-Slowenien, bei denen Themen wie grenzüberschreitende Kooperationen in Bildung, Katastrophenschutz und Verwaltung diskutiert wurden. Im Rahmen dieser Treffen kam es zu Gesprächen zwischen den Landeshauptleuten der Steiermark, Christopher Drexler, und Kärntens, Peter Kaiser, mit der slowenischen Außenministerin Tanja Fajon am 10. Jänner und 24. April. Bundespräsident Alexander Van der Bellen nahm am 22. April an einer hochrangigen Diskussionsrunde in Laibach teil, die gemeinsam mit der slowenischen Präsidentin Nataša Pirc Musar und weiteren Staatschefs anlässlich des 20. Jahrestags der slowenischen EU-Mitgliedschaft stattfand.

Österreich ist der **viertgrößte Exportmarkt für slowenische Produkte** und der **wichtigste ausländische Investor** in Slowenien. Slowenische Konsumentinnen und Konsumenten bleiben die bedeutendsten Abnehmerinnen und Abnehmer österreichischer Waren pro Kopf. Die

wirtschaftlichen Verflechtungen spiegeln sich in der Präsenz von etwa 1.000 österreichischen Unternehmen in Slowenien und den über 26.000 slowenischen Tagespendlerinnen und Tagespendlern wider, die vor allem in der grenznahen Industrie und im Tourismus tätig sind.

Eine zentrale Rolle spielt der slowenische Hafen Koper, der für Österreichs Exportwirtschaft von essenzieller Bedeutung ist. Die enge wirtschaftliche Zusammenarbeit zeigte sich auch in mehreren Veranstaltungen, die von der österreichischen Botschaft in Laibach gemeinsam mit dem AußenwirtschaftsCenter der WKÖ organisiert wurden. Dabei wurde die Bedeutung Sloweniens als logistisches Drehkreuz für den internationalen Handel und als Tor zum Westbalkan hervorgehoben.

In Slowenien wird **Kernkraft** von großen Teilen der Gesellschaft und Politik als umweltfreundlich und nachhaltig betrachtet, eine Einschätzung, die Österreich nicht teilt. Das Kernkraftwerk Krško, das sich in einer Erdbebenregion befindet, steht dabei besonders im Fokus. Österreich beobachtet die Entwicklungen rund um Krško genau, thematisiert seine ablehnende Haltung gegenüber der Atomkraft auf allen politischen Ebenen und führt einen regelmäßigen Austausch mit slowenischen Fachleuten, um Transparenz und höchste Sicherheitsstandards sicherzustellen.

Das Österreichische Kulturforum Laibach unterstützt Projekte aus allen Bereichen der **zeitgenössischen Kunst und Kultur** sowie wissenschaftliche Projekte mit einem besonderen Fokus auf junge Kunstschaffende. Die inhaltlichen Schwerpunkte liegen auf Klima und Nachhaltigkeit, digitalem Humanismus, Gedenken, Menschenrechten und der Förderung von Frauen. In Kooperation mit der Steiermark wurden die Ausstellungen „Atmosphären – Kunst, Klima- und Weltraumforschung“ gezeigt und ein Kuratorinnen-Austauschprojekt mit einer Abschlussausstellung realisiert. Gemeinsam mit der Stadt Wien wurde die Ausstellung „Das Wiener Modell des sozialen Wohnbaus“ präsentiert.

Im Bereich **Musik** und **Literatur** unterstützt das Kulturforum vor allem junge Talente im Rahmen der BMEIA-Förderprogramme NASOM und SchreibArt. Der slowenischen Volksgruppe in Kärnten und der Steiermark wird besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Das Kulturforum arbeitet eng mit dem Pavel Haus in der Steiermark zusammen und unterstützt langfristig die Kärntner Kulturtage in Slowenien, die dem zeitgenössischen Kulturschaffen der slowenischen Minderheit in Kärnten gewidmet sind.

Tschechien

Österreich und Tschechien pflegen ausgezeichnete nachbarschaftliche Beziehungen. Besonders deutlich wird dies in der Übereinstimmung der außenpolitischen Positionen bezüglich der fortgesetzten Unterstützung der Ukraine im Kampf gegen den russischen Angriffskrieg sowie in der Solidarität mit Israel nach dem Angriff der Terrororganisation Hamas am 7. Oktober 2023.

Staatspräsident Petr Pavel war im Juli Ehrengast von Bundespräsident Alexander Van der Bellen bei den Salzburger Festspielen. Die Präsidiale des Bundesrats und Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka besuchten Tschechien im Juni bzw. September und trafen unter anderem die Vorsitzende des Abgeordnetenhauses, den Senatsvorsitzenden sowie mehrere Ministerinnen und Minister.

Beim Empfang zum österreichischen Nationalfeiertag in der Österreichischen Botschaft Prag waren Staatspräsident Petr Pavel, Außenminister Jan Lipavský und Verkehrsminister Martin Kupka anwesend. Vize-Außenminister Jan Marian hielt am 12. Dezember die Eröffnungsrede beim 7. österreichisch-tschechischen Dialogforum in der tschechischen Botschaft in Wien.

Die österreichische Botschafterin in Prag führte bilaterale Arbeitstreffen unter anderem mit Finanzminister Zbyněk Stanjura, Bildungsminister Mikuláš Bek, dem Kreishauptmann von Karlsbad, Petr Kulhánek, sowie mit Vizeministern, Abgeordneten, Senatoren und Bürgermeistern.

Tschechien ist **Österreichs wichtigster Handelspartner in Zentral- und Osteuropa**. Österreichische Direktinvestitionen in Tschechien belaufen sich auf über 15 Milliarden Euro und schaffen rund 100.000 Arbeitsplätze. Damit ist Tschechien für Österreich das viertwichtigste Investitionsland und eines der bedeutendsten Herkunftsländer von Touristinnen und Touristen.

Österreich und Tschechien vertreten unterschiedliche Positionen zur Nutzung von **Kernenergie**. Während Tschechien weiterhin auf Atomkraft setzt, lehnt Österreich diese konsequent ab und hat seine Haltung mehrfach bekräftigt. Dennoch finden jährlich konstruktive bilaterale Nukleartreffen auf Expertinnen- und Expertenebene statt.

Ein zentraler Arbeitsbereich der Botschaft ist das Gedenken an die ins Ghetto Theresienstadt deportierten jüdischen Österreicherinnen und Österreicher sowie an weitere Opfer des NS-Regimes. Das gemeinsame Geschichtsbuch „Nachbarn“ fördert einen sachlichen Umgang mit der gemeinsamen Vergangenheit und gilt als Meilenstein der historischen Aufarbeitung.

Das Österreichische Kulturforum Prag organisierte und unterstützte insgesamt 111 Projekte und Kooperationen in den Bereichen Literatur, Germanistik, Musik, Wissenschaft und Erinnerungskultur. Dabei arbeitete es mit über 100 Partnern an 26 Orten zusammen. Wichtige Partner sind die acht **Österreich-Bibliotheken** in Aussig, Brünn, Budweis, Reichenberg, Olmütz, Troppau, Pilsen und Znaim sowie die Lektorinnen und Lektoren an tschechischen Universitäten.

Am Österreichischen Gymnasium Prag werden rund 200 Schülerinnen und Schüler zweisprachig unterrichtet. In Znaim gibt es ein bilinguales Gymnasium mit österreichischen Lehrkräften. Am Österreich Institut Brünn besuchen pro Semester etwa 500 Personen Sprachkurse. Die Gemischte Kommission für Zusammenarbeit in Kultur, Bildung, Wissenschaft, Jugend und Sport erarbeitete ein neues Arbeitsprogramm für 2024–2028.

Die geographische Nähe, die enge nachbarschaftliche Verbindung und Österreichs Beliebtheit als **Reisedestination** tragen zur positiven Wahrnehmung in Tschechien bei. In einer jährlichen Umfrage zur Beliebtheit der tschechischen Nachbarn erreichte Österreich 2024 erstmals Platz 1. Dies spiegelte sich in der positiven Medienberichterstattung wider.

Ungarn

Ungarn ist nicht nur als unmittelbares Nachbarland ein wichtiger Partner Österreichs, sondern auch aufgrund enger wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen innerhalb der Europäischen Union. Beide Länder setzen sich gemeinsam für die EU-Erweiterung um die Westbalkanstaaten ein und arbeiten eng im Bereich Migration zusammen. Vor diesem Hintergrund wurde im November anlässlich des Schengen-Vollbeitritts von Rumänien und Bulgarien die Aufstellung eines quadrilateralen Polizeikontingents beschlossen, an dem Österreich und Ungarn beteiligt sind. Dieses Kontingent soll die bulgarisch-türkische Grenze überwachen.

Die enge Zusammenarbeit spiegelt sich in zahlreichen hochrangigen Besuchen wider. Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka empfingen ihre ungarischen Amtskollegen am 3. Juli bzw. 13. August in Wien. Bundesminister Alexander Schallenberg, Bundesministerin Karoline Edtstadler, Bundesminister Gerhard Karner und Bundesministerin Klaudia Tanner führten bilaterale Gespräche mit ihren ungarischen Amtskollegen. Während des ungarischen EU-Ratsvorsitzes in der zweiten Jahreshälfte nahmen

Bundeskanzler Karl Nehammer sowie mehrere Bundesministerinnen und Bundesminister an Arbeitstreffen in Budapest teil.

Ein wichtiger Fortschritt wurde mit dem Abschluss eines bilateralen Rahmenabkommens über **grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Rettungsdienst** erzielt. Beide Länder unterzeichneten ein Abkommen zum Lückenschluss im Straßennetz zwischen der österreichischen S7 und der ungarischen M80. Die Zusammenarbeit zur Erhaltung des UNESCO-Weltkulturerbes Neusiedlersee wurde 2024 erfolgreich fortgesetzt.

Ungarn ist der **siebtwichtigste Exportmarkt für Österreich** weltweit. Mit einem Anteil von 12 % an den Direktinvestitionsbeständen ist Österreich der drittgrößte Investor in Ungarn, hinter den Niederlanden und Deutschland. Rund 1.400 österreichische Unternehmen beschäftigen dort etwa 70.000 Menschen. Herausforderungen bestehen durch rechtliche Maßnahmen der ungarischen Regierung, darunter Sondersteuern und verpflichtende Rabatte im Einzelhandel sowie nachteilige Regelungen im Baustoffsektor. Diese Punkte wurden in Gesprächen auf allen Ebenen mit der ungarischen Seite thematisiert.

Mit knapp 2,2 Millionen Nächtigungen und 670.000 Ankünften ungarischer Gäste in Österreich wurden neue Höchstwerte (+4,1 % Übernachtungen und +5,2 % bei den Ankünften) erzielt.

Die Positionen Österreichs und Ungarns zur **Kernkraft** unterscheiden sich grundlegend. Österreich betrachtet Kernkraft weder als erneuerbar noch als grün und fordert von Ungarn höchste Sicherheitsstandards und Transparenz. Dies betrifft sowohl die Laufzeitverlängerung der vier Blöcke des Kernkraftwerks Paks als auch den Ausbau von Paks II mit russischer Beteiligung. Diese Anliegen werden in Gesprächen mit der ungarischen Seite regelmäßig angesprochen. Dennoch verläuft die Zusammenarbeit zwischen österreichischen und ungarischen Nuklearexpertinnen und -experten konstruktiv, insbesondere im Rahmen jährlicher Treffen.

Das Österreichische Kulturforum Budapest konzentriert sich auf Zukunftsthemen einer pluralistischen, demokratischen Gesellschaft, darunter Ökologie sowie Frauen- und Minderheitenrechte. Ziel ist es, ein modernes und innovatives Bild Österreichs zu vermitteln und europäische Werte zu stärken. Dies geschieht insbesondere im Hinblick auf die enge historische und aktuelle Vernetzung beider Länder. Angesichts begrenzter finanzieller Mittel für die unabhängige Kulturszene in Ungarn unterstützt das Kulturforum verstärkt Kultur- und

Wissenschaftsprojekte mit der ungarischen Zivilgesellschaft, oft in Kooperation mit anderen internationalen Kulturinstituten.

2024 standen **europäische Themen** im Mittelpunkt, insbesondere anlässlich des 20-jährigen EU-Mitgliedschaftsjubiläums Ungarns und des ungarischen Ratsvorsitzes. Die Veranstaltungsreihe "Gespräche über Europa" brachte Expertinnen und Experten aus Literatur, Medien und Europapolitik zusammen. Ein weiterer Schwerpunkt war die jüdische Geschichte und Kultur außerhalb Budapests. Zum 100. Todestag von Franz Kafka realisierte das jüdische Golem Theater in Budapest ein neuartiges Theaterprojekt, bei dem Studierende der Universität für angewandte Kunst das Bühnenbild gestalteten.

Im Herbst 2024 wurde das neue Frauenförderprogramm des BMEIA, **„Calliope. Join the Dots“** im Rahmen einer Fachkonferenz mit der wichtigsten ungarischen Stiftung für Gleichstellungsfragen vorgestellt. Themenschwerpunkt war "Frauen und Digitalisierung".

Österreich genießt in Ungarn einen exzellenten Ruf und gilt als Vorbild für wirtschaftliche Entwicklung. Neben dem Tourismus trägt dazu auch die hohe Zahl ungarischer Arbeitskräfte in Österreich bei: Rund 120.000 Ungarinnen und Ungarn sind hier beschäftigt, darunter etwa 48.000 Pendlerinnen und Pendler.

Regionale Zusammenarbeit

Die enge Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten hat für Österreich hohe Priorität. Die großen Herausforderungen der vergangenen Jahre – vom russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine bis hin zur Energiekrise – haben die Bedeutung gemeinsamer zentraleuropäischer Strategien für die Bewältigung globaler Krisen unterstrichen. Viele der grenzüberschreitenden Herausforderungen können nur gemeinsam mit den Nachbarn gelöst werden. Neben den direkten, bilateralen Kontakten zu seinen Nachbarstaaten, gestaltet Österreich in regionalen Kooperationsformaten die Intensivierung der regionalen Beziehungen zur Stärkung der Kooperation in Mitteleuropa aktiv mit.

Österreich hatte von Juli 2023 bis Juni 2024 den Vorsitz im **„Slavkov-3-Kooperationsformat“ (S3)** mit der Slowakei und Tschechien inne. Die Zusammenarbeit konzentrierte sich auf grenzüberschreitende Kooperation, EU-Politik und aktuelle geopolitische Entwicklungen. Im

Rahmen des „S3-plus“-Formats trafen sich die Außenministerinnen und Außenminister am 19. Februar in Brüssel mit ihrer belgischen Amtskollegin Hadja Lahbib. Weitere Treffen fanden unter anderem auf parlamentarischer Ebene in Wien am 29. Jänner sowie im Rahmen einer Jugendkonferenz am 28. Mai statt. Der Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Nikolaus Marschik war am 7. Juni Gastgeber des Treffens der nationalen Koordinatoren des Formats in Wien.

Das von Bundesminister Alexander Schallenberg ins Leben gerufene **„Central 5“-Format (C5)** mit der Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn dient der außenpolitischen Abstimmung. Am 26. März trafen sich die Außenministerinnen und Außenminister in Laibach, ergänzt durch Montenegros Außenminister Filip Ivanović.

Die **deutschsprachigen Länder** verstärkten ihre **Kooperation**. Bundesminister Alexander Schallenberg nahm am 14. Oktober an einem Treffen der deutschsprachigen Außenministerinnen und -minister in Luxemburg teil. Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka traf seine Amtskolleginnen und -kollegen im Juli in Duisburg.

Im Rahmen der **Trilateralen Zusammenarbeit („T3“)** mit Kroatien und Slowenien kamen die Außenminister am 28. November in Laibach zusammen. Österreich arbeitete zudem eng mit der Schweiz, Liechtenstein und Slowenien im Rahmen der **quadrilateralen Kooperation („Q4“)** zusammen, die im Juni in Wien zusammentraf.

3.2 Südosteuropa bzw. Westbalkanstaaten

Die sechs südosteuropäischen Länder Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Nordmazedonien, Montenegro und Serbien werden unter dem Begriff „Westbalkan“ zusammengefasst. Diese Region bildet traditionell einen Schwerpunkt der österreichischen Außen- und Europapolitik.

Die bilateralen Beziehungen Österreichs mit den Westbalkanstaaten sind ausgesprochen eng und freundschaftlich, vor allem Österreichs langjähriges und intensives Engagement für die Erweiterung der EU um diese Staaten wird in der Region sehr geschätzt. Besondere Erwähnung verdienen in diesem Zusammenhang die großen Diaspora-Gemeinden der rund 500.000 in

Österreich lebenden Menschen, die in der Region ihre Wurzeln haben und ein starkes Bindeglied zwischen Österreich und ihren Herkunftsländern darstellen.

Österreich setzt sich intensiv für die europäische Integration, regionale Zusammenarbeit und Stabilität am Westbalkan ein und lancierte zu diesem Zweck die **„Friends of the Western Balkans“** bestehend aus Österreich, Griechenland, Italien, Kroatien, der Slowakei, Slowenien und Tschechien. Zudem engagiert sich Österreich im **Berlin-Prozess**, an dem die Westbalkanstaaten, Österreich, Deutschland, Frankreich, Italien, Polen, Griechenland, Bulgarien, Slowenien, Kroatien, das Vereinigte Königreich, die Europäische Kommission, europäische und internationale Finanzinstitutionen sowie der Regional Cooperation Council **(RCC)** teilnehmen. Hauptziel ist die Förderung und Dynamisierung der regionalen Integration, um die Westbalkanstaaten in wichtigen Zukunftsbereichen (Konnektivität, Verkehr, Energie, Wirtschaft, Jugendaustausch, bilaterale Konflikte, Wissenschaft und Zivilgesellschaft) der EU näherzubringen. Dabei kommt der Umsetzung des Gemeinsamen Regionalen Marktes **(CRM)** als Sprungbrett für die graduelle Integration in den EU-Binnenmarkt eine besondere Rolle zu. Dieser zielt darauf ab, bereits vor dem EU-Beitritt den freien Waren-, Dienstleistungs-, Kapital- und Personenverkehr in der Region aufzubauen.

Beim zehnten Treffen der Außenministerinnen und Außenminister des Berlin-Prozesses am 1. Oktober in Berlin bekräftigte Bundesminister Alexander Schallenberg Österreichs entschlossenes Engagement und kündigte die Fortsetzung der Zusammenarbeit mit dem Regionalen Jugendkooperationsbüro (**RYCO**) an. Die Jugendinitiative wurde mit einem dreitägigen Studienaufenthalt für 23 Jugendliche aus der Region und der Diaspora in Österreich fortgeführt.

Um eine kohärente österreichische Strategie für die Region sicherzustellen, setzte das BMEIA die Arbeit der **Westbalkan-Task Force** fort, die einen kontinuierlichen Austausch zwischen den Fachministerien und relevanten Akteuren gewährleistet.

Der Fokus der Regionalstrategie der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (**OEZA**) für den Westbalkan liegt auf guter Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit, nachhaltiger und inklusiver wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung sowie Klima- und Umweltschutz. Mit einem jährlichen Budget von 12 Millionen Euro werden vor allem regionale Projekte unterstützt, die mindestens zwei Länder umfassen.

Die **Normalisierung der Beziehungen zwischen Serbien und Kosovo** bleibt ein Schlüsselfaktor für die dauerhafte Stabilisierung der Region. Der EU-Sonderbeauftragte für den Belgrad-Pristina Dialog, Miroslav Lajčák, dem als Vermittler eine Schlüsselrolle zukommt, hat Österreichs volle Unterstützung. Bundesminister Alexander Schallenberg und andere Regierungsmitglieder standen mit ihm in regelmäßigem Austausch. Österreich unterstützte das Team des Sonderbeauftragten im Bereich der Rechtsberatung mit einer Mitarbeiterin des BMEIA. Entscheidender Punkt bleibt weiterhin die schon im Brüsseler Abkommen von 2013 vorgesehene Schaffung eines Verbands mehrheitlich serbischer Gemeinden, bei dessen Umsetzung Kosovo immer noch säumig ist.

Albanien

Die bilateralen Beziehungen mit Albanien sind ausgezeichnet, was sich auch in hochrangigen Besuchen manifestiert. So besuchten Bundesministerin Karoline Edtstadler und Bundesminister Martin Kocher am 4. und 5. April Tirana mit einer Wirtschaftsdelegation. Der albanische Außenminister Igli Hasani war mehrfach in Österreich zu Gast: Am 29. April nahm er an der vom BMEIA organisierten Konferenz „Humanity at Crossroads: Autonomous Weapons Systems and the Challenge of Regulation“ in Wien teil. Am 21. Juni war er beim Treffen der „Friends of the Western Balkans“ in Göttweig anwesend, am 25. November traf er Bundesminister Alexander Schallenberg zu einem bilateralen Gespräch in Wien. Weitere Ministerbesuche erfolgten im Bildungs- und Landwirtschaftsbereich, wobei eine Absichtserklärung zur universitären Zusammenarbeit unterzeichnet wurde.

Die OEZA ist mit einem Büro der **Austrian Development Agency (ADA)** in Tirana vertreten. Neben bilateralen Projekten profitiert Albanien von zahlreichen regionalen Initiativen in den Bereichen gute Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit, nachhaltige soziale und wirtschaftliche Entwicklung sowie Umwelt. Die ADA setzt zudem EU-finanzierte Projekte um, etwa die **International Monitoring Operation (IMO)** zur Justizreform oder das Flussmanagement- und Überwachungsprojekt EU4Rivers. Darüber hinaus setzte die **Österreichische Agentur für Bildung und Internationalisierung (OeAD)** ihr langjähriges Engagement im Bereich Berufsbildung fort. Das umfangreichste Projekt der gemeinsamen Bildungszusammenarbeit stellt die 2006 gegründete Schule für Informationstechnologie „Peter Mahringer“ in Shkodra dar.

Bosnien und Herzegowina

Österreich gehört zu den größten Unterstützern des EU-Beitrittsprozesses von Bosnien und Herzegowina und stellt seit 2004 eine der größten Truppenkontingente für die EU-Mission **EUFOR Althea** zur sicherheitspolitischen Stabilisierung des Landes. Hochrangige Besuche unterstreichen die engen Beziehungen: Bundesminister Alexander Schallenberg und sein italienischer Amtskollege Antonio Tajani besuchten am 3. März gemeinsam Sarajewo, Außenminister Elmedin Konaković nahm am 21. Juni am Treffen der Außenministerinnen und Außenminister der Friends of the Western Balkans in Göttweig teil, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka reiste am 15. und 16. Februar nach Bosnien und Herzegowina und Bundesministerin Alma Zadić am 13. September. Eine Delegation der bilateralen Parlamentarischen Freundschaftsgruppe besuchte das Land Ende April, darunter auch das Gedenkzentrum Srebrenica.

Österreich setzt sich aktiv für die Förderung der Zivilgesellschaft ein. Gemeinsam mit dem US-Außenministerium wurde die **Seminarreihe „Speak up!“** fortgeführt, die junge politisch oder gesellschaftlich engagierte Menschen unterstützt.

Die **ADA** setzt entsprechend der Westbalkan-Regionalstrategie vermehrt regionale Projekte, u.a. in Bosnien und Herzegowina um, so beispielsweise ein Projekt mit Donau Soja zum Aufbau von nachhaltigen und inklusiven Wertschöpfungsketten oder ein Projekt zur Unterstützung der administrativen Kapazitäten zur verbesserten Qualität von öffentlicher Verwaltung und öffentlichen Dienstleistungen (BACID III). Die **OeAD** fördert mit einem Regionalbüro in Sarajewo die Berufs- und Weiterbildung.

Kosovo

Österreich beteiligt sich an der NATO-geführten **Kosovo Force (KFOR)** und gehört zu den größten Truppenstellern, stellt Exekutivbeamte für die EU-Rechtsstaatlichkeitsmission **EULEX** sowie eine Beamtin für die VN-Übergangsverwaltung **UNMIK**.

Die bilateralen Beziehungen mit Kosovo sind ausgezeichnet, was sich in hochrangigen Besuchen manifestiert. Bundesministerin Alma Zadić besuchte Kosovo am 27. März, Präsidentin Vjosa Osmani Sadriu nahm am 26. August am Europäischen Forum Alpbach teil, Premierminister Albin Kurti am 4. November am Vienna Economic Forum. Außenministerin Donika Gërvalla-Schwarz traf sich mehrfach mit Bundesminister Alexander Schallenberg, unter anderem beim

Europaforum Wachau im Juni und nahm am Treffen der Außenministerinnen und Außenminister der Friends of the Western Balkans teil.

ie **OEZA** ist mit einem ADA-Büro in Pristina vertreten und feierte im Dezember 25 Jahre Engagement im Kosovo. Die Schwerpunkte liegen auf höherer Bildung und Beschäftigung, insbesondere im ländlichen Raum. Österreich ist größter bilateraler Geber im Bereich höhere Bildung, sowie für das Jugendprogramm des VN-Kinderhilfswerks (**UNICEF**). Die Österreichische Entwicklungsbank unterstützt zudem die Erweiterung einer Molkerei durch einen Langzeitkredit.

Montenegro

Die ausgezeichneten bilateralen Beziehungen spiegeln sich in der Vielzahl offizieller Besuche wider. Staatspräsident Jakov Milatović reiste vom 7.-9. Februar nach Österreich, Bundesministerin Alma Zadić besuchte Montenegro im März, gefolgt von Bundesministerin Karoline Edtstadler und Bundesminister Martin Kocher am 4. April. Außenminister Filip Ivanović nahm am 21. Juni am Treffen der Außenministerinnen und Außenminister der Friends of the Western Balkans in Göttweig teil. Staatspräsident Milatović sowie Europaministerin Maida Gorčević nahmen am Forum Alpbach teil und Europaministerin Maida Gorčević auch am Salzburg Europe Summit. Verteidigungsminister Dragan Krapović besuchte die Ausmusterungsfeierlichkeiten in der Theresianischen Militärakademie Wiener Neustadt im September.

Im Bereich der OEZA unterstützt Österreich den Montenegro SDG Acceleration Fund (2023-2027) zur Erreichung der nachhaltigen Entwicklungsziele. Zudem wurde das EU-Projekt im Bereich Rechtsstaatlichkeit „**European Union Support to the Rule of Law**“, an dem auch Österreich beteiligt war, abgeschlossen. Ein von der Agrarmarkt Austria mit Partnerinstitutionen aus Frankreich, Slowenien und Ungarn durchgeführtes **EU-Twinning-Projekt** zur Vorbereitung auf die Gemeinsame Agrarpolitik begann im März.

Nordmazedonien

2024 feierten Österreich und Nordmazedonien **30 Jahre diplomatische Beziehungen**. Österreich unterstützte die Bemühungen Nordmazedoniens auf dem Weg zur EU-Mitgliedschaft. Die bilateralen Beziehungen sind ausgezeichnet, was sich in hochrangigen Besuchen zeigt.

Außenminister Bujar Osmani nahm am 21. Juni am Treffen der Außenministerinnen und Außenminister der Friends of the Western Balkans in Göttweig teil.

Nach dem Regierungswechsel im Juni fand am 24. Juli ein Treffen von Außenminister Timcho Mucunski bei Bundesminister Alexander Schallenberg statt. Am 5. August folgte ein Arbeitsbesuch von Bundesminister Gerhard Karner in Skopje. Premierminister Mickoski reiste von 20.-22. Oktober zu Gesprächen mit Bundespräsident Alexander Van der Bellen und Bundesminister Alexander Schallenberg nach Österreich und nahm am Salzburg Europe Summit teil. Europaminister Orhan Murtezani traf am 28. August mit Bundesministerin Karoline Edtstadler in Wien zusammen.

Österreich ist 2024 mit Direktinvestitionen in Höhe von 1,36 Milliarden Euro der **Nummer-1-Direktinvestor in Nordmazedonien**.

Serbien

Serbien und Österreich unterhalten ausgezeichnete wirtschaftliche Beziehungen, **Österreich** war im Jahr 2024 hinter China und den Niederlanden der **drittgrößte Investor in Serbien**, mehr als 800 österreichische Unternehmen sind in Serbien tätig. Im März 2024 fand zudem eine **Gemische Wirtschaftskommission** in Belgrad statt.

Auch der bilaterale **Besuchsaustausch** mit Serbien ist eng und von positiver Zusammenarbeit geprägt. Bundesminister Alexander Schallenberg traf mehrfach seinen serbischen Amtskollegen Marco Đurić und Europaministerin Tanja Miščević. Der serbische Außenminister Marco Đurić nahm außerdem am Treffen der Friends of the Western Balkans mit den Außenministern der Westbalkanstaaten in Göttweig teil. Innenminister Gerhard Karner besuchte Belgrad am 6. August, um die Zusammenarbeit im Migrationsbereich zu vertiefen. Des Weiteren besuchte Justizministerin Alma Zadić von 24. bis 26. März Belgrad und traf unter anderem ihre Amtskollegin, Maja Popović. Die Zusammenarbeit im Bereich Migration konnte fortgesetzt werden. Österreich entsendet Polizeibeamtinnen und -beamte an die serbisch-nordmazedonische Grenze und stellt technische Ausrüstung bereit.

Die kulturelle Zusammenarbeit ist ein weiteres Positivthema und wird durch das Kulturforum in Belgrad unterstützt. Österreich trug zudem maßgeblich zur Weiterentwicklung des Modells der

dualen Ausbildung in Serbien bei. Mit dem laufenden Projekt „Dual VET Project Serbia“ unterstützt die ADA zusammen mit der schweizerischen Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit die serbische Wirtschaftskammer, um kleine und mittelständische Unternehmen verstärkt für das Modell der dualen Ausbildung zu gewinnen. Ein weiteres Projekt der **OeAD** soll die Qualität des betrieblichen Lernens verbessern.

3.3 Östliche Nachbarschaft der EU, Türkei

Zu den Ländern der östlichen Nachbarschaft der EU gehören die Russische Föderation, die Ukraine, Belarus, die Republik Moldau, die Türkei sowie Georgien, Armenien und Aserbaidschan – und die fünf zentralasiatischen Staaten Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan.

Russischer Angriffskrieg gegen die Ukraine

Österreichs Verhältnis zu dieser Region war maßgeblich vom anhaltenden völkerrechtswidrigen russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine geprägt. Österreich setzte seine Politik der **Solidarität** mit der Ukraine fort und unterstützte sie gemeinsam mit internationalen Partnern bei der Verteidigung ihrer Unabhängigkeit, Souveränität und territorialen Integrität. Unter Wahrung seiner Neutralität umfasste die österreichische Unterstützung erhebliche finanzielle und humanitäre Hilfsleistungen. Auch im Rahmen der EU beteiligte sich Österreich an **finanziellen und humanitären Unterstützungsmaßnahmen** für die Ukraine. Das bezeichnet die Stimmenthaltung eines EU-Mitgliedstaats für eine bestimmte Maßnahme, damit diese von den anderen Mitgliedstaaten angenommen werden kann. Österreich trug zudem die EU-Sanktionsmaßnahmen gegen Russland mit, die durch drei weitere Sanktionspakete verschärft wurden. Diese zielten auf den russischen Militär-, Energie- und Finanzsektor ab und erschwerten die Umgehung der Sanktionen, etwa durch die sogenannte „Schattenflotte“, also Schiffe, mit denen Russland versucht, Sanktionen zu umgehen.

Den fortgesetzten Angriffen Russlands gegen die Ukraine begegnete Österreich mit weiterer solidarischer Unterstützung der Ukraine auf bilateraler und multilateraler Ebene. Diese steht nicht nur im Einklang mit der dauernden Neutralität Österreichs, die zu einer militärischen Neutralität verpflichtet, sondern auch mit unserer politischen Verpflichtung zur Verteidigung des Völkerrechts und grundlegender menschlicher Werte weltweit. Vor diesem Hintergrund unterstützte

Österreich die im Juni unterzeichneten gemeinsamen Sicherheitszusagen der EU an die Ukraine und setzte sich aktiv für einen umfassenden, die **Satzung der VN** und **regelbasierte internationale Ordnung** respektierenden Friedensprozess ein. Im Juni nahm Bundeskanzler Karl Nehammer am ersten Friedensgipfel für die Ukraine am Bürgenstock in der Schweiz teil, wo 93 Staaten und mehrere internationale Organisationen erste Schritte für einen umfassenden und nachhaltigen Frieden diskutierten. Österreich äußerte wiederholt seine Bereitschaft, als Ort für Friedensgespräche zur Verfügung zu stehen.

Ein wesentlicher Bestandteil der finanziellen Unterstützung für die Ukraine war ein Darlehen der G7 in Höhe von 45 Milliarden Euro. Dieses Darlehen wurde im Juni vereinbart. Es wird aus den Zinsen finanziert, die durch Veranlagung eingefrorener russischer Vermögenswerte lukriert werden. Österreich unterstützte die Annahme der Rechtsakte zur Abschöpfung dieser außerordentlichen Erträge. Die EU steuerte 18,1 Milliarden Euro bei, um die Ukraine in ihren unmittelbaren finanziellen Bedürfnissen zu unterstützen. Die Umsetzung dieser Maßnahme soll 2025 beginnen.

Regionale Entwicklungen in der östlichen Nachbarschaft

Als direkter Nachbar der Ukraine war die Republik Moldau stark von den negativen Auswirkungen des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine betroffen. Zudem war das Land mit hybriden Kampagnen Russlands zur Destabilisierung konfrontiert. Auch die Südkaukasus-Staaten Georgien, Armenien und Aserbaidschan waren von diesen Dynamiken stark betroffen, während Belarus noch stärker unter russischen Einfluss geriet. Die Türkei wiederum spielte eine besondere Rolle, indem sie ihre Gesprächskanäle mit Russland offenhielt. Armenien, Georgien und Moldau blieben Schwerpunktländer der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit.

Im Rahmen der **Östlichen Partnerschaft** (ÖP) bemühte sich die EU weiterhin um eine **stärkere politische und wirtschaftliche Anbindung der Region**. Ein Höhepunkt war das Jahrestreffen **des Zivilgesellschaftsforums der Östlichen Partnerschaft**, das vom 19. bis 21. November in Wien stattfand. Rund 230 zivilgesellschaftliche Vertreterinnen und Vertreter, darunter die belarussische Oppositionsführerin Sviatlana Tsikhanouskaja sowie hochrangige EU-Beamtinnen und EU-Beamte nahmen teil. Das Forum stärkt die zivilgesellschaftliche Dimension der ÖP und fördert europäische Werte. Österreich setzte sich aktiv für die Unterstützung dieser Strukturen ein.

Armenien

Armenien würdigte Österreichs Unterstützung in der EU-Beobachtermission (**EUMA**) und über die Europäische Friedensfazilität **(EFF)**. Der Beitritt Armeniens zum Internationalen Strafgerichtshof **(IStGH)** am 1. Februar wurde von Österreich begrüßt. Zudem erneuerte Österreich seine Bereitschaft, als Austragungsort für mögliche armenisch-türkische Normalisierungsgespräche sowie für armenisch-aserbaidschanische Friedensgespräche bereit zu stehen.

Das Koordinationsbüro für technische Zusammenarbeit der Österreichischen Botschaft setzte weiterhin Schwerpunkte auf nachhaltige ländliche Entwicklung, bessere Lebensbedingungen und effektive lokale Institutionen. Nach dem Massenexodus ethnischer Armenierinnen und Armenier aus Berg-Karabach im September 2023 leistete Österreich Hilfe über den EU-Zivilschutzmechanismus und das Internationale Komitee des Roten Kreuzes.

Bundesminister Alexander Schallenberg sprach am 16. Jänner mit dem armenischen Präsidenten Wahagn Chatschaturjan in Davos und traf seinen Amtskollegen Ararat Mirsojan am 17. Mai in Straßburg sowie am 5. Dezember am Rande des OSZE-Ministerrats in Malta. Bundesminister Magnus Brunner nahm vom 14.-16. Juni an der Jahreskonferenz der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung in Jerewan teil.

Die österreichischen **Exporte** nach Armenien stiegen, vor allem in den Bereichen Medikamente, Maschinenbau, Anlagenbau sowie Papier- und Verpackungsindustrie. Am 14. und 15. Oktober organisierte das AußenwirtschaftsCenter Moskau eine Wirtschaftsmission nach Armenien.

Armenien diversifiziert seine **Energieversorgung** und investiert in **erneuerbare Energien**, prüft aber auch den Bau eines weiteren Atomkraftwerks. Österreichische Technologieunternehmen sind für geplante Infrastruktur- und Energieprojekte gefragt. Die Österreichische Entwicklungsbank vergibt langfristige Kreditlinien für erneuerbare Energie und Energieeffizienz.

Aserbaidschan

Die bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und Aserbaidschan konzentrierten sich auf **Wirtschaftskooperationen**, insbesondere im **Energie- und Rohstoffsektor**. Österreich war in

zahlreichen internationalen Organisationen ein Kooperationspartner Aserbaidschans, thematisierte jedoch immer wieder die schwierige Menschenrechtslage im Land.

Die EU und Österreich engagierten sich für Fortschritte im **Friedensprozess** zwischen Armenien und Aserbaidschan. Wien bot sich erneut als Austragungsort für Friedensgespräche an.

Aserbaidschan blieb der **wichtigste Handelspartner Österreichs im Südkaukasus**: Die österreichischen Exporte stiegen um 2,4 % auf 62,8 Millionen Euro, während die Einfuhren aus Aserbaidschan um etwa 40,2 % auf insgesamt 187,5 Millionen Euro (davon 184,1 Millionen Euro für Rohöl) zurückgingen. Derzeit sind etwa zehn österreichische Unternehmen in Aserbaidschan tätig. Seit Jahren engagieren sich österreichische Firmen in der Restaurierung von UNESCO-Kulturgütern im Land.

Aserbaidschan ist ein bedeutender **Exporteur von Erdgas und Erdöl** und investiert zunehmend in erneuerbare Energien, um fossile Brennstoffe für den Export freizusetzen und künftig grünen Strom nach Europa zu liefern. Die 29. UN-Klimakonferenz (COP29) fand vom 11.-22. November in Baku statt. Bundesministerin Leonore Gewessler nahm daran teil.

Belarus

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine beeinflusste die bilateralen Beziehungen zu Belarus, das sich politisch weiter von der EU entfernte. Belarus unterstützte Russland umfassend und vorbehaltslos und erlaubte die Stationierung russischer Nuklearwaffen und Raketensysteme auf belarussischem Territorium. Zudem duldete Belarus Angriffe Russlands von seinem Staatsgebiet aus.

Österreich beobachtete weiterhin die andauernde Repression gegen Vertreter und Vertreterinnen der politischen Opposition, der Zivilgesellschaft, unabhängiger Medien und freier Gewerkschaften aufmerksam und sprach sich immer wieder für die Freilassung politischer Häftlinge, ein Ende der Unterdrückung und die Abhaltung freier und fairer Wahlen aus. Gemeinsam mit der EU unterstützte Österreich Initiativen der belarussischen Diaspora und beteiligte sich an der Internationalen Plattform für Rechenschaftspflicht, die Beweise für staatliche Gewalt seit den umstrittenen Wahlen 2020 sammelt.

Die bilateralen **Wirtschaftsbeziehungen** litten stark unter **gegenseitigen restriktiven Maßnahmen**. Österreichische Importe aus Belarus gingen weiter zurück, und das Investitionsklima verschlechterte sich erheblich. Die Raiffeisen Bank International zog sich als Investor aus Belarus zurück.

Ein wichtiger Bestandteil der österreichischen Aktivitäten in Minsk blieb die **Erinnerungskultur**. Die Österreichische Botschaft beteiligte sich an Gedenkveranstaltungen, die an die Verbrechen des Nationalsozialismus erinnerten.

Georgien

Österreichs Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität Georgiens sowie sein Beitrag zur EU-Beobachtermission (**EUMM**) wurden von Georgien sehr geschätzt. Das ADA-Koordinationsbüro für technische Zusammenarbeit der Österreichischen Botschaft in Tiflis legte seine Schwerpunkte auf nachhaltige ländliche Entwicklung, verbesserte Lebensbedingungen und effektive lokale Institutionen. Am 5. Dezember traf Bundesminister Alexander Schallenberg am Rande des OSZE-Ministerrates in Malta mit der neuen georgischen Außenministerin Maka Botschorischwili zusammen.

Im **Energiebereich** setzte Georgien große Erwartungen in das geplante Unterseekabel durch das Schwarze Meer, das erneuerbare Energie nach Europa liefern sollte. Österreichische Unternehmen waren weiterhin gefragte Partner in der georgischen Energiebranche. Der bilaterale Handel entwickelte sich positiv, mit Schwerpunkten in den Bereichen Anlagenbau, Fahrzeug-, Pharma- und Lebensmittelindustrie sowie Papiererzeugnisse. Am 16. und 17. Oktober organisierte das AußenwirtschaftsCenter Istanbul gemeinsam mit dem Außenwirtschaftsbüro Tiflis eine Wirtschaftsmission führender Vertreterinnen und Vertreter österreichischer Unternehmen nach Georgien.

Republik Moldau

Österreich unterstützt aktiv den **EU-Integrationsprozess** der Republik Moldau. Die Zusammenarbeit umfasste Entwicklungszusammenarbeit, Wirtschaftskooperation, Polizeikooperation sowie Bildungs- und Zivilgesellschaftsprojekte. Die Sicherheit Moldaus stand

angesichts russischer Destabilisierungsversuche im Fokus, weshalb Österreich seine Unterstützung für die Souveränität und territoriale Integrität sowie der Resilienz des Landes verstärkte. Der politische Austausch war intensiv, nicht zuletzt im Zusammenhang mit dem österreichischen Vorsitz der EU-Strategie für den Donauraum.

Österreich blieb unter den zehn größten Auslandsinvestoren in Moldau. Rund 30 österreichische Unternehmen investierten insgesamt knapp 100 Millionen Euro und schufen etwa 2.200 Arbeitsplätze. Im Rahmen der Initiative ReFocus Austria fanden zwei Wirtschaftsmissionen mit insgesamt über 40 österreichischen Unternehmen statt.

Schwerpunkte der **Entwicklungszusammenarbeit** lagen in den Bereichen Regionalentwicklung, Wassermanagement, Umweltschutz und Klimawandel. Ziel war die nachhaltige Bewirtschaftung von Wasserressourcen sowie eine verbesserte Nutzung von Umweltstatistiken für politische Entscheidungsprozesse. Umweltprojekte an den Flüssen Dnister und Pruth wurden erfolgreich umgesetzt.

Österreich engagierte sich im **Bildungsbereich**. Am 5. März erfolgte durch Bundesminister Martin Polaschek und den moldauischen Bildungsminister Dan Perciun der Spatenstich für eine Österreichische Internationale Schule in Chișinău – eine HTL für Elektronik und technische Informatik. Zudem unterzeichneten Vizekanzler Werner Kogler und Kulturminister Sergiu Prodan am 26. Juli ein Memorandum of Understanding zur Intensivierung der bilateralen Kulturkooperation.

Die österreichische **Auslandskultur** unterstützte den Austausch zwischen Kunstschaffenden beider Länder, insbesondere im Bereich der zeitgenössischen Kunst. Die Botschaft organisierte von 8. bis 10. Juli ein Seminar zur Stärkung moldauischer Medien und förderte die Vernetzung zwischen Journalistinnen und Journalisten aus beiden Ländern.

Russische Föderation (Russland)

Die Beziehungen zwischen Österreich und Russland waren weiterhin stark durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine belastet. Österreich unterstützte die EU-Sanktionspolitik gegen Russland und wurde – wie alle EU-Mitgliedstaaten – von Russland als „unfreundlicher

Staat“ eingestuft. Gleichzeitig bekräftigte Österreich seine Bereitschaft, glaubhafte diplomatische Initiativen zur Konfliktlösung zu unterstützen.

Die Positionen Österreichs und Russlands divergierten nicht nur in Bezug auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine, sondern auch in Bereichen wie Abrüstung, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Wahrung der Grundrechte. Österreich zeigte dabei in enger Abstimmung mit seinen EU-Partnern Präsenz, beispielsweise durch Veröffentlichungen in den sozialen Medien oder die Beobachtung einschlägiger Gerichtsverfahren. Offizielle bilaterale Besuche auf politischer Ebene fanden hingegen nicht statt. Im Einklang mit den Amtssitzabkommen mit den in Österreich ansässigen internationalen Organisationen und den einschlägigen europäischen und nationalen Regelungen ermöglichte Österreich weiterhin die Einreise von Delegationen aus Russland nach Österreich, um an der Arbeit dieser Organisationen teilzunehmen.

Die **Wirtschaftsbeziehungen** zwischen Österreich und Russland schrumpften weiter. Österreich exportierte Waren im Wert von 992 Millionen Euro nach Russland – ein Rückgang von 23,5 % im Vergleich zum Vorjahr. Die Importe aus Russland beliefen sich auf 2,4 Milliarden Euro, wovon 94 % auf mineralische Brennstoffe entfielen.

Bemühungen zur Aufrechterhaltung von **Verbindungen zur russischen Zivilgesellschaft** erfolgten mit Augenmerk auf gemeinsame Aktivitäten mit anderen EU-Mitgliedstaaten. Beispiele hierfür waren eine Veranstaltung mit der tschechischen Botschaft in Moskau anlässlich des 100. Todestages von Franz Kafka, die Teilnahme an einem deutschsprachigen Filmfestival, die Unterstützung des Europäischen Tages der Sprachen sowie die Beteiligung am Europäischen Weihnachtsmarkt an der Deutschen Schule Moskau.

Die früher sehr aktive bilaterale Kultur- und Wissenschaftszusammenarbeit wurde infolge des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine seit Februar 2022 und der Ausweisung des Leiters des Österreichischen Kulturforums Moskau im Februar 2023 stark reduziert. Dennoch wurden **einzelne Kulturprojekte mit unabhängigen nichtstaatlichen russischen Partnern** durchgeführt, vor allem in den Bereichen Sprache, Literatur und Musik. Dabei ging es unter anderem darum, dem faktenwidrigen offiziellen russischen Narrativ entgegenzuwirken, dass die westlichen Staaten nach einer „Abschaffung“ der russischen Kultur trachten würden.

Türkei

Als geopolitische Drehscheibe zwischen Europa und Asien spielt die Türkei eine zentrale Rolle in der Region. Für die EU und Österreich ist sie ein wichtiger Partner in den Bereichen Wirtschaft, Sicherheit und Migration.

Die österreichisch-türkischen Beziehungen sind geprägt von engen zwischenmenschlichen Verbindungen und sich **positiv entwickelnden Wirtschaftsbeziehungen**, trotz globaler konjunktureller Herausforderungen. Im Sicherheitsbereich arbeiten beide Länder bei der Bekämpfung von irregulärer Migration, organisierter Kriminalität und Terrorismus zusammen. Seit Dezember 2022 gibt es dafür einen halbjährlichen Konsultationsmechanismus zwischen den Innenministerien.

Auf politischer Ebene fanden hochrangige Treffen statt: Bundesminister Alexander Schallenberg besuchte am 13. und 14. Mai Ankara, die türkische Familienministerin Mahinur Özdemir Göktaş reiste am 28. Mai nach Wien. Ein weiteres Gespräch zwischen Bundesminister Alexander Schallenberg und seinem türkischen Amtskollegen Hakan Fidan fand am 23. Jänner in New York statt.

Das bilaterale **Handelsvolumen** betrug 4,8 Mrd. Euro. Die österreichischen Exporte in die Türkei gingen gegenüber dem Vorjahr um 8,7 % zurück, während die Importe um 3,5 % stiegen. Österreich gehört zu den großen Direktinvestoren in der Türkei, hauptsächlich in den Bereichen Logistik, Papier- und Verpackungsindustrie, Catering sowie Personalvermittlung.

Im Kulturbereich trug das Kulturforum Istanbul wesentlich zur österreichischen Präsenz in der türkischen Kunst- und Kulturszene bei. Die bilaterale Kulturarbeit stand im Zeichen des 100-jährigen Jubiläums diplomatischer Beziehungen und des Freundschaftsvertrags zwischen beiden Ländern. Mit Filmbeiträgen zu Themen wie Umwelt, Nachhaltigkeit und Menschenrechte war Österreich bei Filmfestivals in Istanbul und Ankara vertreten. Die seit 1895 von Österreich geleiteten Ausgrabungen in Ephesos sind ein bedeutendes gemeinsames Projekt.

Ukraine

Seit Beginn des russischen Angriffskriegs stehen die Beziehungen zwischen Österreich und der Ukraine im Zeichen der Solidarität und Unterstützung. Österreich hat die Ukraine sowohl finanziell als auch humanitär unterstützt und über 100.000 ukrainischen Vertriebenen Schutz gewährt. Im Juni wurden formelle Beitrittsverhandlungen der Ukraine mit der EU eröffnet – ein Meilenstein, den Österreich begrüßt, jedoch weitere Reformen, insbesondere im Bereich **Rechtsstaatlichkeit** und Korruptionsbekämpfung einfordert.

Österreich mobilisierte bislang **rund 290 Millionen** Euro an humanitärer und finanzieller Unterstützung für die Ukraine. Im Juni und November wurden jeweils 10 Millionen Euro aus dem AKF bereitgestellt. Weitere 10 Millionen Euro wurden im Dezember für Weltbank-Programme zum Wiederaufbau der Ukraine zur Verfügung gestellt. Österreich beteiligte sich zudem an der „**Grain from Ukraine**"-Initiative mit 2 Millionen Euro und trat der internationalen Koalition zur Rückführung verschleppter ukrainischer Kinder bei. Bundeskanzler Karl Nehammer bot Präsident Wolodymyr Selenskyj im Dezember erneut Wien als möglichen Austragungsort für hochrangige Friedensgespräche an. Österreich unterstützte aktiv die „**10-Punkte-Friedensformel**" von Präsident Selenskyj, insbesondere in den Bereichen nukleare Sicherheit, Ernährungssicherheit, Rechenschaftspflicht und humanitäre Entminung.

Neben der Bundesregierung engagierten sich zahlreiche österreichische Hilfsorganisationen wie das Rote Kreuz, Caritas, Hilfswerk International und Global 2000 und andere im gesamten Land. Auch Bundesländer und Städte leisteten Unterstützung im sozialen, humanitären, Bildungs- und Gesundheitsbereich.

Der politische Austausch blieb intensiv. Der neue ukrainische Außenminister Andrij Sybiha reiste kurz nach seiner Angelobung im September nach Wien und traf Bundesminister Alexander Schallenberg, mit dem er im November ein weiteres Gespräch in Wien führte. Im Dezember besuchte der Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Kyjiw und Butscha für politische Konsultationen.

Österreich beteiligte sich umfassend an den **europäischen Unterstützungsmaßnahmen**, darunter die **Ukraine-Fazilität** mit 50 Milliarden Euro für den Zeitraum 2024–2027. Ein Schwerpunkt lag auf der Stärkung von Justiz und Sicherheitsdiensten, wofür Österreich die EU-Mission **EUAM Ukraine** finanziell unterstützte. Im Rahmen der Europäischen Friedensfazilität **(EFF)** leistete Österreich Beiträge für den Ankauf nicht-letaler Ausrüstung in Höhe von rund 157,8 Millionen Euro.

Österreich war vor dem Krieg der **sechstgrößte Investor in der Ukraine**, wo österreichische Unternehmen nach wie vor rund 200 Niederlassungen, darunter etwa 25 Produktionsniederlassungen betreiben. Viele engagierten sich mit Hilfsleistungen für die ukrainische Bevölkerung. Die österreichische Botschaft und das AußenwirtschaftsCenter Kyjiw unterstützten Unternehmen durch Netzwerkveranstaltungen und in offiziellen Kontakten.

Im Rahmen eines Besuchs von Bundespräsident Alexander Van der Bellen hatte Bundesministerin Leonore Gewessler 2023 eine Absichtserklärung im Bereich **erneuerbare Energien** unterzeichnet. Auf dieser Basis wurde 2024 der akademische, technische und politische Austausch intensiviert. Besonderer Fokus liegt auf den Bereichen grüner Wasserstoff und Biogas. Österreich unterstützte die Ukraine zudem mit technischer Ausstattung zur Stabilisierung ihres Stromnetzes.

Seit der temporären Schließung des Österreichischen Kulturforums Kyjiw organisierte das Ukraine Office Austria in Zusammenarbeit mit dem **OeAD-Kooperationsbüro Lwiw** bilaterale Kulturprojekte mit Fokus auf Ökologie, Journalismus, Menschenrechte, Digitalisierung und Gesundheit. Bildungsreformen wurden durch das **OeAD-Kooperationsbüro Odesa/Uschhorod** begleitet, etwa in der Digitalisierung der Lehre und der psychosozialen Unterstützung von Lehrpersonal.

Zentralasien

Durch den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und die Nähe zu Afghanistan hat die geostrategische Bedeutung Zentralasiens weiter zugenommen. Für Österreich gewinnt die Region insbesondere in den Bereichen Sicherheit, Migration, Extremismus- und Terrorismusbekämpfung sowie im Kampf gegen organisierte Kriminalität an Relevanz.

Die fünf zentralasiatischen Staaten **Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan** rücken wirtschaftlich verstärkt in den Fokus Europas. Insbesondere bei der **Diversifizierung der Energie- und Rohstoffversorgung** sowie bei der **Konnektivität** bieten sich neue Kooperationsmöglichkeiten. Gleichzeitig bestehen weiterhin Herausforderungen in den Bereichen nachhaltige Entwicklung, Armutsbekämpfung, Demokratisierung, Rechtsstaatlichkeit, gute Regierungsführung und Menschenrechte.

Es fand eine Vielzahl hochrangiger bilateraler Treffen statt. So traf Bundesminister Alexander Schallenberg im März in Wien den kasachischen Außenminister Murat Nurtleu sowie den turkmenischen Außenminister Rashid Meredov. Im Mai traf der kirgisische Parlamentssprecher Shakiev Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka in Wien. Im Juni empfing Bundesminister Alexander Schallenberg den kirgisischen Premierminister Akylbek Zhaparov in Wien. Im September traf er den usbekischen Außenminister Saidov am Rande der hochrangigen Woche der Generalversammlung der Vereinten Nationen in New York. Im November absolvierte der kirgisische Präsident Sadyr Zhaparov im Rahmen eines offiziellen Arbeitsbesuchs Treffen mit Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Bundeskanzler Karl Nehammer und Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka in Wien.

Österreich pflegt eine enge multilaterale Zusammenarbeit mit den zentralasiatischen Staaten, insbesondere im Rahmen der **OSZE**. Ein Schwerpunkt liegt auf Grenzsicherheit und Grenzmanagement, etwa durch die Unterstützung des „Border Management Staff College“ der OSZE in Duschanbe. Auch die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen wurden gezielt ausgebaut, wobei Österreichs Unternehmen in Bereichen wie erneuerbare Energien, Infrastruktur und digitale Transformation zunehmend Interesse an der Region zeigen.

Im Ausbildungsbereich engagiert sich Österreich mit Programmen der Diplomatischen Akademie Wien**,** die künftige Führungskräfte aus Zentralasien auf internationale Zusammenarbeit und Diplomatie vorbereitet.

3.4 Südliche Nachbarschaft der EU

Regionale Entwicklungen in der südlichen Nachbarschaft

Die Länder der südlichen Nachbarschaft waren von den geopolitischen Auswirkungen des Gaza-Kriegs stark betroffen. In dieser Region nahm Ägypten traditionell eine besondere Rolle als Vermittler ein, insbesondere im Gaza-Konflikt. Die EU unterzeichnete mit Ägypten eine umfassende strategische Partnerschaft. Auch Jordanien blieb ein wichtiger Stabilitätsfaktor in der Region. Der Libanon war vom Gaza-Krieg direkt betroffen. Am 27. November konnte jedoch unter Vermittlung der USA und Frankreichs ein Waffenstillstandsabkommen zwischen Israel und dem Libanon erreicht werden. Österreich beteiligte sich weiterhin an der VN-Beobachtermission UNIFIL im Libanon sowie an der zivilen EU-Mission EUBAM und engagierte sich bei der militärischen EU-

Mission EUNAVFOR Med Irini in Libyen. Aufgrund des Gaza-Kriegs kam es durch die Intensivierung der Kämpfe im Libanon zu einer starken Fluchtbewegung nach Syrien. Mit dem Sturz des Assad-Regimes Anfang Dezember erlebte Syrien eine tiefgreifende politische Veränderung.

Mit der Schaffung eines eigenen Portfolios für die südliche Nachbarschaft in der EK und einer für den Mittelmeerraum verantwortlichen EU-Kommissarin, Dubravka Šuica, wird die politische und wirtschaftliche Anbindung der Region an die EU weiter vorangetrieben.

Ägypten

Ägypten ist ein zentraler Partner Österreichs, der sich aktiv an der Vermittlung in regionalen Konflikten beteiligt. Im März traf Bundeskanzler Karl Nehammer anlässlich der Unterzeichnung der **strategischen und umfassenden Partnerschaft zwischen der EU und Ägypten** Präsident Abdel Fattah al-Sisi. Neben der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit spielt auch der kulturelle Austausch eine bedeutende Rolle. So fördert das Österreichische Kulturforum Kairo insbesondere zeitgenössische österreichische Kunst- und Kulturschaffende in Ägypten. In Kooperation mit der Steiermark und der ägyptischen Kultureinrichtung Beyt Yakan wurde ein Residenzprogramm für österreichische Künstlerinnen und Künstler ins Leben gerufen.

Algerien

Die Beziehungen zwischen Österreich und Algerien wurden durch zahlreiche hochrangige Kontakte intensiviert. Bundesminister Alexander Schallenberg traf seinen algerischen Amtskollegen Ahmed Attaf im Jänner in New York, gefolgt von einem Besuch Attafs im Juni in Wien. Die EU erklärte im Oktober den Südlichen Wasserstoffkorridor – eine 3.300 km lange Pipeline, die Algerien über Tunesien, Italien und Österreich mit Deutschland verbinden soll – zum Global-Gateway-Projekt 2025. Im Juni fand dazu ein Austausch zwischen Bundesministerin Leonore Gewessler und dem algerischen Energieminister Mohamed Arkab statt.

Israel

Die Auswirkungen des **Gaza-Kriegs** prägten die Zusammenarbeit – nicht zuletzt aufgrund der Bemühungen um ein Geiselabkommen und einen Waffenstillstand. Ein zentrales Anliegen Österreichs war die Befreiung eines österreichisch-israelischen Doppelstaatsbürgers, der am 7.

Oktober 2023 von der Hamas in den Gazastreifen entführt wurde. Der Sonderbeauftragte des Bundeskanzlers, Peter Launsky, reiste regelmäßig in die Region, um an Verhandlungen mitzuwirken. Im Februar besuchte Bundesminister Alexander Schallenberg Tel Aviv und Jerusalem und traf dort mit Angehörigen der Geiseln sowie Außenminister Israel Katz zusammen. Israel schätzt besonders das österreichische Engagement im Kampf gegen **Antisemitismus** und die Umsetzung der **Nationalen Antisemitismus-Strategie**. Die enge bilaterale Beziehung wurde durch den Besuch des Knesset-Sprechers Amir Ohana in Wien am 10. September weiter unterstrichen, als er an der Konferenz **„**Nie wieder? Demokratie verträgt keinen Antisemitismus“ im österreichischen Parlament teilnahm.

Jordanien

Jordanien bleibt ein wichtiger Stabilitätsfaktor in der Region, insbesondere während des Gaza-Kriegs. Seine Rolle als Hüter der Heiligen Stätten in Jerusalem und als Aufnahmeland für eine große Zahl syrischer Flüchtlinge macht Jordanien zu einem zentralen Partner für Europa und Österreich. Bundesminister Alexander Schallenberg reiste im Februar nach Amman, um sich mit seinem jordanischen Amtskollegen über die regionale Lage auszutauschen. Im Juni fand das erste **EU-Amman Business Forum** statt, und im Dezember lud Jordanien zu einem internationalen Treffen in Aqaba zur Lage in Syrien. Österreich stellte für Syrien und Nachbarstaaten insgesamt 28,7 Millionen Euro an humanitärer Hilfe bereit.

Libanon

Im Februar besuchte Bundesminister Alexander Schallenberg im Rahmen einer Nahostreise Beirut, um sich für ein Ende des Flächenbrands einzusetzen, den der Gaza-Krieg in der Region ausgelöst hat. Am 27. November wurde durch Vermittlung der USA und Frankreichs ein Waffenstillstand zwischen Israel und dem Libanon erreicht. Österreich und die EU forderten den Libanon auf, dringend notwendige wirtschaftliche und politische Reformen umzusetzen. Das bestehende EU-Sanktionsregime zur Bekämpfung von Korruption und Demokratieabbau wurde verlängert. Seit 2011 beteiligt sich das Österreichische Bundesheer an der **UNIFIL-Mission** mit derzeit rund 160 Soldatinnen und Soldaten**.**

Libyen

Österreich unterstützt die internationalen Bemühungen zur Stabilisierung Libyens und setzt sich für die Einhaltung des VN-Waffenembargos sowie den Abzug aller ausländischen Truppen und Söldner ein. Im Rahmen der zivilen EU-Mission **EUBAM Libyen** beteiligt sich Österreich am Kapazitätsaufbau zur Bekämpfung von Menschenhandel und Terrorismus sowie an der Stärkung der Rechtsstaatlichkeit. Im Juli nahmen Vertreterinnen und Vertreter Österreichs am Trans-Mediterranean Migration Forum in Tripolis teil. Darüber hinaus ist Österreich weiterhin in der militärischen EU-Operation **EUNAVFOR MED Irini** engagiert. Aus dem AKF stellte Österreich 1 Million Euro für die Arbeit des UNHCR in Libyen bereit.

Marokko

Vom 28.-31. Jänner besuchte Bundesminister Martin Kocher Casablanca und Rabat, begleitet von einer hochrangigen Wirtschaftsdelegation. Im Rahmen des Besuchs wurde eine Absichtserklärung über die Zusammenarbeit in den Bereichen Industrie, Nearshoring, Green Tech und Wasserwirtschaft unterzeichnet. Darüber hinaus fanden mehrere hochrangige politische Gespräche im Rahmen der bilateralen parlamentarischen Freundschaftsgruppe Österreich-Nordafrika statt. Beide Länder setzen sich aktiv für die Energiewende, den interreligiösen Dialog und einen starken Multilateralismus ein. In Marokko sind mehr als 100 österreichische Unternehmen mit Vertretungen oder Niederlassungen aktiv. Österreich und die EU unterstützen weiterhin den VN-Prozess zur Beilegung des Westsahara-Konflikts. Österreich beteiligt sich zudem mit Militärbeobachtern an der VN-Mission MINURSO.

Palästina

Österreich engagiert sich seit vielen Jahren in Palästina durch bilaterale Entwicklungszusammenarbeit (**EZA**) und EU-Projekte, insbesondere im Bereich der Gesundheitsversorgung. Im Zuge des Gaza-Krieges verschlechterte sich die humanitäre Lage dramatisch. Angesichts des großen Leids leistete Österreich zusätzliche humanitäre Hilfe in Höhe von **17,95 Millionen Euro**. Darüber hinaus stellte Österreich dem **VN-Hilfswerk für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) 3,4 Millionen Euro** zur Verfügung. Nach eingehender Prüfung der österreichischen EZA-Gelder wurde auch die **Palästinensische Autonomiebehörde** beim Aufbau effizienter, demokratisch legitimierter und kontrollierter Institutionen für einen zukünftigen souveränen, demokratischen Staat unterstützt. In enger Abstimmung mit seinen EU-

Partnern setzt sich Österreich weiterhin konsequent für eine **Zweistaatenlösung** als langfristige politische Perspektive ein.

Syrien

Mit dem Sturz des Assad-Regimes erlebte Syrien eine tiefgreifende politische Veränderung. Am 27. November startete die **islamistische Miliz Hay'at Tahrir Ash-Sham (HTS)**, die zuvor große Teile der Provinz Idlib kontrollierte, gemeinsam mit anderen bewaffneten Gruppen eine Offensive. Innerhalb weniger Tage wurden mehrere große syrische Städte eingenommen, wodurch sich das Land nun in einer politischen Übergangsphase befindet. Die aus diesen Umwälzungen hervorgegangene Übergangsregierung kündigte an, einen inklusiven politischen Prozess einzuleiten und die Rechte aller Bevölkerungsgruppen zu achten.

Obwohl sich Syrien im Gaza-Krieg neutral verhielt, blieb das Land nicht von den regionalen Auswirkungen verschont. Durch die Intensivierung der Kämpfe im Libanon flüchtete rund eine halbe Million Menschen nach Syrien, was die ohnehin schwierige humanitäre Lage weiter verschärfte. Laut den VN benötigten insgesamt 16,7 Millionen Menschen in Syrien humanitäre Hilfe. Österreich stellte dafür 12,3 Millionen Euro bereit.

Im Kulturbereich gab es bemerkenswerte Initiativen: Im April nahmen österreichische Musikerinnen und Musiker am Musikfestival der Kustodie für das Heilige Land der Franziskaner teil. Dabei wurden mehrere Kammermusikkonzerte in Damaskus aufgeführt und Meisterkurse für syrische Musizierende abgehalten. Zudem konnte erstmals seit mehreren Jahren mit Unterstützung der Österreichischen Botschaft eine westliche TV-Journalistin (ORF) nach Syrien reisen und live berichten.

Tunesien

Ein Höhepunkt der bilateralen Zusammenarbeit war der Besuch des tunesischen Innenministers Kamel Fekih bei Bundesminister Gerhard Karner im April in Wien. Im November führte die österreichische **Alpinpolizei** erstmals ein Training zur Verbesserung der Fähigkeiten der tunesischen Sicherheitskräfte im Umgang mit alpinen Herausforderungen durch.

Über 70 österreichische Unternehmen sind in Tunesien vertreten. Aufgrund der bereits bestehenden **Gaspipelines zwischen Tunesien und Italien** wird Tunesien als potenzieller Lieferant für grünen Wasserstoff nach Österreich betrachtet. Am 27. Mai unterzeichneten Verbund und Total Energies eine Absichtserklärung mit dem tunesischen **Energieministerium** zur Entwicklung von Projekten im Bereich erneuerbarer Energien zur Herstellung von grünem Wasserstoff.

Österreich leistete über den **AKF** insgesamt 2 Millionen Euro an Unterstützung für Tunesien: 1 Million Euro an die **Internationale Organisation für Migration (IOM)** zur Unterstützung von Migrantinnen und Migranten sowie weitere 1 Million Euro an das VN-Flüchtlingshilfswerk (**UNHCR**) zur Versorgung von Flüchtlingen und Asylsuchenden.

3.5 Mittlerer Osten, Arabische Halbinsel

Bahrain

Bahrain zeigt großes Interesse an einer vertieften Zusammenarbeit mit Österreich in den Bereichen Terrorismusbekämpfung, Drogen- und Menschenschmuggel, Cyberkriminalität, Geldwäsche und Migration. Zudem sucht das Land den Erfahrungsaustausch mit Österreich im Bereich der **Strafvollzugsreform**, insbesondere im offenen Strafvollzug und alternativen Sanktionen. Durch die Normalisierung der Beziehungen zu Israel im Rahmen der **Abraham Accords** ist Bahrain ein bedeutender Akteur im Nahen Osten und ein relevanter Gesprächspartner für Österreich und die EU.

Irak

Österreich konzentriert sich im Irak auf die Themen Migration, Sicherheit und Wirtschaftsbeziehungen. Die **Entsendung eines polizeilichen Verbindungsbeamten** zur Österreichischen Botschaft in Bagdad am 1. Jänner markierte einen weiteren Schritt zur Umsetzung der im Jahr 2023 getroffenen Absichtserklärungen über die Zusammenarbeit in der **inneren Sicherheit und Migration**. Im Zuge des Besuchs von Außenminister Fuad Hussein in Wien unterzeichneten er und Bundesminister Alexander Schallenberg am 21. Jänner eine Absichtserklärung über Konsultationen zwischen den Außenministerien. Die ersten politischen Konsultationen fanden am 24. September statt. Weitere bilaterale Meilensteine waren die

Unterzeichnung eines modernisierten Luftverkehrsabkommens in Bagdad am 11. Juli sowie eine **Absichtserklärung über die Zusammenarbeit zwischen den Wirtschaftskammern** beider Länder am 23. September. Am 14. November begann der Einsatz des österreichischen Kontingents im Rahmen der **NATO-Mission im Irak (NATO Mission to Iraq – NMI)**. Zudem hielt sich der Präsident der Region Kurdistan-Irak, Nechirvan Barzani, am 2. Juli zu einem offiziellen Besuch in Wien auf.

Iran

Die EU verschärfte ihre Sanktionen gegen den Iran, da das Land Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine sowie bewaffnete Gruppen im Nahen Osten und in der Region des Roten Meeres militärisch unterstützte. Die Verhandlungen über das **Nuklearübereinkommen (Joint Comprehensive Plan of Action – JCPoA)** wurden nicht wiederaufgenommen. Gleichzeitig setzte der Iran sein Nuklearprogramm fort, während sich Österreich weiterhin für den Erhalt des JCPoA als einzigem Garant gegen ein nukleares Wettrüsten in der Region einsetzte.

Das **Österreichische Kulturforum Teheran** ist die einzige westliche, vertraglich anerkannte Kultureinrichtung im Iran. Seit über 40 Jahren bietet es Sprachkurse für Deutsch als Fremdsprache an, die jährlich von mehr als 3.500 Studierenden besucht wurden. Seit über 15 Jahren unterstützt das Kulturforum die Ausbildung junger, talentierter iranischer Musikschaffender.

Jemen

Nach neun Jahren Krieg blieb die humanitäre Lage im Jemen dramatisch. **18,2 Millionen Menschen** waren auf humanitäre Hilfe angewiesen, **17,6 Millionen** von **Ernährungsunsicherheit** betroffen. Hinzu kamen erhebliche Probleme durch fehlenden **Zugang** zu sauberem Wasser sowie die Verbreitung von Cholera. Österreich unterstützte die humanitäre Hilfe im Rahmen der **Strategischen Partnerschaft zwischen dem BML und dem World Food Programme (WFP)** mit 1 Million Euro für Nahrungsmittelhilfe**.**

Katar

Die langjährige **Vermittlungsaktivität** Katars in verschiedenen Konflikten sind für Österreich von besonderer Relevanz. Als Vorsitzender des Golfkooperationsrates hatte Katar eine Schlüsselrolle im ersten EU-Golfkooperationsrat-Gipfel im Oktober inne. Bundeskanzler Karl Nehammer traf den

katarischen Emir Tamim bin Hamad Al-Thani im Juli am Rande der Olympischen Spiele. Bundesminister Alexander Schallenberg und Premierminister Al Thani trafen einander im September bei der VN-Generalversammlung in New York. Katar bleibt einer der größten Produzenten und -exporteure von verflüssigtem Erdgas (LNG) weltweit und plant, seine Kapazitäten bis 2027 um 60 % zu steigern.

Kuwait

Österreich und Kuwait führten den Ko-Vorsitz in der Verhandlungsgruppe zur Reform des VN-Sicherheitsrats. Im Juni 2023 hatten beide Länder eine **Absichtserklärung über politische Konsultationen** unterzeichnet, deren erste Sitzung am 5. Mai in Kuwait stattfand. Die Diversifizierung der kuwaitischen Wirtschaft eröffnet österreichischen Unternehmen Chancen in Gesundheit, erneuerbarer Energie, Umwelt und Abwasserentsorgung. Ein bedeutender Faktor in den bilateralen Beziehungen sind die kuwaitischen Touristinnen und Touristen, die Österreich vor allem im Sommer als Urlaubsziel schätzen.

Oman

Der Oman ist aufgrund seiner geostrategischen Lage und diplomatischen Vermittlungsrolle ein wichtiger Partner Österreichs. Österreich wird als Lieferant für Spitzentechnologie geschätzt. Die dritte Runde der bilateralen politischen Konsultationen fand im Dezember in Maskat statt. Oman verfolgt ehrgeizige Klima- und Energieziele: Bis 2050 soll das Land CO_2-neutral werden. Dabei setzt die **Oman Vision 2040** auf eine grüne Energiewende, insbesondere auf **grünen Wasserstoff aus erneuerbaren Quellen**. Oman strebt eine weltweite Führungsrolle in der Wasserstoffproduktion an.

Saudi-Arabien

Die bilateralen Beziehungen wurden durch einen regen hochrangigen Besuchsaustausch vertieft: Bundesministerin Karoline Edtstadler nahm von 24.-27. Februar am Internet Governance Forum in Riyadh teil. Bundesminister Alexander Schallenberg traf im Rahmen seines Arbeitsbesuches von 23.-24. Mai in Riyadh mit Außenminister Prinz Faisal bin Farhan sowie Wirtschaftsminister Faisal bin Fadhil Alibrahim zusammen. Bundesminister Martin Kocher leitete die **9. Sitzung der**

Gemischten Wirtschaftskommission in Wien am 28. Mai. Österreich nahm an der COP 16 des VN-Übereinkommens zur Bekämpfung der Wüstenbildung von 2.-13. Dezember in Riyadh teil.

Das umfassende Regierungsprogramm **Vision 2030** zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung Saudi-Arabiens eröffnet auch österreichischen Unternehmen große wirtschaftliche Chancen. **Über 450 österreichische Unternehmen** sind in Saudi-Arabien tätig, davon **30 mit Niederlassungen** vor Ort. Die österreichischen Exporte nach Saudi-Arabien wiesen in im Jahr 2024 mit insgesamt 798,5 Millionen Euro (+48,85 %) einen anhaltend starken Aufwärtstrend auf, die Importe aus Saudi-Arabien beliefen sich in diesem Zeitraum auf 571,4 Millionen Euro (+29,17 %).

Vereinigte Arabische Emirate (VAE)

Die Beziehungen zwischen Österreich und den VAE wurden 2021 mit einer **Strategischen Partnerschaft** aufgewertet. Bundesminister Martin Kocher besuchte von 28. Februar bis 1. März Abu Dhabi zur WTO-Ministerkonferenz MC13. Staatssekretär Florian Tursky nahm am 11. und 12. Februar am World Governments Summit in Dubai teil und unterzeichnete mit den VAE ein Memorandum of Understanding im Bereich Künstliche Intelligenz. Die VAE setzen auf erneuerbare Energien, Atomkraft und Wasserstoffproduktion. Das Land ist der **zweitwichtigste Handelspartner Österreichs in der Golfregion**. **150 österreichische Unternehmen** haben Niederlassungen in den VAE. Die Abu Dhabi National Oil Company hält nun 24,9 % der OMV. Im November fand die **erste Runde des Interkulturellen und Interreligiösen Dialogs** zwischen Österreich und den VAE in Abu Dhabi statt.

3.6 Subsahara Afrika

Südliches Afrika

Angola

Neben Südafrika rückt auch Angola verstärkt ins internationale Rampenlicht. Das wurde beispielsweise durch den Besuch von US-Präsident Joe Biden in Luanda im Dezember deutlich. Der geplante Ausbau des **Lobito-Korridors**, einer Bahnverbindung zwischen Angola, der Demokratischen Republik Kongo und Sambia, birgt großes Potenzial für österreichische Unternehmen.

Mosambik

Die OEZA wird meist über die **Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika (SADC)** abgewickelt und konzentriert sich auf erneuerbare Energien. In Mosambik, einem **Schwerpunktland der EZA**, fördert Österreich seit Jahren Projekte zur Wasser- und Siedlungshygiene sowie zur ländlichen Entwicklung und Landwirtschaft. Diese Programme werden über das Kooperationsbüro der ADA in Maputo koordiniert.

In der Provinz Cabo Delgado im Norden Mosambiks kommt es immer wieder zu Angriffen islamistischer Gruppen. Die EU-Mission zur Ausbildung des mosambikanischen Militärs in Maputo, an der auch Österreich beteiligt war, wurde im September in eine EU-Militärische Unterstützungsmission umgewandelt.

In Angola, Mosambik und **Mauritius** sind zahlreiche österreichische Unternehmen tätig. **Botsuana** und **Namibia** bieten ebenfalls wirtschaftliches Potenzial und zählen neben Südafrika und Mauritius zu den beliebtesten Tourismuszielen der Österreicherinnen und Österreicher.

Die ADA finanziert gemeinsam mit Partnern mehrere regionale Projekte, darunter das erfolgreiche SOLTRAIN+ Programm (Southern African Solar Thermal Training & Demonstration Initiative). Es unterstützt nachhaltige Energieprojekte in Botsuana, **Lesotho**, Mosambik, Namibia, Südafrika und **Simbabwe**. Zudem fördert die ADA gemeinsam mit der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit das SADC-Parlamentarische Forum.

Südafrika

Südafrika ist mit großem Abstand Österreichs **wichtigster Wirtschafts- und Handelspartner auf dem afrikanischen Kontinent**. Rund ein Drittel aller österreichischen Importe und Exporte nach Afrika entfallen auf das Land.

Aufgrund seiner wirtschaftlichen Stärke betrachtet sich Südafrika als Sprachrohr der Region und sogar des gesamten Kontinents. Nach dem Vorsitz der BRICS-Staaten im Jahr 2023 übernahm das Land im Dezember erstmals den Vorsitz der G20. Viele Nachbarstaaten orientieren sich an der Außenpolitik Pretorias. Im Nahostkonflikt bezog Südafrika klar Stellung für Palästina und erregte

internationale Aufmerksamkeit, als es vor dem **Internationalen Gerichtshof** (IGH) ein Verfahren gegen Israel auf Basis der Völkermordkonvention einleitete.

Zwischen Österreich und Südafrika besteht ein enger Austausch im Bereich der **Auslandskultur**. Mit der Errichtung des **ersten österreichischen Kulturforums in Subsahara-Afrika** in Pretoria und dem Abschluss einer Absichtserklärung mit Südafrika in Kunst und Kultur wurde diese Zusammenarbeit weiter gestärkt. Das Kulturforum setzt auf Zukunftsthemen wie Digitalisierung, Klimaschutz und innovative Technologien. Es dient zudem als regionales Zentrum für kulturelle und wissenschaftliche Kooperationen im südlichen Afrika.

Ostafrika und Horn von Afrika

Äthiopien

Im Juli leitete Äthiopien **tiefgreifende Wirtschaftsreformen** ein, darunter die Einführung flexibler Wechselkurse für den äthiopischen Birr sowie umfassende Unterstützungsprogramme mit dem IWF und der Weltbank. Diese Maßnahmen gingen mit einer schrittweisen Öffnung verschiedener Wirtschaftssektoren für ausländische Investoren einher. Im Oktober organisierte Österreich eine Wirtschaftsmission nach Äthiopien, bei der Unternehmen die Reformen kennenlernen und neue Geschäftskontakte knüpfen konnten.

Das **60-jährige Bestehen der österreichischen Botschaft in Addis Abeba** wurde mit einem umfangreichen Programm aus Musik, Kunst, Literatur und Wissenschaft gefeiert. Die OEZA setzt ihr Engagement mit Projekten in ländlicher Entwicklung, sozialen Dienstleistungen und demokratischen Institutionen fort. Dafür stellt sie 7,5 Millionen Euro bereit, zusätzlich flossen 4 Millionen Euro aus dem AKF in humanitäre Hilfe an das Österreichische Rote Kreuz, Jugend eine Welt und UNHCR. Weitere 1,8 Millionen Euro aus dem ADA-Budget gingen an das IKRK.

Kenia

Die bilateralen Beziehungen zwischen Österreich und Kenia intensivierten sich. Umweltministerin Roselinda Soipan Tuya nahm am 20. Juni am Austrian World Summit teil und führte Gespräche mit Bundesministerin Leonore Gewessler. Bundesminister Alexander Schallenberg empfing am 16. September seinen kenianischen Amtskollegen Musalia Mudavadi in Wien. Am 26. September

unterzeichneten beide in New York ein Memorandum of Understanding zur Zusammenarbeit in den Bereichen Mobilität und Migration.

Sudan

Trotz internationaler Vermittlungsversuche hielten die schweren Kämpfe zwischen sudanesischen Regierungstruppen und den Rapid Support Forces an. Die Gewalt hat dramatische Folgen für die Zivilbevölkerung. Das BMEIA setzt seine Mediationsbemühungen fort. Im Rahmen des AKF wurden dem IKRK 1 Million Euro für dessen humanitäres Hilfsprogramm im Sudan zur Verfügung gestellt.

Uganda

Uganda ist seit 1993 **Schwerpunktland** der **OEZA**. Der Fokus liegt auf Wasser- und Siedlungshygiene, Zugang zur Justiz sowie den Querschnittsthemen Menschenrechte, gute Regierungsführung, Klimaschutz und Gleichstellung der Geschlechter. Am 5. September traf Umweltministerin Beatrice Anywar Ati mit Bundesminister Martin Kocher in Wien zusammen. Im Rahmen des AKF wurden dem Österreichischen Roten Kreuz sowie Licht für die Welt insgesamt 1,5 Millionen Euro für humanitäre Hilfe in Uganda zur Verfügung gestellt.

Westafrika und Sahel

Westafrika und der Sahel sind für Österreich und Europa von strategischer Bedeutung. Einerseits beherbergt die Region mit Nigeria und den Staaten des Golfs von Guinea **wirtschaftliche Schwergewichte**. Andererseits droht die **Instabilität der Sahelstaaten** – insbesondere Burkina Faso, Mali und Niger – auf die Küstenstaaten überzugreifen. Die von Militärjuntas regierten Länder Burkina Faso, Mali und Niger belegen im Globalen Terrorismus-Index die Plätze eins, drei und zehn.

Österreich verstärkte mit der **Eröffnung** einer **Botschaft in Accra (Ghana)** seine Präsenz in Westafrika. Neben der Botschaft in Accra unterhält Österreich diplomatische Vertretungen in Abuja (Nigeria) und Dakar (Senegal), ein Kooperationsbüro für Entwicklungszusammenarbeit in Ouagadougou (Burkina Faso) sowie ein Außenwirtschaftscenter in Lagos. Zudem ist ein Offizier des Österreichischen Bundesheeres am Kofi Annan International Peacekeeping Training Center (KAIPTC) in Accra stationiert.

Im Jahr 2024 stellte Österreich rund 17 Millionen Euro **an humanitärer Hilfe** für die Sahelregion bereit, darunter 4,5 Millionen Euro aus dem AKF für Burkina Faso und 12 Millionen Euro für das WFP in Niger.

Burkina Faso

Die **OEZA** konzentriert sich in der Region auf Burkina Faso, wo Österreich seit 1996 mit einem Koordinationsbüro vertreten ist. Angesichts der prekären Sicherheitslage sind dort zwei Millionen Menschen als Binnenflüchtlinge registriert, und dreieinhalb Millionen sind auf humanitäre Hilfe angewiesen. Trotz der Herausforderungen konnte das Koordinationsbüro weiterhin nachhaltige Projekte umsetzen, wobei der Triple-Nexus-Ansatz (humanitäre Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit, Friedensförderung) angewandt wurde. Eine österreichische Parlamentarierdelegation besuchte im März Ouagadougou.

Côte d'Ivoire

Die Côte d'Ivoire gehört zu den wichtigsten österreichischen Handelspartnern der Region und ist einer der bedeutendsten Kakaolieferanten Österreichs. Im Juni besuchte eine österreichische Wirtschaftsmission Abidjan, und im März reiste eine österreichische Parlamentarierdelegation zu politischen Beratungen nach Côte d’Ivoire.

Gambia

Während eines Arbeitsbesuchs in Banjul vom 28.-30. Oktober unterzeichnete Arnold Kammel, Generalsekretär im Bundesministerium für Landesverteidigung, eine technische Vereinbarung über die bilaterale militärische Zusammenarbeit. Experten des Österreichischen Bundesheeres setzen in Gambia ein mehrjähriges Ausbildungsprojekt zur sicheren Munitionslagerung um.

Ghana

Mit der **Eröffnung der Botschaft in Accra** durch Bundesminister Alexander Schallenberg am 13. September wurde ein neues Kapitel in den bilateralen Beziehungen zu Ghana aufgeschlagen. Während des Besuchs unterzeichneten Österreich und Ghana Memoranden zur Zusammenarbeit

in den Bereichen Mobilität und Migration sowie zum wechselseitigen Zugang zum Arbeitsmarkt für diplomatisches und konsularisches Personal. Eine ReFocus Austria-Veranstaltung brachte österreichische Unternehmen mit der ghanaischen Wirtschaft zusammen und diente dem Ausbau der bilateralen Wirtschaftsbeziehungen. Ghana gilt als stabiler Anker in Westafrika, und zuletzt gab es Anzeichen für eine wirtschaftliche Erholung, die österreichischen Unternehmen neue Chancen eröffnen könnte. Der ghanaische Präsident Nana Addo Dankwa Akufo-Addo besuchte Wien am 30. Jänner, und am 24. April fanden bilaterale politische und wirtschaftliche Konsultationen in Wien statt.

Zur Vertiefung diplomatischer Kontakte wurden an der Diplomatischen Akademie Wien Spezialkurse für junge afrikanische Diplomatinnen und Diplomaten angeboten, zuletzt für Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Ghana.

Nigeria

Als bevölkerungsreichstes Land Afrikas ist Nigeria neben Südafrika einer der wichtigsten Handelspartner Österreichs in Subsahara-Afrika. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit konzentriert sich auf den Süden des Landes. Der Ende 2022 mit österreichischer Unterstützung in Enugu eröffnete Business Park wurde auch 2024 weiter gefördert.

Senegal

Zur **Verbesserung** der **Sicherheitslage** in der Region engagiert sich Österreich in der militärischen Zusammenarbeit mit den Küstenstaaten. Im Senegal wird die Kooperation in der Kampfschwimmerausbildung und Munitionslagerung fortgesetzt.

Während seines Arbeitsbesuchs im Senegal im Mai wurde der Erste Wiener Landtagspräsident Ernst Woller unter anderem von Premierminister Ousmane Sonko empfangen. Gemeinsam mit dem Bürgermeister von Dakar, Barthélémy Toye Dias, eröffnete er die Ausstellung "Der soziale Wohnbau in Wien".

Im Bereich **Auslandskultur und Wissenschaftszusammenarbeit** initiierte die Österreichische Botschaft Dakar gemeinsam mit dem Timbuktu Institute/African Centre for Peace Studies und der österreichischen Sozialanthropologin Ingrid Thurner ein mehrwöchiges Dialog-Residency-Projekt

zum Thema Migration. Zudem besteht seit 2002 eine Partnerschaft zwischen der Alpen-Adria-Universität Klagenfurt und der Université Gaston Berger in Saint-Louis (Senegal), im Rahmen derer senegalesische Studierende regelmäßig Auslandssemester in Klagenfurt absolvieren.

Regionalorganisation – ECOWAS

Zwischen Österreich und der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft ECOWAS besteht eine enge Zusammenarbeit, insbesondere in den Bereichen erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Konfliktprävention und Frühwarnsysteme sowie Ausbildung und Fortbildung für regionale Friedenseinsätze. Österreich stellte rund 300.000 Euro für Projekte mit der ECOWAS bereit.

Afrikanische Union (AU)

Beim jährlichen AU-Gipfel am 17. und 18. Februar übernahm Mauretanien den Vorsitz der Afrikanischen Union. Österreich übernahm im zweiten Halbjahr gemeinsam mit Kanada den Vorsitz der AU Partners Group und fungierte in dieser Funktion als Bindeglied zwischen der AU-Kommission und den nichtafrikanischen Partnern der AU.

3.7 Amerika

Vereinigte Staaten von Amerika (USA)

Der **Strategische Dialog** zwischen Österreich und den USA mit jährlichen Treffen auf hoher Beamtinnen- und Beamtenebene, zuletzt am 17. Juni in Washington, bildet den Rahmen für die intensive bilaterale Zusammenarbeit. Wichtige Eckpfeiler sind das **State-Partnership-Programm mit Vermont**, die Kooperation in der **Lehrlingsausbildung** und das gemeinsame Engagement für die rasche Integration der Westbalkanstaaten in euro-atlantische Strukturen. Im Rahmen der Seminarreihe "Speak Up!" für die junge bosnische Zivilgesellschaft fanden die dritte Seminarrunde vom 25.-27. April in Wien und die vierte beim Europäischen Forum Alpbach (24.-27. August) statt.

Als Teil des neu geschaffenen "US-Austrian Citizen Dialogue on Global Challenges" wurden am 17. Jänner, 13. Mai und 9. Dezember Dialogtreffen in Wien abgehalten, jeweils kombiniert mit Folgeveranstaltungen in Linz, Salzburg und Graz. Der dritte Durchgang des "Austrian American Media Fellowship Programme" (2.-13. Juni) bot jungen US-Journalistinnen und Journalisten die

Gelegenheit, Österreich als Zentrum internationaler Diplomatie sowie als innovativen Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort kennenzulernen. Zudem unterzeichneten Österreich und Utah am 18. November eine Absichtserklärung zur Zusammenarbeit in der Lehrlingsausbildung.

Die US-Regierung unterstützt die zahlreichen österreichischen Maßnahmen zur Wiedergutmachung für Opfer nationalsozialistischer Verfolgung, Zwangsarbeit und Vermögensentzug.

Staatssekretär Florian Tursky nahm an der Consumer Electronic Show (CES2024) in Las Vegas teil (8.-10. Jänner). Bundesministerinnen Karoline Edtstadler und Susanne Raab führten Gespräche im US-Außenministerium und im US-Kongress (23.-26. Jänner bzw. 14. März). US-Außenminister Antony Blinken traf Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Bundeskanzler Karl Nehammer und Bundesminister Alexander Schallenberg (Wien, 15. März). Eine 36-köpfige US-Kongressdelegation besuchte Wien vom 8.- 12. November und kam zu Gesprächen mit Bundeskanzler Karl Nehammer, Bundesminister Alexander Schallenberg, Bundesminister Martin Kocher, Bundesministerin Susanne Raab und Staatssekretärin Claudia Plakolm zusammen. Der US-Klimasonderbeauftragte John Podesta nahm am Austrian World Summit teil (Wien, 20. Juni).

Die USA sind **Österreichs zweitwichtigste Exportdestination**. Rund 650 österreichische Unternehmen sind in den USA tätig, etwa 200 betreiben eigene Niederlassungen. Es wurde ein Rechtsrahmen für ein "Working Holiday Programme" geschaffen, das auch Lehrlingen offensteht. Im Rahmen der ReFocus Austria-Initiative fanden gemeinsam mit der WKÖ Fach- und Networking-Veranstaltungen statt: für die österreichische Bahn- und Raumfahrtindustrie in Washington D.C. sowie für die Kreativwirtschaft in Austin, Texas. OPEN AUSTRIA San Francisco organisierte am 15. Februar einen Austausch mit Vertretenden des Tech-Diplomacy-Netzwerks sowie am 7. November eine "Demo Night" für Startups. Zudem nahm Österreich am 21. September an der ersten Ausgabe von "Europe in the Park" in San Francisco teil. Das Programm #goUSA zur Förderung österreichischer Startups lief vom 28. Oktober bis 8. November. Am 10. Dezember unterzeichnete Österreich die ARTEMIS Accords – eine Reihe praktischer Grundsätze für eine verantwortungsvolle Weltraumforschung im 21. Jahrhundert.

Zu den Höhepunkten der Arbeit des **Österreichischen Kulturforums New York** zählten die Ausstellung "Margarete Schütte-Lihotzky: Pioneering Architect. Visionary Activist.", das Symposium "Vienna 1900. Birth of a Visionary Movement", die Ausstellung "Inspiration Comes

from Everyday Life: Works by Elfie Semotan and Nina Hollein", das Wandmalereiprojekt "Garden of Collective Futures" sowie das "Festival Neue Literatur" mit dem österreichischen Schriftsteller Doron Rabinovici. Das Österreichische Kulturforum Washington organisierte unter anderem Konzerte mit dem Jazz-Pianisten Martin Listabarth und dem Trio Diatonische Expeditionen. Beim Science Diplomacy Summit der Johns-Hopkins-Universität (15.- 16. April) präsentierte Österreich innovative Ansätze zur Anwendung von künstlicher Intelligenz in Architektur und Musik. Die strategische Öffentlichkeitsarbeit der Österreichischen Botschaft in Washington konzentrierte sich auf Architektur- und Stadtplanung sowie auf die Ausstellung "From Vienna to the White House. Yoichi Okamoto & The American Century" zur Fotografie.

Kanada

Kanada ist für Österreich insbesondere im multilateralen Kontext ein wichtiger Partner. Staatssekretär Florian Tursky führte Gespräche zu künstlicher Intelligenz in Montréal (7.- 8. Jänner) und Toronto (11. Jänner). Der Präsident des kanadischen Abgeordnetenhauses, Greg Fergus, besuchte Wien vom 3.-5. März zu Gesprächen mit Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka, Bundesminister Alexander Schallenberg und Bundesminister Martin Kocher. Am 10. und 11. September nahm er an der Konferenz "Never again? Democracy cannot tolerate antisemitism" teil.

Die **wirtschaftlichen Beziehungen** zwischen Österreich und Kanada entwickelten sich dynamisch, gestützt durch das Freihandelsabkommen **CETA** und verstärkte Marktbearbeitung durch österreichische Unternehmen. Das Sci-Art-Symposium am 6. und 7. April in Ottawa wurde von Österreich maßgeblich mitkonzipiert. Die Ars Electronica Filmschau sowie österreichische Künstlerinnen präsentierten dort Projekte zu Nachhaltigkeit und Klima. Expertinnen und Experten aus Österreich und Kanada tauschten sich vom 28. Oktober bis 1. November in Montréal und Toronto zu Quantentechnologie aus, unter anderem im Rahmen einer ReFocus Austria-Veranstaltung.

Lateinamerika und Karibik

Österreich vertiefte sowohl bilateral als auch im EU-Kontext seine Beziehungen zu Lateinamerika und der Karibik. Bundesminister Alexander Schallenberg führte in Wien Arbeitsgespräche mit der ecuadorianischen Außenministerin Gabriela Sommerfeld (14. März), dem honduranischen Außenminister Eduardo Enrique Reina (14. März), dem costa-ricanischen Außenminister Arnoldo

André Tinoco (26. April) und der argentinischen Außenministerin Diana Mondino (17. September). Der Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Nikolaus Marschik hielt in Wien politische Konsultationen mit Chile, Costa Rica, Ecuador, Panama und Uruguay ab. Weitere Konsultationen fanden in der Dominikanischen Republik und Kuba statt. Österreich sondierte mit der **Gemeinschaft karibischer Staaten (CARICOM)** und der **Karibischen Gemeinschaft (ACS)** Möglichkeiten einer vertieften Kooperation in den Bereichen Tourismusausbildung, erneuerbare Energien und zur Stärkung des Amtssitzes Wien. Nach dem schweren Orkan Beryl im Juli stellte Österreich den am meisten betroffenen Karibikstaaten Hilfsgüter zur Verfügung. Generalsekretär Marschik nahm an der vierten Konferenz der kleinen Inselentwicklungsstaaten (SIDS) teil und führte dort zahlreiche bilaterale Gespräche (St. John's, Antigua und Barbuda, 27.-30. Mai).

Im Dezember verkündeten die Europäische Kommission und die MERCOSUR-Staaten Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay eine politische Einigung auf einen Text für ein Assoziierungsabkommen zwischen der EU und **MERCOSUR**. Gemäß österreichischem Regierungsprogramm sowie parlamentarischer Beschlüsse lehnt Österreich dieses Abkommen in der vorliegenden Form ab.

Argentinien

Trotz wirtschaftlicher Herausforderungen bietet Argentinien Potenzial für österreichische Unternehmen, insbesondere in den Bereichen Klima, erneuerbare Energien, Technologie und Dienstleistungen. Bundesminister Martin Kocher besuchte vom 18.-20. April Buenos Aires und Virasoro, traf dort Vertreterinnen und Vertreter der argentinischen Wirtschaft und Regierung, darunter Staatssekretär für Arbeit Julio Cordero und Staatssekretär für Energie Eduardo Chirillo, und eröffnete das von der österreichischen Firma HS Timber gebaute größte Sägewerk Argentiniens. Im Kulturbereich standen Auftritte im Rahmen des Kafka-Jahres sowie die Teilnahme österreichischer Dirigenten am Philharmonischen Jugendfestival Chaco im Mittelpunkt.

Brasilien

Brasilien ist Österreichs **zweitwichtigster Handelspartner in Lateinamerika**. Die WKÖ identifizierte Brasilien als Pilotland für Fachkräftekooperationen. Bundesminister Martin Kocher nahm an der Wiederaufnahme der Arbeit der Gemischten Wirtschaftskommission teil (Brasília, Rio de Janeiro, São Paulo, 14.-18. April). Präsident Lulas Chefberater und langjähriger Außen- und

Verteidigungsminister Celso Amorim traf Bundeskanzler Karl Nehammer (Wien, 9. Dezember). Österreich unterstützte erneut ein UN-WOMEN-Projekt zur Stärkung indigener Frauen angesichts des Klimawandels. Höhepunkte des bilateralen Kulturprogramms waren Wanderausstellungen zu Stefan Zweig und Otto Wagner, begleitet von einem wissenschaftlichen Symposium.

Chile

Chile ist Österreichs **drittwichtigster Handelspartner in Lateinamerika**. Das im Dezember in Kraft getretene Luftverkehrsabkommen zwischen Österreich und Chile stärkt die bilateralen Beziehungen weiter. Im Kulturbereich nahm Österreich mit dem Pianisten Martin Listabarth am EU-Jazzfestival in Santiago de Chile teil. Ein österreichischer Friedensdiener wurde im Museum für Erinnerung und Menschenrechte in Santiago eingesetzt.

Costa Rica

In multilateralen Foren zeigte sich die enge Zusammenarbeit zwischen Österreich und Costa Rica insbesondere bei **nuklearer Abrüstung** und **Menschenrechten**. Außenminister Arnoldo André Tinoco hielt auf der Wiener Konferenz zu Autonomen Waffensystemen einen Impulsvortrag (29. und 30. April). Die Wirtschaftsbeziehungen erhielten durch eine österreichische Wirtschaftsmission (14. und 15. März) neue Impulse. Zahlreiche österreichische Jugendliche absolvierten in Costa Rica einen Auslandszivil- oder Gedenkdienst.

Guatemala

Das BMEIA unterstützte in Guatemala ein Projekt zur Stärkung traditioneller Mechanismen zur gemeinschaftlichen Konfliktlösung mit Fokus auf Frauen. Eine österreichische Wirtschaftsmission und eine Parlamentarierdelegation besuchten Guatemala City (18.- 20. Februar bzw. 13. und 14. November). Die Österreichische Schule "Instituto Austriaco Guatemalteco" umfasst mit dem "Colegio Viena Guatemalteco" rund 1.820 Schülerinnen und Schüler sowie 130 Lehrkräfte.

Mexiko

Mexiko ist Österreichs **wichtigster Handelspartner in Lateinamerika**. Die zweite von Doppelmayr in Mexiko-Stadt errichtete urbane Seilbahn wurde am 24. September eröffnet. Die Österreichische

Schule "Colegio Austriaco Mexicano" in Querétaro wird von rund 350 Schülerinnen und Schülern besucht. Die österreichische Parlamentariergruppe führte Gespräche in Mexiko (12.-20. Februar). Das Österreichische Kulturforum Mexiko organisierte über 50 Veranstaltungen und nahm an zahlreichen Filmfestivals teil.

Peru

In Lima baute Doppelmayr die erste Seilbahn der Stadt. Die Österreichische Botschaft in Lima unterstützte die Gründung einer Akademie für Kultur, Musik und Sprache für Nachkommen der Tiroler Auswanderergemeinde in Pozuzo.

Venezuela

Die politischen Entwicklungen erschwerten bilaterale Kontakte. Nach den umstrittenen Präsidentschaftswahlen am 28. Juli unterstützte Österreich zwei EU-Erklärungen, die Transparenz forderten sowie ein Ende von Gewalt und Repressionen verlangten.

3.8 Asien

Angesichts des zunehmenden geopolitischen und wirtschaftlichen Einflusses des asiatisch-pazifischen Raums auf die globale Ordnung und die Bewältigung internationaler Herausforderungen intensivierte die EU ihre bilateralen Beziehungen zur Region. Österreich verstärkte seine Zusammenarbeit durch neue Partnerschaften und eine engere überregionale Vernetzung.

China

Österreich setzte sich im Einklang mit der EU-Position für **faire Wettbewerbsbedingungen** und **ausgewogenere Handelsbeziehungen mit China** ein. Während seines Besuchs in Peking (28. Februar bis 1. März) unterzeichnete Bundesminister Norbert Totschnig Lebensmittelprotokolle zu Schweinefleischnebenprodukten und eine Erweiterung des bestehenden Milchprotokolls. Am 6. Juni fand die 28. Tagung der Gemischten Wirtschaftskommission in Wien statt. Vom 15.- 20. Oktober reiste Bundesminister Martin Kocher mit einer Wirtschaftsdelegation nach Shanghai, Peking und Chengdu.

Die **Menschenrechtslage** in China wurde von Österreich sowohl bilateral als auch auf multilateraler Ebene thematisiert. Österreich unterstützte internationale Erklärungen zur Menschenrechtssituation und sprach am 23. Jänner im VN-Menschenrechtsrat im Rahmen der Universellen Periodischen Überprüfung (UPR) konkrete Empfehlungen aus. Beim EU-China-Menschenrechtsdialog am 16. Juni in Chongqing nahm Österreich als Beobachter teil. Im Rahmen der österreichischen Ein-China-Politik und vor dem Hintergrund der Schlussfolgerungen des Europäischen Rates vom 30. Juni 2023 zeigte sich Österreich in bilateralen Gesprächen besorgt über die zunehmenden Spannungen in der Taiwanstraße und sprach sich gegen jegliche einseitigen Versuche aus, den dortigen Status quo durch Gewalt oder Nötigung zu verändern.

Am 26. Juni wurde die Fortsetzung der bilateralen Forschungskooperation zum Schutz und Erhalt des Großen Pandas um weitere zehn Jahre beschlossen. Ab dem 14. März konnten österreichische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger unter bestimmten Voraussetzungen visafrei nach China reisen.

Indien

Indien und Österreich feierten das **75-jährige Bestehen diplomatischer Beziehungen**. Der offizielle Besuch von Premierminister Narendra Modi am 10. und 11. Juli in Wien war der erste Besuch eines indischen Premierministers in Österreich seit 41 Jahren. Neben Gesprächen mit Bundeskanzler Karl Nehammer und Bundespräsident Alexander Van der Bellen fand ein hochrangiges Wirtschaftsforum statt. In einer gemeinsamen Erklärung bekräftigten beide Länder ihr Ziel, eine nachhaltige Wirtschafts- und Technologiepartnerschaft zu entwickeln.

Bundesminister Martin Kocher führte vom 19.- 23. Februar eine Wirtschaftsdelegation nach Bengaluru, Delhi und Mumbai. Neben einem Treffen mit Handelsminister Piyush Goyal wurde in Delhi eine "Start-up-Brücke" zur Vernetzung der Innovations- und Start-up-Ökosysteme eingerichtet. Ein Schwerpunkt lag auf der Umsetzung der 2023 in Kraft getretenen Migrations- und Mobilitätspartnerschaft. 2024 markierte zudem das 20-jährige Jubiläum der EU-Indien-Strategischen Partnerschaft.

Indonesien

Zum 70. Jubiläum der Aufnahme diplomatischer Beziehungen wurden zahlreiche bilaterale Aktivitäten umgesetzt. Eine Vereinbarung zur Rekrutierung von Fachkräften in Mangelberufen wurde am 13. Mai unterzeichnet. Der bilaterale interkulturelle und interreligiöse Dialog wurde vom 7.- 10. Juli in Jakarta und Bandung fortgesetzt. Bundesminister Alexander Schallenberg traf die indonesische Außenministerin Retno Marsudi zweimal (23. Jänner in New York, 25. Juni in Wien).

Japan

Im Mai und November fanden hochrangige politische Konsultationen in Tokio statt. Am 19. Jänner wurde ein bilaterales Sozialversicherungsabkommen abgeschlossen. Bundesminister Norbert Totschnig besuchte Japan vom 25.- 28. Februar. Während des Besuchs von WKÖ-Präsident Harald Mahrer (13.- 18. April) erfolgte der Spatenstich für den österreichischen Pavillon der Weltausstellung EXPO 2025 in Osaka-Kansai. Der Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Nikolaus Marschik traf am 16. Oktober den japanischen Vize-Außenminister Yoshifumi Tsuge in Wien.

Die 26. Tagung des österreichisch-japanischen Komitees für Zukunftsfragen (16.-18. Oktober in Graz) widmete sich den Themen Wasserstoff und künstliche Intelligenz. Japan blieb 2024 die **viertwichtigste Exportdestination Österreichs in Übersee**. Der Tourismus aus Japan nach Österreich verzeichnete einen erneuten Anstieg. Österreich unterstrich seinen Ruf als Kulturgroßmacht durch viele Veranstaltungen, darunter Tourneen der Wiener Philharmoniker, der Wiener Sängerknaben und weiterer renommierter Orchester sowie zahlreiche Veranstaltungen zu zeitgenössischer Kunst und Kultur sowie Filmvorführungen und Ausstellungen.

Republik Korea (Südkorea)

Die **strategische Partnerschaft** mit Südkorea erhielt durch intensive Besuchsdiplomatie weitere Dynamik. Bundesminister Martin Kocher besuchte Südkorea vom 20.-23. Oktober in Begleitung von WKÖ-Vizepräsident Wolfgang Hesoun. Die 28. Jahrestagung der "World Federation of Overseas Korean Traders Associations" (World-OKTA) fand vom 28.- 31. Oktober mit rund 850 koreanischen Unternehmensführern erstmals in Wien statt. Österreichs Kulturpräsenz in Südkorea wurde insbesondere in der klassischen Musik und zeitgenössischer Kunst gestärkt. Erstmals war Österreich mit einem eigenen Pavillon auf der Gwangju Biennale vertreten.

Demokratische Volksrepublik Korea (Nordkorea)

Nordkorea blieb unter internationaler Beobachtung, insbesondere aufgrund seiner Beteiligung am russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine durch Waffenlieferungen und Kampftruppen. Österreich verurteilte die völkerrechtswidrigen Raketentests Nordkoreas und forderte die strikte Einhaltung bestehender Sanktionen. Das langfristige Ziel der internationalen Gemeinschaft bleibt die vollständige, überprüfbare und unumkehrbare Denuklearisierung der Koreanischen Halbinsel.

Malaysia

Am 16. Mai fanden bilaterale politische Konsultationen auf hoher Beamtenebene statt. Malaysia blieb einer der wichtigsten Handelspartner Österreichs im ASEAN-Raum. Ein bedeutender Meilenstein war die Eröffnung der neuen Produktionsstätte des österreichischen Leiterplatten-Herstellers AT&S in Kulim am 24. Jänner.

Philippinen

Vom 14.- 16. Mai wurde in Manila die erste bilaterale Freundschaftswoche abgehalten. Zeitgleich fand das Treffen der bilateralen Wirtschaftskommission statt.

Singapur

Mitte Mai reiste eine hochrangige Beamtendelegation des Bundesministeriums für Arbeit und Wirtschaft nach Singapur. Vom 31. Mai bis 2. Juni nahm das Österreichische Bundesheer mit hochrangiger Beteiligung am jährlichen "Shangri-La Sicherheitsdialog" teil. Der Wiener Landtagspräsident Ernst Woller besuchte mit einer Delegation vom 2.-5. Juni Singapur und nahm am "World Cities Summit" teil. In Gesprächen mit dem singapurischen Minister für nationale Entwicklung wurde die langjährige Kooperation zwischen Wien und Singapur, insbesondere im Bereich Smart Cities, weiter gestärkt. Auf EU-Ebene konnten die Verhandlungen zu einem verbindlichen Digitalabkommen erfolgreich abgeschlossen werden.

Sri Lanka

Österreich und Sri Lanka feierten das **70-jährige Bestehen diplomatischer Beziehungen**. Generalsekretärin Aruni Wijewardane nahm vom 29.- 30. April an der Wiener Konferenz zu Autonomen Waffensystemen (AWS) teil und führte Gespräche mit Bundesminister Alexander Schallenberg und dem Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Nikolaus Marschik. Österreich unterstützte Sri Lanka während der dortigen Wirtschaftskrise durch aktive Beteiligung am Schuldenumstrukturierungsplan im Rahmen des Pariser Clubs.

Thailand

Das **Doppeljubiläum von 155 Jahren formalen diplomatischen Beziehungen und 70 Jahren Vertretungen vor Ort** wurde mit zahlreichen Kulturveranstaltungen und dem großen ReFocus Austria-Projekt "Austrian Lifestyle Week" gefeiert. Am 2. Mai tagte erstmals eine bilaterale Arbeitsgruppe zur Förderung der Wirtschaftsbeziehungen in Wien, aufgebaut auf zwei 2022 unterzeichneten Memoranden. Die Arbeitsgruppe zur Berufsausbildung setzte ihre Arbeit fort. Auf multilateraler Ebene arbeiten Thailand und Österreich insbesondere im Bereich Rechtsstaatlichkeit und Abrüstung eng zusammen, unter anderem im Rahmen des **Vertrags über das Verbot von Kernwaffen (TPNW)**.

Timor-Leste

Am 4. April wurde in Dili das neue österreichische Honorarkonsulat eröffnet.

Vietnam

Fortschritte in den bilateralen Beziehungen mit Vietnam wurden insbesondere bei der Umsetzung des Kooperationsabkommens zwischen der Fachhochschule Krems und der Universität Hanoi zur Ausbildung von Pflegekräften erzielt.

3.9 Australien und Ozeanien

Australien

Seit 2021 besteht zwischen Österreich und Australien eine **strategische Zusammenarbeit**. Am 13. März besuchte die australische Vizeministerin für psychische, ländliche und regionale Gesundheit,

Emma McBride, Österreich und tauschte sich mit Bundesminister Martin Kocher aus. Der australische Vizeaußenminister Tim Watts traf am 21. Mai den Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Nikolaus Marschik in Wien.

Ein wichtiger Meilenstein in Klima- und Wirtschaftsfragen war die erstmalige gemeinsame Ausschreibung eines Forschungsprojekts zur Dekarbonisierung im Rahmen der "Net Zero Industries Mission" der VN. Zudem schlossen die EU und Australien am 28. Mai eine bilaterale Partnerschaft im Bereich nachhaltiger kritischer und strategischer Mineralien.

Neuseeland

Die **bilaterale Strategische Partnerschaft** zwischen Österreich und Neuseeland, die 2023 unterzeichnet worden war, legte den Fokus auf innovative Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung sowie zivilgesellschaftliche Kontakte. Im August wurde das bilaterale Doppelbesteuerungsabkommen erneuert. Anfang Mai trat das EU-Neuseeland-Freihandelsabkommen in Kraft.

Pazifische Inselstaaten

Österreich verbindet mit den pazifischen Inselstaaten ein gemeinsames Engagement für Abrüstung, Multilateralismus und Klimaschutz. Eines der wichtigsten Projekte ist das "Pacific Centre for Renewable Energy and Energy Efficiency" (PCREEE), das von der ADA kofinanziert wird. Außenminister Lionel Aingimea von Nauru traf am 10. Dezember Bundesminister Alexander Schallenberg zu Gesprächen in Wien.

4. Multilaterales Engagement Österreichs

4.1 Vereinte Nationen

4.1.1 Aktivitäten in New York

Generalversammlung

Die 79. Generaldebatte der VN-Generalversammlung (**VN-GV**) fand vom 24.-30. September in New York statt. Bundesminister Alexander Schallenberg vertrat Österreich. Zum Auftakt wurde beim VN-Zukunftsgipfel der Zukunftspakt angenommen, der positive Veränderungen im VN-System anstoßen soll. Dazu zählen unter anderem der Globale Digitalpakt sowie Fortschritte bei der Reform des VN-Sicherheitsrates (**VN-SR**), die Österreich gemeinsam mit Kuwait als Ko-Vorsitzende verhandelte.

Am Rande der VN-GV führte Bundesminister Alexander Schallenberg bilaterale Gespräche mit Vertretern von elf VN-Mitgliedstaaten und beteiligte sich aktiv an den **globalen Vernetzungsbemühungen der EU**. In einem dieser Gespräche vertrat er den Hohen Vertreter Josep Borrell im Namen der EU. Zusätzlich unterzeichnete er mit Kenia, Kuwait, Marokko und Usbekistan Vereinbarungen zur verstärkten Zusammenarbeit in Fragen der Migration und Rückübernahme.

Am 26. September hielt Bundesminister Alexander Schallenberg die österreichische Rede in der Generaldebatte. Er hob die globalen Herausforderungen hervor und betonte die Notwendigkeit internationaler Zusammenarbeit. Besonders wichtig sei ein effektiverer und inklusiverer Multilateralismus sowie die Verteidigung der regelbasierten internationalen Ordnung. Einen Schwerpunkt setzte er auf die Verurteilung des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine als klare Verletzung der VN-Charta. Zudem forderte er die uneingeschränkte Einhaltung des Völkerrechts. Zum Nahostkonflikt erklärte er, dass der Terrorangriff der Hamas auf Israel eine massive Eskalation in der Region ausgelöst habe. Während Israel unter den Folgen des 7. Oktober 2023 leide, befinde sich die palästinensische Bevölkerung in Gaza in einer schweren humanitären Krise. Ein sofortiger Waffenstillstand sei erforderlich, und der Schutz der Zivilbevölkerung auf beiden Seiten müsse oberste Priorität haben. Bundesminister Alexander Schallenberg sprach sich

für eine Reform multilateraler Institutionen aus, unterstrich Österreichs Engagement für eine Reform des VN-SR und warb für die österreichische Kandidatur für den VN-SR für die Periode 2027–2028.

Russische Aggression gegen die Ukraine

Anlässlich des zweiten Jahrestags des völkerrechtswidrigen russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine fand am 23. Februar eine hochrangige Sitzung der VN-Generalversammlung statt. Österreich wurde durch den Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Nikolaus Marschik vertreten, der Solidarität mit der Ukraine betonte. Besonders hervorgehoben wurden die globalen Auswirkungen des Krieges, die Bedeutung der Einhaltung des Völkerrechts, die Rechenschaftspflicht für Verbrechen sowie die nukleare Sicherheit.

Am 11. Juli nahm die VN-GV eine Resolution zur Sicherheit der nuklearen Anlagen in der Ukraine an, einschließlich des Atomkraftwerks Saporischschja. Die Resolution erhielt 99 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 60 Enthaltungen. Österreich unterstützte die Resolution aktiv und stimmte gemeinsam mit den anderen EU-Mitgliedstaaten dafür.

Nahostkonflikt

Die Lage im Nahen Osten war eines der zentralen Themen der VN-GV. Neben Diskussionen im VN-SR standen für Österreich die Verhandlungen zu Resolutionen in der VN-GV im Mittelpunkt. Am 10. Mai wurde die **zehnte dringliche Sondersitzung der VN-GV zur Aufnahme Palästinas als Vollmitglied in die VN** wiederaufgenommen. Die VN-GV nahm mit 143 Stimmen eine Resolution an, welche die Aufnahme als Vollmitglied forderte und die Rechte Palästinas im Rahmen des aktuellen Beobachterstatus erweiterte. Österreich enthielt sich gemeinsam mit zehn anderen EU-Mitgliedstaaten.

Am 18. September verabschiedete die VN-GV eine Resolution zum Rechtsgutachten des IGH, das die andauernde israelische Besatzung der palästinensischen Gebiete als völkerrechtswidrig einstufte. Die Resolution wurde mit 124 Ja-Stimmen angenommen, 14 VN-Mitgliedstaaten stimmten gegen den Text. Österreich enthielt sich gemeinsam mit 42 anderen Staaten, elf davon EU-Mitgliedstaaten.

Am 11. Dezember nahm die VN-GV mit großer Mehrheit eine Resolution für einen Waffenstillstand in Gaza sowie eine Resolution zur Unterstützung des Mandats von UNRWA an. Österreich unterstützte den Waffenstillstandsaufruf gemeinsam mit 22 anderen EU-Mitgliedstaaten, nachdem österreichische und EU-Kommentare in den Verhandlungen berücksichtigt worden waren. Die UNRWA-Resolution war eine Reaktion auf israelische Gesetzesinitiativen zur Einschränkung der Tätigkeiten der Organisation. Österreich enthielt sich der Stimme, weil die Resolution keine klaren Verweise auf notwendige Reformen innerhalb von UNRWA enthielt und den Missbrauch von UNRWA-Einrichtungen durch die Hamas nicht explizit erwähnte.

Wie in den Vorjahren brachte Palästina mehrere Resolutionen zu politischen, wirtschaftlichen und humanitären Aspekten der besetzten Gebiete ein. Diese Resolutionen wurden von der EU-Delegation in Zusammenarbeit mit der Vertretung Palästinas verhandelt. Österreich setzte sich innerhalb der EU erfolgreich für eine Verringerung der Anzahl der Resolutionen und eine ausgewogene Formulierung der Texte ein.

Abrüstung und internationale Sicherheit

Österreich setzt sich aktiv für **Abrüstung**, die **Nichtweiterverbreitung nuklearer, chemischer und biologischer Massenvernichtungswaffen** sowie für **Rüstungskontrolle** ein. Dabei gilt das Land als **Vorreiter für multilaterale Initiativen zur nuklearen Abrüstung**.

Im Ersten Komitee der VN-GV liegt der Fokus Österreichs auf nuklearer Abrüstung und der internationalen Regulierung autonomer Waffensysteme. Gemeinsam mit gleichgesinnten Staaten brachte Österreich Resolutionen zu den humanitären Konsequenzen von Nuklearwaffen und zum TPNW ein. Trotz anhaltender Kritik nuklear bewaffneter Staaten wurden diese von einer breiten Mehrheit der Mitgliedstaaten angenommen. Zudem konnte Österreich seine Führungsrolle im Bereich tödlicher autonomer Waffensysteme weiter ausbauen: 2023 war unter österreichischer Federführung die erste Resolution zu diesem Thema mit überwältigender Mehrheit verabschiedet worden. Eine weitere österreichische Resolution, die informelle Konsultationen in New York mandatiert, setzte diese Arbeit fort. Weitere Schwerpunkte lagen auf dem Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (CTBT), der Militarisierung des Weltraums und der Cybersicherheit.

Wirtschafts-, Entwicklungs- und Umweltfragen

Bundesministerin Karoline Edtstadler leitete die österreichische Delegation beim „High-Level Political Forum“ vom 15.-17. Juli und eröffnete ein Side Event zum Thema „Regulating Autonomous Weapons: Advancing SDG 16 for Peaceful Societies“.

Österreich übernahm den Ko-Vorsitz des Vorbereitungskomitees für die Dritte Internationale Konferenz für Binnenentwicklungsländer (**LLDCs**) und ko-fazilitierte das nächste Zehnjahresprogramm. Der Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten führte die österreichische Delegation bei der Vierten Internationalen Konferenz für kleine Inselentwicklungsstaaten vom 27.-30. Mai in St. John’s, Antigua und Barbuda.

Das Zweite Komitee der VN-GV verabschiedete 40 Resolutionen zu Themen wie nachhaltige Entwicklung, Klima, Umwelt, Energie, Migration und Digitalisierung. Österreich übernahm für die EU die Verhandlungen zu den Resolutionen zu Biodiversität und zur Reform der internationalen Finanzarchitektur. Zudem moderierte Österreich die jährliche LLDC-Resolution sowie die Resolution zur nachhaltigen industriellen Entwicklung mit besonderem Fokus auf die **VN-Organisation für industrielle Entwicklung (UNIDO)**. Darüber hinaus engagierte sich Österreich intensiv in den Bereichen Migration, Klimaschutz, Energie, Digitalisierung und internationale Steuerfragen.

Frauenstatuskommission

Bundesministerin Susanne Raab nahm an der 68. Tagung der Frauenstatuskommission (**FSK**) teil, die vom 11.-22. März stattfand. Österreich ist von 2022 bis 2025 Mitglied der FSK und organisierte sieben Side Events. Thematische Schwerpunkte lagen auf der finanziellen Unabhängigkeit von Frauen, ihrer Rolle in Außen- und Sicherheitspolitik, der Entwicklungsfinanzierung für Gleichstellung sowie auf den Bereichen Frauen, Frieden und Sicherheit. Weitere Veranstaltungen befassten sich mit sexueller und geschlechtsbasierter Gewalt in Uganda, der Rolle von Frauen in Wiederaufbauprozessen und geschlechtergerechter Budgetplanung.

Sozialpolitik

Vom 5.-14. Februar tagte die 62. Kommission für soziale Entwicklung (**CSocD**). Bundesminister Johannes Rauch trat als Leiter der österreichischen Delegation als Redner beim ministeriellen

Forum auf. Österreich organisierte zudem ein hochrangiges Side Event zum Thema Obdachlosigkeit. Darüber hinaus wurde Österreich auf Expertinnen- und Expertenebene als Vizevorsitz der 63. CSocD gewählt und bleibt bis 2027 Mitglied der Kommission.

Österreich führte den Vizevorsitz im Verwaltungsrat des **VN-Kinderhilfswerks (UNICEF)**.

Verwaltungs- und Haushaltsfragen

Österreich engagierte sich als Vizevorsitz in den Arbeiten des Fünften Komitees der VN-GV, wobei der VN-Sitz in Wien und die geplante Renovierung des Vienna International Centre (**VIC**) besonders berücksichtigt wurden. Hauptthema war der VN-Haushalt für 2025, der mit 3,717 Milliarden US-Dollar beschlossen wurde. Der Gesamtetat für die elf friedenserhaltenden Operationen (**FEO**) wurde auf 5,59 Milliarden US-Dollar festgelegt. Österreich leistete gemäß dem VN-Beitragsschlüssel für den Zeitraum 2022–2024 einen Anteil von 0,679 % zum VN-Haushalt. Für die Periode 2025–2027 verringert sich dieser auf 0,626 %.

Die Unterstützung österreichischer Unternehmen bei der Teilnahme am öffentlichen Beschaffungswesen der VN bleibt ein wichtiges wirtschaftliches Anliegen. Insgesamt entfielen 1,24 % aller VN-Beschaffungsaufträge auf österreichische Unternehmen, womit Österreich Platz 23 belegte. Der Gesamtwert der Aufträge belief sich auf 310,11 Millionen US-Dollar.

Völkerrechtliche Fragen

Im Sechsten Komitee der VN-GV setzte Österreich Schwerpunkte auf die Debatte über Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Rechtsstaatlichkeit und das Weltrechtsprinzip. Zudem moderierte Österreich erneut den Jahresbericht der 56. Tagung der VN-Kommission für internationales Handelsrecht (**UNCITRAL**) mit Sitz in Wien.

Im Rahmen der 75. Sitzung der VN-Völkerrechtskommission (**ILC**) äußerte sich Österreich insbesondere zur Streitbeilegung zwischen internationalen Organisationen. Dieses Thema wird vom österreichischen Mitglied der ILC, Professor August Reinisch, betreut. Während der traditionellen Völkerrechtswoche organisierte Österreich gemeinsam mit Schweden einen interaktiven Dialog mit Mitgliedern der ILC. Zusätzlich lud Österreich zu einem Side Event im

Rahmen der Diskussionsreihe „Rule of Law“, das die Beziehung zwischen dem Internationalen Gerichtshof und dem VN-Sicherheitsrat thematisierte.

Sicherheitsrat

2024 war für die VN aufgrund geopolitischer Spannungen eines der herausforderndsten Jahre der jüngeren Vergangenheit. Der VN-SR verabschiedete lediglich 46 Resolutionen – die niedrigste Zahl seit 1991. Sieben Resolutionen scheiterten an einem Veto, so viele wie seit 1986 nicht mehr.
Trotz der angespannten politischen Lage, insbesondere im Zusammenhang mit der Ukraine und dem Nahen Osten, konnte der VN-SR in bestimmten Bereichen weiterhin wichtige Entscheidungen treffen. Dazu gehörten die Resolution zur maritimen Sicherheit im Roten Meer, die Indossierung des Biden-Plans für einen dreiphasigen Waffenstillstand in Gaza durch die VN-SR-Resolution 2735 (2024) sowie eine von der Schweiz eingebrachte und von Österreich als Ko-Sponsor unterstützte Resolution zum Schutz humanitärer Helferinnen und Helfer.

Mit der Etablierung einer Nachfolgemission für die Übergangsmission der AU in Somalia (**ATMIS**) kam erstmals die VN-SR-Resolution 2719 (2023) zur Finanzierung von AU-geführten Friedensoperationen zur Anwendung. Österreich brachte die Resolution mit ein, weil deren Umsetzung einen wichtigen Schritt zur engeren Zusammenarbeit zwischen den VN und regionalen Organisationen wie der AU darstellt.

In den Debatten zur Ukraine und zur Lage in Gaza blieb der VN-SR trotz der Verabschiedung der VN-SR-Resolution 2735 (2024) im Juni weitgehend blockiert. Österreich beteiligte sich an den Diskussionen, insbesondere durch EU-Stellungnahmen. Bundesminister Alexander Schallenberg nahm am 23. Jänner an einer hochrangigen offenen Debatte zur Lage im Nahen Osten teil. In seiner Rede verurteilte er den Terrorangriff der Hamas vom 7. Oktober 2023 und bekräftigte die Solidarität Österreichs mit Israel. Er unterstrich Israels Recht und Pflicht, seine Bevölkerung zu verteidigen, betonte jedoch gleichzeitig die Notwendigkeit, die Zivilbevölkerung zu schützen und humanitäre Hilfe nach Gaza zu ermöglichen. Zudem forderte er die sofortige Freilassung aller Geiseln. Österreich nahm an einem informellen Treffen des VN-SR zur Freilassung der von der Hamas festgehaltenen Geiseln teil und veröffentlichte dazu eine nationale Stellungnahme.

Insgesamt brachte sich Österreich in zwölf offenen Debatten und drei Arria-Treffen mit nationalen Stellungnahmen ein. Darüber hinaus unterstützte Österreich als Ko-Sponsor drei Resolutionen

zum Schutz humanitärer Helferinnen und Helfer, zur Ausweitung des Focal Points für Sanktionsregime sowie zu Kindern in bewaffneten Konflikten.

Österreich setzte sich im Rahmen der „Accountability, Coherence and Transparency"-Gruppe (**ACT**) von 27 gleichgesinnten Staaten für mehr Rechenschaftspflicht, Kohärenz und Transparenz im VN-SR ein. Österreich übernahm eine führende Rolle bei der stärkeren Inklusion von Nicht-Mitgliedern und beteiligte sich aktiv an Debatten zur „Veto-Initiative".

Österreich hatte weiterhin gemeinsam mit Kuwait den Ko-Vorsitz der intergouvernementalen Verhandlungen zur Reform des VN-Sicherheitsrats (**IGN**) inne. Dabei übernahm Österreich die Ausarbeitung eines Kapitels zur VN-SR-Reform im VN-Zukunftspakt. Dieser ambitionierte Text wurde vom VN-Generalsekretär als „größter Fortschritt im Reformprozess seit Jahrzehnten" und als „konkretester Schritt seit 1963" bezeichnet. Der Text legt zentrale Parameter fest, definiert die nächsten Schritte im Reformprozess und schlägt interimistische Maßnahmen vor, um die Arbeit des VN-SR effektiver und transparenter zu gestalten.

Schutz der Zivilbevölkerung in bewaffneten Konflikten

Österreich beteiligte sich mit einer nationalen Stellungnahme an der jährlichen offenen Debatte zum Schutz von Zivilpersonen (**PoC**) am 21. und 22. Mai. Dabei betonte es die völkerrechtliche Verpflichtung zum Schutz der Zivilbevölkerung und wies auf die katastrophalen Folgen des Einsatzes von Explosivwaffen in bevölkerten Gebieten (**EWIPA**) hin.

Frauen, Frieden und Sicherheit (WPS)

Es fanden zahlreiche offene Debatten und Arria-Treffen zur WPS-Agenda sowie zu konfliktbezogener sexueller Gewalt statt. Österreich beteiligte sich sowohl mit nationalen Stellungnahmen als auch an gemeinsamen Erklärungen der EU und der WPS-Freundesgruppe. Schwerpunktmäßig thematisierte Österreich die steigende Anzahl bewaffneter Konflikte, die insbesondere Frauen und Mädchen unverhältnismäßig stark betreffen, sowie zunehmende Angriffe auf Frauenrechte. Im Fokus standen die Terrorangriffe und sexuelle Gewalt durch die Terrorgruppe Hamas sowie die humanitäre Lage von Frauen und Kindern in Gaza. Österreich forderte eine ambitioniertere Umsetzung der WPS-Agenda.

Kinder und bewaffnete Konflikte

An der offenen Debatte zu Kindern und bewaffneten Konflikten (**CAAC**) am 26. Juni nahm Österreich sowohl mit einer nationalen Stellungnahme als auch im Rahmen von EU- und Freundesgruppen-Stellungnahmen teil. Österreich betonte, dass Verstöße gegen völkerrechtliche Verpflichtungen zum Schutz von Kindern inakzeptabel seien und Täter zur Verantwortung gezogen werden müssten.

Islamischer Staat- und Al-Qaida-Sanktionskomitee

Österreich setzte sich für eine stärkere Rechtsstaatlichkeit im VN-SR ein, insbesondere für faire Verfahren und effektiven Rechtsschutz. Österreich unterstützte die Mitte des Jahres erfolgte Einrichtung einer zusätzlichen Anlaufstelle für Entlistungsanfragen neben der bestehenden Ombudsperson. Dadurch wurde die Streichung natürlicher und juristischer Personen von Sanktionslisten erleichtert. Österreich engagiert sich in der Gruppe gleichgesinnter Staaten für zielgerichtete Sanktionen, die rechtsstaatlichen Prinzipien entsprechen.

Friedensmissionen

Rund 62.000 Uniformierte aus 120 Staaten standen in elf friedenserhaltenden VN-Operationen (**FEO**) im Einsatz. Österreich unterstützte Reformbemühungen beim Peacekeeping im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Networked Multilateralism – Upgrading Partnerships“ mit einem Fokus auf die Einbindung regionaler Organisationen. Zudem wurden erste Initiativen zur Zukunft von VN-Peacekeeping und Friedenskonsolidierung gesetzt. Im Sonderausschuss für FEO (C34) verhandelte Österreich für die EU die Kapitel „Partnerships“ und „Performance and Accountability“.

Österreich bleibt ein verlässlicher Partner der VN und setzte die mehr als 20 im Rahmen des „Peacekeeping Ministerials 2023“ angekündigten Beiträge zur Unterstützung der VN um. Der Fokus lag auf Einsatzvorbereitung, Ausbildung, Klima und Sicherheit, digitaler Transformation, Frauen, Frieden und Sicherheit sowie dem Schutz der Zivilbevölkerung. Österreich entsandte Personal an das „Kofi Annan International Peacekeeping Training Centre“ in Ghana und das „Peace Support Operations Training Centre“ in Bosnien und Herzegowina.

Österreich stellte rund 200 Soldatinnen und Soldaten für VN-Friedensmissionen. Dazu zählten ein Kontingent von etwa 170 Personen bei UNIFIL im Libanon, fünf Militärbeobachter bei UNTSO im Nahen Osten, fünf bei MINURSO in der Westsahara, drei Stabsoffiziere bei UNFICYP in Zypern sowie ein Stabsoffizier und eine Polizistin bei UNMIK im Kosovo. Aufgrund der verschärften Sicherheitslage im Südlibanon nach dem 7. Oktober 2023 verstärkte Österreich seine Präsenz bei UNIFIL mit zusätzlichem Personal und Gerät.

4.1.2 Aktivitäten in Wien

Als Amtssitzstaat unterstützt Österreich die in Wien ansässigen VN-Organisationen bei der Erfüllung ihrer Mandate und setzt sich für konsensorientierte Lösungen ein. Dies stärkt zugleich den Amtssitz Wien.

Schwerpunkte der ÖV Wien sind:

- Stärkung der VN-Institutionen in Wien
- Vermittlung österreichischer Expertise in Zusammenarbeit mit Fachministerien
- Unterstützung österreichischer Kandidaturen für internationale Ämter

Österreich setzt sich zudem für inklusive Diskussionen und die stärkere Beteiligung zivilgesellschaftlicher Akteure an VN-Prozessen ein.

Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC)

Österreich engagiert sich intensiv für die Bekämpfung von Cyberkriminalität, illegalem Drogenhandel, organisiertem Verbrechen und Korruption.

Bei der 67. Tagung der Suchtstoffkommission (**CND**) betonte Österreich die menschenrechtskonforme Umsetzung der internationalen Drogenkonventionen. Bei der 33. Tagung der Kommission für Verbrechensverhütung und Strafrechtspflege (**CCPCJ**) übernahm Österreich den Vizevorsitz.

Österreich unterstützte vier Resolutionen im Rahmen der 12. Vertragsstaatenkonferenz zur VN-Konvention gegen grenzüberschreitende organisierte Kriminalität (**UNTOC**) und organisierte ein Side-Event zur sicheren Lagerung von Waffen und Munition.

Die Annahme des VN-Übereinkommens zur Bekämpfung von Cyberkriminalität in der VN-GV im Dezember stärkte die Rolle Österreichs und Wiens als Amtssitz, weil UNODC mit dem Sekretariat der Konvention betraut wurde.

Büro der Vereinten Nationen für Weltraumfragen (UNOOSA)

UNOOSA dient als Sekretariat für den VN-Ausschuss zur friedlichen Nutzung des Weltraums (**COPUOS**). Vom 17. bis 18. Juli fand das 30. UN/Austria-Symposium in Graz statt, das sich dem Thema „Climate Action: Transforming Space-Based Technology Projects into Sustainable Services that Support Policy-Making“ widmete.

Der VN-Zukunftspakt, der in der 79. VN-GV verabschiedet wurde, enthält ein Kapitel zur friedlichen Nutzung des Weltraums. COPUOS wurde aufgefordert, Regulierungsmöglichkeiten für Weltraumverkehr, Weltraummüll und Weltraumressourcen zu erörtern.

Detailliertere Ausführungen zum Vienna International Centre (**VIC**), auch bekannt als „UNO-City“, als Zentrum vieler internationaler Organisationen in Wien sind in Kapitel 4.5 zum Amtssitz Österreich zu finden.

4.1.3 Aktivitäten in Genf

Die österreichische Vertretung in Genf setzt sich für Menschenrechte, Abrüstung, humanitäre Angelegenheiten, Digitalisierung, Wirtschaft, Gesundheit, Umwelt, Klima, Telekommunikation, Innovation, Handel und Wissenschaft ein. Das umfasst die Teilnahme an Sitzungen, die Politikgestaltung in internationalen Organisationen sowie die Unterstützung österreichischer Staatsbürgerinnen und Staatsbürger bei VN-Karrieren. Hochrangige Besuche, darunter von Bundesministerin Karoline Edtstadler, Bundesminister Johannes Rauch und Bundesministerin Susanne Raab, sowie Delegationen österreichischer Parlamentarierinnen und Parlamentarier, begleiteten die Arbeit.

Abrüstung

Österreich engagiert sich aktiv in der internationalen Abrüstungspolitik. Die in Genf ansässige Abrüstungskonferenz sowie die jährlich tagenden Gremien der Konventionen zur humanitären Abrüstung spielen eine zentrale Rolle, ebenso wie Expertinnen- und Expertensitzungen und die Vorbereitung des Ersten Komitees der VN-Generalversammlung in New York.

Österreich setzt sich besonders für die Stärkung des Abrüstungs- und Nonproliferationsregimes ein und hebt die Bedeutung bestehender Abrüstungsinstrumente in Krisenzeiten hervor. Schwerpunkte waren die nukleare Abrüstung, der Umgang mit neuen Technologien – insbesondere autonomen Waffensystemen – sowie humanitäre Fragen.

Österreich verfolgt zudem das Thema Weltraumsicherheit aktiv, insbesondere im Zusammenhang mit der Stärkung des VN-Weltraumbüros (**UNOOSA**) in Wien.

Digital- und Tech-Diplomatie im Rahmen der VN in Genf

Österreich setzt sich für einen menschenzentrierten und menschenrechtsbasierten Ansatz bei digitalen Technologien ein. Im „**digitalen Hub“ Genf** engagiert es sich für ein offenes, freies, universelles, interoperables, stabiles, sicheres und leicht zugängliches Internet sowie für die Multi-Stakeholder-Governance des Internets.

Seit September 2022 ist Bundesministerin Karoline Edtstadler Mitglied des „Leadership Panels“ zur Unterstützung des in Genf ansässigen Internet Governance Forums (**IGF**). Sie nahm an hochrangigen Treffen des Panels in New York und in Riyadh während der Jahrestagung des IGF vom 15. bis 19. Dezember teil.

Österreich beteiligte sich an der 27. Tagung der VN-Kommission für Wissenschaft und Technologie im Dienst der Entwicklung (**CSTD**) und setzte sich für die Schaffung einer Arbeitsgruppe zur Governance von Daten ein. Über das Jahr hinweg nahm Österreich aktiv an Konsultationen zur Überprüfungskonferenz des Weltgipfels zur Informationsgesellschaft teil.

Gemeinsam mit Brasilien, Dänemark, Marokko, der Republik Korea und Singapur präsentierte Österreich die erste im Konsens angenommene VN-Resolution zu menschenrechtlichen Standards für künstliche Intelligenz. Zudem setzte sich Österreich im Rahmen der Internationalen

Telekommunikationsunion (**ITU**) für menschenrechtliche Sorgfaltspflichten bei der Erarbeitung technischer Standards ein.

Als Mitglied der diplomatischen Konsultationsgruppe für das Genfer Open Quantum Institute fördert Österreich die Vernetzung österreichischer Forschender und Initiativen.

In der VN-Wirtschaftskommission für Europa (**UNECE**) trat Österreich als Vizevorsitz für gute Praktiken im Bereich der digitalen und grünen Transformation ein und organisierte eine Veranstaltung zur digitalen Kreislaufwirtschaft.

Sonderorganisationen der Vereinten Nationen

Weltgesundheitsorganisation (WHO)

Österreich engagiert sich für globale Gesundheitsthemen. Bundesminister Johannes Rauch leitete die österreichische Delegation zur 77. Weltgesundheitsversammlung (**WHA**) im Mai.

Österreich unterstützte den Beschluss zur gezielten Änderung der Internationalen Gesundheitsvorschriften (2005) und stimmte der Verlängerung des Mandats für das Intergouvernementale Verhandlungsgremium zur Schaffung eines internationalen Pandemieübereinkommens zu. Ein einheitlicher Gesundheitsansatz, der die Gesundheit von Menschen, Tieren und Umwelt verknüpft, bleibt für Österreich und die EU eine Priorität.

Internationale Arbeitsorganisation (ILO)

Am 11. September hinterlegte Österreich in Genf die Ratifikationsurkunde für das ILO-Übereinkommen Nr. 190 zur Beseitigung von Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt und wurde damit der 45. Staat, der dieses Übereinkommen ratifizierte.

Österreich nahm an der 112. Internationalen Arbeitskonferenz (**IAK**) teil und wurde für die Periode 2024–2027 als stellvertretendes Mitglied in den Verwaltungsrat der ILO gewählt. Besonders engagierte sich Österreich für Rechtsfragen und die Stärkung des Normensystems.

Internationale Organisation für Migration (IOM)

Seit 1952 ist die IOM in Wien mit einem Länderbüro vertreten. Seit 2011 ist dort eines der sechs Regionalbüros für Europa und Zentralasien angesiedelt.

Die Hauptaufgabe des IOM-Länderbüros für Österreich liegt in der Analyse nationaler Migrationsphänomene sowie in der Entwicklung und Umsetzung spezifischer Projekte.

Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO)

Zum 125-jährigen Jubiläum des Österreichischen Patentamts besuchte erstmals ein WIPO-Generaldirektor (Daren Tang) Österreich vom 27. bis 29. November.

4.1.4 Internationaler Gerichtshof (IGH) und Internationaler Strafgerichtshof (IStGH)

Österreich unterstützt die Ukraine in ihrem Verfahren gegen Russland vor dem IGH und tritt als Streithelfer auf. Zudem setzt sich Österreich für die Schließung der Jurisdiktionslücke beim Verbrechen der Aggression ein und leistete zusätzliche Zahlungen an den IStGH zur Unterstützung von Opfern und Zeugen.

Österreich war bei der 23. Vertragsstaatenversammlung des IStGH vom 2. bis 7. Dezember in Den Haag vertreten und engagierte sich insbesondere in Budget- und Kooperationsfragen.

4.2 Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE)

Als Sitzstaat der OSZE setzte sich Österreich weiterhin mit Nachdruck für den Erhalt und die Stärkung der Organisation als **Teil der europäischen Sicherheitsarchitektur** ein. Österreich unterstützte den kurzfristig ernannten maltesischen OSZE-Vorsitz sowohl inhaltlich als auch personell und logistisch. Der maltesische Vorsitz stand, wie die vorherigen, besonders im Zeichen des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine sowie der Notwendigkeit, überfällige Entscheidungen zur Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der Organisation zu treffen.

Bundesminister Alexander Schallenberg betonte beim OSZE-Ministerrat in Malta am 5. Dezember, dass die OSZE heute mehr denn je gebraucht werde. Als Sitzstaat sei Österreich der OSZE besonders verpflichtet und kenne ihren Wert. Die OSZE sei die einzige Organisation, in der Staaten

auf beiden Seiten des Atlantiks sowie aus dem Südkaukasus und Zentralasien an einem Tisch sitzen und über Sicherheit sprächen.

Die zahlreichen hochrangigen Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Ministerrat in Malta am 5. und 6. Dezember waren sich – mit Ausnahme Russlands und Belarus – in der Verurteilung des russischen Angriffskrieges sowie in der weiteren Unterstützung der Ukraine weitgehend einig. Es bestand breiter Konsens über die anhaltende Bedeutung der OSZE. Bundesminister Alexander Schallenberg vertrat Österreich. Im Gegensatz zum Vorjahr nahmen trotz der Anwesenheit des russischen Außenministers die Ukraine und die meisten ihrer engen Verbündeten auf Ministerinnen- und Ministerebene teil.

Auf Wunsch des finnischen Vorsitzes 2025 beschloss der Ministerrat, den OSZE-Ministerrat 2025 am 4. und 5. Dezember in Wien abzuhalten.

Die Mandate der Feldmissionen wurden zu Jahresende wie üblich um ein Jahr verlängert, mit Ausnahme der OSZE-Mission in Moldau, deren Mandat aufgrund russischen Einspruchs nur um sechs Monate verlängert werden konnte. Mit Jahresende waren 17 Österreicherinnen und Österreicher als sekundierte Personen in OSZE-Feldmissionen tätig, davon fünf in Südosteuropa, neun in Osteuropa und drei in Zentralasien.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine belastete die Arbeiten im OSZE-Forum für Sicherheitskooperation sowie in den drei thematischen Komitees der OSZE. Auch im von Österreich geleiteten Wirtschafts- und Umweltkomitee war die Situation in der Ukraine das dominierende Thema.

4.2.1 Regionalfragen und Feldaktivitäten

Russischer Angriffskrieg – Rolle der OSZE

Die OSZE bleibt mit dem „Support Programme for Ukraine“ (**SPU**) weiterhin in der Ukraine aktiv. Dieses außerbudgetäre Projekt führt insbesondere die erfolgreichen Aktivitäten des „Project Coordinator in Ukraine (**PCU**)“ fort, das aufgrund eines russischen Vetos eingestellt wurde. Die SPU umfasst derzeit ein Projektportfolio von rund 30 Millionen Euro. Österreich leistete einen Beitrag von 540.400 Euro zu SPU-Projekten und unterstützte darüber hinaus das Programm

personell. Zudem gehörte Österreich zu den 38 teilnehmenden Staaten, die wegen der Völkerrechtsverletzungen Russlands gegen die Ukraine den sogenannten Moskau-Mechanismus auslösten.

Protracted Conflicts

Moldau/Transnistrien

Der Konfliktbeilegungsprozess zu Transnistrien liegt seit 2019 praktisch still. Botschafter Thomas Mayr-Harting (Österreich) beendete zu Jahresende nach vier Jahren seine Funktion als Sonderbeauftragter des OSZE-Vorsitzenden zur Beilegung des Transnistrienkonflikts.

Südkaukasus

Im Dezember schloss sich Österreich dem „Wiener Mechanismus“ an. Mit diesem forderten 38 teilnehmende Staaten Georgien auf, Fragen zu Repression und Menschenrechtsverletzungen zu beantworten.

Südosteuropa

Die OSZE-Feldmissionen in Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Montenegro, Nordmazedonien und Serbien unterstützten weiterhin die Reformagenden dieser Staaten. Ihr Beitrag zur Stabilität der Region, zur Förderung von Menschen- und Minderheitenrechten sowie zur Korruptionsbekämpfung bleibt aus österreichischer Sicht zentral.

Zentralasien

Angesichts der Auswirkungen der Afghanistan-Krise auf den OSZE-Raum wuchs die Relevanz der OSZE-Feldmissionen in Kasachstan, Turkmenistan, Usbekistan, Kirgisistan und Tadschikistan. Die Schwerpunkte lagen auf Korruptionsbekämpfung, Grenzmanagement und Extremismusbekämpfung. Die OSZE-Akademie in Bischkek, mit österreichischer Unterstützung, bildet weiterhin Expertinnen und Experten aus.

Wahlbeobachtung

Österreich entsandte insgesamt 33 Wahlbeobachterinnen und Wahlbeobachter in OSZE-Wahlbeobachtungsmissionen nach Aserbaidschan, Nordmazedonien, die Mongolei, Bosnien und Herzegowina, Moldau, Georgien, Usbekistan und die USA.

4.2.2 Sicherheitspolitische Dimension

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine belastete das kooperative Sicherheitskonzept der OSZE massiv. Trotz „no business as usual“ wurden vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen im Bereich Rüstungskontrolle, allen voran das **Wiener Dokument**, weiterhin von westlichen Staaten implementiert, unter Aussparung von Russland und Belarus. Österreich unterstützte Projekte zur Sicherheit von Waffenlagern, Verifikationsmaßnahmen und Maßnahmen gegen geschlechterbasierte Gewalt.

4.2.3. Wirtschafts- und Umweltdimension

Der österreichische Vorsitz im Wirtschafts- und Umweltausschuss legte klare thematische Schwerpunkte fest: Dazu zählten **Energie- und Ernährungssicherheit, Konnektivität sowie die Verknüpfung von Umwelt, Korruption und Geldwäsche**. Auch die sicherheitspolitischen Auswirkungen des Klimawandels wurden intensiv behandelt. Darüber hinaus spielten die wirtschaftliche Stärkung von Frauen, die digitale Transformation, gute Regierungsführung sowie Risikoreduzierung und Katastrophenbewältigung eine zentrale Rolle. Österreich engagierte sich zudem in Projekten zu den Themen Klimawandel und Sicherheit, zur Förderung frauengeführter Kleinunternehmen sowie zur effizienten Beschlagnahme und Nutzung kriminell erworbener Vermögenswerte. Weitere Schwerpunkte betrafen die langfristige grüne Transformation, Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel, wirtschaftspolitische Themen und Antikorruptionsmaßnahmen.

4.2.4 Menschliche Dimension – Menschenrechte

Die Folgen des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine prägten weiterhin die Menschenrechtsaktivitäten der OSZE, einschließlich der Warsaw Human Dimension Conference (30. September bis 11. Oktober). Österreich löste gemeinsam mit 37 Staaten den **Moskauer Mechanismus** zur **Lage der politischen Gefangenen in Belarus** aus.

4.3 Europarat

Der Europarat feierte 2024 sein 75-jähriges Bestehen. Vor diesem Hintergrund fand am 16. und 17. Mai in Straßburg die jährliche Sitzung des Ministerkomitees statt, an der für Österreich Bundesminister Alexander Schallenberg teilnahm. Im Mittelpunkt stand die Umsetzung der Erklärung von Reykjavík 2023. Darin verpflichteten sich die 46 Mitgliedstaaten zum Schutz der **Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK)**, der Anpassung von Menschenrechtsstandards an Zukunftsthemen wie Umwelt und künstliche Intelligenz sowie die Unterstützung der Ukraine. Österreich engagiert sich insbesondere für eine effektive Rechenschaftspflicht Russlands für seine Verbrechen gegen die Ukraine.

Thematische Schwerpunkte

Ein funktionierendes EMRK-System setzt eine konsequente Umsetzung der Urteile des **Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR)** voraus. Die mangelnde Umsetzung von Urteilen, insbesondere durch die Türkei im Fall Osman Kavala, stellt eine Herausforderung dar. Österreich setzt sich für die Einhaltung dieser Urteile ein.

Ein weiteres wichtiges Thema war die Annahme der **Rahmenkonvention über Künstliche Intelligenz, Demokratie und Menschenrechte** durch das Ministerkomitee am 17. Mai. Österreich beteiligte sich aktiv an der Ausarbeitung und unterzeichnete das Abkommen am 5. September als Teil der EU. Zudem setzt sich Österreich für eine stärkere Verankerung von Umwelt- und Klimaschutz im Europarat ein, wie es die Erklärung von Reykjavík vorsieht.

Der Europarat widmet sich auch der rechtlichen und menschenrechtlichen **Rechenschaftspflicht** im Zusammenhang mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine. Seit dem 2. April können Kriegsschäden im von Österreich mitgegründeten Register für Kriegsschäden gemeldet werden. Zudem arbeitet der Europarat an der Einrichtung eines Sondergerichtshofs für das Verbrechen der Aggression gegen die Ukraine. Der EGMR behandelt fünf Staatenbeschwerden der Ukraine gegen Russland und fällte am 25. Juni ein Urteil zur Annexion der Krim durch Russland im Jahr 2014.

Die Zusammenarbeit des Europarates mit anderen internationalen Organisationen bleibt ein zentrales Anliegen Österreichs. Die EU ist ein strategischer Partner des Europarats und finanziert

zahlreiche menschenrechtliche und rechtsstaatliche Projekte, insbesondere im Rahmen der EU-Erweiterung. Institutionen wie die **Venedig-Kommission**, die **Staatengruppe gegen Korruption (GRECO)** und die **Istanbul-Konvention** spielen eine zentrale Rolle. Österreich setzt sich für eine breite Ratifizierung der Istanbul-Konvention ein, die den höchsten internationalen Standard zum Schutz von Frauen vor häuslicher Gewalt bietet.

Die **Parlamentarische Versammlung (PV)** verweigerte am 25. Jänner die Akkreditierung der aserbaidschanischen Delegation aufgrund schwerer Verstöße gegen Europaratsverpflichtungen. Aserbaidschan setzte daraufhin die Zusammenarbeit mit dem Europarat aus, revidierte diesen Schritt jedoch teilweise zum Jahresende.

Österreichs Engagement im Europarat

Bundesminister Alexander Schallenberg nahm am Ministerkomitee in Straßburg teil, Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka an der Wiedereröffnung des Plenarsaals der PV am 24. Juni. Die zweite Nationalratspräsidentin Doris Bures sowie mehrere Landtagspräsidentinnen und -präsidenten nahmen an Sitzungen der PV und des **Kongresses der Gemeinden und Regionen Europas (KGRE)** teil.

Österreichische Expertinnen und Experten sind in zahlreichen Ausschüssen des Europarats vertreten. Ulrike Haberl-Schwarz wurde am 29. November in die Expertengruppe **GRETA** gewählt. Helmut Tichy leitete das Komitee der Rechtsberaterinnen und Rechtsberater zu Völkerrecht, Fritz Zeder das Komitee für Strafrechtsfragen.

Das in Graz ansässige **Europäische Fremdsprachenzentrum (EFSZ)** unterstützt die Umsetzung von Sprachenpolitik und die Weiterentwicklung des Sprachunterrichts. Der Präsident der Parlamentarischen Versammlung, Theodoros Rousopoulos, besuchte das Zentrum am 26. September, dem Europäischen Tag der Sprachen.

Österreicherinnen und Österreicher im Europarat

Gabriele Kucsko-Stadlmayer wurde 2024 als erste Österreicherin zur Vizepräsidentin des EGMR ernannt. Der Präsident des österreichischen Verfassungsgerichtshofs Christoph Grabenwarter ist seit 2006 Mitglied der Venedig-Kommission, Gerhard Ermischer seit 2021 Präsident der Konferenz

der Internationalen Nichtregierungsorganisationen. Derzeit sind rund 15 Österreicherinnen und Österreicher als Bedienstete des Europarates tätig.

4.4 Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)

Die OECD konzentrierte sich auf die Erweiterung, den Krieg in der Ukraine, den Konflikt im Nahen Osten und globale Wirtschaftsentwicklungen. Bundesministerin Leonore Gewessler und Bundesminister Magnus Brunner nahmen an Fachministertagungen sowie am OECD-Ministerrat (**MCM**) teil. Im Rahmen der neuen Vortragsreihe "Lectures of the Governor" präsentierte Nationalbankgouverneur Robert Holzmann am 20. September seine Überlegungen zur "Normalization of Monetary Policy beyond Inflation: Challenges and Opportunities".

Der OECD-Ministerrat am 2. und 3. Mai in Paris stand unter dem Motto: "Co-creating the flow of change: leading global discussions with objective and reliable approaches towards sustainable and inclusive growth". Bundesminister Magnus Brunner leitete die österreichische Delegation.

Alle zwei Jahre analysiert das OECD-Sekretariat die wirtschaftliche und soziale Lage seiner Mitgliedstaaten. Der Länderbericht für Österreich wurde am 8. Juli in Wien vorgestellt. Das Spezialkapitel widmet sich der "grünen" Transition, mit dem Ziel, die Nettotreibhausgasemissionen bis 2040 zu eliminieren.

Wirtschafts- und Finanzpolitik

Angesichts der stabilisierten, aber schwachen wirtschaftlichen Entwicklung empfahl die OECD eine vorsichtige Leitzinsanhebung, eine beschleunigte fiskalische Konsolidierung und Maßnahmen gegen den strukturellen Arbeitskräftemangel. Österreich unterzeichnete am 19. September das "Statement of Support" für das Multilaterale Abkommen zur Umsetzung der "Subject to Tax Rule" (**STTR MLI**). Österreich begrüßt den im "OECD/G20 Inclusive Framework on Base Erosion and Profit Shifting" (**IF**) erzielten Konsens und unterstützte mehrere Workshops an der Bundesfinanzakademie in Wien.

Handel, Investitionen und unternehmerische Verantwortung

Die OECD setzte ihre Arbeit zu internationalen Handelsfragen fort, insbesondere zur Resilienz und zu Risiken im weltweiten Handel. Im März fand das erste OECD-Forum zu kritischen Lieferketten statt. Die 2023 aktualisierten OECD-Leitsätze zur unternehmerischen Verantwortung werden in Österreich beworben, um Unternehmen und Stakeholder für deren Anwendung zu sensibilisieren. Die Gruppe der "Freunde der Klein- und Mittelunternehmen" der OECD bleibt unter österreichisch-kolumbianischem Ko-Vorsitz.

Arbeit und Soziales

Österreich ist im Bereich Arbeit und Soziales ein angesehenes Mitgliedsland. Im November wurde Christine Juen (AMS Österreich) zur Vorsitzenden des LEED-Komitees (**Local Employment and Economic Development**) für 2025 gewählt. Der OECD-Bericht "Job Creation and Local Economic Development 2024: The Geography of Generative AI" analysiert die Auswirkungen von KI auf die Stabilität des Arbeitsmarkts. Parallel dazu beteiligte sich Österreich an der OECD-Studie „Generative AI and the SME Workforce“, in der mehr als 5.000 österreichische KMU zur Rolle generativer KI in ihren Unternehmen befragt wurden. Die Ergebnisse der zweiten Erhebung wurden im Dezember präsentiert. Das BMASGPK und das AMS Österreich haben die OECD-Studie „Addressing Regional Labour Market Imbalances in Austria“ finanziell mitgetragen, die die regionale Binnenwanderung in Österreich analysieren und fördern soll.

Bildung und Kompetenzen

Der Bildungs- und Kompetenzbereich gilt als einer der öffentlichkeitswirksamsten Grundpfeiler der OECD-Arbeit. Basierend auf OECD-Daten werden internationale Vergleiche zu Bildungs- und Kompetenzentwicklungen erstellt (**PISA, PIAAC**), die als Grundlage für nationale Strategien dienen. Österreich erhob für die Teaching and Learning International Survey (TALIS)-Studie Daten zur Lehrerfortbildung, Schulmanagement, Unterrichtsmethoden und Feedback zur Lehrerleistung. Die OECD publizierte auch in Österreich die Zahlen zum „Programme for the International Assessment of Adult Competencies“ (PIAAC) 2022/23, einem Projekt an dem Österreich seit Beginn an teilnimmt. Zeitgleich unternahm Österreich Feldtests für die PISA 2025-Studie.

Digitalisierung und Technologie

Erstmals verabschiedete der OECD-Rat eine Digitalstrategie. Zudem wurde eine verstärkte Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen zur globalen KI-Governance beschlossen. Bei der Ministerkonferenz zu "Science, Technology and Innovation" am 23. und 24. April führte Bundesministerin Leonore Gewessler den stellvertretenden Vorsitz.

Umwelt und Energie

Die OECD unterstützt internationale Umwelt- und Klimaschutzbemühungen, darunter die UN-Klimakonferenz (**UNFCCC, COP 29**) in Baku und die Konferenz der Vertragsparteien des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die biologische Vielfalt (**UNCBD, COP 16**) in Cali, Kolumbien. Bundesministerin Leonore Gewessler leitete die österreichische Delegation beim Ministertreffen der Internationalen Energieagentur (IEA) am 13. und 14. Februar. Am 18. Juni sprach IEA-Exekutivdirektor Fatih Birol beim WKÖ-Exporttag in Wien mit Bundespräsident Alexander Van der Bellen.

Tourismus

Die OECD fördert die nachhaltige und digitale Transformation des Tourismus und entwickelt tourismuspolitische Strategien. Unter dem Titel "Building strong tourism destinations" organisierte Österreich gemeinsam mit der OECD einen Workshop in Wien.

Wettbewerb

Diskussionen zur Wettbewerbspolitik konzentrierten sich auf aktuelle wirtschaftspolitische Herausforderungen. Mit der Wahl von Natalie Harsdorf-Borsch zur Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Nr. 2 des Wettbewerbsausschusses wurde Österreichs Rolle besonders gewürdigt.

Landwirtschaft

Die OECD behandelt zentrale Herausforderungen im Landwirtschaftssektor. Österreich setzt sich für Nachhaltigkeit, Regionalität und den Erhalt kleinbäuerlicher Familienbetriebe ein. Der OECD-Bericht "Monitoring and Evaluation 2024" enthält erstmals eine Übersicht zum neuen österreichischen GAP-Strategieplan.

4.5 Amtssitz Österreich

Eine moderne und zukunftsorientierte Amtssitzpolitik zählt zu den Prioritäten der österreichischen Außenpolitik. Internationale Organisationen und Einrichtungen sollen sich für Österreich bzw. Wien als Amtssitz entscheiden und hier eine dauerhafte Niederlassung errichten. Gleichzeitig fördert Österreich Wien aktiv als Standort für internationale Konferenzen und Verhandlungen. Wiens Bedeutung als Vermittlungsort wird durch seine zentrale Lage in Europa und seine lange Tradition als Brückenbauer gestärkt. Die **Österreichische Sicherheitsstrategie** 2024 hebt Wien als einer der vier Amtssitze der VN hervor.

Neben der politischen Bedeutung zeigt eine aktuelle Studie des Wirtschaftsforschungsinstituts WIFO die **wirtschaftlich positiven Effekte des Amtssitzes**: Fast 20.000 Arbeitsplätze sind mit internationalen Organisationen verbunden, und der jährliche Wertschöpfungseffekt beträgt rund 1,7 Milliarden Euro. Bundesminister Alexander Schallenberg betonte bei der Präsentation der Studie die unverzichtbare Rolle internationaler Organisationen für die Wahrung des Völkerrechts, den Schutz der Menschenrechte und den gelebten Multilateralismus.

Die Umsetzung der 2023 beschlossenen **Amtssitz- und Kommunikationsstrategie** festigte das Image Österreichs als internationaler Amtssitz weiter. Das Amtssitz-Logo trug zu einem einheitlichen Auftritt in diesem Bereich bei und erhöhte die Sichtbarkeit Wiens. Der "Claim" „Internationales Wien – Zentrum des Dialogs, der Nachhaltigkeit und Sicherheit“ unterstreicht das Ziel, Wien als Drehscheibe für Sicherheit und Nachhaltigkeit mit Fokus auf Energie, Entwicklung und Klimadiplomatie auszubauen.

Zahlreiche Informationsveranstaltungen des BMEIA, insbesondere für Schülerinnen und Schüler sowie Studierende, stärkten die öffentliche Wahrnehmung des Amtssitzes weiter.

Das Amtssitzgesetz legte zudem den Grundstein für eine abgestimmte nationale Amtssitzpolitik. Ein Koordinierungsgremium, bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern der Ministerien und Bundesländer unter dem Vorsitz des BMEIA, kam am 21. Februar und am 25. Juni zusammen, um Maßnahmen zur Stärkung des Amtssitzes zu erörtern. Gemäß Amtssitzgesetz wird die Verordnung des BMEIA zur Zuerkennung der Rechtsstellung einer Internationalen Nichtregierungsorganisation oder einer Quasi-Internationalen Organisation (INROV) in regelmäßigen Abständen überprüft. Die INROV-Änderungsverordnung vom 2. Juli (BGBl. II Nr. 174/2024) bestätigte, dass 13 Internationale

Nichtregierungsorganisationen und zehn Quasi-Internationale Organisationen die Voraussetzungen für ihren jeweiligen Status erfüllen.

Am 23. August jährte sich zum 45. Mal die Übergabe des „UNO-City“-Gebäudekomplexes des Vienna International Centre (**VIC**) an die VN im Jahr 1979. Aus diesem Anlass wurde in Zusammenarbeit mit dem Wiener Kulturverein Calle Libre ein Wandbild („Mural“) an einem der VIC-Türme realisiert. Der renommierte australische Straßenkünstler Fintan Magee arbeitete im Juni drei Wochen lang an dem fast 1.000 m² großen Kunstwerk mit einer Friedensbotschaft. Die öffentliche Berichterstattung über das Wandbild trug zur Sichtbarkeit des VN-Standorts und der Wiener Organisationen bei. Für das mittlerweile 45 Jahre alte VIC wurden notwendige Brandschutzmaßnahmen beauftragt.

Das VIC bildet das Zentrum zahlreicher internationaler Organisationen in Wien, darunter das **VN-Büro in Wien (UNOV)**, die **Internationale Atomenergiebehörde (IAEA)**, die **Organisation der Vereinten Nationen für Industrielle Entwicklung (UNIDO)** und das **Büro für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC)**. Weitere Institutionen wie die **Organisation des Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (CTBTO)**, das **VN-Büro für Abrüstungsfragen (UNODA)** und die **Kommission für internationales Handelsrecht (UNCITRAL)** sind hier ebenfalls angesiedelt. Zusätzlich hat die **EU-Grundrechteagentur (GRA)** und die **OSZE** ihren Sitz in Wien.

Am 26. Juni wurde der neu erweiterte Hauptsitz des **OPEC Fonds für internationale Entwicklung (OPEC Fund)** feierlich eröffnet. Das Änderungsprotokoll zum Amtssitzabkommen (BGBl. III Nr.88/2024) mit der OPEC ergänzte einen modernen Streitbeilegungsmechanismus.

Die Präsenz von mehr als 50 internationalen Organisationen bestätigt Wiens Rolle als einer der vier VN-Sitze und als Zentrum multilateraler Diplomatie. Internationale Einrichtungen sind auch außerhalb Wiens angesiedelt: Die **Internationale Anti-Korruptionsakademie (IACA)** und das **Internationale Institut für angewandte Systemanalyse (IIASA)** befinden sich in Laxenburg, das **Sekretariat der Alpenkonvention (PSAC)** in Innsbruck und das **Europäische Fremdsprachenzentrum des Europarates (ECML)** in Graz.

Die Wiener Zweigstelle des **Ständigen Schiedshofs (PCA)** feierte am 24. Jänner die Eröffnung ihrer neuen Büroräume in der Hofburg. Begleitend fand eine hochrangige Konferenz unter dem Motto "125 Years of International Dispute Resolution at the Permanent Court of Arbitration" statt.

Der Wiener Standort des **Europäischen Patentamts (EPA)**, das als weltweit anerkanntes Zentrum der Patent-Information dient, wurde nach umfassender Renovierung am 27. November feierlich wiedereröffnet. Die CO2-neutrale Gestaltung der Büros setzt neue Maßstäbe für Nachhaltigkeit am Amtssitz Wien.

Das **Internationale Zentrum für Entwicklung von Migrationspolitik (ICMPD)** verlagerte seinen Hauptsitz in den zweiten Wiener Gemeindebezirk. Die jährliche Wiener Migrationskonferenz fand am 22. und 23. Oktober im Palais Niederösterreich statt. Auch die **Internationale Organisation für Migration (IOM)** erweiterte ihre Strukturen: Ihr Regionalbüro für Europa und Zentralasien wurde in Wien angesiedelt.

Ein starkes Engagement zeigten die in den Bereichen Energie und Nachhaltigkeit aktiven Organisationen, die ihre Synergien im Vienna Energy Club bündeln. Dazu zählen die Energiegemeinschaft Südosteuropa, das Verbindungsbüro der **Partnerschaft für Erneuerbare Energie und Energieeffizienz (REEEP)** sowie die **Initiative Nachhaltige Energie für Alle (SEforAll)**. Seit 1996 ist das Wassenaar Arrangement in Wien angesiedelt, das sich mit dem Export konventioneller Waffen und doppelverwendungsfähiger Technologien befasst. Österreich fungiert zudem als zentrale Kontaktstelle für den **Haager Verhaltenskodex (HCOC)** zur Verhinderung der Verbreitung ballistischer Raketen. Die Unabhängige Internationale Untersuchungskommission zur Ukraine (Independent International Commission of Inquiry on Ukraine) hat ihren Sitz in Wien und wurde am 4. April um ein weiteres Jahr verlängert.

Der Wiener Standort der Weltbankgruppe dient als regionaler Hub für Europa und Zentralasien. Der **Internationale Währungsfonds (IWF)** ist mit seinem Verbindungsbüro für den Westbalkan in Wien vertreten. Das Joint Vienna Institute ist als internationale Ausbildungseinrichtung von IWF, BMF und OeNB seit Jahren etabliert.

Wien ist nicht nur ein bedeutender Amtssitz, sondern auch eine weltweit anerkannte Kongressstadt. Mehrere Großveranstaltungen unterstrichen Wiens internationale Bedeutung. Die erste internationale Konferenz zu autonomen Waffensystemen "Humanity at the Crossroads" fand am 29. und 30. April in der Hofburg statt. Im Rahmen des österreichischen Vorsitzes der EU-Strategie für den Donauraum war das Jahresforum am 20. Juni mit 500 Teilnehmenden ein Höhepunkt. Zudem wurde am 17. September ein Treffen der "Core Group on the Establishment

of the Special Tribunal for the Crime of Aggression against Ukraine" abgehalten. Ein weiteres wichtiges Event war das von 19. bis 21. November in Wien organisierte Jahrestreffen des Dachverbands zivilgesellschaftlicher Organisationen der Östlichen Partnerschaft (EaP CSF Civil Society Summit).

Diese Entwicklungen unterstreichen Wiens Bedeutung als globaler Amtssitz und seine zentrale Rolle in der multilateralen Diplomatie.

4.6 Menschenrechte

Der Schutz und die Förderung der Menschenrechte sind zentrale Anliegen der österreichischen Außenpolitik. Österreich engagiert sich aktiv in internationalen Foren, insbesondere bei den VN und in der EU, und setzt konkrete Initiativen zur Wahrung der Menschenrechte weltweit um.

4.6.1 Schwerpunkte

Abschaffung der Todesstrafe

Österreich setzt sich konsequent für die weltweite Ächtung der Todesstrafe ein. Im Rahmen des **VN-Menschenrechtsrats (VN-MRR)** empfahl Österreich Jemen, Vietnam, Mauritius und Nigeria die Abschaffung der Todesstrafe. Zudem führte es Gespräche mit Tadschikistan und Jordanien und unterstützte eine VN-Resolution für ein globales Moratorium.

Folter und unmenschliche Behandlung

Im April wurde Österreich vom **VN-Komitee gegen Folter (CAT)** überprüft und für seine internationale Rolle gelobt. Die Schlussbemerkungen dazu wurden im Mai veröffentlicht.

Frauenrechte

Als Mitglied der **VN-Frauenstatuskommission (CSW)** beteiligte sich Österreich an der 68. Sitzung im März mit einem hochrangigen Side Event zur finanziellen Stärkung von Frauen und Mädchen. Zudem engagierte es sich in der VN-Generalversammlung, im VN-Sicherheitsrat und im EU-Rahmen für Frauenrechte und gegen deren Verwässerung. Österreich fördert zudem die Istanbul-

Konvention und stellt mit Helmut Tichy ein Mitglied des Expertenkomitees GREVIO des Europarates. In der Entwicklungszusammenarbeit finanzierte Österreich Projekte zur Stärkung der Frauenrolle in Friedensprozessen sowie zur Unterstützung von Frauen in Afghanistan, der Ukraine und Brasilien.

Kinderrechte

Als Mitglied der Internationalen Koalition für die Rückkehr ukrainischer Kinder engagiert sich Österreich für deren Rückholung. Es nahm an der ersten Ministerkonferenz zur Beendigung von Gewalt gegen Kinder teil und unterstützte den „Call to Action".

Minderheitenschutz und Religionsfreiheit

Österreich setzt sich gegen Ausgrenzung und Verfolgung religiöser und ethnischer Minderheiten ein. Es unterstützt das Mandat des VN-Sonderberichterstatters zu Minderheitenfragen und brachte eine Resolution zu Minderheitenschutz und inklusiven Gesellschaften im VN-MRR ein. Zudem förderte es das 17. VN-Forum für Minderheitenfragen in Genf. Österreich engagiert sich im Europarat für den Minderheitenschutz und brachte Resolutionen zur Religionsfreiheit in die VN-GV ein. Als Gründungsmitglied der **Internationalen Allianz für Religionsfreiheit (IRFBA)** organisierte Österreich im April ein Treffen zur Bedeutung des interreligiösen Dialogs.

Medienfreiheit und Schutz von Journalistinnen und Journalisten

Österreich fördert die Medienfreiheit als Vorsitzender in relevanten VN-Gruppen in Genf, bei der UNESCO und als Mitglied entsprechender Gruppen in New York, der OSZE und dem Europarat. Als Teil der Media Freedom Coalition unterstützt Österreich Maßnahmen zur Pressefreiheit und leistete einen finanziellen Beitrag zur Unterstützung afghanischer Journalistinnen durch UN Women.

Digitale Technologien und Menschenrechte

Österreich engagiert sich für menschenrechtliche Standards bei der Entwicklung und Anwendung digitaler Technologien. Es unterstützte die VN-Resolutionen zu künstlicher Intelligenz und den

Global Digital Compact. Zudem beteiligt sich Österreich aktiv an der Freedom Online Coalition (**FOC**) und setzt sich in der EU und im Europarat für einen menschenrechtsbasierten Ansatz ein.

Menschenrechtsbildung

Vertreterinnen und Vertreter des Völkerrechtsbüros des BMEIA unterrichteten regelmäßig an Bildungsinstitutionen, hielten Vorträge, nahmen an Diskussionsveranstaltungen mit der interessierten Öffentlichkeit teil und pflegten den Austausch mit Studierenden sowie zivilgesellschaftlichen Organisationen, um Wissen und Information über Menschenrechte zu vermitteln und Verständnis dafür zu schaffen, Menschenrechte zu achten, zu schützen und auch im eigenen Umfeld umzusetzen.

4.6.2 Menschenrechte in den Vereinten Nationen

VN-Menschenrechtsrat

Bei der 55. Tagung des VN-MRR von 26. Februar bis 5. April setzte sich Österreich mit einer Resolution zu **Minderheitenrechten** und der Mandatsverlängerung der VN-Sonderberichterstatterin für das Recht auf Privatsphäre ein. Beide wurden im Konsens angenommen. Weitere Schwerpunkte waren die Verlängerung der unabhängigen Untersuchungskommission zur Ukraine und die Einrichtung einer Expertinnen- und Expertengruppe zu Belarus. Die Lage in Nahost dominierte die Tagung.

Bei der 56. Tagung im Juni beteiligte sich Österreich als aktiver Beobachterstaat an Dialogen zu Ukraine, Belarus, Russland, China und Libyen. Thematisch standen Frauen- und Kinderrechte sowie digitale Technologien im Fokus.

Im Oktober brachte Österreich bei der 57. Tagung eine Resolution zur Mandatsverlängerung der Sonderberichterstatterin zur Menschenrechtslage in Russland ein. Zudem koordinierte Österreich mit Tschechien und der Slowakei eine gemeinsame Erklärung gegen Antisemitismus, der sich zahlreiche Staaten anschlossen. Eine weitere Resolution betraf die Mandatsverlängerung der Sonderberichterstatterin für Menschenrechte und Klimawandel.

Menschenrechte in der Generalversammlung der Vereinten Nationen

Die Sitzungsperiode des 3. Komitees der 79. VN-Generalversammlung begann am 3. Oktober. Österreich übergab den Vorsitz an Burundi, nach einer Periode mit 90 interaktiven Dialogen und 49 angenommenen Resolutionen. Im Mittelpunkt standen die Situation im Nahen Osten, der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und weltweite Menschenrechtsverletzungen.

Ein nationaler Schwerpunkt Österreichs lag auf den Auswirkungen digitaler Technologien auf die Menschenrechte in der Rechtspflege. Die entsprechende Resolution wurde mit 69 Ko-Sponsoren im Konsens angenommen. Zudem leitete Österreich für die EU-Staaten die Verhandlungen zu einer Resolution über das universelle Recht auf Selbstbestimmung und koordinierte EU-Stellungnahmen zu Rechtsstaatlichkeit, Binnenvertriebenen und Rassismus.

4.6.3 Menschenrechte in der Europäischen Union

Unter den Ratsvorsitzen von Belgien und Ungarn standen Sicherheit, Verteidigung und europäische Zusammenarbeit im Fokus. Die EU aktualisierte ihre Leitlinien zu Kindern in bewaffneten Konflikten und führte Menschenrechtsdialoge mit Drittstaaten wie Saudi-Arabien, China und Indonesien. Zudem gelang erstmals die erfolgreiche Wahl einer gemeinsamen EU-Kandidatin in den Ausschuss der VN für die Rechte von Menschen mit Behinderungen.

Angesichts **schwerer Menschenrechtsverletzungen** setzte die EU ihr **globales Sanktionsregime** ein. Österreich stimmte neuen Sanktionen gegen 81 Einzelpersonen und 22 Entitäten zu und plädierte für humanitäre Ausnahmeregelungen, um negative Auswirkungen auf Zivilbevölkerungen zu minimieren.

Die EU-Ratsarbeitsgruppe **FREMP** behandelt menschenrechtspolitische Fragen innerhalb der EU, wobei Österreich aktiv mitwirkt.

Darüber hinaus beteiligte sich Österreich an EU-Wahlbeobachtungsmissionen in Senegal, Jordanien, Mosambik und Sri Lanka und trug so zur Stärkung demokratischer Prozesse weltweit bei.

4.6.4 Menschenrechte im Europarat

Der EGMR entschied im April über drei Klimabeschwerden, die als Präzedenzfälle für künftige Verfahren dienen. Die Beschwerde des Vereins KlimaSeniorinnen Schweiz wurde zugelassen, während andere, darunter Duarte Agostinho gegen 32 Staaten einschließlich Österreich, als unzulässig erklärt wurden. Im Juni eröffnete der EGMR das Verfahren zur Klimabeschwerde Müllner gegen Österreich, dem sich mehrere Nebenintervenienten anschlossen.

Mit Jahresende waren 112 Menschenrechtsbeschwerden gegen Österreich vor dem EGMR anhängig. Der EGMR hat bisher in 441 Fällen eine Menschenrechtsverletzung durch Österreich festgestellt; davon wurden 432 Entscheidungen vollständig umgesetzt– eine Umsetzungsrate von 98 %, womit Österreich zu den führenden Staaten im Europarat zählt. 2024 konnten fünf Urteile abgeschlossen werden, während sich acht weitere in Umsetzung befanden.

4.7 Sicherheit

Die **Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)** sowie die **Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP)** sind zentrale Handlungsfelder der österreichischen Außen- und Sicherheitspolitik. Seit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine steht die EU vor neuen geopolitischen Herausforderungen. Die steigenden Spannungen in Osteuropa, dem Südkaukasus, dem Nahen Osten und Afrika erfordern eine Stärkung der europäischen Resilienz durch eine vertiefte Sicherheits- und Verteidigungspolitik.

2024 führte die EU weltweit 24 Missionen durch, darunter zehn militärische und 13 zivile Einsätze. Österreich beteiligte sich an zwölf dieser Missionen und stellte überdurchschnittlich viele Truppen für militärische EU-Einsätze. Während es sich bei der Lieferung letaler Ausrüstung an die Ukraine aufgrund seiner Neutralität enthielt, sicherte es durch konstruktive Enthaltungen europäische Solidarität. Bundesminister Alexander Schallenberg nahm seit 2021 häufiger an vom Hohen Vertreter Josep Borrell mandatierten EU-Reisen teil als jeder andere Außenminister und betonte dabei die Notwendigkeit neuer Partnerschaften, insbesondere mit Staaten des Globalen Südens.

Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP)

Die GSVP wurde mit dem Vertrag von Lissabon gestärkt und bildet einen integralen Bestandteil der GASP. Der Strategische Kompass für Sicherheit und Verteidigung aus dem Jahr 2022 definiert

Bedrohungen für die EU und sieht konkrete Maßnahmen zur Stärkung der Sicherheitskapazitäten vor.

Österreich unterstützt die Umsetzung des Strategischen Kompasses und setzt sich für eine Verbesserung des Krisenmanagements, die Stärkung der Resilienz gegen Cyber- und hybride Bedrohungen sowie den umfassenden Sicherheitsansatz ein, der von Prävention über Friedenserhaltung bis zum Friedensaufbau reicht. Im Rahmen der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (**SSZ**) beteiligte sich Österreich Ende 2024 an 13 Projekten, darunter eines zum Schutz vor atomaren, biologischen und chemischen Gefahren, das unter österreichischer Leitung steht.

Österreich unterstützt zudem Initiativen zur Stärkung der europäischen Verteidigungsindustrie. Es nutzt das Instrument zur **Stärkung der Europäischen Verteidigungsindustrie durch Gemeinsame Beschaffung (EDIRPA)** und beteiligt sich an den Verhandlungen zum **Europäischen Verteidigungsindustrieprogramm (EDIP)**, das mit 1,5 Milliarden Euro die europäische Verteidigungsindustrie fördern soll.

Im Juni 2024 legte Österreich seinen Nationalen Umsetzungsplan für den EU-Pakt zur zivilen GSVP vor. Ziel ist eine verstärkte Beteiligung an zivilen Missionen sowie die Nutzung innovativer Technologien. Das BMEIA führte zudem Projekte zur digitalen Forensik und Korruptionsbekämpfung in der Ukraine durch.

Österreich stellte 2024 Personal für sechs von 13 zivilen Missionen und sechs von zehn militärischen GSVP-Operationen.

Zivile GSVP-Missionen: EUAM Ukraine (mit österreichischer Beteiligung), EUBAM Libyen (mit österreichischer Beteiligung), EULEX Kosovo (mit österreichischer Beteiligung), EUPM Moldau (mit österreichischer Beteiligung), EUMM Georgien (mit österreichischer Beteiligung), EUM Armenien (mit österreichischer Beteiligung), EUAM Irak, EUAM RCA/Zentralafrikanische Republik, EUCAP Sahel Mali, EUCAP Sahel Niger (mit 1. Juli beendet), EUCAP Somalia, EUPOL COPPS/Palästinensische Gebiete, EUBAM Rafah/Palästinensische Gebiete.

Militärische GSVP-Operationen und Missionen: EUFOR Althea/Bosnien und Herzegowina (mit österreichischer Beteiligung), EUNAVFOR MED Irini/Mittelmeer (mit österreichischer Beteiligung),

EUTM Mali (mit österreichischer Beteiligung; mit 18. Mai beendet), EUMPM Niger (mit 30. Juni beendet), EUMAM Mozambique (mit österreichischer Beteiligung), EUNAVFOR Somalia Operation Atalanta/Horn von Afrika, EUTM RCA/Zentralafrikanische Republik, EUTM Somalia, EUMAM Ukraine. Außerdem wurde mit der EUNAVFOR Aspides am 19. Februar eine neue Operation zum Schutz der Schifffahrt vor Angriffen der Huthi-Rebellen im Roten Meer eingerichtet (mit österreichischer Beteiligung). Österreich nimmt auch an der militärischen Dimension der Sicherheits- und Verteidigungsinitiative in den Küstenstaaten des Golfes von Guinea **(EUSDI)** teil.

North Atlantic Treaty Organisation (NATO)

Österreich ist seit 1995 Mitglied der **Partnerschaft für den Frieden (PfP)** und engagiert sich in Krisenprävention und kooperativer Sicherheit. Das maßgeschneiderte **Individually Tailored Partnership Programme (ITPP)** stärkt seit 2022 den politischen Dialog mit der NATO.
Mit 165 Soldatinnen und Soldaten beteiligt sich Österreich weiterhin an der NATO-geführten Friedensmission im Kosovo (**KFOR**). Seit November entsendet es bis zu zehn Bundesheer-Angehörige zur NATO-Ausbildungsmission im Irak (**NMI**) und beteiligt sich an einem Kapazitätsaufbauprogramm der NATO in Jordanien.

Maßnahmen gegen Extremismus und Terrorismus

Österreich ist Mitglied der Globalen Koalition gegen den IS und engagiert sich in den Bereichen "Foreign Terrorist Fighters" und "Stabilisierung". Die Koalition setzt verstärkt auf die Repatriierung von Kämpfern und deren Familienangehörigen sowie die Bekämpfung terroristischer Netzwerke in Afrika und Südostasien.

Migration

Migration ist ein komplexes und interdisziplinäres Thema, das zunehmend auch aus sicherheitspolitischer Perspektive betrachtet wird. In der neuen Österreichischen Sicherheitsstrategie wird Migration als wichtiger Aspekt hervorgehoben und die **Bedeutung eines robusten EU-Außengrenzschutzes, strategischer Partnerschaften und einer effektiven Migrationsdiplomatie** betont. Österreich verfolgt einen gesamtstaatlichen Ansatz, der sich auf Grenzmanagement, die Bekämpfung des Schlepperwesens, die Stärkung der Aufnahmekapazitäten in Drittstaaten, Rückführungen sowie Reintegration konzentriert. Zudem

spielt die Verbindung zur humanitären Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit eine zunehmend wichtige Rolle. Als sicherheitsrelevant gelten hybride Bedrohungen durch die politische Instrumentalisierung von Migration.

Österreich engagiert sich intensiv in multilateralen Foren und arbeitet mit internationalen Organisationen wie UNHCR, IOM, UNODC, UNDP, UNICEF und WFP zusammen. Die Wiener Konferenz gegen Menschenhandel im Oktober verdeutlicht Österreichs langjähriges Engagement in diesem Bereich. Mit einem Beitrag von rund 24,1 Millionen Euro zählt Österreich zu den größten Gebern von UNHCR. Auch die enge Zusammenarbeit mit der IOM wurde weiter gestärkt, insbesondere durch die Zusammenlegung der Regionalbüros für Europa und Zentralasien in Wien.

Ein zentraler Partner ist das in Wien ansässige **International Centre for Migration Policy Development (ICMPD)**, das sich mit legaler Migration, Asyl, Bekämpfung von Menschenhandel, Rückkehr und Reintegration befasst. Österreich beteiligt sich an migrationspolitischen Dialogprozessen, darunter der Budapest-Prozess mit Staaten entlang der Seidenstraße, der Khartum-Prozess mit afrikanischen Staaten, der Rabat-Prozess mit westafrikanischen Ländern, der Prag-Prozess mit Staaten des Westbalkans und Zentralasiens sowie seit Sommer an dem von Italien initiierten Rom-Prozess.

Cyberdiplomatie und internationale Zusammenarbeit

Österreich setzt sich gemeinsam mit seinen EU-Partnern für ein **globales, freies, offenes, sicheres und stabiles Internet** ein. Das Völkerrecht, Menschenrechte und Grundfreiheiten müssen uneingeschränkt auch für Cyberaktivitäten gelten.

Die seit Jänner 2022 geführten Verhandlungen zur VN-Cybercrimekonvention wurden im August erfolgreich abgeschlossen und am 24. Dezember in der VN-Generalversammlung im Konsens angenommen. Österreich setzte sich für einen inklusiven Verhandlungsprozess und hohe Menschenrechtsstandards ein, insbesondere beim Schutz vor missbräuchlicher Anwendung der Konvention. Gemeinsam mit Gleichgesinnten konnte Österreich sicherstellen, dass der Konventionstext auf Cyberkriminalität begrenzt bleibt und rechtsstaatliche Garantien gewahrt werden.

Im Mai veröffentlichte das BMEIA ein Positionspapier zur Anwendung des Völkerrechts auf Cyberaktivitäten. Zudem beteiligte sich Österreich an der Erarbeitung der im November vom EU-Rat angenommenen „Erklärung zum gemeinsamen Verständnis der EU und der Mitgliedstaaten zur Anwendung des Völkerrechts im Cyberraum“.

Innerhalb der OSZE engagiert sich Österreich für vertrauensbildende Maßnahmen (**CBMs**) zur Cybersicherheit. Im Rahmen der Initiative „Adopt a CBM“ liegt ein Schwerpunkt auf der Kooperation zwischen öffentlichem und privatem Sektor. In diesem Kontext veranstaltete das BMEIA gemeinsam mit dem Bundeskanzleramt am 4. November ein Side-Event zur nationalen Umsetzung von Public-Private Partnerships. Ein Beispiel für eine solche Partnerschaft ist die Cyber Sicherheit Plattform, die zentrale Austausch- und Kooperationsplattform zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und öffentlicher Verwaltung in Sachen Cybersicherheit in Österreich

Bekämpfung von Cyberkriminalität und Ransomware

Ransomware bleibt eine der größten Bedrohungen im Bereich der Cyberkriminalität. Österreich ist Mitglied der **International Counter Ransomware Initiative**, die mit über 60 Staaten an der globalen Bekämpfung von Ransomware arbeitet. Im Juni organisierte das BMEIA gemeinsam mit dem Bundeskriminalamt einen Outreach-Workshop für Westbalkanstaaten, um deren Einbindung in die Initiative zu fördern.

Im April trat Österreich der von den USA initiierten **Gemeinsamen Erklärung zur Bekämpfung der Verbreitung und des Missbrauchs kommerzieller Spionagesoftware** bei. Das Profil Österreichs in der internationalen Cyberdiplomatie konnte durch das intensive Engagement des Sonderbeauftragten für Cyber-Außenpolitik und Cyber-Sicherheit im BMEIA in multilateralen Verhandlungen sowie auf EU- und bilateraler Ebene weiter gestärkt werden.

Hybride Bedrohungen und Desinformation

Hybride Bedrohungen durch staatliche und nichtstaatliche Akteure zur Destabilisierung und Manipulation nehmen zu. Österreich unterstützt die EU-Hybride Toolbox für koordinierte Reaktionen auf hybride Bedrohungen und arbeitet in der Hybrid Fusion Cell des EAD sowie im Europäischen Kompetenzzentrum zu hybriden Bedrohungen in Helsinki mit.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine verstärkte hybride Aktivitäten gegen die EU, darunter die Instrumentalisierung von Migration, Sabotage und Angriffe auf kritische Infrastruktur. Österreich unterstützt das neue EU-Sanktionsregime gegen hybride Bedrohungen aus Russland und beteiligt sich an sektorübergreifenden EU-Übungen wie Integrated Resolve 2024 zur Stärkung der Resilienz.

Ein besonderer Fokus lag auf der Abwehr von ausländischer Manipulation von Information (FIMI). Österreich beteiligte sich an der Umsetzung des EU-FIMI-Instrumentariums und am EU-Frühwarnsystem gegen Desinformation im Rahmen des EU-Aktionsplans gegen Desinformation.

4.8 Internationale Abrüstung und Rüstungskontrolle

Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO)

Die IAEO fördert die friedliche Nutzung der Kernenergie, stärkt die nukleare Sicherheit und überwacht die Einhaltung des **Vertrags über die Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen (NPT)**. Zudem spielt sie eine zentrale Rolle bei der Überwachung des Gemeinsamen Umfassenden Aktionsplans (**JCPoA**) zur friedlichen Nutzung der Atomenergie im Iran. Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine führte zu erheblichen nuklearen Risiken, insbesondere durch die Besetzung des Kernkraftwerks Saporischschja. Auf Initiative des IAEO-Generaldirektors Rafael Mariano Grossi wurden zwischen Ukraine und Russland Sicherheitsprinzipien für das Kernkraftwerk vereinbart sowie eine ständige Präsenz der IAEO vor Ort ermöglicht. Österreich unterstützte diese Bemühungen mit einem Beitrag von 1 Million Euro.

Vorbereitende Kommission der CTBTO

Die Organisation des **Vertrags über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (CTBTO)** mit Sitz in Wien überwacht mit einem globalen System die Einhaltung des Verbots nuklearer Explosionen. 187 Staaten haben den Vertrag unterzeichnet, 178 ratifiziert. Für das Inkrafttreten fehlen noch neun Schlüsselstaaten, darunter China, Indien, Iran, Israel, Russland und die USA. Österreich setzt sich für eine nachhaltige Finanzierung der CTBTO ein und unterstützte den Aufbau des „Technology Support and Training (**TeST**) Centre“ in Seibersdorf.

Verbot von Nuklearwaffen (TPNW)

Österreich gehört zu den treibenden Kräften für eine atomwaffenfreie Welt und spielte eine führende Rolle bei der Aushandlung des **Vertrags über das Verbot von Nuklearwaffen (TPNW)**, der 2021 in Kraft trat. 94 Staaten haben den Vertrag unterzeichnet, 73 ratifiziert. Beim zweiten Vertragsstaatentreffen im Dezember 2023 in New York übernahm Österreich die Koordination eines Prozesses zur Sicherheits- und Risikoperspektive der TPNW-Staaten.

Chemiewaffenkonvention (CWK)

Die Chemiewaffenkonvention mit 193 Vertragsstaaten verbietet Chemiewaffen vollständig. 2023 wurde die Vernichtung aller deklarierten Chemiewaffenbestände abgeschlossen. Die **Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW)** untersucht weiterhin Chemiewaffeneinsätze in Syrien und verfolgt neue Bedrohungen durch chemische Kampfstoffe. Österreich forderte Russland auf, Vorwürfe über den Einsatz chemischer Waffen in der Ukraine aufzuklären.

Biologie- und Toxinwaffenkonvention (BTWK)

Die BTWK verbietet die Entwicklung, Herstellung und Lagerung biologischer Waffen. Österreich engagiert sich für Verifikationsmechanismen und die Stärkung wissenschaftlicher Kapazitäten zur besseren Umsetzung der Konvention.

Ballistische Raketen (HCoC)

Der Haager Verhaltenskodex (**HCoC**) regelt die Kontrolle ballistischer Raketen als potenzielle Trägersysteme für Massenvernichtungswaffen. 145 Staaten beteiligen sich an vertrauensbildenden Maßnahmen, darunter Informationsaustausch über Raketenstarts. Das 23. Jahrestreffen fand im April in Wien unter chilenischem Vorsitz statt. Österreich fungiert seit 2002 als zentrale Kontaktstelle und setzt sich für die Stärkung und Universalisierung des Kodex ein.

Umgang mit konventionellen Waffen

Antipersonenminen-Verbotskonvention (APMBC)

Die Antipersonenminen-Verbotskonvention (**APMBC**) mit 164 Vertragsstaaten ist ein Meilenstein der humanitären Abrüstungsdiplomatie. Österreich spielte eine führende Rolle bei der Aushandlung der 1997 in Kraft getretenen Konvention und engagiert sich weiterhin. Bei der 5. Überprüfungskonferenz im November in Kambodscha wurde ein neuer Aktionsplan für 2024–2029 verabschiedet. Österreich übernahm den Ko-Vorsitz für den Opferschutz und finanzierte Minenräumprogramme in der Ukraine, dem Südkaukasus und Uganda mit.

Streumunitionskonvention (CCM)

Das Übereinkommen über das Verbot von Streumunition (**CCM**) trat 2010 in Kraft und wurde bisher von 112 Staaten ratifiziert. Österreich war maßgeblich an den Verhandlungen beteiligt und setzte sich für Opferhilfe ein. Beim 12. Vertragsstaatentreffen im September in Genf sorgte die angekündigte Absicht Litauens für Besorgnis, aus der Konvention auszutreten. Österreich bekräftigte seine Unterstützung für das CCM und übernahm den Ko-Vorsitz für den allgemeinen Status der Konvention.

Einsatz von Explosivwaffen in besiedelten Gebieten (EWIPA)

Die 2022 verabschiedete Politische Erklärung zum Schutz von Zivilistinnen und Zivilisten vor Explosivwaffen wurde von 87 Staaten unterzeichnet. Österreich setzt sich intensiv für ihre Umsetzung ein. Im Januar organisierte Wien einen militärischen Workshop mit Expertinnen und Experten aus über 40 Ländern, dessen Ergebnisse bei der ersten Signatarstaatenkonferenz im April in Oslo präsentiert wurden.

4.9 Multilaterale Exportkontrolle

Exportkontrollregime

Österreich gehört allen fünf internationalen Exportkontrollregimen an. Sie sollen sicherstellen, dass sensible Güter und Technologien nicht in die falschen Hände geraten. Die Regulierung erfolgt durch das Außenwirtschaftsgesetz und das Kriegsmaterialgesetz.

- **Nukleare Exportkontrolle**: Die Gruppe Nuklearer Lieferländer (**NSG**) und das Zangger-Komitee kontrollieren die Weitergabe sensibler nuklearer Technologien.

- **Chemie- und Biowaffen**: Die Australien-Gruppe stellt sicher, dass Exporte nicht zur Entwicklung chemischer und biologischer Waffen beitragen.
- **Raketentechnologie**: Das Missile Technology Control Regime (**MTCR**) verhindert die Verbreitung atomwaffenfähiger Raketentechnologie.
- **Konventionelle Waffen**: Das Wassenaar-Abkommen setzt auf Transparenz, um eine destabilisierende Anhäufung konventioneller Waffen und Dual-Use-Technologien zu verhindern. Das 28. Vertragsstaatentreffen fand im Dezember in Wien statt.

Nationale Exportkontrolle

Die nationale Kontrolle von Rüstungsexporten basiert auf dem Außenwirtschaftsgesetz (BMAW) und dem Kriegsmaterialgesetz (BMI). Das BMEIA und das Verteidigungsministerium sind in die Genehmigungsverfahren eingebunden, um sicherzustellen, dass Exporte mit internationalen Verpflichtungen im Einklang stehen.

4.10 Klimaschutz, Umwelt und Energie

Internationale Klimapolitik und Biodiversität

Die EU nimmt eine globale Führungsrolle im Kampf gegen den Klimawandel und die Biodiversitätskrise ein, die Österreich nachdrücklich unterstützt. Eine ambitionierte und kohärente europäische Klima- und Umweltpolitik mit klaren Zielen ist für Österreich essenziell. Daher setzt sich Österreich sowohl bilateral als auch multilateral für die Umsetzung des **Klimarahmenübereinkommens der VN (UNFCCC)**, des Pariser Klimaabkommens und der EU-Klima- und Umweltziele ein. Darüber hinaus verfolgt Österreich eine aktive Klimaaußenpolitik, indem es den Dialog mit Drittstaaten intensiviert, insbesondere Entwicklungs- und Schwellenländern.

Bei der **29. Klimakonferenz der VN (COP29)** in Baku engagierte sich die österreichische Delegation unter Bundesministerin Leonore Gewessler für ambitionierte Beschlüsse.

Neben der internationalen Klimapolitik engagiert sich Österreich für den Schutz natürlicher Lebensräume. Es setzt sich für die Umsetzung des UN-30by30-Pledges ein, das den Schutz von 30 % der Land- und Meeresflächen sowie die Wiederherstellung von 30 % verlorener Ökosysteme bis

2030 vorsieht. Österreich unterstützt aktiv die EU-Initiativen zur Kreislaufwirtschaft und beteiligt sich an den Verhandlungen für ein UN-Abkommen zur Beendigung der Plastikverschmutzung. Im Bereich Biodiversität wurde "Biodiversity Austria – International" am Biodiversitäts-Hub in Krems eingerichtet, um österreichische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler bei der Mitgestaltung globaler Biodiversitätsprozesse, insbesondere im Weltbiodiversitätsrat (IPBES), zu fördern.

Nationale Klimaziele und Energiepolitik

Österreich hat sich ambitionierte nationale Klimaziele gesetzt: Bis 2030 soll der gesamte Strombedarf aus erneuerbaren Energien gedeckt werden, und bis 2040 – zehn Jahre vor der EU – soll Österreich klimaneutral sein. Um diese Ziele zu erreichen, werden 46 % der nationalen Next Generation EU-Mittel in Klimaschutzmaßnahmen investiert. Die Initiative **REPowerEU** wird genutzt, um die Abhängigkeit von fossilen Energieträgern zu reduzieren und den Ausbau erneuerbarer Energien zu beschleunigen.

Die **Biodiversitäts-Strategie Österreich 2030+** legt konkrete Maßnahmen zum Erhalt der biologischen Vielfalt fest und berücksichtigt dabei internationale Vereinbarungen. Österreich betont, dass die Bewältigung der Klima- und Biodiversitätskrise eine globale Anstrengung erfordert. Es fordert daher von allen Staaten, die zur Erreichung der Umweltziele beitragen können, entsprechend ihrer Kapazitäten Verantwortung zu übernehmen.

Nachhaltige und sichere Energiesysteme

Der Umbau der Energiesysteme ist eine zentrale Herausforderung für die EU und ihre Mitgliedstaaten. Österreich gestaltet die Reform der europäischen Energiemärkte aktiv mit und setzt sich über die EU hinaus für nachhaltige Energiesysteme ein. Es beteiligt sich an internationalen Energieorganisationen und Foren, um die Energiewende global voranzutreiben.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine führte zu einem radikalen Umdenken in der europäischen Energiepolitik. Während 2020 noch ein Viertel des EU-Energiebedarfs durch russische Importe gedeckt wurde, hat sich diese Abhängigkeit inzwischen drastisch reduziert. Ziel der EU ist es, bis 2027 vollständig auf Energieimporte aus Russland zu verzichten. Um die Energieversorgung zu sichern, investiert die EU verstärkt in erneuerbare Energien und den Ausbau der Infrastruktur für verflüssigtes Erdgas (**LNG**). Österreich hat seine Gasimportkapazitäten über

Italien erweitert und den nationalen Gasverbrauch gesenkt. In der Heizperiode 2023/24 lag dieser 20 % unter dem Durchschnitt der letzten fünf Jahre.

Im Dezember kündigte die OMV ihren Langzeitliefervertrag mit Gazprom, nachdem das russische Unternehmen die Gaslieferungen eingestellt hatte.

Atomenergie und internationale Zusammenarbeit

Österreich lehnt die Nutzung von Atomenergie entschieden ab, respektiert jedoch die souveränen Entscheidungen anderer EU-Mitgliedstaaten. Es setzt sich auf europäischer und internationaler Ebene, u.a. in der Internationalen Atomenergiebehörde **(IAEA)**, für höchste Sicherheitsstandards in der Nukleartechnologie ein. In bilateralen Abkommen fordert Österreich von seinen Nachbarstaaten strengste Sicherheitsvorkehrungen für bestehende Kernkraftwerke.

Parallel zur innereuropäischen Koordination engagiert sich Österreich in der EU-Energiediplomatie gegenüber Drittstaaten. In der **Energy Diplomacy Group** bringt Österreich seine Position in die internationalen Diskussionen ein. Zudem ist Österreich Mitglied der **Energy Community**, einer in Wien ansässigen Organisation, die den Energiemarkt von (potenziellen) EU-Beitrittskandidaten mit dem europäischen Markt verbindet. Ziel ist es, stabile Rahmenbedingungen zu schaffen und die Versorgungssicherheit zu erhöhen. Österreich setzt sich insbesondere für die Integration der Westbalkanstaaten in den europäischen Energiemarkt ein.

Die multilaterale Zusammenarbeit bleibt für Österreich essenziell. Es arbeitet mit internationalen Energieorganisationen wie der **Internationalen Energieagentur (IEA)** und der **Internationalen Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA)** zusammen. In Wien sind zudem zahlreiche Energieorganisationen ansässig, die sich im Vienna Energy Club vernetzen, darunter die IAEA, die OPEC und **Sustainable Energy for All (SEforALL)**. Diese Kooperationen stärken Wiens Rolle als globales Zentrum der Energiepolitik und fördern Synergien zwischen internationalen Akteuren.

4.11 Neue Technologien, Digitalisierung und Innovation

Technologie und Diplomatie

Neue Technologien wie Künstliche Intelligenz (**KI**), Quanten-, Neuro-, Nano- und Biotechnologien sowie 6G Mobilfunk gewinnen zunehmend an geopolitischer Bedeutung. Der Wettbewerb zwischen den USA und China wirkt sich auf die EU und Österreich aus. Vor diesem Hintergrund verstärkt Österreich seine Kapazitäten im diplomatischen Dienst zur Analyse und strategischen Einordnung digitaler und technologischer Entwicklungen. Die digitale und technologische Diplomatie (**#TechDiplomacy**) dient als außenpolitisches Instrument, um Österreichs Interessen zu schützen und als verlässlichen Partner für Staaten, Wirtschaft, Forschung und Wissenschaft zu positionieren.

Österreich engagierte sich in der Weiterentwicklung der EU-Digitaldiplomatie und unterstützte den Fortschrittsbericht zur digitalen Diplomatie. Österreichs #TechDiplomacy basiert auf den Prinzipien des Völkerrechts und Menschenrechtsschutzes und verfolgt das Konzept des **Digitalen Humanismus**: ein Ansatz, bei dem der Wert des Menschen die Entwicklung der Technologie bestimmen soll, und nicht umgekehrt. I. Nachhaltige Entwicklung und die Selbstermächtigung von Menschen soll der Maßstab im digitalen Zeitalter sein. Ziel ist die Schaffung eines internationalen Regulierungsrahmens zur Förderung der Agenda 2030 und der SDGs.

Multilaterale Zusammenarbeit

Österreich setzte sich für einen menschenrechtsbasierten Ansatz in der digitalen Kooperation ein, insbesondere im Rahmen des Weltgipfels für die Informationsgesellschaft und des Internet Governance Forums (**IGF**). Bundesministerin Karoline Edtstadler wirkte im IGF Leadership Panel mit, zuletzt im Dezember bei der 19. Jahrestagung in Riyadh. Österreich spielte eine führende Rolle in den Verhandlungen zu den ersten VN-Resolutionen zu KI, die menschenrechtliche Leitlinien übernahmen und zum Global Digital Compact. Der Global Digital Compact wurde im September im Rahmen des Hochrangigen Zukunftsgipfels als Annex des Zukunftspakts angenommen und ist ein umfassender globaler, politisch-strategischer Rahmen für die digitale Zusammenarbeit und Governance von Künstlicher Intelligenz. Zudem engagierte sich Österreich in der Erarbeitung einer Europarats-Rahmenkonvention über KI, Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Technologische Schwerpunkte und Kooperationen

Österreich förderte einen gemeinwohlorientierten Umgang mit Daten und setzte sich in der VN-Kommission für Wissenschaft und Technologie für Entwicklung für eine Arbeitsgruppe zu diesem Thema ein. Die österreichische Entwicklungszusammenarbeit finanzierte 17 Digitalisierungsprojekte mit 11,46 Millionen Euro. Im Rahmen des US-österreichischen Bürgerinnen- und Bürgerdialogs wurde der Einfluss von KI auf Demokratie und bürgerschaftliches Engagement diskutiert.

Strukturelle Maßnahmen und Initiativen

Die Arbeit im Bereich #TechDiplomacy wurde durch Abteilungen im BMEIA, einen Sonderbeauftragten für Cyberangelegenheiten sowie die Initiative OPEN AUSTRIA unterstützt. Zudem stärkt eine #TechDiplomacyTaskforce die strategische Koordination, begleitet von einem #TechDiplomacy Focal Point als österreichische Ansprechperson im European Digital Diplomacy Network.
Österreich organisierte #TechDiplomacyTalks zu Themen wie digitale öffentliche Infrastruktur, KI, Neurotechnologien, Geoengineering und autonome Waffensysteme. Ergänzend bietet die Diplomatische Akademie Wien gemeinsam mit der Universität Innsbruck den Lehrgang „Master of Science in Digital International Affairs“ an.

5. Österreichische Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Angelegenheiten

Die österreichische Entwicklungspolitik trägt maßgeblich zur Sicherheit, Prosperität und Stabilität in der näheren und weiteren Nachbarschaft bei und ist ein integraler Bestandteil der österreichischen Außen- und Sicherheitspolitik.

Rechtliche Grundlage ist das **Entwicklungszusammenarbeitsgesetz (EZA-G)**. Die wichtigsten Ziele sind die Bekämpfung von Armut, die Sicherung von Frieden und menschlicher Sicherheit sowie der Schutz der Umwelt und natürlicher Ressourcen. Das BMEIA koordiniert die Entwicklungspolitik und legt die strategische Ausrichtung der **Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (OEZA)** in Zusammenarbeit mit der **Austrian Development Agency (ADA)** fest. Die ADA plant, finanziert und begleitet Programme und Projekte in den Schwerpunktländern und -regionen.

Im Einklang mit den Prioritäten des Regierungsprogramms setzt die Entwicklungspolitik 2024 Schwerpunkte in den Bereichen wirtschaftliche Zusammenarbeit, Migration und Hilfe vor Ort.

Budget für Entwicklungszusammenarbeit

Die vorläufigen österreichischen öffentlichen Entwicklungshilfeleistungen (**ODA**) betragen 1.682 Millionen Euro bzw. 0,34 % des Bruttonationaleinkommens (**BNE**).

Politikkohärenz

Eine aktive und verantwortungsvolle Entwicklungspolitik ist eine **gesamtstaatliche Aufgabe**. In der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung spielt das Thema Politikkohärenz eine wesentliche Rolle. Politikkohärenz wird unter anderem durch die **Teilhabe aller relevanten Akteure, der Partnerstaaten** sowie **Interessenvertreterinnen und Interessenvertreter** an strategischen Planungsprozessen erreicht. Ein Beispiel dafür ist das Dreijahresprogramm der österreichischen Entwicklungspolitik, welches im Hinblick auf die neue Gültigkeitsperiode 2025–2027 im Jahr 2024 in einem interministeriellen Prozess unter breiter Einbindung der Zivilgesellschaft abgestimmt wurde.

Ergänzend dazu entwickeln Landes- und Regionalstrategien sowie thematisch-strategische Leitlinien eine kohärente entwicklungspolitische Ausrichtung. Österreich beteiligt sich aktiv an den Netzwerken für Politikkohärenz der EU und OECD**,** die für Austausch, Diskussionen, Peer-Learning etc. gedacht sind.

Im Rahmen einer Initiative zur Stärkung der Politikkohärenz in der österreichischen Verwaltung wurde im Oktober 2023 ein Antrag auf Unterstützung durch das Technical Support Instrument bei der EU-Kommission (EK) gestellt. Im März stellte die EK für die gesamten Kosten des multilateralen Projekts in Österreich, Italien und der Slowakei € 450.000 bereit. Seit September wird in Österreich durch einen OECD-geführten Policy-Scan der aktuelle Stand der Politikkohärenz in der Entwicklungspolitik und anderen relevanten Bereichen analysiert.

Dabei wird die Umsetzung der bisherigen OECD-Empfehlungen bewertet und innovative Ansätze zur Verbesserung von Kohärenz, Effizienz und Effektivität in der Entwicklungspolitik entwickelt.

Entwicklungspolitische Kommunikation, Bildung und Information

2024 wurden die „**Strategischen Leitlinien für die Förderung der entwicklungspolitischen Bildung und Information“** gemeinsam vom BMEIA und ADA finalisiert. Die neue Strategie fokussiert auf:

- **Klare Zieldefinition**, insbesondere für junge Menschen und Multiplikatoren
- **Optimierte Nutzung von Synergien** durch neue strategische Partner (z. B. Bundesakteure, Bundesländer, Privatstiftungen)
- **Verbesserte Qualitätssicherung**

Eine Steuerungsgruppe soll die Umsetzung dieser neuen Strategie und der genannten Prioritäten sowie mehr Politikkohärenz mit ähnlichen Aktivitäten anderer Bundesakteure gewährleisten.

Im Bereich der entwicklungspolitischen Kommunikation wurde im Jahr 2024 eine neue **Dachmarke** von den zuständigen Ministerien erarbeitet. Nach ihrer Einführung im Laufe des Jahres 2025 soll sie eine moderne, kohärente Öffentlichkeitsarbeit der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit ermöglichen und die Sichtbarkeit der einzelnen ODA-Akteure wahren.

Bund-Länder-Kooperation

Die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern wurde im Sinne des gesamtstaatlichen Ansatzes weiter ausgebaut.

Ein **strategisches Arbeitsprogramm mit klar definierten Zielen und Meilensteinen** bildet die Basis der Kooperation. Die Sichtbarkeit von Plattformen wie den Weltnachrichten wurde durch die verstärkte Einbindung der Bundesländer erhöht. Regionale Veranstaltungen wie der Fair Styria Day, der Entwicklungspolitische Dialog in Linz und der EZA-Tag in Tirol förderten zudem den Austausch mit lokalen Akteuren und der Zivilgesellschaft.

Ein zentraler Rahmen für den fachlichen Austausch wurde mit der Bund-Länder-Expertinnen- und Expertentagung im Juli in Tulln geschaffen.

Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements

Zivilgesellschaftliche Organisationen (**Civil Society Organisations, CSOs**) sind unverzichtbare Partnerinnen der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit.

2024 unterstützte Österreich **77 Programme und Projekte in 28 Ländern** (Afrika, Lateinamerika, Asien, Südost- und Osteuropa) mit rund **15 Millionen Euro**. Die ADA förderte zudem **30 österreichische CSOs**, die mit etwa **200 lokalen Partnern** in Entwicklungs- und Schwellenländern zusammenarbeiten.

Zusätzlich wurde in Kooperation mit dem österreichischen CSO-Dachverband AG Globale Verantwortung ein dreijähriges Programm erfolgreich umgesetzt. Ziel war die Stärkung der Kompetenzen österreichischer CSOs und die Mitgestaltung entwicklungspolitischer Rahmenbedingungen auf europäischer und internationaler Ebene.

Förderung unternehmerischen Engagements

Nachhaltige Wirtschaftsentwicklung ist entscheidend für eine breite gesellschaftliche Entwicklung. Ziel der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit ist es, den lokalen Privatsektor zu stärken und die österreichische Wirtschaft in entwicklungspolitische Maßnahmen einzubinden.

2024 wurden **50 Projekte** im Bereich **Wirtschaft & Entwicklung** umgesetzt, die von der ADA mit 7,5 Millionen Euro gefördert wurden.

Um österreichische Unternehmen zu mobilisieren, setzt die ADA auf **Wirtschaftspartnerschaften und strategische Partnerschaften**. Mit der Business Partnership Challenge 2024 wurde erstmals ein europaweiter Call for Proposals veröffentlicht. 20 Projektanträge mit einer beantragten Fördersumme von 16,4 Millionen Euro gingen ein – davon betrafen zehn Projekte Afrika und sieben den Sektor Landwirtschaft. Die besten Projekte starten ab Jänner 2025. Am 4. September wurde in der Wiener Hofburg zum zweiten Mal der **Kofi Annan Award for Innovation in Africa** verliehen.

Die Initiative des Bundeskanzleramts, der ADA, des UN World Food Programme Innovation Accelerators und der Kofi Annan Foundation zeichnet **innovative afrikanische Startups** aus. Aus 832 Bewerbungen wurden drei Preisträger gekürt:

- Amini (Kenia)
- FRESH Networks (Kenia)
- ChipChip.Social (Äthiopien)

Jedes Unternehmen erhielt eine Förderung von 250.000 Euro, um innovative Projekte im Bereich SDG 2 „Zero Hunger“ umzusetzen.

Evaluierung

Die Evaluierung der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit dient nicht nur als Steuerungsinstrument für Institutionen, sondern auch der Rechenschaftslegung über den Einsatz öffentlicher Mittel.

Die Durchführung erfolgt durch unabhängige externe Evaluierende. Um Erkenntnisse zu Relevanz, Kohärenz, Effizienz, Wirkung und Nachhaltigkeit der österreichischen Entwicklungspolitik zu gewinnen, wurde die Zusammenarbeit mit anderen Ressorts bei thematischen und geographischen Evaluierungen intensiviert. Ziel ist eine evidenzbasierte Politikgestaltung, eine stärkere Rechenschafts- und Lernkultur sowie eine steigende Nachfrage nach Evaluierungen innerhalb der Verwaltung.

Die ressortübergreifende **„Evaluierungspolicy OEZA Plus“** sieht ein systematisches Monitoring der Umsetzung strategischer Evaluierungsempfehlungen vor, um Fortschritte zu verfolgen und strategische Optimierungen zu ermöglichen.

2024 wurden Evaluierungen zur Ernährungssicherheit sowie eine Synthese strategischer Kooperationsstrategieevaluierungen gestartet. Zudem wurde die Management Response zur Strategischen Evaluierung des Engagements in den palästinensischen Gebieten abgeschlossen.

Erstmals wurde eine Evaluierbarkeitsstudie zur Klimawirkung der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit abgeschlossen. Die Management Response zu dieser Studie wird derzeit gemeinsam mit dem BMK und der OeEB erarbeitet.

Das BMEIA und die ADA sind aktiv in relevanten Evaluierungsgremien vertreten, darunter das OECD-DAC EvalNet, die DACH-Gruppe (Deutschland, Österreich, Schweiz, Belgien, Niederlande, Luxemburg, Liechtenstein) sowie das EU-Netzwerk der Head of Evaluation Services.

5.1 Schwerpunkte der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit

Geschlechtergleichstellung und die **Ermächtigung von Frauen und Mädchen** sind zentrale Anliegen der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. Österreich orientiert sich am EU-Aktionsplan für Gender und Entwicklung III. 2024 wurde die Leitlinie zur Geschlechtergleichstellung aktualisiert, um sowohl intern als auch für Partnerorganisationen eine klare Orientierung zu bieten.

Im Bereich **Wasser und Siedlungshygiene** engagiert sich Österreich in Moldau, Albanien, Mosambik, Uganda und den palästinensischen Gebieten. In Moldau beteiligt sich Österreich an einem Programm der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung zur Verbesserung der Wasser- und Sanitärversorgung in benachteiligten Regionen. Darüber hinaus unterstützt die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit das Projekt „LOCOMO – EU4Moldova“, das den Ausbau der Wasser- und Abwassersysteme sowie die Verbesserung der öffentlichen Infrastruktur vorantreibt. In Afrika fördert die ADA ein groß angelegtes Programm der Globalen Wasserpartnerschaft zur Stärkung der Geschlechtergleichstellung im Wassersektor in zehn Ländern. In Mosambik arbeitet sie mit der Provinz Sofala zusammen, um den Zugang zu sauberem Wasser für die ländliche Bevölkerung zu verbessern. Ein beträchtlicher Anteil der humanitären

Hilfe der ADA fließt in Notmaßnahmen für die Wasser- und Sanitärversorgung von Flüchtlingen in Ostafrika und im Nahen Osten.

Die Förderung **nachhaltiger Energie** ist ein weiterer Schwerpunkt. Österreich unterstützt gemeinsam mit der **Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO)** den Aufbau von Regionalzentren für erneuerbare Energie und Energieeffizienz. Seit 2024 gibt es zudem ein Mentoring- und Trainingsprogramm für Frauen im südlichen Afrika, das ihre Partizipation und berufliche Entwicklung im Energiesektor fördert. Im Rahmen der Team Europe Initiative engagiert sich Österreich im Programm „GET.pro“, das die regulatorischen Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Energiewende im südlichen Afrika verbessert und den Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten für Projekte erneuerbarer Energien erleichtert.

Im Bereich **Ernährungssicherheit** und **nachhaltiger ländlicher Entwicklung** liegt der Schwerpunkt auf der Anpassung an den Klimawandel, der Stärkung lokaler Wertschöpfungsketten sowie der nachhaltigen Nutzung natürlicher Ressourcen. Österreich unterstützt entsprechende Maßnahmen unter anderem in Äthiopien, Burkina Faso und Mosambik sowie in Landwirtschaftsprojekten in Armenien und Georgien. Einige dieser Projekte konzentrieren sich auf die Förderung ökologischer Landwirtschaft und Regionalentwicklung und werden mit Finanzierung der Europäischen Kommission umgesetzt. Österreich trägt durch sein Know-how in nachhaltiger und inklusiver Landnutzung und Landnutzungsplanung in vielen Fällen entscheidend dazu bei, dass kleinbäuerliche Familienbetriebe nachhaltiger und ressourcenschonender produzieren und einen verbesserten Zugang zu lokalen und regionalen Märkten erhalten.

Ein wesentlicher Bestandteil der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit ist der **Aufbau funktionierender staatlicher Strukturen**, die Rechtsstaatlichkeit gewährleisten und eine inklusive Gesellschaft fördern. 2024 lag der Fokus auf Rechtssicherheit, resilienten demokratischen Institutionen sowie der Inklusion vulnerabler Gruppen, insbesondere von Menschen mit Behinderungen.

Die **Friedensförderung und Konfliktprävention** bleibt ein zentraler Bestandteil der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit. Der Fokus liegt auf den Regionen Westafrika, Ostafrika, dem Westbalkan, dem Südkaukasus sowie dem Nahen und Mittleren Osten. Besonders betont wird die Schnittstelle zwischen Klimawandel, Ressourcenkonflikten und Gender u.a. in Ostafrika.

Der **Humanitarian-Development-Peacebuilding-Nexus** wurde mit einem 3C-Workshop zum koordinierten, komplementären und kohärenten Handeln in fragilen Kontexten im Österreichischen Friedenszentrum in Stadtschlaining fortgesetzt. Dort analysierten etwa 50 Vertreterinnen und Vertreter des Bundeskanzleramts, Verteidigungs-, Außen- und Innenministeriums, des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft, die österreichische Botschafterin in Moldau, der zuständige Koordinationsbüroleiter der ADA sowie Repräsentanten von Caritas, Care, Rotes Kreuz etc. die Situation in Moldau. Ein wesentliches Ergebnis war die Übereinstimmung hinsichtlich des Schutzes und der Förderung unabhängiger Medien, was zur Umsetzung eines ersten Pilotprojekts führte: Im Juli wurden in Chisinau, Moldau 25 lokale Media Outlet Leaders in interaktiver Berichterstattung, Umgang mit Social Media und Cybersecurity trainiert.

Im Bereich **Bildung und Wissenschaft** wurden mit dem Hochschulkooperationsprogramm APPEAR mehrjährige Partnerschaften zwischen Universitäten in den Schwerpunktländern der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit und Österreich gefördert. Ergänzend dazu unterstützt Österreich die Westbalkanstaaten bei ihrer Annäherung an den Europäischen Hochschul- und Forschungsraum. Im Bereich der Berufsbildung werden unter anderem Kosovo, Albanien, Moldau und Burkina Faso bei Reformen unterstützt, die auf eine arbeitsmarktorientierte Ausbildung mit besonderem Fokus auf vulnerable Gruppen abzielen, insbesondere Frauen und junge Mütter.

Umwelt- und Klimaschutz werden als Querschnittsthemen in alle Programme integriert. Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit unterstützt ihre Partnerländer dabei, Umwelt- und Klimafragen im Einklang mit dem Pariser Übereinkommen, dem Sendai-Rahmenwerk für Katastrophenrisikoreduktion und den nachhaltigen Entwicklungszielen der VN in ihre Entwicklungspläne zu integrieren. Ressourceneffizienz, Klimaschutz, Katastrophenrisikovorsorge und der Schutz von Ökosystemen sind dabei zentrale Aspekte. Österreich engagiert sich im Umweltnetzwerk des Entwicklungsausschusses der OECD.

5.2 Bilaterale Entwicklungszusammenarbeit

Geografische Schwerpunkte der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit

Die österreichische Entwicklungszusammenarbeit verfolgt die Ziele Armut zu bekämpfen, Frieden zu fördern und Umwelt zu schützen und konzentriert sich vor allem auf ausgewählte Schwerpunktländer und -regionen. Die geographischen Schwerpunkte umfassen **ärmste Entwicklungsländer in Subsahara-Afrika (Burkina Faso, Äthiopien, Uganda und Mosambik)**. Darüber hinaus fokussiert sich das Engagement auf **Armenien, Georgien und Moldau** im Rahmen der Östlichen Partnerschaft sowie auf die **palästinensischen Gebiete**. Zusätzliche Schwerpunktregionen sind der **Westbalkan**, **Ostafrika/Horn von Afrika** sowie das **südliche Afrika**. Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit konzentriert sich auf die ärmsten Entwicklungsländer und fördert gezielt wirtschaftliche Entwicklung, nachhaltige Strukturen und regionale Kooperationen.

Ärmste Entwicklungsländer (Least Developed Countries, LDCs)

Bei der Unterstützung ärmster Entwicklungsländer konzentriert sich die OEZA auf Länder und Regionen in Subsahara-Afrika. Der Fokus des regionalen Ansatzes für den Zeitraum 2020–2030 liegt auf dem Engagement für Frieden und menschliche Sicherheit sowie auf ein integriertes, grenzüberschreitendes Wasserressourcenmanagement.

Die Landesstrategien für die vier Schwerpunktländer Äthiopien, Burkina Faso, Uganda und Mosambik bilden die Grundlage für die Arbeit vor Ort. In **Äthiopien** steht die Stärkung der Resilienz und der guten Regierungsführung im Mittelpunkt. Die Entwicklungszusammenarbeit konzentriert sich weiterhin auf die Region Amhara, mit besonderem Augenmerk auf den Kapazitätsaufbau und die Stärkung lokaler Partner. Trotz der schwierigen humanitären und wirtschaftlichen Lage in Äthiopien, die durch die Nachwirkungen des zweijährigen Krieges im Norden, regionale Konflikte und Wetterextreme geprägt ist, konnten die geplanten Maßnahmen für 2024 schrittweise umgesetzt werden.

In **Burkina Faso** liegt der Schwerpunkt auf nachhaltiger wirtschaftlicher Entwicklung, Resilienz im ländlichen Raum sowie auf technischer und beruflicher Aus- und Weiterbildung. Die angespannte Sicherheitslage führte teilweise zu Herausforderungen bei der Umsetzung, dennoch konnten die Projekte dank der Zusammenarbeit mit lokalen Partnern erfolgreich weitergeführt werden. Im Einklang mit dem Humanitarian-Development-Peace Nexus wurden Projekte zur Unterstützung von Binnenvertriebenen und zur Hilfe für von der humanitären Krise betroffene Menschen in den Regionen Nord und Boucle du Mouhoun umgesetzt.

In **Uganda** lag der Fokus auf Projekten zur Wasserversorgung, Siedlungshygiene und dem Zugang zu Justiz, insbesondere im Norden des Landes. Aufgrund der Verabschiedung eines menschenrechtlich problematischen Anti-LGBTQ-Gesetzes wurde die Sektorbudgethilfe im Justizbereich jedoch beendet. Der Schwerpunktsektor bleibt erhalten, doch werden die Projekte neu aufgesetzt. Ziel ist es, den Zugang zur Justiz und die Wahrung der Menschenrechte für die Bevölkerung auch ohne direkte Unterstützung der staatlichen Strukturen zu fördern. Die langfristige Zusammenarbeit wurde umprogrammiert, um weiterhin den Zugang zur Justiz und die Wahrung der Menschenrechte für die Bevölkerung zu fördern.

In **Mosambik** konzentriert sich das Engagement auf nachhaltige Landwirtschaft, Ernährungssicherheit sowie auf die ländliche Wasserversorgung und Siedlungshygiene. Der geografische Schwerpunkt liegt auf der Provinz Sofala. Die Umsetzung eines EU-finanzierten Projekts zur Verbesserung der Lebensbedingungen in von Konflikten betroffenen ländlichen Gemeinden wurde bis Dezember 2025 verlängert.

Neben der Arbeit in den Schwerpunktländern unterstützt die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit in Subsahara-Afrika **regionale Einrichtungen**. Zu den wichtigsten Partnern zählen neben der Afrikanischen Union die Regionalorganisationen ECOWAS in Westafrika, EAC in Ostafrika, IGAD im Horn von Afrika und SADC im südlichen Afrika. Im Sinne eines gesamtstaatlichen Ansatzes werden Synergien mit österreichischen Akteuren genutzt, insbesondere in den Bereichen Wissenschaft und Forschung, humanitäre Hilfe, Migration und Mobilität, Wirtschaft und Entwicklung sowie nachhaltige Energie und Energieeffizienz.

Länder in Südosteuropa und dem Südkaukasus

Die Schwerpunktländer der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit in Südosteuropa und dem Südkaukasus, Armenien, Georgien und Moldau im Rahmen der Östlichen Partnerschaft, sowie die Schwerpunktregion Westbalkan werden bei der wirtschaftlichen Entwicklung mit besonderem Fokus auf Beschäftigung, Berufs- und Hochschulbildung, Regierungsführung, Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Institutionenaufbau unterstützt. Dabei wird stets die Armutsbekämpfung als zentrales Ziel berücksichtigt.

Die **Regionalstrategie für den Westbalkan** soll die Heranführung der Westbalkanstaaten an die EU noch gezielter unterstützen. Durch eine Neuausrichtung und Regionalisierung der Entwicklungszusammenarbeit werden Maßnahmen sichtbarer und wirkungsvoller umgesetzt.

In **Albanien** liegt der Schwerpunkt auf Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit, arbeitsmarktorientierter Berufsbildung und Beschäftigungsfähigkeit sowie auf integriertem Wasserressourcenmanagement. Im Kosovo steht Bildung mit Fokus auf Hochschulbildung sowie die wirtschaftliche Entwicklung, insbesondere im ländlichen Raum, im Mittelpunkt. Ein wesentliches Projekt ist die International Monitoring Operation (IMO Phase III), die von der ADA in Albanien umgesetzt wird. Dabei werden rund 800 albanische Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und Staatsanwälte auf die Einhaltung von Antikorruptions- und Rechtsstaatlichkeitsprinzipien geprüft.

Die **Rahmenstrategie für die Östliche Partnerschaft**, die 2022 beschlossen wurde, wurde bis 2028 verlängert. In enger Abstimmung mit Moldau wurde die Rahmenstrategie für Entwicklung und EU-Assoziierung der Republik weiterentwickelt. Ein EU-finanziertes Projekt der ADA in Moldau unterstützt die Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Produktion sowie die Verbesserung der Trinkwasserversorgung und der Siedlungshygiene in ländlichen Regionen.

Im **Südkaukasus** konzentriert sich das österreichische Engagement auf die beiden Schwerpunktländer Georgien und Armenien mit dem Schwerpunkt Landwirtschaft. Hervorzuheben ist das von der EU und ADA finanzierte Projekt „Local Empowerment of Actors for Development (**LEAD4Shirak**)“ in Armenien. Dieses Programm stärkt das inklusive Wachstum in der Region Shirak durch die Förderung gemeindebasierter Entwicklungs- und Partnerschaftsinitiativen.

5.3 Multilaterale Entwicklungszusammenarbeit

Entwicklungszusammenarbeit der Europäischen Union

Die Weiterentwicklung der EU-Entwicklungszusammenarbeit zu internationalen Partnerschaften wird von Österreich unterstützt. Ein zentrales Element ist der Team-Europa-Ansatz, in dem die EU, die Mitgliedstaaten, deren Entwicklungsfinanzierungsagenturen und Entwicklungsbanken, die **Europäische Investitionsbank (EIB)** sowie die **Europäische Bank für Wiederaufbau und**

Entwicklung (EBWE) zusammenarbeiten. Ziel ist es, Ressourcen und Kapazitäten effizient zu bündeln.

Besondere Bedeutung hat die **Global Gateway Strategie**, die Kapital für nachhaltige Infrastrukturprojekte weltweit mobilisiert. Österreich unterstützt diese Initiative vollumfänglich und sieht darin Chancen für die österreichische Wirtschaft. Beispiele für strategische Projekte sind der Südliche Wasserstoffkorridor, der Lobito-Schienenverkehrskorridor und der transkaspische Transportkorridor.

Im EU-Rahmen beteiligte sich Österreich aktiv an den Beratungen zur nachhaltigen Entwicklungspolitik in fragilen Umfeldern. Besonders im Krisenbogen von Südosteuropa über den Südkaukasus und den Nahen Osten bis nach Subsahara-Afrika spielt die Verknüpfung von humanitärer Hilfe, Entwicklung und Frieden eine entscheidende Rolle. Österreich setzt sich für eine stärkere Kohärenz zwischen entwicklungs- und migrationspolitischen Ansätzen der EU ein. Dies betrifft insbesondere die Bekämpfung der Ursachen irregulärer Migration bei gleichzeitiger Förderung der Mobilität qualifizierter Arbeitskräfte. Beispielhaft dafür stehen die Schlussfolgerungen des Rates vom 16. Dezember bezüglich des Nothilfe-Treuhandfonds der EU für Afrika, wozu Österreich einen starken Impuls gesetzt hat: Unter Berücksichtigung der Empfehlungen des Europäischen Rechnungshofs fordert der Rat die Kommission auf, nachhaltige Ansätze für mehr Kohärenz zwischen Entwicklungs- und Migrationspolitik zu entwickeln. Besonderes Augenmerk liegt dabei auf der Unterstützung technischer und beruflicher Aus- und Weiterbildung sowie der Stärkung der Rolle von Frauen als Akteurinnen des Wandels für eine nachhaltige Entwicklung.

Entwicklungszusammenarbeit der Vereinten Nationen

Als Sitzstaat wichtiger VN-Organisationen, insbesondere der UNIDO, misst Österreich der Zusammenarbeit mit den VN große Bedeutung bei. Im Fokus stehen nachhaltige Energie, Klimamaßnahmen, Ernährungssicherheit und faire Lieferketten.

Im Energiebereich setzt Österreich gemeinsam mit der UNIDO Maßnahmen zur Förderung erneuerbarer Energien und Energieeffizienz um. Die regionalen Energiezentren in West- und Ostafrika, im südlichen Afrika, im Himalaya-Hindukusch, in Zentralamerika, der Karibik und im Pazifik sind nun operativ tätig. Ergänzt wird diese Arbeit durch die Koordinierungsplattform

„Global Network of Regional Sustainable Energy Centers“ sowie Kooperationen mit Initiativen wie **Sustainable Energy for All (SEforALL)** und der **Energy and Environment Partnership (EEP)** für Afrika. Darüber hinaus unterstützt Österreich das bis 2026 laufende UNIDO-Projekt „Women and Youth Economic Empowerment in Western Ukraine“, das inklusive und nachhaltige wirtschaftliche Erholung fördert.

Im Bereich Ernährungssicherheit engagiert sich Österreich gemeinsam mit der UNIDO für den Aufbau eines Zentrums für Weiterverarbeitungs-Management und Mechanisierung in Äthiopien. Das Projekt stärkt öffentliche Institutionen, fördert die Agrarindustrie und verbessert Forschung, Ausbildung und Innovation im Einklang mit dem Ziel Äthiopiens, die Ernährungssicherheit zu steigern. Es wird als Pilotprojekt für die Global Gateway Initiative der EU dienen, die auf die Modernisierung der Landwirtschaft und die Entwicklung der Agroindustrie abzielt.

Vom 27.-30. Mai fand in Antigua und Barbuda die vierte internationale Konferenz über die **Small Island Developing States (SIDS)** statt. Der Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Nikolaus Marschik leitete die hochrangige österreichische Delegation. Die Konferenz befasste sich mit den besonderen Herausforderungen dieser Staaten, darunter Klimawandel, finanzielle Einschränkungen und Plastikverschmutzung.

Ein weiteres Signal der Unterstützung setzte Österreich mit der hochrangigen Teilnahme von Sonderbeauftragtem Peter Launsky an der „World Without Hunger Conference“, die von UNIDO gemeinsam mit Äthiopien ausgerichtet wurde. Die Konferenz bot eine Plattform für Diskussionen über zentrale Herausforderungen und Lösungsansätze zur Bekämpfung des Hungers.

Agenda 2030

Österreich bekennt sich zur Umsetzung der Agenda 2030 der Vereinten Nationen mit ihren 17 Nachhaltigen Entwicklungszielen (**Sustainable Development Goals**, **SDGs**). Die Agenda 2030 bietet einen international verbindlichen Rahmen, in dem systematisch alle Dimensionen der nachhaltigen Entwicklung berücksichtigt werden und so ein gutes Leben für alle gemäß dem Grundsatz "Leaving no one behind" gewährleistet werden soll.

2024 stand im Zeichen der Finalisierung und Präsentation des zweiten „Freiwilligen Nationalen Berichts zur Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklungsziele“ (**FNU**) sowie der Koordinierung der SDG-Umsetzung in Österreich.

Die Bundesregierung nahm den Bericht am 5. Juni an. Am 17. Juli präsentierte Bundesministerin Karoline Edtstadler den Bericht beim Hochrangigen Politischen Forum für Nachhaltige Entwicklung (**HLPF**) der Vereinten Nationen in New York. Im Vorfeld wurde ein Peer-Austausch mit Bhutan und der Schweiz organisiert, um zusätzliche Perspektiven und Anregungen in den Bericht einzubeziehen.

2022 hatte die Bundesregierung entschieden, einen zweiten FNU zu erstellen. Neben den Ministerien beteiligten sich Bundesländer, Städte und Gemeinden, Sozialpartner, die Zivilgesellschaft und die Wissenschaft in einem gesamtstaatlichen Ansatz an der Erstellung des Berichts.

Österreich zählt weiterhin zu den führenden Ländern bei der Umsetzung der Agenda 2030. Im **Sustainable Development Report 2024** belegt Österreich weltweit Platz 6, im **European Sustainable Development Report 2023/24** sogar Platz 4. Herausforderungen bestehen jedoch weiterhin bei den Zielen für nachhaltigen Konsum und Produktion (SDG 12), Klimaschutzmaßnahmen (SDG 13) sowie Biodiversität und Ökosystemschutz (SDG 15).

Zur Förderung des Dialogs und der Öffentlichkeitsarbeit fand am 13. November in Mallnitz (Kärnten) das vierte SDG-Dialogforum unter dem Motto „Nachhaltige Entwicklung regional umsetzen“ statt. Die Veranstaltung widmete sich der Frage, wie lokale SDG-Umsetzungsberichte als Instrument zur Regionalisierung der Agenda 2030 genutzt werden können.

5.4 Humanitäre Hilfe und Katastrophenhilfe

Der weltweite Bedarf an humanitärer Hilfe steigt aufgrund der wachsenden Zahl an Krisen, bewaffneten Konflikten, Naturkatastrophen und den Folgen des Klimawandels rasant an. Laut dem Büro der Vereinten Nationen für die Koordination humanitärer Angelegenheiten (**OCHA**) waren 314 Millionen Menschen auf humanitäre Hilfe angewiesen. Österreich leistet einen wesentlichen Beitrag zur Linderung von Not, indem es die Deckung grundlegender Bedürfnisse in Krisen- und Konfliktsituationen unterstützt. Dazu gehören die Bereitstellung von Unterkünften,

Lebensmitteln, lebensnotwendigen Gütern, medizinischer Versorgung sowie Maßnahmen im Bereich Wasser, sanitäre Einrichtungen und Hygiene.

Die humanitäre Hilfe Österreichs orientiert sich an den Prinzipien Menschlichkeit, Unabhängigkeit, Neutralität und Unparteilichkeit. Sie ist den Menschenrechten verpflichtet und folgt dem „Do no harm“-Ansatz, um unbeabsichtigte negative Auswirkungen in anderen Bereichen zu vermeiden. Besonders berücksichtigt werden Schwerpunktländer der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit, Länder mit hohem Migrationspotenzial sowie aktuell die Ukraine, der Nahe Osten und der Sudan.

Durch die Hilfe Österreichs für Menschen in Krisenregionen werden die Lebensbedingungen vor Ort verbessert, der Migrationsdruck verringert und ein wichtiger humanitärer Beitrag zur nachhaltigen Stabilisierung der betroffenen Regionen geleistet.

Im Mittelpunkt der humanitären Maßnahmen stehen besonders schutzbedürftige Gruppen wie Frauen, Kinder, Menschen mit Behinderungen und Vertriebene. Österreich unterstützt Geflüchtete und Vertriebene in der Nähe ihrer Herkunftsstaaten, um ihnen eine spätere Rückkehr und Reintegration zu erleichtern.

Durch Innovation, Qualitätssteigerung und die stärkere Verknüpfung mit Entwicklungszusammenarbeit und Friedensförderung sollen neue Herausforderungen effizient bewältigt werden. Angesichts des steigenden Bedarfs hat Österreich seine humanitäre Hilfe ausgebaut und den vom BMEIA verwalteten Auslandskatastrophenfonds (AKF) mit 80 Millionen Euro ausgestattet. Insgesamt belief sich die österreichische humanitäre Hilfe auf 135,4 Millionen Euro.

5.4.1 Bilaterale humanitäre Hilfe

Die bilaterale humanitäre Hilfe wird vom BMEIA sowie weiteren Bundesministerien wie dem Innenministerium (**BMI**) und dem Landwirtschaftsministerium (**BML**) finanziert und abgewickelt. Auch Länder, Gemeinden und weitere öffentliche Stellen leisten Beiträge.

Österreich reagiert auf außergewöhnliche Krisensituationen, die meist durch Naturkatastrophen oder bewaffnete Konflikte ausgelöst werden. Flüchtlingsströme und Hungersnöte zählen zu den

dramatischsten Folgen. Zur Unterstützung der betroffenen Bevölkerung in der Ukraine und ihren Nachbarländern wurden 22 Millionen Euro für humanitäre Entminung, Basisversorgung, Überwinterungsprogramme sowie Hilfsmaßnahmen für Vertriebene bereitgestellt.

Für den Nahen Osten und die palästinensischen Gebiete wurden 43,23 Millionen Euro für Flüchtlingshilfe, Nahrungsmittelversorgung und Basisversorgung eingesetzt. Trotz schwieriger Rahmenbedingungen in Afghanistan flossen sieben Millionen Euro in humanitäre Maßnahmen.

Zur Bekämpfung von Hunger, zur Unterstützung von Flüchtlingen und zur Stabilisierung fragiler Gesundheitssysteme wurden 43,1 Millionen Euro für Subsahara-Afrika bereitgestellt. Davon profitierten unter anderem Burkina Faso, Äthiopien, Uganda, Mosambik, Somalia, Burundi, die Sahelregion, der Südsudan und der Sudan. Zusätzlich wurden drei Millionen Euro für Maßnahmen in Nordafrika zur Bewältigung von Flüchtlingsbewegungen in Tunesien, Libyen und Ägypten zur Verfügung gestellt.

Österreich unterstützte humanitäre Projekte über den AKF mit 27,5 Millionen Euro, die von NGOs in der Ukraine, Syrien, Afghanistan, Libanon, Jordanien, Äthiopien, Uganda, Mosambik und Burkina Faso umgesetzt wurden. Aus Mitteln des AKF und der Austrian Development Agency (ADA) wurden humanitäre Programme über Organisationen der Vereinten Nationen, die Rotkreuz- und Rothalbmond-Bewegung sowie über zivilgesellschaftliche Akteure unterstützt.

Internationale Katastrophenhilfe

Im Rahmen des Unions-Mechanismus der EU leistete Österreich internationale Katastrophenhilfe in direkter Abstimmung mit der Europäischen Kommission und dem Zentrum für die Koordination von Notfallmaßnahmen (**ERCC**).

Über den **EU-Zivilschutzmechanismus (UCPM)** wurden 2024 Hilfsgüter im Wert von 278.000 Euro in die Ukraine und ihre Nachbarländer geliefert. Die Sachspenden umfassten Feuerwehr- und Rettungsfahrzeuge, Generatoren, Treibstoff, Decken, Masken, Desinfektionsmittel, Medikamente und medizinische Geräte.

Auslandseinsätze der Katastrophenhilfe wurden vom BMI koordiniert, unterstützt durch weitere Ministerien wie das Sozialministerium (**BMSGPK**), das Verteidigungsministerium (**BMLV**) und das

Klimaschutzministerium (**BMK**). Auch das Österreichische Rote Kreuz, der Samariterbund und Landesfeuerwehrverbände leisteten logistische Unterstützung.

Nahrungsmittelhilfe Österreichs

Angesichts der anhaltenden Nahrungsmittelkrise in zahlreichen Regionen Afrikas und des Nahen Ostens verstärkte Österreich seine Unterstützung für globale Ernährungssicherheit.

Im Rahmen der Vereinten Nationen und der EU beteiligte sich Österreich an internationalen Maßnahmen zur Stabilisierung der Ernährungssituation. Die Mittel für Nahrungsmittelhilfe über das **World Food Programme (WFP)** wurden auf 39,4 Millionen Euro erhöht.

Das BML leistete Beiträge zur Food Assistance Convention (**FAC**), durch die sich Österreich verpflichtet, jährlich Nahrungsmittelhilfe für von Hunger betroffene Länder bereitzustellen. Zudem unterstützte Österreich weiterhin die Initiative „Grain from Ukraine“, um Getreideexporte in von Hunger betroffene Regionen weltweit sicherzustellen.

Zur Bekämpfung von Hunger in der Sahelregion, insbesondere in Burkina Faso, Mali und Niger, stellte das BML eine Million Euro an die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (**FAO**) bereit. Das Klimaschutzministerium (**BMK**) finanzierte zudem ein WFP-Programm für Westafrika, das zwischen 2024 und 2028 antizipative Maßnahmen zur Ernährungssicherheit in Mali, Mauretanien und dem Tschad umsetzt.

5.4.2 Multilaterale Humanitäre Hilfe und die Europäische Union

Österreich arbeitet eng mit humanitären Organisationen der Vereinten Nationen sowie mit internationalen Hilfsinstitutionen zusammen. Zu den wichtigsten Partnern zählen das **Büro des Flüchtlingshochkommissars der Vereinten Nationen (UNHCR)**, das **Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)** sowie die Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung. Ein zentraler Akteur ist zudem das **Amt für Humanitäre Hilfe der Europäischen Kommission (ECHO)**, das weltweit humanitäre Projekte unterstützt.

Amt für die Koordinierung humanitärer Angelegenheiten der Vereinten Nationen (OCHA)

OCHA ist für die internationale Koordinierung der humanitären Hilfe und Katastrophenhilfe sowie für die Entwicklung der humanitären Politiken der Vereinten Nationen zuständig. Österreich gehört zur **Donor Support Group** von OCHA, einem Forum der wichtigsten Geberstaaten.

2024 stellte Österreich über den Auslandskatastrophenfonds (**AKF**) insgesamt drei Millionen Euro für OCHA bereit. Eine Million Euro floss in den Nothilfefonds der Vereinten Nationen (**Central Emergency Response Fund**, **CERF**), während jeweils eine Million Euro für humanitäre Maßnahmen in Burkina Faso und im Südsudan zur Verfügung gestellt wurde.

Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR)

Österreich leistete wie in den Vorjahren einen ungebundenen Kernbeitrag an UNHCR. Zusätzlich beschloss die Bundesregierung Auszahlungen aus dem AKF in Höhe von insgesamt 12,8 Millionen Euro zur Unterstützung der Arbeit des UNHCR.

Diese Mittel wurden für die Versorgung von Binnenvertriebenen, Flüchtlingen und Rückkehrenden sowie für die Unterstützung von Aufnahmegemeinden in Syrien, Libanon, Libyen, Somalia, Jordanien, der Ukraine, Burkina Faso, Äthiopien und Afghanistan eingesetzt. Ergänzend dazu stellte die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit (**OEZA**) weitere fünf Millionen Euro für UNHCR bereit.

Zusammen mit zusätzlichen Beiträgen des Innenministeriums (**BMI**) und des Sozialministeriums (**BMSGPK**) überschritt Österreich erneut die Schwelle von 20 Millionen Euro und bleibt damit Teil der UNHCR-Großgebergruppe (**Top Donor Group**). Diese Mitgliedschaft sichert Österreich einen privilegierten Zugang zu Informationen und verstärkte Möglichkeiten zur Mitgestaltung der UNHCR-Aktivitäten.

Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WFP)

Im Rahmen der strategischen Partnerschaft zwischen Österreich und dem WFP stellt das Landwirtschaftsministerium (**BML**) im Zeitraum 2023–2025 jährlich 17 Millionen Euro bereit. Das BMEIA unterstützte den Innovation Accelerator des WFP mit zwei Millionen Euro. Im Accelerator entstehen, unter Einsatz modernster Methoden, innovative Lösungen für nachhaltige Hilfe, die schnell und kosteneffizient den Bedürfnissen Hungernder gerecht werden.

Darüber hinaus finanzierte Österreich Projekte des WFP in der Ukraine, in der Sahelregion sowie den Global Anticipatory Action Trust Fund mit insgesamt 21,4 Millionen Euro.

Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA)

Österreich unterstützt UNRWA im Zeitraum 2023–2025 mit insgesamt neun Millionen Euro für das Gesundheitswesen in den palästinensischen Gebieten. Jährlich profitieren rund 145.000 palästinensische Flüchtlinge in Gaza und im Westjordanland von diesem Beitrag. UNRWA betreibt dort 65 Gesundheitszentren und Unterzentren.

Die Anschuldigungen, wonach Mitarbeitende von UNRWA in den Terrorangriff der Hamas vom 7. Oktober 2023 verwickelt gewesen sein sollen, sind äußerst beunruhigend. Gemeinsam mit den Partnern der Gebergruppe forderte Österreich von UNRWA und den Vereinten Nationen eine umfassende, rasche und lückenlose Untersuchung der Vorwürfe.

In Abstimmung mit internationalen Partnern setzte Österreich am 29. Jänner alle weiteren Zahlungen an UNRWA aus. Im Auftrag des UN-Generalsekretärs wurden mehrere Untersuchungen durchgeführt, darunter eine durch die eigens eingesetzte **Colonna-Kommission** unter Leitung von Catherine Colonna.

Nach Vorlage des Abschlussberichts im April und eines Aktionsplans von UNRWA mit konkreten Maßnahmen für ein besseres Funktionieren der Organisation entschied sich Österreich im Mai für eine Wiederaufnahme der Zusammenarbeit.

Neben den Zahlungen an UNRWA leistete Österreich im Jahr 2024 insgesamt 13,45 Millionen Euro an humanitärer Hilfe für die palästinensischen Gebiete.

Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) und Internationale Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften (IFRK)

Das IKRK leistet gemeinsam mit der IFRK und den nationalen Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften einen wesentlichen Beitrag zur Linderung humanitärer Notlagen. Österreich ist Mitglied der Donor Support Group des IKRK, einem informellen Forum der

wichtigsten Geberstaaten. 2024 nahm Österreich als Beobachter an der Donor Advisory Group der IFRK teil.

Österreich unterstützte die operative Arbeit des IKRK und der IFRK mit insgesamt 14,5 Millionen Euro aus dem Auslandskatastrophenfonds (AKF). Diese Mittel wurden für die Bereitstellung von Nahrung, Trinkwasser, Gesundheitsversorgung und Bargeldhilfen in Krisengebieten wie Syrien, Sudan, Ukraine, Afghanistan und den palästinensischen Gebieten eingesetzt.

Am 7. November wurde Österreich in den **Disaster Response Emergency Fund (DREF) Council** der IFRK aufgenommen. Dieser Fonds stellt schnell und flexibel finanzielle Mittel für Katastropheneinsätze bereit. 2024 unterstützte Österreich den DREF mit vier Millionen Euro.

Humanitäres Völkerrecht (HVR)

Österreich setzt sich regelmäßig für die Einhaltung des humanitären Völkerrechts (**HVR**) in multilateralen Foren und bilateralen Kontakten ein. Aufgrund des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine war dieses Engagement 2024 besonders gefordert. Österreich verurteilte gemeinsam mit den EU-Mitgliedstaaten wiederholt die von Russland begangenen Verstöße gegen das HVR und rief beide Konfliktparteien zur vollständigen Einhaltung des Völkerrechts auf.

Im nicht-internationalen bewaffneten Konflikt zwischen Israel und der Hamas im Gazastreifen betonte Österreich die Notwendigkeit der uneingeschränkten Einhaltung des HVR durch beide Seiten.

Die österreichische **Nationale Kommission zur Umsetzung des HVR** trat am 14. Mai zusammen. Themen der Sitzung waren der österreichische Einsatz für Rüstungskontrolle, insbesondere die Regulierung autonomer Waffensysteme, aktuelle Entwicklungen im internationalen Strafrecht sowie das HVR im Kontext der Vereinten Nationen.

Am 13. Dezember organisierte die Universität Salzburg in Kooperation mit dem BMEIA und dem Österreichischen Roten Kreuz ein Fachseminar zum Thema „Humanitäres Völkerrecht und das Verhältnismäßigkeitsprinzip“**.**

Anlässlich des 75. Jahrestags der Genfer Konventionen fand am 26. August eine hochrangige Gedenkveranstaltung in Genf statt. Von 28. bis 31. Oktober nahm Österreich an der 34. Internationalen Rotkreuz- und Rothalbmondkonferenz (RKK) teil. Im Rahmen der Konferenz wurden Resolutionen zu aktuellen Themen des HVR verabschiedet, und Österreich gab freiwillige Zusagen („Pledges“) zur Stärkung und Verbreitung des HVR ab. Besondere Schwerpunkte lagen auf der Regulierung autonomer Waffensysteme, die in einer hochrangigen Diskussion thematisiert wurden.

Im Rahmen der EU werden HVR-Themen regelmäßig behandelt, insbesondere in den Ratsarbeitsgruppen zu Völkerrecht, Völkerstrafrecht, humanitärer Hilfe sowie im Politischen und Sicherheitspolitischen Komitee (PSK). Österreich engagiert sich gemeinsam mit gleichgesinnten Staaten für eine institutionelle Stärkung des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) im Bereich des HVR und des internationalen Strafrechts.

Zur Sicherung von Fakten und Beweisen für spätere Strafverfolgungen unterstützte Österreich internationale Ermittlungsmechanismen und den Internationalen Strafgerichtshof (**IStGH**) mit freiwilligen finanziellen Beiträgen. Mittel wurden unter anderem dem Treuhandfonds für Komplementarität des IStGH, dem Sonderfonds für die Umsiedlung geschützter Zeugen, dem IStGH-Treuhandfonds für Opfer sowie den UN-Ermittlungsmechanismen für Syrien (**IIIM**) und Myanmar (**IIMM**) zur Verfügung gestellt.

Zwei österreichische Staatsanwältinnen unterstützten die Ukraine-Ermittlungen des IStGH. Zudem leistete Österreich einen finanziellen Beitrag für die **Internationale Humanitäre Ermittlungskommission (IHFFC)**, die auf Grundlage des Zusatzprotokolls I der Genfer Konventionen von 1977 tätig ist.

Ein weiteres Engagement besteht in der Unterstützung der in Genf ansässigen zivilgesellschaftlichen Organisation **Geneva Call**, die sich für die Einhaltung des HVR durch nichtstaatliche bewaffnete Akteure und De-facto-Regierungen einsetzt. Seit dem Abschluss eines Kooperationsabkommens im Oktober 2023 bietet Geneva Call eine Einsatzstelle für österreichische Friedensdiener im Rahmen des **Auslandszivildienstes**.

Humanitäre Hilfe im Rahmen der Europäischen Union

Österreich leistet über das Amt für Humanitäre Hilfe der Europäischen Kommission (ECHO) finanzielle Beiträge zur weltweiten humanitären Hilfe. Das operative Budget von ECHO belief sich 2024 auf insgesamt 2,4 Milliarden Euro.

Als Teil von ECHO unterstützt der **EU-Zivilschutzmechanismus (UCPM)** weltweite Katastropheneinsätze auf Anfrage der betroffenen Länder mit Koordinierung sowie der Bereitstellung humanitärer Sach- und Dienstleistungen.

6. Außenwirtschaft

6.1 Geoökonomisches Umfeld

Für Österreich als offene Volkswirtschaft spielt der Außenhandel eine zentrale Rolle. Die Exportwirtschaft schafft Arbeitsplätze, sichert Wohlstand und generiert Steuereinnahmen. Doch das globale Wirtschaftsumfeld blieb von multiplen Krisen und Unsicherheiten geprägt.

So führten der andauernde russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, die wirtschaftlichen Folgewirkungen der COVID-19 Pandemie sowie des Klimawandels zu hohen Energiepreisen und steigender Inflation. Hinzu kommen wachsende wirtschaftliche Rivalitäten zwischen den USA, China und der EU, die eine zunehmende **„Geopolitisierung“** der Weltwirtschaft zeigen. Der Fokus verschiebt sich immer stärker hin zur wirtschaftlichen Sicherheit, während zugleich die Gefahr von geopolitischer Fragmentierung und Protektionismus steigt.

Die EU und Österreich begegnen diesen Herausforderungen mit dem Ausbau internationaler Partnerschaften, der Stärkung und dem Schutz von Lieferketten sowie gezielten Maßnahmen zur wirtschaftlichen Sicherheit. Ein wichtiger Schritt war das Inkrafttreten der EU-Richtlinie über die Sorgfaltspflichten von Unternehmen im Bereich der Nachhaltigkeit (**Corporate Sustainability Due Diligence Directive – CSDDD**) am 25. Juli. Sie verpflichtet Unternehmen, negative Auswirkungen ihres Handelns auf Menschenrechte und Umwelt zu erkennen und zu vermeiden. Bis zum 26. Juli 2026 muss Österreich die Richtlinie in nationales Recht umsetzen.

Ein weiteres Instrument zur Stärkung der Versorgungssicherheit ist das Supply Chain Intelligence Institute Austria (**ASCII**), das Unternehmen mit komplexen Datenanalysen und Expertenwissen unterstützt. Das BMEIA ist Teil des ASCII-Beirats.

Die **Welthandelsorganisation (WTO)** mit Sitz in Genf spielt eine zentrale Rolle für den regelbasierten Welthandel, von dem Österreich als exportorientierte Volkswirtschaft profitiert. Doch geopolitische Spannungen und nationale Interessen stellen die WTO zunehmend vor Herausforderungen.

6.2 Exportnation Österreich

Exporte machen rund die Hälfte der österreichischen Wirtschaftsleistung aus. Mehr als ein Drittel der in Österreich produzierten Waren und Dienstleistungen wird im Ausland verkauft. Über 1,2 Millionen Arbeitsplätze hängen direkt von der Exportwirtschaft ab. Trotz des krisengeprägten Umfelds blieben Österreichs Warenexporte auf hohem Niveau: sie sanken um 4,9 % auf 191 Milliarden Euro. Die Importe gingen um 6,7 % auf 189,3 Milliarden Euro zurück.

Die **Außenwirtschaftspolitik** ist ein fester Bestandteil der österreichischen Außenpolitik. Das Regierungsprogramm 2020-2024 setzt dabei auf eine konsequente Umsetzung der Außenwirtschaftsstrategie, die 63 konkrete Maßnahmen umfasst.

Besondere Schwerpunkte liegen auf der Resilienz der Wirtschaft, der Exportstrategie „Green Economy“ sowie der Festigung Österreichs als Export-Champion durch gezielte Besuchsdiplomatie. Internationale Großveranstaltungen wie die EXPOs bieten die Gelegenheit, Österreich als innovativen Standort für nachhaltige Technologien und Investitionen zu positionieren. Das BMEIA spielt eine Schlüsselrolle bei der Vorbereitung dieser Events, darunter die EXPO 2025 in Osaka, die EXPO 2027 in Belgrad und die EXPO 2030 in Riad.

Als Mitglied im Lenkungsausschuss zur Unterstützung des österreichischen Nationalen Kontaktpunktes der OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen engagiert sich das BMEIA für verantwortungsbewusstes unternehmerisches Handeln.

Ein weiteres wichtiges Instrument zur Förderung österreichischer Unternehmen ist das Ausfuhrförderungsgesetz (**AusfFG**). Es ermöglicht Exporthaftungen in Form von Garantien und Wechselbürgschaften und sichert damit Exportgeschäfte und Finanzierungen im Ausland ab. Als Mitglied des Beirats erfüllt das BMEIA eine wesentliche Mitwirkungs- und Beratungsaufgabe.

Zum Schutz österreichischer Investitionen bestehen bilaterale Investitionsschutzabkommen (**BIT**) mit 48 Staaten außerhalb der EU. Diese Abkommen verbessern die Rechtssicherheit für österreichische Unternehmen in Drittstaaten.

Das BMEIA und sein globales Netzwerk aus Vertretungsbehörden tragen entscheidend zum Erfolg der **„Exportnation Österreich“** bei. Durch strategische Außenwirtschaftsbeziehungen,

Serviceleistungen und gezielte Unterstützung für österreichische Unternehmen öffnet das BMEIA Türen und löst Probleme.

Jährlich setzt das BMEIA gemeinsam mit den Wirtschaftsvertretungen mehr als 2.500 Maßnahmen zur Förderung der österreichischen Wirtschaft um. Dazu zählen Behördengespräche, die Übergabe von Unternehmensmemoranden, die Bewerbung des Wirtschafts- und Tourismusstandorts Österreich sowie Beratung, Informationsbeschaffung und Kontaktvermittlung. Eine enge Zusammenarbeit mit den **AußenwirtschaftsCentern** der Wirtschaftskammer Österreich (**WKÖ**) bildet dabei das Fundament.

Das Weltwirtschaftsforum (**WEF**) in Davos zählt zu den bedeutendsten Plattformen für internationale Wirtschaft und Diplomatie. Bundesminister Alexander Schallenberg nahm am 17. und 18. Jänner unter dem Motto „Rebuilding Trust“ teil. In einer Paneldiskussion zum Westbalkan diskutierte er mit Staats- und Regierungschefs aus Zentral- und Südosteuropa. Außerdem führte er bilaterale Gespräche mit Amtskolleginnen und -kollegen aus dem Libanon und Saudi-Arabien sowie mit der Präsidentin des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz.

6.3 Point of Contact Ukraine-Wiederaufbau (PoC)

Der Wiederaufbau der Ukraine geht weit über die Reparatur kriegsbedingter Zerstörungen hinaus. Es geht um die umfassende Modernisierung des Landes und seine wirtschaftliche Transformation auf dem Weg zum EU-Beitritt. Die Weltbank schätzt den Wiederaufbaubedarf der Ukraine auf 486 Milliarden US-Dollar über die nächsten zehn Jahre. Diese gewaltige Summe erfordert eine koordinierte internationale Anstrengung, die nicht allein durch staatliche Mittel bewältigt werden kann. Private Investitionen sind unerlässlich. Zudem bietet der Wiederaufbau der Ukraine große wirtschaftliche Chancen. Die österreichische Bundesregierung setzt sich dafür ein, österreichische Unternehmen in ihrer Beteiligung am Wiederaufbau der Ukraine zu unterstützen und ihnen Zugang zu den damit verbundenen Möglichkeiten zu bieten.

Bisher hat Österreich finanzielle und humanitäre Hilfe im Wert von **rund 290 Millionen** Euro geleistet, davon 101,46 Millionen Euro aus dem Auslandskatastrophenfonds **seit Ausbruch des Kriegs**.

Um eine starke Ausgangsposition für Österreich und die heimische Wirtschaft sicherzustellen, wurde am 20. Februar der nationale **Point of Contact für den Ukraine-Wiederaufbau (PoC)** gegründet. Er ist in der Sektion III – Europa und Wirtschaft des BMEIA angesiedelt und übernimmt in Österreich die federführende Rolle bei der Koordination des Ukraine-Wiederaufbaus. Ziel des PoC ist es, alle relevanten Akteurinnen und Akteure aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu vernetzen und die österreichischen Bemühungen im Wiederaufbauprozess effizient zu bündeln. Bestehende Initiativen sollen gestärkt und sichtbar gemacht werden.

Der PoC hat sich als **zentrale innerstaatliche Koordinationsstelle** etabliert. Das Außenministerium arbeitet dabei eng mit zahlreichen Partnern zusammen, darunter das Bundeskanzleramt und die Bundesministerien, die Oesterreichische Kontrollbank AG (**OeKB**), Bundesländer, Städte- und Gemeindebund sowie Wirtschaftsverbände wie die Wirtschaftskammer Österreich und die Industriellenvereinigung. Zusätzlich gehören Universitäten, Think-Tanks, NGOs und weitere Projektpartner aus dem In- und Ausland sowie Privatpersonen zum Netzwerk.

Zu den Aufgaben des PoC zählt die Organisation **regelmäßiger Stakeholder-Treffen** zur Koordination der Wiederaufbauaktivitäten unter anderem mit Hilfe einer eigenen Website (www.ukraine-wiederaufbau.at). Zudem hat der PoC einen Business Guide mit Ukraine-spezifischen Informationen für österreichische Unternehmen veröffentlicht. Derzeit wird eine Online-Plattform aufgebaut, die eine direkte Zusammenarbeit zwischen österreichischen und ukrainischen Gemeinden ermöglichen soll.

Neben dem kontinuierlichen Ausbau von Strukturen und Netzwerken auf nationaler und internationaler Ebene begleitet der PoC **zahlreiche Veranstaltungen mit Bezug zum Wiederaufbau**. Dazu zählen der Ukraine's Future Summit in Brüssel im April, der Internationale Gipfel für Städte und Regionen in Kyjiw im Mai, die ReBuild Ukraine in Warschau im November sowie das Diskussionsforum zum Ukraine-Wiederaufbau im Rahmen des 70. Österreichischen Gemeindetags. Weiters ist der PoC bei internationalen Formaten wie der Ukraine Recovery Conference **(URC)** im Juni in Berlin oder der Ukraine Mine Action Conference (UMAC) im Oktober in Lausanne eingebunden.

Der Austausch mit dem österreichischen Vertretungsnetz im Ausland, insbesondere mit der Botschaft und dem AußenwirtschaftsCenter in Kyjiw, ist dabei essenziell. Zudem besteht direkter Kontakt zum „Ukraine Service" der Generaldirektion für Europäische Nachbarschaftspolitik und

Erweiterung (**DG NEAR**) der Europäischen Kommission, der durch eine entsandte Mitarbeiterin des BMEIA in Brüssel unterstützt wird.

Österreichische Unternehmen haben für den Wiederaufbau der Ukraine eine vorteilhafte Ausgangslage. Vor Kriegsbeginn war Österreich der sechstgrößte ausländische Investor in der Ukraine. Rund 1.000 österreichische Unternehmen sind dort aktiv, davon 200 mit eigenen Niederlassungen. Trotz der aktuellen Unsicherheiten sind viele Betriebe weiterhin auf dem ukrainischen Markt präsent. Die österreichische Wirtschaft erhält gezielte Unterstützung, insbesondere durch die **Ausfuhrförderung**. Mit dem Budgetbegleitgesetz haben das BMF und die OeKB eine spezifische **„Ukraine-Fazilität“** geschaffen, die österreichische Exporte in die Ukraine stärker absichert. In den kommenden fünf Jahren stehen 500 Millionen Euro für die Finanzierung von Geschäften in der Ukraine zur Verfügung – ein essenzieller Schritt für die exportorientierte österreichische Wirtschaft.

Gerade in herausfordernden Zeiten brauchen österreichische Unternehmen bestmögliche Unterstützung, um neue Märkte zu erschließen und wirtschaftliches Wachstum zu sichern. Deshalb ist es entscheidend, dass sich Österreich frühzeitig engagiert und aktiv an den laufenden Wiederaufbaumaßnahmen beteiligt.

6.4 Das Unternehmensservice des Außenministeriums und ReFocus Austria

Eine wichtige Anlaufstelle für die österreichische Wirtschaft ist das **BMEIA-Unternehmensservice**, das Unternehmen im Anlassfall im Ausland unterstützt. Dabei arbeitet es eng mit den österreichischen Botschaften und Konsulaten sowie den AußenwirtschaftsCentern der Wirtschaftskammer Österreich (**WKÖ**) zusammen.

Das Außenministerium agiert als **Türöffner**, **Vernetzer und Fürsprecher der Interessen Österreichs im Ausland**. Die Unterstützung durch das BMEIA kann darin liegen, österreichische Unternehmen vor potentiell benachteiligenden Maßnahmen des Gastlandes zu bewahren. So setzt sich das Außenministerium im Wege der **Wirtschaftsdiplomatie** ein, wenn etwa Verstöße gegen die Regeln des europäischen Binnenmarktes österreichischen Unternehmen zum Nachteil gereichen. Dasselbe gilt für rechtsstaatlich bedenkliche Eingriffe, ungerechtfertigte Steuervorschreibungen, schlechte Zahlungsmoral ausländischer öffentlicher Auftraggeber oder

eine Schlechterstellung österreichischer Investitionen. In solchen Fällen kommt Unternehmen der direkte Zugang der österreichischen Diplomatie im Gastland zugute. Die Vertretungsbehörden stehen österreichischen Unternehmen im Anlassfall vor Ort zur Seite, in Form von Vorsprachen durch österreichische Diplomatinnen und Diplomaten – je nach Anlassfall im Alleingang oder gemeinsam mit anderen EU-Staaten – sowie durch die Vermittlung von Terminen für Unternehmen bei hochrangigen Entscheidungstragenden des Gastlandes. Auch durch **strategische Besuchsdiplomatie**, etwa in Form von politischen Reisen oder Wirtschaftsmissionen, unterstützt das BMEIA österreichische Unternehmen bei der Bewerbung ihres Know-hows und der Positionierung in Zukunftsmärkten.

Auch bei Verhandlungen in internationalen Foren wie den Vereinten Nationen, der OECD oder der EU vertreten österreichische Diplomatinnen und Diplomaten die Interessen der heimischen Wirtschaft. Zudem unterstützt das BMEIA Unternehmen durch **Wirtschaftspartnerschaften im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit, Beratungen zu Sanktionsfragen, wirtschaftspolitische Analysen, Hilfe bei Visafragen sowie Netzwerkveranstaltungen**.

Mit der wirtschaftsdiplomatischen Initiative **ReFocus Austria** verstärkt das Außenministerium seine Bemühungen, Österreichs Krisenfestigkeit zu stärken und neue wirtschaftliche Chancen zu erschließen. Bis Ende des Jahres hat das BMEIA gemeinsam mit Partnern wie dem BMAW und der WKÖ über **790 Projekte und Veranstaltungen in 90 Ländern** realisiert. Mehr als 4.490 österreichische Unternehmen konnten davon profitieren. Zudem ermöglichten 116 hochrangige politische Besuche, Österreich im Ausland sichtbarer zu machen, Spitzentechnologien zu bewerben und Unternehmen bei ihrem Markteintritt zu unterstützen.

Das Unternehmensservice führt das internationale Besuchsprogramm **ALPS (Austrian Leadership Programs)** durch. Regelmäßig lädt das BMEIA dabei 20 bis 25 internationale Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Medien und Kultur nach Österreich ein. Ziel ist es, Österreich als modernen Wirtschafts- und Innovationsstandort sowie als wichtigen Akteur in Zentraleuropa zu präsentieren. ALPS bietet österreichischen Unternehmen die Möglichkeit, sich potenziellen internationalen Partnern vorzustellen. 2024 nahmen rund 50 internationale Gäste an dem Programm teil, wodurch das weltweite ALPS-Netzwerk mittlerweile auf rund 400 Alumni angewachsen ist.

Durch die Veranstaltungsreihe **„Business Location Austria“** informiert das Unternehmensservice das diplomatische Corps in Wien über den Wirtschaftsstandort Österreich. Gleichzeitig bietet das Format **„Meet the Ambassadors“** heimischen Unternehmen die Möglichkeit, während der Botschafterinnen- und Botschafterkonferenz mit den österreichischen Vertretungen weltweit in Kontakt zu treten, ohne selbst reisen zu müssen.

Gemeinsam mit der WKÖ betreibt das BMEIA das Tech-Diplomatie-Büro **OPEN AUSTRIA** im Silicon Valley. Diese Initiative verbindet Innovation, Technologie und Wirtschaft und dient als Schnittstelle für österreichische Startups und Unternehmen in der US-Tech-Branche. 2024 wurde beschlossen, dieses erfolgreiche Modell auf die **US-Ostküste mit Standorten in Washington D.C. und Boston** auszuweiten. Damit stärkt Österreich seine Position als internationaler Innovationspartner, erschließt neue Marktchancen und intensiviert den transatlantischen Dialog.

7. Konsularisches

Arbeitsfelder der Konsularsektion

Die Konsularsektion des BMEIA und die österreichischen Vertretungsbehörden bieten umfassende Serviceleistungen für im Ausland lebende sowie reisende Österreicherinnen und Österreicher. Sie reichen von der Ausstellung eines Notpasses bis hin zur Unterstützung bei Krisensituationen, einschließlich Evakuierungen.

7.1 Bürgerservice und operatives Krisenmanagement im Ausland

Die durch den Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 ausgelöste Krise im Nahen Osten stellte das Bürgerservice weiterhin vor große Herausforderungen. Infolge dieses Terrorangriffs konnten, in Zusammenarbeit mit internationalen Partnern, mehr als 30 Österreicherinnen und Österreicher bei der Ausreise aus dem Krisengebiet im Libanon unterstützt und in Sicherheit gebracht werden.

Zentrale Instrumente des Bürgerservice sind die Webseite sowie die **Auslandsservice-App des BMEIA**, die aktuellen Länderinformationen, Reisehinweise und Reisewarnungen für rund 200 Länder liefern. Die integrierte **Auslandsservice-Registrierung** ermöglicht es dem BMEIA und den Vertretungsbehörden, im Ernstfall rasch mit den rund 100.000 registrierten Reisenden und im Ausland lebenden Österreicherinnen und Österreichern in Kontakt zu treten.

Die länderspezifischen Reiseinformationen und Sicherheitshinweise auf der Website des BMEIA wurden über 4,7 Millionen Mal abgerufen. Die **24/7-Notfallhotline des Bürgerservice** bearbeitete mehr als 30.000 telefonische Anfragen und rund 1.500 E-Mails.

7.2 Visa- und Aufenthaltsangelegenheiten

Mit Stichtag 31. Dezember konnten österreichische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger mit einem gewöhnlichen Reisepass **in 165 Staaten visumfrei einreisen**, in 41 davon mit einem Personalausweis. In vier Staaten war vor der Einreise eine elektronische Registrierung erforderlich. Für Staatsangehörige von 106 Ländern galt eine Visumpflicht für die Einreise nach Österreich.

Visa für Österreich können nicht nur bei österreichischen Vertretungsbehörden, sondern in bestimmten Ländern auch bei Botschaften anderer Schengen-Staaten oder in Visazentren eines externen Dienstleisters beantragt werden. Insgesamt gibt es weltweit rund 300 Standorte, an denen ein Visumantrag gestellt werden kann.

2024 bearbeiteten die österreichischen Vertretungsbehörden **rund 300.000 Visaanträge**, was einem Rückgang von etwa 8 % im Vergleich zu 2019 (vor COVID-19) entspricht. Gegenüber dem Pandemiejahr 2021 verzeichnete das BMEIA jedoch eine Steigerung der Visazahlen um 316 %. 88 % der Anträge wurden positiv erledigt, davon entfielen 83 % auf Schengenvisa und 17 % auf nationale Visa für Aufenthalte von mehr als 90 Tagen.

Im Rahmen der **Vertretung für andere Schengen-Staaten** wurden knapp 11.500 Visaanträge bearbeitet, was rund 4 % des Gesamtaufkommens ausmacht.

In **Niederlassungs- und Aufenthaltsverfahren** nehmen die österreichischen Vertretungsbehörden im Ausland Anträge entgegen, prüfen diese auf Vollständigkeit und übermitteln sie an die zuständigen Bezirksverwaltungsbehörden in Österreich. 2024 wurden rund 16.500 Anträge auf Aufenthalt nach dem Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz (NAG) eingereicht.

Die meisten Anträge wurden für Studienaufenthalte in Österreich (7.213) sowie für Familienzusammenführungen (3.761) gestellt. Die elektronische Übermittlung von Niederlassungs- und Aufenthaltsanträgen erfolgt über das System AnNA direkt an die zuständige Inlandsbehörde.

7.3 Asylfragen und externe Aspekte der Migration

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR) die größte Vertreibung von Menschen seit Jahrzehnten ausgelöst. Österreich leistet umfassende Hilfe für Vertriebene, die ins Land gekommen sind. Bis Ende 2024 wurden rund **125.000 Personen in Österreich registriert**, mehr als 37.000 befanden sich in der Grundversorgung. Diese Personen erhalten ein vorübergehendes Aufenthaltsrecht in Österreich. Die erstmals und ausschließlich für Vertriebene aus der Ukraine angewandte EU-Massenzustrom-Richtlinie (2001/55/EG) ermöglicht eine koordinierte Unterstützung durch die EU-Mitgliedstaaten.

Die Bewältigung gemischter Migrationsbewegungen – bestehend aus Vertriebenen, Flüchtlingen, irregulären Migrantinnen und Migranten sowie Opfern des Menschenhandels – stellte weiterhin eine große Herausforderung dar. Im Vergleich zum Vorjahr gingen die Asylanträge in Österreich deutlich zurück: 2024 wurden **rund 25.000 Asylanträge** gestellt, weniger als die Hälfte der Vorjahreszahl.

Die Mehrheit der irregulären Migrantinnen und Migranten gelangt weiterhin über das Mittelmeer in die südlichen EU-Mitgliedstaaten. In Österreich stammen die meisten Asylanträge von Personen, die über die sogenannte Balkanroute einreisen. Durch die enge trilaterale Zusammenarbeit mit **Ungarn und Serbien** konnte jedoch die Zahl der Asylanträge in Österreich weiter gesenkt werden. Ein wesentlicher Bestandteil einer glaubwürdigen Migrationspolitik ist die Rückführung von Personen, die in Österreich kein Aufenthaltsrecht haben. Zur Verbesserung der Rückführungsmaßnahmen schloss Österreich **bilaterale Rückführungsabkommen mit Ecuador, Ghana, Indonesien, Kasachstan, Kenia und Kuwait** ab. Gleichzeitig bietet Österreich mit der **Rot-Weiß-Rot-Karte** qualifizierten Fachkräften aus dem Ausland Chancen auf dem österreichischen Arbeitsmarkt.

Mit dem Ratsbeschluss vom Mai wurde der neue **EU-Asyl- und Migrationspakt** formell angenommen. Die Umsetzung ist bis Juni 2026 vorgesehen. Zentrale Elemente des Pakts sind die Vereinheitlichung von Asylverfahren und Anspruchsgrundlagen, die Erfassung und Überprüfung von Asylsuchenden, der verstärkte Außengrenzschutz sowie effizientere Rückführungsverfahren. Neben der internationalen Zusammenarbeit in der EU und innerhalb der Vereinten Nationen (UNHCR, IOM, UNODC, UNDP, UNICEF, WFP) spielt das in Wien ansässige International Centre for Migration Policy Development (**ICMPD**) eine bedeutende Rolle. Das ICMPD setzt Schwerpunkte in den Bereichen legale Migration, Schutz und Asyl, Bekämpfung von Menschenhandel, Rückkehr und Wiedereingliederung. Darüber hinaus koordiniert das ICMPD regionale Dialogprozesse zu Migration, darunter den Khartum-Prozess (Migrationsroute zwischen dem Horn von Afrika und Europa) und den Prag-Prozess (Westbalkan und Zentralasien).

7.4 Bekämpfung des Menschenhandels

Österreich ist sowohl ein Transit- als auch ein Zielland für Menschenhandel. Die meisten Fälle betreffen sexuelle Ausbeutung, jedoch gibt es auch Fälle von ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen und Kinderhandel.

Die Maßnahmen zur Bekämpfung des Menschenhandels werden durch die vom BMEIA geleitete **Task Force Menschenhandel** koordiniert. Im März beschloss die Bundesregierung den siebenten **Nationalen Aktionsplan zur Bekämpfung des Menschenhandels (2024–2027)**. Der Plan verfolgt einen umfassenden Ansatz und beinhaltet Maßnahmen zur nationalen Koordination, Prävention, zum Opferschutz, zur Strafverfolgung und zur internationalen Zusammenarbeit.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine brachte neue Herausforderungen mit sich. Unter den seit Kriegsbeginn in Österreich registrierten rund 125.000 Vertriebenen befinden sich zahlreiche Frauen und Kinder, die einem erhöhten Risiko von Ausbeutung ausgesetzt sind. Um sie zu schützen, führte das BMEIA in Zusammenarbeit mit Behörden und Opferschutzeinrichtungen gezielte Aufklärungs- und Informationskampagnen durch.

Am 17. Oktober fand die Wiener Konferenz gegen den Menschenhandel in der Diplomatischen Akademie Wien unter dem Titel „Menschenhandel – eine Privatangelegenheit?“ statt. Die Gründerin der Amsterdamer NGO „Footprint to Freedom“ skizzierte gemeinsam mit internationalen Expertinnen und Experten aktuelle Herausforderungen und die Rolle Betroffener im Kampf gegen den Menschenhandel. Die Konferenz verzeichnete 200 Gäste vor Ort und 300 Teilnehmende online.

Österreich ist Vertragspartei des Zusatzprotokolls zur UN-Konvention gegen transnationale organisierte Kriminalität, des Übereinkommens des Europarats zur Bekämpfung des Menschenhandels sowie des Protokolls der Internationalen Arbeitsorganisation über Zwangsarbeit.

In der internationalen Zusammenarbeit setzt Österreich auf bewährte Partnerschaften wie mit dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (**UNODC**), der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (**OSZE**), dem Europarat und dem Internationalen Zentrum für die Entwicklung von Migrationspolitik (**ICMPD**). Die österreichische Juristin Dr. Ulrike Haberl-Schwarz wurde am 29. November 2024 in das Expertenkomitee GRETA des Europarats gewählt.

Auf Projektebene unterstützt Österreich UNODC-Programme zur Prävention von Menschenhandel sowie zum Opferschutz, insbesondere in Herkunfts- und Transitländern wie dem

Westbalkan und Nordafrika. Durch die erfolgreiche Ansiedelung des **Polizeikooperationszentrums JOO** und relevanter NGOs hat sich Wien als international anerkannter „**Hub of Expertise**“ bei der Bekämpfung des Menschenhandels etabliert.

Als Sitzstaat zahlreicher internationaler Organisationen und über 200 ausländischer Vertretungsbehörden legt Österreich besonderen Wert auf den Schutz privater Hausangestellter von Diplomatinnen, Diplomaten und Bediensteten internationaler Organisationen vor Arbeitsausbeutung. In Zusammenarbeit mit Opferschutzeinrichtungen setzt das BMEIA Präventions- und Überprüfungsmaßnahmen um und nimmt international eine Vorreiterrolle ein.

7.5 Die Auslandsösterreicherinnen und Auslandsösterreicher

Die Betreuung und Unterstützung der geschätzt 625.000 im Ausland lebenden Österreicherinnen und Österreicher (**AÖ**) zählt zu den Kernaufgaben der österreichischen Botschaften und (General-)Konsulate. Sie sind die erste Anlaufstelle für Anliegen im Pass-, Staatsbürgerschafts- und Wahlrecht.

Ein wesentliches Ziel ist es, den im Inland verfügbaren digitalen Bürgerservice auch für AÖ zugänglich zu machen. Seit Einführung des Zentralen Wählerregisters 2018 können AÖ Unterstützungserklärungen und Eintragungen für Volksbegehren online mittels qualifizierter digitaler Signatur abgeben. Zudem besteht die Möglichkeit der elektronischen Zustellung, und an allen österreichischen Vertretungsbehörden kann eine Registrierung für den digitalen Identitätsnachweis (ID Austria) vorgenommen werden.

Die **Online-Registrierung für AÖ** bei österreichischen Vertretungsbehörden ist über die BMEIA-Webseite für AÖ (www.auslandsoesterreicherInnen.at) oder über die Auslandsservice-App möglich. Ein modernes, weltweit einheitliches Erfassungssystem verbessert die Qualität der Daten und ermöglicht es den Vertretungsbehörden, bei Bedarf rasch mit registrierten AÖ per E-Mail oder SMS in Kontakt zu treten.

Die meisten AÖ leben in Deutschland (256.000), der Schweiz (67.500), Großbritannien (41.700), den USA (40.000), Australien (22.500), Israel (21.300), Brasilien (12.500), Spanien (12.000) und Argentinien (11.000). Insgesamt konzentrieren sich rund **80 % aller AÖ auf wenige Länder**. Bei den österreichischen Vertretungsbehörden sind etwa **204.000 AÖ registriert**.

2024 wurden 38.970 Reisepässe ausgestellt, darunter 36.929 reguläre Reisepässe und 2.041 Notpässe. Zusätzlich bearbeiteten die Vertretungsbehörden 10.650 Personalausweise, 3.694 Personenstandsurkunden sowie 7.830 Staatsbürgerschaftsnachweise. Das Büro für Konsularbeglaubigungen im BMEIA stellte 10.326 Beglaubigungen und 5.193 Apostillen (darunter 445 e-Apostillen) aus. Die Vertretungsbehörden im Ausland führten 56.014 Beglaubigungen und 1.012 Apostille**n** durch.

Organisation und Anliegen der Auslandsösterreicherinnen und Auslandsösterreicher

Österreichische Vereine im Ausland pflegen den Kontakt zur Heimat, zunehmend auch über soziale Medien. Weltweit gibt es rund 400 AÖ-Vereinigungen in über 60 Ländern. Der Auslandsösterreicher-Weltbund (**AÖWB**) mit Sitz in Wien dient als Dachverband, Interessenvertretung und Serviceorganisation der AÖ-Vereine. Die jährliche AÖWB-Tagung fand vom 5. bis 8. September in Linz statt. Das BMEIA unterstützt den AÖWB finanziell.

Der **Auslandsösterreicher-Fonds** unterstützt AÖ in finanzieller Not. Der zu gleichen Teilen vom BMEIA und den Bundesländern dotierte Fonds gewährte 444 hilfsbedürftigen AÖ finanzielle Unterstützung. Im Rahmen der Weihnachtsaktion des BMEIA wurden Gelder und Sachspenden an 352 bedürftige AÖ in 51 Ländern bereitgestellt.

Für pflegebedürftige oder schwer erkrankte AÖ, die nicht mehr für sich selbst sorgen können, vermittelt das BMEIA Rückkehrmöglichkeiten nach Österreich. 2024 wurden Rückkehranfragen für elf Personen aus Deutschland, Griechenland, Luxemburg, Portugal, der Schweiz, Südafrika, Thailand, der Türkei und Ungarn bearbeitet.

Seit September 2020 können Nachkommen von NS-Verfolgten durch Anzeige die österreichische Staatsbürgerschaft wieder erwerben. Bis Ende des Jahres wurden 33.525 Online-Fragebögen ausgefüllt und 34.231 positive Bescheide an die Vertretungsbehörden übermittelt.

Politische Teilhabe der Auslandsösterreicherinnen und Auslandsösterreicher

AÖ, die in der (Europa-)Wählerevidenz eingetragen sind, können an **Nationalrats- und Bundespräsidentenwahlen sowie Volksabstimmungen, Volksbegehren und Volksbefragungen** teilnehmen.
Die **Briefwahl** ermöglicht es AÖ, ihre Stimme von überall aus abzugeben. Wahlberechtigte können ihre Wahlkarte bei der Gemeinde über ein 10-Jahres-Abo oder via ID Austria bestellen, wodurch die Wahlkarte automatisch für alle bundesweiten Wahlen zugestellt wird.

2024 bearbeitete das BMEIA rund 750 Anfragen von AÖ gemeinsam mit den Vertretungsbehörden und der Bundeswahlbehörde. Zudem wurden rund 3.500 Wahlkarten für die EU- und Nationalratswahlen erfolgreich an ihre Bestimmungsorte versandt.

Working-Holiday-Programme

Working-Holiday-Programme (WHP) ermöglichen jungen Menschen im Alter von 18 bis 30 Jahren einen sechs- bis zwölfmonatigen Aufenthalt in einem Partnerland mit erleichtertem Zugang zum Arbeitsmarkt. Neben praktischer Berufserfahrung können die Teilnehmenden Bildungsangebote in den Bereichen Sprache und Kultur nutzen und so wertvolle interkulturelle Kompetenzen erwerben.

Österreich hat bislang mit Argentinien, Australien, Chile, Hongkong, Indien, Israel, Japan, Kanada, Neuseeland, Südkorea und Taiwan Vereinbarungen für WHP getroffen. 2024 konnte diese Liste um eine Vereinbarung mit den USA erweitert werden.

7.6 Allgemeine Konsular- und Rechtsfragen

Mit Stichtag 31. Dezember befanden sich nach Kenntnisstand des BMEIA 177 österreichische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger in Haftanstalten im Ausland. Die meisten Fälle betrafen Deutschland mit 28, die Türkei mit 21, Serbien mit 13 und Großbritannien mit 12 Inhaftierten. Im Vergleich zu 2023 bedeutet dies einen Anstieg um 24 Personen beziehungsweise 15,8 Prozent. Die häufigsten Delikte waren Vergehen gegen die öffentliche Sicherheit mit 100 Fällen, Suchtmitteldelikte mit 70 Fällen, Delikte gegen Leib und Leben mit 66 Fällen sowie Vermögensdelikte mit 62 Fällen.

Die österreichischen Vertretungsbehörden führten 195 **Haftbesuche** durch, was einem Anstieg von 39,2 Prozent gegenüber dem Vorjahr entspricht. Dabei wird regelmäßig überprüft, ob die Haftbedingungen den nationalen Vorschriften und internationalen Mindeststandards entsprechen und ob österreichische Häftlinge ihre zustehenden Rechte wahrnehmen können. Ein wichtiger Bestandteil der Betreuung ist die Weiterleitung von Haftpaketen und Geldbeträgen (Haftdepots) von Angehörigen im Inland.

Kindesentziehungen und internationale Rechtshilfe

Bei **grenzüberschreitenden Kindesentziehungen** innerhalb der Vertragsstaaten des Haager Kindesentführungsübereinkommens erfolgt die Zusammenarbeit direkt zwischen den nationalen Zentralbehörden der Justiz. Das BMEIA und die österreichischen Vertretungsbehörden unterstützen den obsorgeberechtigten Elternteil sowie die betroffenen Kinder im Rahmen der konsularischen Möglichkeiten bei der Rechtsdurchsetzung im Ausland. 2024 wurden über 40 Fälle von Kindesentziehung betreut.

Darüber hinaus bearbeitete das BMEIA mehr als 3.500 **Rechts- und Amtshilfeersuchen inländischer und ausländischer Behörden**. Dazu gehörten unter anderem Zustellungsersuchen sowie Amtshilfe in Zivil-, Straf- oder Verwaltungsverfahren. Im Bereich des Rechtsschutzes leisteten die Konsularsektion des BMEIA und die österreichischen Vertretungsbehörden weltweit in mehr als 600 Fällen Unterstützung, etwa durch die Vermittlung von Vertrauensanwältinnen und -anwälten oder die Beobachtung von Prozessen.

Internationale Rechtshilfe und Zusammenarbeit

Das BMEIA leitet die Verhandlungen und koordiniert die österreichischen Positionen zu internationalen Abkommen in den Bereichen Rechtshilfe, Auslieferung, Überstellung von verurteilten Personen sowie polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit. Dabei erfolgt eine enge Zusammenarbeit mit den inhaltlich zuständigen Ministerien und den österreichischen Vertretungsbehörden in den betroffenen Ländern, um eine effiziente und rechtssichere Kooperation auf internationaler Ebene zu gewährleisten.

8. Internationale Kulturangelegenheiten

Primäre Ziele der internationalen Kulturarbeit des BMEIA sind die Präsentation, Vermittlung und Vernetzung österreichischer Kunst- und Kulturschaffender sowie wissenschaftlicher Leistungen im Ausland. Gleichzeitig erforderten globale Krisen wie der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, der terroristische Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 und seine Folgen sowie die Bedrohung demokratischer Werte eine strategische Weiterentwicklung der österreichischen Auslandskulturarbeit. Zusätzliche Herausforderungen wie der Klimawandel, die Energiekrise und der zunehmende Einfluss Künstlicher Intelligenz machten eine Anpassung der Kulturstrategie notwendig.

Aufbauend auf bestehenden Schwerpunkten wurde die Initiative IMAGINE DIGNITY mit weiteren innovativen Projekten umgesetzt. „IMAGINE“ steht für die kreative Kraft künstlerischer Visionen, inspirierende Ideen und eine neue Kultur des Dialogs zwischen Kunst, Wissenschaft und Wirtschaft, die gemeinsam Zukunft gestalten. „DIGNITY“ betont die Würde des Menschen und der Natur. Durch die Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Zukunftsfragen treibt die österreichische Kulturdiplomatie einen wertebasierten Dialog und nachhaltige Kooperationen voran.

Die **österreichische Auslandskultur** ist durch 31 Kulturforen, ein Kooperationsbüro in Lemberg, 93 Botschaften und Generalkonsulate, 65 Österreich-Bibliotheken und zehn Österreich-Institute weltweit aktiv.

Im Jahr 2024 wurden 5.311 Veranstaltungen an 2.359 Orten organisiert, in Zusammenarbeit mit 5.516 Partnerinnen und Partnern, und unter Beteiligung von 8.696 Künstlerinnen, Künstlern, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern.

8.1 Schwerpunkte und Projekte

Das Grundlagendokument **„Die kulturellen Auslandsbeziehungen des BMEIA. Grundlagen, Schwerpunkte und Programme“** definiert Ökologie, nachhaltiges Wirtschaften und Digitalisierung als zentrale Themen der Auslandskulturarbeit. In diesem Zusammenhang wurde die Kooperation mit dem ORF Radiosender Ö1 im Rahmen der Initiative „Reparatur der Zukunft“ fortgesetzt. Mit

Unterstützung der österreichischen Vertretungen wurden innovative Projekte identifiziert und international präsentiert, die positive gesellschaftliche Veränderungen bewirken.

Im Bereich der Digitalisierung gewinnt der **„Digitale Humanismus“** zunehmend an Bedeutung: ein Ansatz, bei dem der Wert des Menschen die Entwicklung der Technologie bestimmen soll, und nicht umgekehrt. Die Auslandskultur leistet wichtige Beiträge zu dieser Debatte und bringt das Thema verstärkt in zwischenstaatliche Foren wie die EU, die Vereinten Nationen (einschließlich UNESCO) und die OSZE ein. Gleichzeitig wurde die Digitalisierung der Auslandskulturarbeit weiter vorangetrieben. Die Plattform www.austriakulturinternational.at bleibt ein zentrales Element der digitalen kulturellen Öffentlichkeitsarbeit und macht Projekte der österreichischen Vertretungen weltweit online zugänglich.

Österreichs Auslandskultur setzt im **Musikbereich** darauf, das Musikland Österreich als weltoffen und innovativ zu präsentieren. Ein besonderes Augenmerk liegt auf jungen Solistinnen, Solisten und Ensembles, die im Rahmen des biennalen Nachwuchsprogramms **„The New Austrian Sound of Music“ (NASOM)** unterstützt werden. Die 25 Acts der NASOM-Edition konnten mit Unterstützung der Kulturforen und Botschaften rund 100 Auftritte im Ausland absolvieren. Eine externe Jury wählte die 25 neuen Acts für die Periode 2025/2026 aus. Zusätzlich liegt ein Schwerpunkt auf der Förderung neuer Kompositionen aus Österreich.

Im Bereich der **Bildenden Kunst** setzte das BMEIA die internationale Ausschreibung „IMAGINE CLIMATE DIGNITY: ARTISTIC COLLABORATIONS“ fort, die sich an zeitgenössische Künstlerinnen und Künstler aus Österreich richtet. Aus über 145 Bewerbungen wurden 15 Projekte ausgewählt, die in Zusammenarbeit mit Kunstschaffenden aus der EU und den EU-Beitrittsländern realisiert werden. In Kooperation mit den Bundesländern wurden **Residency-Programme** organisiert, bei denen Expertinnen, Experten, Kuratorinnen und Kuratoren gemeinsam mit den österreichischen Kulturforen Projekte entwickeln.

Das **digitale Ausstellungsformat** www.online-exhibitions.at wurde von österreichischen Botschaften und Kulturforen weiter genutzt. In Zusammenarbeit mit der Ars Electronica Linz wurde zum vierten Mal der vom BMEIA gestiftete **„Digital Humanity Award“** vergeben, der kreative Projekte im Bereich der digitalen Medien auszeichnet. Zudem förderte das BMEIA verstärkt Künstlerinnen und Künstler, die sich mit Digitalem Humanismus beschäftigen. Unter dem Titel „Imagine AI for Dignity – Feminine Visions for Regeneration“ wurde eine Ausstellung über

Künstliche Intelligenz beauftragt, die im Februar 2025 in Südafrika eröffnet wird und anschließend in weiteren afrikanischen Ländern gezeigt werden soll.

Neben dem „Digital Humanity Award“ wurde das Projekt „State of the Art(ist)“ in Zusammenarbeit mit der Ars Electronica fortgesetzt. Diese weltweite Ausschreibung richtet sich an Künstlerinnen und Künstler, die aufgrund politischer oder gesellschaftlicher Umstände nicht in der Lage sind, ihre Kunst zu produzieren oder zu präsentieren.

Ein bedeutendes neues Projekt der Auslandskultur ist das europäische Vernetzungsprogramm für Künstlerinnen und Künstler. Das vom BMEIA initiierte „**Artists Solidarity Program Europe“ (ASoP Europe)** bietet Kunstschaffenden, die von Krieg oder Repression betroffen sind, die Möglichkeit, für bis zu drei Monate an renommierten österreichischen Kunsteinrichtungen zu arbeiten.

Im Bereich der „Klimakultur“ entstanden im Rahmen der „Imagine Dignity“-Initiative verschiedene Ausstellungen, die von österreichischen Kuratoren-Teams in engem Dialog mit lokalen Kunstschaffenden entwickelt wurden. Die Architektur-Ausstellung „100 IDEAS FOR THE WESTERN BALKANS: Designing Urban Imaginaries“ sowie die Designausstellung „IMAGINE – Coral Reef. Regenerative Design” wurden in Tirana gezeigt. Die Dialog-Ausstellungsreihe „Touch Nature“, die sich mit der Zerstörung von Lebensräumen und dem fortschreitenden Verlust unberührter Natur auseinandersetzt, wurde an Kulturforen Bukarest, Paris, New York, Istanbul, Prag und in Slowenien präsentiert.

Das **Frauenförderungsprojekt „Calliope. Join the dots“** (www.calliope.at), das in Kooperation mit dem Vorarlberger Frauenmuseum Hittisau umgesetzt wird, stellt herausragende Frauenpersönlichkeiten aus Österreich vor. Sie werden im Rahmen einer weltweit gezeigten Wanderausstellung und einem vielfältigen Veranstaltungsprogramm präsentiert.

Ein zentraler Bereich der österreichischen Auslandskultur ist die Unterstützung der Teilnahme **österreichischer Filmschaffender** an europäischen und internationalen **Filmfestivals**. Die Kulturforen und Botschaften organisieren regelmäßig österreichische oder deutschsprachige Filmfestivals im Ausland, häufig in Kooperation mit Deutschland, der Schweiz oder den nationalen Kulturinstituten der EU (EUNIC) und EU-Filmfestivals. Die Zusammenarbeit zwischen dem BMEIA und dem Ars Electronica Festival im Bereich Animationsfilm wird in Form eines erfolgreichen Tour-

Programms weitergeführt. Botschaften und Kulturforen präsentieren dabei ausgewählte Filme aus den Kategorien Computeranimation, Film und Visual Effects.

Das BMEIA kooperiert mit der **Akademie des Österreichischen Films**, um das Filmangebot in der internationalen Kulturarbeit zu erweitern. Die **„Österreichische Kurzfilmschau“** ermöglicht es Kulturforen und Botschaften, lizenzfrei die besten österreichischen Kurzfilme zu zeigen, die im Vorjahr für den Österreichischen Filmpreis nominiert wurden.

Der bereits vierte Auftritt auf der **Buch Wien** mit einem eigenen Messestand des BMEIA stand im Zeichen des internationalen Literaturschwerpunkts „Ukrainische Literatur im Krieg“. Podiumsgespräche mit Literaturschaffenden aus der Ukraine gaben einen tiefen Einblick in die literarische Verarbeitung aktueller Geschehnisse. Besucherinnen und Besucher konnten sich zudem über die internationalen Literaturaktivitäten der Auslandskultur informieren. Präsentiert wurden unter anderem Programme zur Förderung junger Talente, darunter das Literaturempfehlungsprogramm **schreibART AUSTRIA** und die Publikation „Mensch/Natur/Künstliche Intelligenz“, die aus einer internationalen Ausschreibung hervorging.

Das **„Writer-in-Residence“-Programm** mit dem Museumsquartier wurde ebenfalls fortgesetzt. In Zusammenarbeit mit dem Literaturhaus Wien fanden Lesungen mit den Gastautorinnen und -autoren statt. Das BMEIA engagierte sich weiterhin in dem Übersetzungsprogramm Traduki, das mittlerweile 14 Länder umfasst. Dieses als nachhaltiges Friedensprojekt für den Westbalkan konzipierte Literatur- und Übersetzungsförderprogramm war unter dem Titel „Common Ground“ ein zentrales Thema der Leipziger Buchmesse.

8.2 Wissenschaft, Bildung und Sprache

Die österreichische Wissenschaftsdiplomatie hat sich über die Jahre als stabilisierendes und verbindendes Element erwiesen. Sie baut Brücken zwischen Gesellschaft und Wissenschaft, um Vorurteile abzubauen und das Vertrauen zwischen Staaten sowie den Dialog zwischen Forschung und Politik zu stärken und die Wissenschaftsdiplomatie auf internationaler Ebene weiterzuentwickeln. In einer Zeit rasanter technologischer Entwicklungen wird die Zusammenarbeit zwischen Diplomatie und Wissenschaft immer wichtiger, um Rahmenbedingungen für eine menschenzentrierte Forschung und Innovation zu schaffen. Wissenschaftsdiplomatie ist daher ein wesentliches Arbeitsfeld des BMEIA und wird in enger

Kooperation mit Fachministerien und Wissenschaftseinrichtungen gestaltet. Ziel ist es, Allianzen zwischen Wissenschaft und Politik zu fördern, um die internationalen Beziehungen weiterzuentwickeln. Das Wissenschaftskonzept der Auslandskultur analysiert bestehende Erfahrungen und definiert den Rahmen, in dem die österreichische Kulturdiplomatie im Wissenschaftsbereich agiert.

Ein zentrales Anliegen der Wissenschaftsdiplomatie ist die internationale Vernetzung und der Diskurs über Zukunftsthemen. Die Einbindung wissenschaftlicher Erkenntnisse in politische Entscheidungsprozesse gewinnt weltweit an Bedeutung. Österreich ist Mitglied im internationalen Netzwerk der **Foreign Ministry Science and Technology Advisers (FMSTAN)**, das sich für einen stärkeren Dialog zwischen Wissenschaft und Politik einsetzt. Zudem beteiligt sich das BMEIA an der informellen EU-weiten Gruppe der „Science Advisors / Science Diplomacy Coordinators in Ministries of Foreign Affairs (MFAs) in EU Member States“. Auf europäischer Ebene richtete die Generaldirektion Forschung und Innovation der Europäischen Kommission fünf Arbeitsgruppen mit rund 130 Fachleuten aus Wissenschaft und Diplomatie ein. Die daraus resultierenden Empfehlungen wurden in einem Bericht zusammengefasst. Expertinnen und Experten aus dem BMEIA, der Diplomatischen Akademie und dem BMBWF waren aktiv an diesem Prozess beteiligt.
Das International Institute for Applied Systems Analysis (**IIASA**), das in Laxenburg ansässig ist, wurde als Plattform für internationale wissenschaftliche Zusammenarbeit zwischen Ost und West gegründet. Heute setzt es weiterhin wichtige Akzente in der globalen Wissenschaftsdiplomatie.

Die Österreich Institut GmbH trägt mit der Durchführung von Deutschkursen maßgeblich zur interkulturellen Vernetzung bei. Ihr Kernauftrag ist es, die deutsche Sprache in ihrer österreichischen Ausprägung zu vermitteln und somit ein zeitgemäßes Bild Österreichs zu fördern. Die Sprachkurse werden sowohl digital als auch in Präsenz an zehn Standorten angeboten. Zudem fungieren die Österreich Institute als Prüfungszentren für das Österreichische Sprachdiplom Deutsch (ÖSD) und arbeiten mit weiteren Partnern in ihren jeweiligen Ländern zusammen. Künftig soll die Österreich Institut GmbH verstärkt für die Sprachausbildung ausländischer Führungskräfte in Österreich genutzt werden.

Österreich unterhält Lehrstühle und Studienzentren an Universitäten in den USA, Kanada, Europa und Israel. Sie tragen dazu bei, österreich- und europabezogene Themen in den akademischen Diskurs der Gastländer zu integrieren. Wissenschaftliche Arbeiten und Publikationen wurden

angeregt und umgesetzt. Die enge Zusammenarbeit der Lehrstühle mit Botschaften, Generalkonsulaten und Kulturforen stärkt diese Vernetzung zusätzlich.

Die Agentur für Bildung und Internationalisierung (**OeAD GmbH**) ist ein zentraler Partner der österreichischen Kultur- und Wissenschaftsdiplomatie. Sie unterstützt die Internationalisierung von Bildungseinrichtungen durch Mobilitäts- und Projektförderungen. Im Auftrag des BMBWF betreut sie Stipendiatinnen und Stipendiaten und verwaltet Programme wie Erasmus+ sowie bilaterale Bildungs- und Stipendienprogramme, darunter jenes der OEZA. Mit ihrer Arbeit trägt die OeAD GmbH zur Weiterentwicklung des österreichischen Bildungs- und Hochschulsystems sowie zur Umsetzung nationaler und europäischer Strategien bei.

Die OeAD GmbH betreibt sechs Kooperationsbüros im Ausland. Die Büros in Lemberg und Shanghai unterstützen die Wissenschaftskooperation, während die Regionalbüros in Sarajewo, Tirana, Chisinau und Odessa (vorübergehend nach Uschhorod verlegt) einen Schwerpunkt auf berufliche Bildung im voruniversitären Bereich legen. Die Büros für Wissenschaftskooperation fördern den akademischen Austausch, den Aufbau von Hochschulkooperationen und die Positionierung Österreichs als Wissenschaftsstandort. Sie unterstützen zudem Messeauftritte, Studien- und Stipendienberatungen, Alumni-Netzwerke und die Zusammenarbeit mit Forschenden vor Ort. Die vier OeAD-Kooperationsbüros mit Bildungsschwerpunkt setzen jährlich rund 20 Projekte um und orientieren sich an nationalen Bildungsentwicklungen sowie an EU-Prioritäten.

Im Auftrag des BMBWF fördert die OeAD GmbH die Vermittlung von Deutsch als Fremdsprache sowie ein aktuelles Österreichbild im Ausland. Dies geschieht unter anderem durch das Auslandslektoratsprogramm mit rund 100 Lektorinnen und Lektoren in 30 Ländern, das Sprachassistenzprogramm mit etwa 160 Sprachassistentinnen und -assistenten in zehn Ländern sowie durch das Programm „Kultur und Sprache“. Dieses umfasst ein internationales Partnernetzwerk, physische und virtuelle Fortbildungen für Deutschlehrkräfte sowie die Bereitstellung von Unterrichtsmaterialien mit Österreichbezug über die OER-Plattform.

Derzeit gibt es acht **österreichische Auslandsschulen**: zwei in Budapest sowie je eine in Prag, Istanbul, Guatemala City, Shkodra (Albanien), Querétaro (Mexiko) und Liechtenstein. Eine neunte Schule wird derzeit in Chişinău (Moldau) errichtet. Diese Schulen unterrichten nach dem österreichischen Lehrplan, kombiniert mit Anpassungen an das jeweilige Gastland.

Absolventinnen und Absolventen erwerben neben dem nationalen Schulabschluss die österreichische Reife- und Diplomprüfung.

Das vom BMBWF finanzierte und von der OeAD-GmbH verwaltete österreichisch-afrikanische Forschungsnetzwerk „Africa-UniNet“ bildet eine stabile Grundlage für den Ausbau der Kooperationen zwischen österreichischen und afrikanischen Hochschulen sowie Forschungseinrichtungen. Mittlerweile gehören 86 Institutionen diesem Netzwerk an, das derzeit von der Universität für Bodenkultur Wien koordiniert wird.

Das global ausgerichtete Programm „Kooperation Entwicklungsforschung“ (**KoEF**) fördert praxisnahe Forschungsprojekte österreichischer Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Entwicklungsländern weltweit. Ziel ist es, durch gemeinsame Forschung mit Partnern im globalen Süden konkrete lokale Herausforderungen zu bewältigen und so zur Erreichung der Sustainable Development Goals (**SDGs**) beizutragen. Besonders enge Kooperationen bestehen mit Äthiopien, Kenia, Nigeria und Uganda, die sich als besonders aktive Partnerländer sowohl im Africa-UniNet als auch im KoEF-Programm etabliert haben.

8.3 Interkultureller und Interreligiöser Dialog

Die **Task Force Dialog der Kulturen** fungiert als internationale Schnittstelle zu österreichischen Institutionen, Kirchen, Religionsgemeinschaften, NGOs sowie Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Kultur, Medien und Wirtschaft. Im Rahmen von Dialoginitiativen werden staatliche, religiöse und zivilgesellschaftliche Akteure in Österreich und im Ausland verbunden. Die **Task Force** unterstützt Kulturforen, Botschaften und Generalkonsulate bei der Konzeption und Durchführung von zivilgesellschaftlichen Dialogprojekten. Diese Initiativen fördern das interkulturelle Verständnis auf nationaler und internationaler Ebene. Der Dialog setzt auf den zivilgesellschaftlichen Austausch, um Menschenrechte, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu stärken, Vorurteile abzubauen und Extremismus zu verhindern. Zudem engagiert sich die Task Force auf multilateraler Ebene in Organisationen wie den Vereinten Nationen, der OSZE, der EU und dem Europarat.

2024 wurden neue Dialog-Instrumente eingeführt, darunter Dialog-Residenzen, die Künstlerinnen und Künstlern sowie Intellektuellen einen bis zu dreimonatigen Aufenthalt mit interkulturellem Schwerpunkt ermöglichen. Erste Residenzen fanden in Ägypten, Äthiopien, Bosnien-Herzegowina,

Pakistan, Peru, Portugal und Senegal statt. Gemeinsam mit der Sonderberaterin für Auslandskultur, Dr. Helga Rabl-Stadler, organisierte das BMEIA am 10. Juni und am 21. November zwei Dialog-Konzerte, die die verbindende Kraft der Musik thematisierten. Die Schwerpunkte dieser Konzerte lagen auf dem Nahost-Konflikt sowie der Ukraine.

Österreich koordiniert den regelmäßigen informellen Austausch mit ausgewählten EU-Mitgliedstaaten im Rahmen der „Wiener Gruppe zu Religion und Diplomatie“. Zudem ist Österreich aktives Mitglied im Transatlantic Policy Network on Religion and Diplomacy (**TPNRD**), das sich mit der Rolle von Religion in den internationalen Beziehungen befasst. Dieses informelle Forum, das Vertreter aus EU-Staaten, den USA und Kanada zusammenbringt, wurde als gemeinsame Initiative des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD) und des US Department of State gegründet und bleibt eine einzigartige Plattform für den Austausch zu religionspolitischen Themen.

Österreich engagiert sich im Schutz der Religions- und Glaubensfreiheit. Es ist Mitglied der **International Contact Group on Freedom of Religion or Belief (ICG-FORB)** sowie Gründungsmitglied der **Internationalen Allianz für Religions- und Glaubensfreiheit (IRFBA)**, die mittlerweile 38 Mitgliedstaaten umfasst. Vom 10. bis 11. Oktober nahm Österreich in Berlin an der jährlichen International Ministerial Conference on Freedom of Religion or Belief teil, die dieses Jahr den Einfluss von künstlicher Intelligenz (KI) auf Religions- und Glaubensfreiheit behandelte. Die Teilnahme erfolgte im Rahmen der aktiven österreichischen IRFBA Mitgliedschaft und dokumentiert Österreichs Aktivitäten im Religions- und Glaubensbereich.

Am 19. April organisierte Österreich in Wien ein Treffen mit Mitgliedern der IRFBA sowie der „Wiener Gruppe zu Religion und Diplomatie“, um die Rolle des interreligiösen Dialogs in der Förderung der Religionsfreiheit zu diskutieren.

Am 22. Oktober wurde zum elften Mal der Intercultural Achievement Award (**IAA**) verliehen. Prämiert wurden zivilgesellschaftliche Projekte aus Estland, Israel, Kolumbien, dem Libanon, Polen und Serbien. Erstmals wurde auch eine Kategorie zur Internationalen Religionsfreiheit eingeführt. Der IAA ist ein Schlüsselprojekt der Task Force und erfreut sich wachsender Beliebtheit, wie die 340 eingereichten interreligiösen und interkulturellen Projekte im Jahr 2024 zeigen. Auf der Website www.intercultural-achievement.com werden herausragende Best-Practice-Projekte präsentiert.

Zwischen dem 8. und 11. Juli fand in den Städten Bandung und Jakarta die achte interkulturelle und interreligiöse Dialogrunde mit Indonesien statt. Vom 13. bis 15. November wurde in Abu Dhabi erstmals eine interkulturelle und interreligiöse Dialogrunde mit den Vereinigten Arabischen Emiraten organisiert. Österreich initiierte einen neuen „US-Österreichischen Bürgerdialog zu Globalen Herausforderungen“. In diesem Rahmen fanden drei Dialogrunden statt, die am 17. Jänner, 13. Mai und 9. Dezember unter anderem in Wien, Linz, Salzburg und Graz abgehalten wurden.

8.4 Bilaterale Abkommen in den Bereichen Kultur, Bildung und Wissenschaft

Österreich hat mit 33 Staaten Kulturabkommen abgeschlossen, die neben dem Bereich Kultur auch Bildung und Wissenschaft umfassen. In einigen Fällen erstrecken sie sich zudem auf Sport, Jugend und Frauen. Diese Abkommen regeln die Zusammenarbeit in der Sprach- und Bildungsarbeit, die Vergabe von Stipendien, den Austausch von Lektorinnen und Lektoren sowie die Vernetzung von Forschenden. Zudem fördern sie den künstlerischen und kulturellen Austausch und stärken die Kooperation in allen vereinbarten Bereichen.

Ein zentrales Element der Kulturabkommen ist die Einrichtung einer „Gemischten Kommission“, die periodisch Arbeitsprogramme entwickelt und beschließt. Diese erfolgt unter der Federführung des BMEIA in enger Abstimmung mit den zuständigen Fachministerien, insbesondere dem BMKÖS und dem BMBWF. Am 25. Juni wurde in Warschau ein neues kulturelles Arbeitsprogramm mit Polen für die Jahre 2024-2028 unterzeichnet.

Mit 19 Staaten bestehen Abkommen über die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit (**WTZ-Abkommen**). Diese Abkommen erleichtern den Austausch über wissenschaftliche Schwerpunktsetzungen und fördern die Mobilität von Forschenden im Rahmen gemeinsamer Projekte mit Partnerinstitutionen in den Vertragsstaaten. Neue Arbeitsprogramme auf Grundlage dieser WTZ-Abkommen wurden 2024 in Kooperation mit dem BMBWF und unter Einbindung des BMK mit Bosnien und Herzegowina, Montenegro, Serbien, der Slowakei und Ungarn verabschiedet.

8.5 Auslandskulturarbeit im Rahmen der Europäischen Union und der UNESCO sowie EXPO 2025 in Osaka

Die Zusammenarbeit der **Nationalen Kulturinstitute der EU (EUNIC)** sowie anderer kultureller Vertretungen und Außenministerien der EU-Mitgliedstaaten spielt eine zentrale Rolle bei der Umsetzung der Strategie der EU für internationale Kulturbeziehungen (**EU-Kulturstrategie**). Diese Strategie bietet den EU-Mitgliedstaaten und Institutionen wie der Europäischen Kommission und dem EAD einen Rahmen für die Gestaltung kultureller Projekte in und mit Drittstaaten. Österreich engagiert sich als Mitbegründer von EUNIC (2006) aktiv in dieser. Durch seine langjährige Erfahrung in der bilateralen Kulturarbeit bringt sich Österreich auch bei gemeinsamen EU-Kulturprojekten und strategischen Initiativen aktiv ein.

EUNIC zählt derzeit 39 europäische Kulturinstitute und Ministerien aus allen 27 EU-Mitgliedstaaten sowie assoziierten Staaten zu seinen Mitgliedern. Weltweit existieren in 108 Ländern insgesamt 140 sogenannte EUNIC-Cluster, die als Kooperationsnetzwerke der lokalen EU-Kulturinstitute fungieren. Österreich ist mit seinen Vertretungen und teilweise auch mit dem Österreich Institut in 71 dieser Cluster aktiv. In knapp zehn Clustern hatte Österreich 2024 den Vorsitz. Zudem ist das BMEIA als Mitglied des EUNIC Austria-Clusters an der Organisation und Förderung zahlreicher kultureller Veranstaltungen in Wien beteiligt, darunter das EUNIC Musik-, Literatur- und Filmfest.

Darüber hinaus engagiert sich das BMEIA in der Plattform Kultur-Mitteleuropa. Sie fördert die kulturelle Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedsländern Österreich, Tschechien, Ungarn und der Slowakei und bleibt ein wichtiger Baustein der mitteleuropäischen Kulturkooperation.

Österreich ist derzeit Mitglied im Exekutivrat der UNESCO für den Zeitraum von November 2021 bis November 2025. Seit dem Beitritt zur UNESCO im Jahr 1948 ist dies das vierte Mal, dass Österreich in diesem bedeutenden Lenkungsgremium vertreten ist.

Von 2023 bis 2025 nimmt Österreich zudem an drei weiteren zwischenstaatlichen UNESCO-Gremien teil: dem Rat zur Medienförderung, dem Koordinierungsrat des Programms für Biodiversität und dem Rat des Internationalen Hydrologischen Programms. Für Letzteren wurde

Österreichs Vertreter, Prof. Helmut Habersack von der Universität für Bodenkultur Wien, zum Vorsitzenden für die Periode 2023–2025 gewählt.

Österreich setzt im UNESCO-Exekutivrat inhaltliche Schwerpunkte in den Bereichen Menschenrechte und Menschenrechtsbildung, Schutz des Welterbes, Sicherheit von Journalistinnen und Journalisten, Gleichstellung der Geschlechter, Antidiskriminierung, Bildung als Präventionsmaßnahme gegen gewalttätigen Extremismus, „Futures Literacy“, immaterielles Kulturerbe, Biodiversität sowie Wasser- und Flussmanagement. Am 8. Februar organisierte das Grazer UNESCO Kategorie-2-Zentrum für Menschenrechte die vierte „Winterakademie zu Menschenrechten auf lokaler und regionaler Ebene“ unter dem Titel „Human Rights Go Local: What Works“, deren abschließende Podiumsdiskussion im ORF-Landesstudio Steiermark stattfand. Neben der Koordination innerhalb der EU engagiert sich Österreich für eine aktive Zusammenarbeit mit weiteren Regionalgruppen, insbesondere mit Afrika als Priorität der UNESCO und der arabischen Gruppe. Im Kulturbereich liegt der Fokus auf der Förderung österreichischer Eintragungen in die UNESCO-Listen des materiellen und immateriellen Weltkulturerbes. Die „Wiener Würstelstandkultur“ wurde neu in das Nationale Verzeichnis des immateriellen Kulturerbes aufgenommen.

Österreich setzt sich innerhalb der UNESCO-Organisation für gute Regierungsführung, Effizienz und Transparenz ein und fördert einen Multi-Stakeholder-Ansatz unter Einbindung der Zivilgesellschaft.

Die Kultursektion des BMEIA koordinierte gemeinsam mit dem EXPO-Büro der Wirtschaftskammer Österreich die künstlerische und kulturelle Präsentation Österreichs auf der EXPO 2025 in Osaka. Diese steht unter dem offiziellen Motto „Designing Future Society for Our Lives“.

8.6 Multilaterale wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit

Österreich fördert die multilaterale wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit sowohl innerhalb Europas als auch auf globaler Ebene. 2024 lag besonderes Augenmerk auf der Beteiligung an internationalen Forschungs- und Technologieprogrammen, insbesondere bei der **Europäischen Weltraumorganisation (ESA)**, der **Europäischen Organisation zur Nutzung meteorologischer Satelliten (EUMETSAT)** und der **Europäischen Organisation für Kernforschung (CERN)**. Derzeit sind mehr als 100 österreichische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler in

CERN-Programme eingebunden. Zudem engagiert sich Österreich bei der **Europäischen Südsternwarte (ESO)** und ist damit an der führenden Einrichtung für bodengestützte radioastronomische Forschung (**ALMA**) beteiligt.

Österreich ist in der **Europäischen Konferenz für Molekularbiologie (EMBC)** sowie beim **Europäischen Molekularbiologie-Laboratorium (EMBL)** in Heidelberg, beim **Europäischen Zentrum für Mittelfristige Wettervorhersage (ECMWF)** in Reading und beim **Europäischen Institut für Weltraumpolitik (ESPI)** in Wien vertreten.

GeoSphere Austria übernimmt die österreichische Vertretung in der **Weltorganisation für Meteorologie (WMO)**. Standardisierungen von Messungen und die globale Verfügbarkeit von Erdsystemdaten sind für Österreich von hoher Bedeutung. Das **Global Basic Observation Network (GBON)** definiert ein globales Netzwerk von minimal notwendigen Beobachtungen, darunter Bodenstationen, Radiosonden und Schiffsbeobachtungen, die für die Verbesserung von Wettervorhersagen und Warnsystemen unerlässlich sind. Zur Unterstützung finanziell schwächerer Länder beim Aufbau dieses Netzes wurde die **Systematic Observation Funding Facility (SOFF)** eingerichtet. Österreich beteiligt sich an der Finanzierung der Initiative, und GeoSphere Austria unterstützt derzeit neun Länder in Asien, Afrika und Amerika bei der Umsetzung des Programms.

Die Initiative der Vereinten Nationen „Early Warnings for All“ hat das Ziel, innerhalb von fünf Jahren weltweit Frühwarnsysteme für gefährliche Wetter-, Wasser- oder Klimaereignisse zu etablieren. Das dazugehörige **Global Multihazard Alert System (GMAS)** basiert auf dem europäischen MeteoAlarm-System, das von GeoSphere Austria im Rahmen von **EUMETNET** geleitet wird. GMAS bietet konkrete und quantifizierbare Zielsetzungen für Projekte der Entwicklungszusammenarbeit.

GeoSphere Austria vertritt Österreich zudem in der Europäischen Organisation zur Nutzung meteorologischer Satelliten (EUMETSAT) sowie beim Europäischen Zentrum für Mittelfristige Wettervorhersage (ECMWF).

8.7 Österreich-Bibliotheken

Die Österreich-Bibliotheken im Ausland (www.oesterreich-bibliotheken.at) sind eine partnerschaftliche Initiative des BMEIA in Kooperation mit lokalen Trägerinstitutionen, meist Universitäten, Universitäts- oder Nationalbibliotheken. Das Netzwerk umfasst **65 Standorte in 28 Ländern**. An 37 dieser Bibliotheken unterstützen OeAD-Auslandslektorinnen und -lektoren die Betreuung und Programmgestaltung.

Sie bieten aktuelle Neuerscheinungen österreichischer Literatur, dienen als Wissensarchive zur Geschichte und Gegenwart Österreichs und sind wichtige Anlaufstellen für Deutschlernende und -lehrende. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Österreich-Bibliotheken, die meist aus den jeweiligen Ländern stammen, übersetzen österreichische Literatur, veröffentlichen literaturwissenschaftliche Beiträge und geben Anthologien zeitgenössischer österreichischer Literatur heraus. Neben eigenständigen Publikationen erscheinen Forschungsergebnisse im Rahmen der Publikationsplattform „Transkulturelle Forschungen an den Österreich-Bibliotheken im Ausland“. Hier entstehen wissenschaftliche Bände mit literaturwissenschaftlichen, historischen und interdisziplinären Themen zu Österreich.

2024 wurden diese Publikationen wieder auf der **Buch Wien** präsentiert und bei Buchpräsentationen im In- und Ausland vorgestellt. Die Österreich-Bibliotheken fungieren zudem als Veranstaltungszentren für österreichische Gegenwartskultur und setzen die Schwerpunkte der Auslandskulturarbeit in ihren jeweiligen Ländern um. 2024 organisierten sie 1.066 Veranstaltungen, davon 91 im Online-Format. Die Zahl der registrierten Besucherinnen und Besucher stieg auf 78.091 Personen.

Trotz der schwierigen Bedingungen setzten die Österreich-Bibliotheken in der Ukraine ihre Arbeit fort. Die Bibliothek in Charkiv wurde 2022 bei einem Angriff schwer beschädigt und ist seither temporär außer Betrieb. Die anderen Standorte bemühten sich weiterhin, Veranstaltungen durchzuführen und den Betrieb aufrechtzuerhalten.

2024 wurde die Österreich-Bibliothek in Nordmazedonien von Bitola nach Skopje verlegt und am 31. Oktober feierlich eröffnet. Zum Jahresende umfasste die Datenbank des Webportals der Österreich-Bibliotheken 19.186 Einträge zu Auslands-Austriaca. Das Netzwerk wird durch 59 weitere Bibliotheken mit Österreich-Bezug ergänzt.

8.8 Der historische Dienst im Außenministerium

Das **Historische Referat „Rudolf Agstner“** hat die Aufgabe, Informationen zu bilateralen Beziehungen und historischen Zusammenhängen bereitzustellen, zu sammeln und aufzubereiten. Mit dem Historischen Referat ist Österreich in der Gruppe der Diplomatischen Archive der EU (EUDiA) vertreten. Darüber hinaus koordiniert das Referat eigene Publikationen und Forschungsprojekte zur Geschichte der österreichischen Außenpolitik und des Hauses. Dazu zählen die Dokumentation „1938 bis 1945 und danach: Die Angehörigen des österreichischen Auswärtigen Dienstes – Dokumentation und Aufarbeitung“, das gemeinsame österreichisch-slowakische Geschichtsbuch mit dem Arbeitstitel „Die Ferne der Nähe: Österreichisch-Slowakische Beziehungen 1526 bis heute“ sowie die Studie „Frauen im österreichischen diplomatischen Dienst“.

8.9 International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA), Fragen der NS-Vergangenheit und Zukunftsfonds

Die International Holocaust Remembrance Alliance (**IHRA**) wurde 1998 auf schwedische Initiative gegründet und ist eine zwischenstaatliche Institution mit Ständigem Sekretariat in Berlin. Sie umfasst 35 Mitgliedstaaten und 8 Beobachterstaaten. Den jährlich wechselnden Vorsitz hatte 2024 das Vereinigte Königreich inne. Ziel der IHRA ist es, Bildung und Forschung zum Holocaust sowie das Gedenken daran auf nationaler und internationaler Ebene zu fördern.

Österreich zählt zu den zentralen Akteuren innerhalb der Allianz. Die österreichische Delegationsleitung übernehmen das BMEIA und der Nationalfonds der Republik Österreich für Opfer des Nationalsozialismus gemeinsam. In den ständigen Arbeitsgruppen und Ausschüssen engagieren sich sowohl Regierungsvertreterinnen und -vertreter als auch Expertinnen und Experten der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, des Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstandes, des Mauthausen Memorial und des OeAD-Programms ERINNERN:AT. Österreichische Projekte im Bereich Bildung, Bewusstseinsbildung und Forschung zum Holocaust genießen innerhalb der IHRA hohes Ansehen.

Beim diesjährigen Herbstplenum in London (2.-5. Dezember), das im Zeichen des dramatischen Anstiegs von Antisemitismus und der Herausforderungen durch Künstliche Intelligenz stand,

wurden die mit österreichischer Beteiligung erarbeiteten „IHRA-Recommendations for Teaching and Learning about the Persecution and Genocide of the Roma during the Nazi Era“ präsentiert.
Die Aufgabe des Zukunftsfonds der Republik Österreich umfasst die Förderung von Projekten und Initiativen, die den Interessen und dem Gedenken der Opfer des nationalsozialistischen Regimes dienen. Zudem unterstützt er Vorhaben, die zur Erinnerung an die Bedrohung durch totalitäre Systeme und Gewaltherrschaft beitragen, die internationale Zusammenarbeit stärken und das europäische Bewusstsein sowie die Achtung der Menschenrechte und gegenseitige Toleranz fördern. Seit seiner Einrichtung hat der Zukunftsfonds bereits 4.189 Projekte unterstützt. Das BMEIA leistet dem Zukunftsfonds technische und administrative Unterstützung.

Bei zahlreichen vom Zukunftsfonds geförderten internationalen Projekten besteht eine enge Zusammenarbeit mit dem BMEIA, insbesondere beim **Intercultural Achievement Award (IAA)** und den in diesem Jahr lancierten **„Dialogue Residencies“**. Die in Kooperation mit der Diplomatischen Akademie Wien veranstalteten Werkstattgespräche zur Präsentation ausgewählter, vom Zukunftsfonds geförderter Projekte wurden mit Peter Eigner: „Die Wittgensteins. Geschichte einer unglaublich reichen Familie“, Gabriele Reiterer: „Anna Mahler. Bildhauerin. Musikerin. Kosmopolitin“ und Georg Gaugusch: „Wer einmal war. Das jüdische Großbürgertum Wiens 1800 bis 1938“ fortgesetzt.

9. Österreichischer Auswärtiger Dienst

Mit seinem **weltweiten Netzwerk an diplomatischen und konsularischen Vertretungen** setzt sich der **österreichische auswärtige Dienst** für die Interessen der Republik Österreich **ein. Er schützt und unterstützt** österreichische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger im Ausland und gewährleistet eine effektive Präsenz Österreichs auf der internationalen Bühne.

Die rechtliche Grundlage für diese Aufgaben bilden das **Bundesgesetz über die Aufgaben und Organisation des Auswärtigen Dienstes – Statut** sowie das **Bundesgesetz über die Wahrnehmung konsularischer Aufgaben**.

9.1 Arbeitgeber Außenministerium

Der österreichische **auswärtige Dienst** bietet eine anspruchsvolle und abwechslungsreiche Karriere mit internationalen Perspektiven. Das **Rotationsprinzip**, das regelmäßige Wechsel zwischen der **Zentrale in Wien** und den **Vertretungen im Ausland** vorsieht, ist ein wesentlicher Bestandteil des Berufslebens. Jedes Jahr erfolgt eine große Zahl an Versetzungen. Dies erfordert nicht nur Flexibilität **von** Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie deren Familien**, sondern auch eine** umfassende organisatorische und logistische Planung**.**

Ende **2024** betrug der **aktive Personalstand** des **BMEIA** insgesamt **1.141 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter**. Davon waren **592 Personen (51,9 %) in der Zentrale in Wien** tätig, während **549 Personen (48,1 %) in den Auslandsvertretungen** arbeiteten.

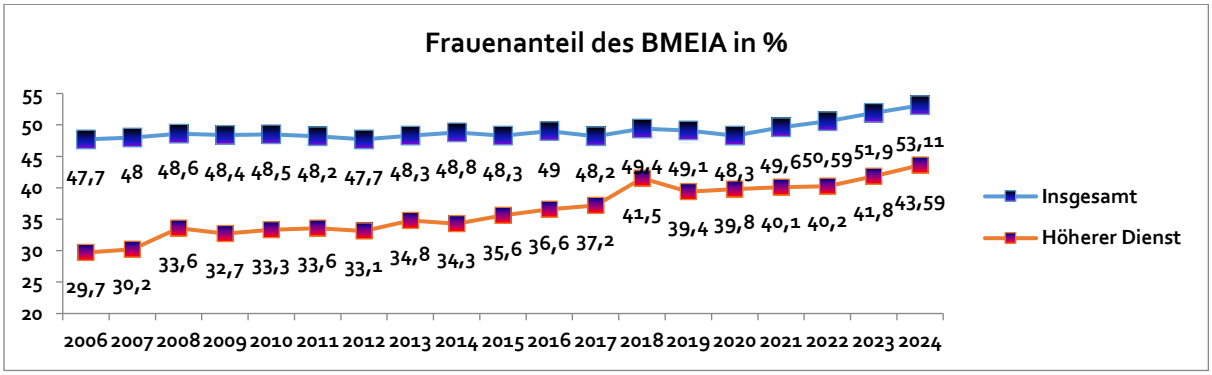
Personalstand des Außenministeriums zum 31.12.2024
(exkl. Karenzierungen, Außerdienststellungen, Dienstfreistellungen und Dienstzuteilungen):

Verwendungsgruppe	Frauen		Männer		Summe	Frauen-anteil (in %)
	Inland	Ausland	Inland	Ausland		
A1/v1, A/a (Höherer Dienst)	89	98	124	118	429	43,59

A2/v2, B/b (gehobener Dienst)	73	59	57	77	266	49,62
A3/v3, C/c, I/d (Fachdienst); A4/A5/v4/v5, E; H3 und H5	156	126	75	71	428	65,89
IT-Expertinnen und Experten (ADV-SV)	5	0	13	0	18	27,78
Summe	323	283	269	266	1141	53,11
Gesamt	606		535			

An den Auslandsvertretungen arbeiten weltweit **894 Lokalangestellte**, die nach den arbeitsrechtlichen Bestimmungen des jeweiligen Gastlandes beschäftigt werden. Davon sind 563 (62,9 %) weiblich und 331 (37,1 %) männlich. Im **höheren auswärtigen Dienst** (A1/v1, A/a), aus dem sich die meisten Leitungsfunktionen rekrutieren, erreichte der **Frauenanteil 43,59 %**.

Mit Ende 2024 waren im BMEIA **37 Personen mit Behinderungen** beschäftigt.



Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BMEIA sind nicht nur im diplomatischen Dienst tätig, sondern auch im Europäischen Auswärtigen Dienst (EAD), in internationalen Organisationen, der Präsidentschaftskanzlei, dem Parlament, dem Bundeskanzleramt und anderen Ministerien.

Die Auswahl für den auswärtigen Dienst erfolgt in mehrstufigen Verfahren, den sogenannten „Préalables“. Dabei prüfen Auswahlkommissionen gemeinsam mit externen Expertinnen und Experten die persönliche und fachliche Eignung der Bewerberinnen und Bewerber.

Verwaltungspraktikantinnen und -praktikanten unterstützen das BMEIA für maximal ein Jahr. Im vergangenen Jahr absolvierten 234 junge Akademikerinnen und Akademiker, Studierende, Maturantinnen und Maturanten sowie Absolventinnen und Absolventen einer Mittleren Schule oder eines Lehrberufs ein Praktikum – sowohl in Österreich als auch im Ausland.

Zusätzlich nutzten 19 Schülerinnen und Schüler, Maturantinnen und Maturanten sowie Akademikerinnen und Akademiker die Möglichkeit eines einmonatigen Schnupperpraktikums, um die Aufgaben und die Arbeitsweise des BMEIA kennenzulernen.

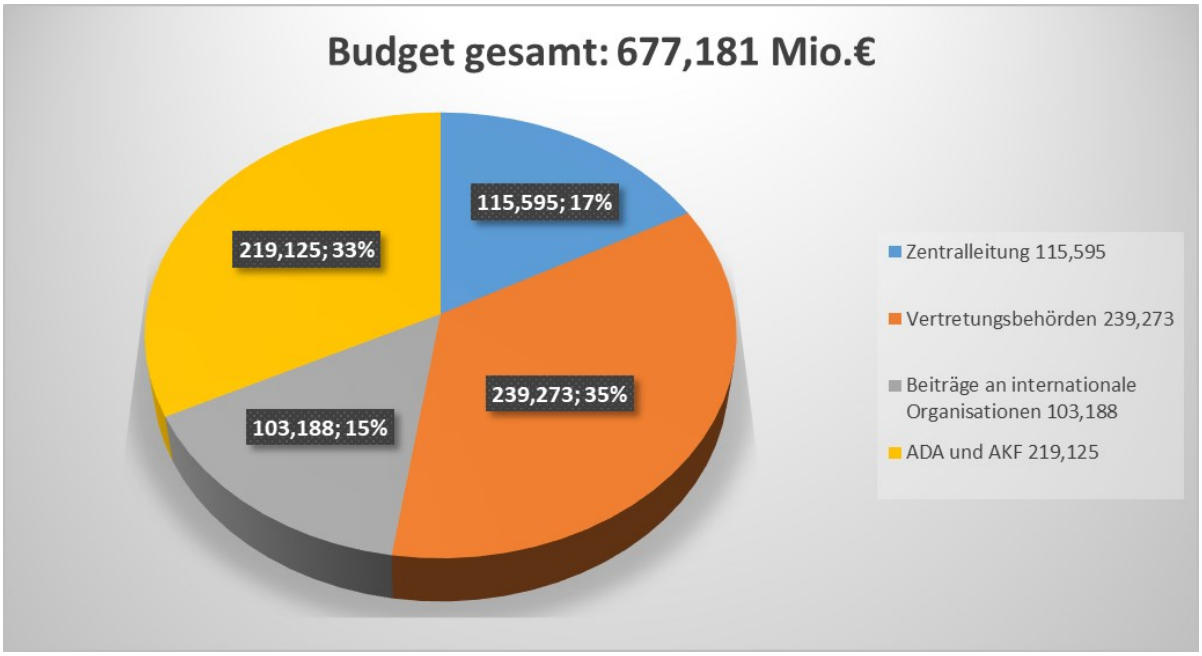
Seit 2009 bildet das BMEIA Lehrlinge zu Verwaltungsassistentinnen und -assistenten aus. 2024 befanden sich 28 Lehrlinge in Ausbildung.

Das Durchschnittsalter jener Vertragsbediensteten, die im Einvernehmen mit dem BMEIA in Pension gingen, lag bei 63,57 Jahren. Beamtinnen und Beamte traten mit durchschnittlich 64 Jahren in den Ruhestand – deutlich über dem österreichischen Durchschnitt.

9.2 Budget des Außenministeriums

Der Bundesvoranschlag 2024 lautet auf 677,181 Millionen Euro.
Davon wurden

- 115,959 Millionen Euro für die Zentralleitung (inkl. 3,1 Millionen Euro für internationale Konferenzen),
- 239,273 Millionen Euro für die Vertretungsbehörden (inkl. 5,553 Millionen Euro für kulturelle Vorhaben),
- 103,188 Millionen Euro für Beiträge an internationale Organisationen und
- 219,125 Millionen Euro für die Austrian Development Agency GmbH (ADA) und den Auslandskatastrophenfonds (AKF) budgetiert.



Budget 2010-2024 in Millionen Euro

Jahr	Budget des BMEIA	Anteil des BMEIA-Budgets am Bundesbudget in %
2010	440,902	0,62 %
2011	427,100	0,61 %
2012	409,361	0,56 %
2013	402,654	0,54 %
2014	418,777	0,55 %
2015	409,141	0,55 %
2016	427,993	0,56 %
2017	551,914	0,71 %
2018	502,628	0,64 %
2019	508,417	0,64 %
2020	495,996	0,45 %
2021	549,910	0,53 %
2022	610,382	0,57 %
2023	635,464	0,55 %
2024	677,181	0,55 %

9.3 Weltweite Infrastruktur und Digitalisierung

Infrastruktur

Das Immobilienportfolio des BMEIA umfasst **220 Liegenschaften** und **mehr als 300 Objekte**. Diese dienen als Amtsräumlichkeiten für Botschaften, Generalkonsulate, Kulturforen und Vertretungen bei internationalen Organisationen sowie zu Wohn- und Repräsentationszwecken. Etwas mehr als die Hälfte der Objekte ist angemietet, die übrigen gehören der Republik Österreich.

Die Facility-Management-Strategie des BMEIA setzt auf Funktionalität, Sicherheit und Wirtschaftlichkeit. Besonders bei Sanierungen und Neubauten liegt der Fokus auf Energieeffizienz, dem Einsatz erneuerbarer Energien und ökologischen Aspekten.

Um Synergien zu nutzen und Flächen effizienter zu bewirtschaften, arbeitet das BMEIA kontinuierlich an gemeinsamen Unterbringungslösungen. Diese Kooperationen erfolgen sowohl mit österreichischen Institutionen als auch mit Vertretungen anderer europäischer Staaten und dem Europäischen Auswärtigen Dienst. Aktuell gibt es vier aktive Kollokationen. An 56 Standorten weltweit sind 103 österreichische Partnerorganisationen untergebracht, darunter andere Ministerien, die Wirtschaftskammer Österreich (WKÖ), das Österreich-Institut und ein OeAD-Kooperationsbüro.

Digitalisierung

Die Digitalisierungsstrategie des BMEIA zielt darauf ab, diplomatische und konsularische Prozesse effizienter zu gestalten und Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zu Informationen und Dienstleistungen zu erleichtern – unter Einhaltung höchster Datenschutzstandards und Schutzmaßnahmen gegen Cyberbedrohungen. Zu den umgesetzten Maßnahmen 2024 gehören:

- **Einführung von ELAK im Bund weltweit („EiBww"):** Die technischen und organisatorischen Voraussetzungen für den weltweiten Rollout des elektronischen Akts (ELAK) an österreichischen Vertretungsbehörden wurden geschaffen. Der Einsatz ab dem 1. Quartal 2025 soll die Kommunikation mit der Zentrale vereinfachen, Abläufe vereinheitlichen und die Sicherheit erhöhen.

- **IT Service Management:** Standardisierte Service-Prozesse für Incident-Management, Asset-Management und Dokumentation werden eingeführt, um die Servicequalität und Transparenz zu steigern.
- **Projekt Trinity:** Die weltweite IP-Telefonie wird modernisiert. Veraltete Anlagen an den Vertretungsbehörden werden durch ein neues, sicheres Clusterdesign ersetzt, das den aktuellen technischen Standards entspricht.

9.4 Vertretungsbehörden und Honorarkonsulate

Dienststellen des BMEIA	**Stand 31.12.2024**
Bilaterale Botschaften	84
Ständige Vertretungen bei Internationalen Organisationen	6
Generalkonsulate	10
Selbständige Kulturforen	1
Sonstige Vertretungsbehörden	3
Gesamt	**104**

Das BMEIA unterhält 104 Berufsvertretungsbehörden. Ergänzend dazu gibt es zehn Koordinationsbüros der Austrian Development Agency (**ADA**), der Agentur der Österreichischen Entwicklungszusammenarbeit (**OEZA**).

Am 13. September eröffnete Bundesminister Alexander Schallenberg im Rahmen seines Besuchs in Ghana feierlich die Österreichische Botschaft in Accra.

Weltweit unterstützen **rund 340 Honorarkonsulate** die Berufsvertretungsbehörden. Neue Honorarkonsulate wurden in Dar Es Salaam (Tansania), Dili (Timor-Leste), Dschibuti (Dschibuti), Fort-de-France (Martinique, Frankreich), Heerlen (Niederlande), Libreville (Gabun) und Porches (Portugal) eröffnet. Zudem nahmen die Honorarkonsulate in Anchorage, Detroit und Portland (USA), Funchal (Portugal), Lyon (Frankreich), Mauren (Liechtenstein), Regina (Kanada) und St. Gallen (Wittenbach, Schweiz) wieder ihren Betrieb auf. Das Honorargeneralkonsulat in Helsinki (Finnland) wurde hingegen dauerhaft geschlossen.

Von 10. bis 12. April fand die Honorarkonsulartagung 2024 in Wien statt. Rund 200 Vertreterinnen und Vertreter österreichischer Honorarkonsulate nutzten die Gelegenheit zum fachlichen Austausch und zur Vernetzung.

9.5 Organigramm

PLATZHALTER - Siehe Excel-File

9.6 Österreichische Dienststellen (Berufsvertretungen) und deren Leiterinnen und Leiter

ÄGYPTEN Eritrea, Sudan	ÖB Kairo*	Mag. Georg PÖSTINGER
ALBANIEN	ÖB Tirana	Mag.ª Monika ZACH, MA
ALGERIEN Niger	ÖB Algier	Mag.ª Christine MOSER
ARGENTINIEN Paraguay, Uruguay	ÖB Buenos Aires	Dr. Andreas MELAN
ASERBAIDSCHAN Turkmenistan	ÖB Baku	Mag. Thomas SCHULLER-GÖTZBURG
ÄTHIOPIEN Dschibuti, Kongo, Uganda, Südsudan	ÖB Addis Abeba	Dr.in Simone KNAPP
AUSTRALIEN Fidschi, Kiribati, Marshall-Inseln, Mikronesien, Nauru, Neuseeland, Papua-Neuguinea, Salomonen, Samoa, Tonga, Tuvalu, Vanuatu	ÖB Canberra	Mag.ª Elisabeth KÖGLER
BELARUS	ÖB Minsk	Dr. Ronald STURM

BELGIEN	ÖB Brüssel*	Mag. Jürgen MEINDL
BOSNIEN und HERZEGOWINA	ÖB Sarajewo*	Mag. Georg DIWALD
BRASILIEN Suriname	ÖB Brasilia GK Sao Paulo	Mag. Dr. Stefan SCHOLZ Gerent Christian SIEGL
BULGARIEN	ÖB Sofia	Mag.[a] Andrea IKIC-BÖHM
CHILE	ÖB Santiago de Chile	Mag. Werner SENFTER
CHINA Mongolei	ÖB Peking* GK Hongkong GK Shanghai GK Chengdu Österreich Büro Taipei	Mag. Dr. Andreas RIECKEN Mag. Dr. Gerhard ZETTL Helmut RAKOWITSCH Günther LAZELSBERGER Christian HELBIG
DÄNEMARK Island	ÖB Kopenhagen	Mag.[a] Dr.[in] Alice IRVIN
DEUTSCHLAND	ÖB Berlin* GK München	Mag. Dr. Michael LINHART Dr.[in] Eva Maria ZIEGLER
ESTLAND	ÖB Tallinn	Mag. Peter MIKL
FINNLAND	ÖB Helsinki	Dr. Herbert PICHLER
FRANKREICH Monaco	ÖB Paris* GK Strassburg	Barbara KAUDEL-JENSEN, MA Mag. Andreas LINS
GHANA	ÖB Accra	Mag. Jürgen HEISSEL
GEORGIEN Armenien	ÖB Tiflis	Dr. Robert GERSCHNER
GRIECHENLAND	ÖB Athen	Mag.[a] Gerda VOGL
GROSSBRITANNIEN und NORDIRLAND Kanalinseln und Isle of Man	ÖB London*	Mag. Bernhard WRABETZ
HEILIGER STUHL San Marino, Malteser	ÖB Heiliger Stuhl	Mag. Dr. Marcus BERGMANN

Ritterorden		
INDIEN Bangladesch, Bhutan, Malediven, Nepal, Sri Lanka	ÖB New Delhi*	Mag.ª Katharina WIESER
INDONESIEN Timor-Leste	ÖB Jakarta	Mag. Dr. Thomas LOIDL
IRAN	ÖB Teheran*	Mag. Wolf Dietrich HEIM
IRLAND	ÖB Dublin	Mag.ª Melitta SCHUBERT
ISRAEL	ÖB Tel Aviv*	Mag. Nikolaus LUTTEROTTI
IRAK	ÖB Bagdad	Mag. Dr. Andrea NASI
ITALIEN	ÖB Rom* GK Mailand*	Dr. Martin EICHTINGER Mag. Wolfgang Lukas STROHMAYER
JAPAN	ÖB Tokio*	Geschäftsträger ad interim Mag. Michael RENDI
JORDANIEN	ÖB Amman	Dr.in Marieke ZIMBURG
KANADA Jamaika	ÖB Ottawa*	Mag. Andreas RENDL
KASACHSTAN Kirgisistan, Tadschikistan	ÖB Astana	vakant
KATAR	ÖB Doha	MMag.ª Erika BERNHARD
KENIA Burundi, Komoren, DR Kongo, Ruanda, Seychellen, Somalia, Tansania, Sambia, Malawi	ÖB Nairobi	Mag. Dr. Christian FELLNER
KOLUMBIEN Barbados, Ecuador,	ÖB Bogotá	Dr. Gerhard DOUJAK

Guyana, Panamá, Trinidad und Tobago		
KOREA DVR Korea	ÖB Seoul	Dr. Wolfgang ANGERHOLZER
KOSOVO	ÖB Pristina	Mag. Georg SCHNETZER
KROATIEN	ÖB Agram*	Dr. Markus Josef WUKETICH
KUBA Dominikanische Republik, Haiti, Antigua und Barbuda, Dominica, Grenada, St. Kitts und Nevis, St. Lucia, St. Vincent und die Grenadinen, Venezuela	ÖB Havanna	Mag.ª Gabriele MEON-TSCHÜRTZ
KUWAIT Bahrain	ÖB Kuwait	Mag. Ulrich FRANK
LIBANON	ÖB Beirut	Dr.in Franziska HONSOWITZ-FRIESSNIGG
LIBYEN	ÖB Tripolis	Mag.ª Barbara GROSSE, E.MA
LUXEMBURG	ÖB Luxemburg	Dr.in Karin PROIDL
MALAYSIA Brunei Darussalam	ÖB Kuala Lumpur	Mag. Andreas LAUNER
MAROKKO Mauretanien	ÖB Rabat	Dr.in Anna JANKOVIC
MEXIKO Belize, Costa Rica, El Salvador, Guatemala, Honduras, Nicaragua	ÖB Mexiko*	Drin. Elisabeth KEHRER
MOLDAU	ÖB Chisinau	Mag.ª Stella AVALLONE
MONTENEGRO	ÖB Podgorica	Dr. Christian STEINER
NIEDERLANDE	ÖB Den Haag	Mag. Engelbert THEUERMANN

NIGERIA Äquatorialguinea, Benin, Gabun, Kamerun, Togo, Tschad, São Tomé und Príncipe, Zentralafrikanische Republik	ÖB Abuja	MMag. Thomas SCHLESINGER, MSc
NORDMAZEDONIEN	ÖB Skopje	Mag. Martin PAMMER
NORWEGEN	ÖB Oslo	Dr. Stefan PEHRINGER
OMAN Jemen	ÖB Maskat	Mag. Christophe CESKA
PAKISTAN Afghanistan	ÖB Islamabad	Mag.ª Andrea WICKE
PERU Bolivien	ÖB Lima	Mag.ª Renate KOBLER
PHILIPPINEN Palau	ÖB Manila	Dr. Johann BRIEGER, MBA
POLEN	ÖB Warschau* GK Krakau	Mag. Andreas STADLER Mag. Martin GÄRTNER
PORTUGAL Cabo Verde	ÖB Lissabon	Mag. Christoph MERAN
RUMÄNIEN	ÖB Bukarest*	Mag.ª Ulla KRAUSS-NUSSBAUMER
RUSSLAND	ÖB Moskau*	Mag. Dr. Werner ALMHOFER
SAUDI-ARABIEN	ÖB Riyadh	Dr. Oskar WÜSTINGER
SCHWEDEN	ÖB Stockholm	Mag.ª Doris DANLER
SCHWEIZ	ÖB Bern*	Dr.in Maria ROTHEISER-SCOTTI
SENEGAL Burkina Faso, Côte d'Ivoire, Gambia, Guinea, Guinea-Bissau, Liberia, Mali,	ÖB Dakar	Mag.ª Ursula FAHRINGER

Sierra Leone		
SERBIEN	ÖB Belgrad*	Mag. Christian EBNER
SINGAPUR	ÖB Singapur	Mag. Peter GUSCHELBAUER
SLOWAKEI	ÖB Pressburg*	Mag. Johannes WIMMER
SLOWENIEN	ÖB Laibach*	Dr. Konrad BÜHLER
SPANIEN Andorra	ÖB Madrid*	Mag. Enno DROFENIK
SÜDAFRIKA Angola, Botsuana, Eswatini, Lesotho, Madagaskar, Mauritius, Mosambik, Namibia, Simbabwe	ÖB Pretoria*	Mag.ª Romana KÖNIGSBRUN
SYRIEN	ÖB Damaskus	Mag.ª Isabel RAUSCHER
THAILAND Kambodscha, Laos, Myanmar	ÖB Bangkok	Mag. Wilhelm DONKO
TSCHECHISCHE REPUBLIK	ÖB Prag*	Dr.in Bettina KIRNBAUER
TUNESIEN	ÖB Tunis	Mag. Stephan VAVRIK
TÜRKEI	ÖB Ankara GK Istanbul*	Mag.ª Gabriele JUEN, LL.M. Josef SAIGER, BA, MA
UKRAINE	ÖB Kyjiw*	Mag. Arad BENKÖ
UNGARN	ÖB Budapest*	Mag.ª Astrid HARZ
VEREINIGTE ARABISCHE EMIRATE	ÖB Abu Dhabi	Dr. Etienne BERCHTOLD
VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA Bahamas	ÖB Washington* GK Los Angeles GK New York KF New York GK San Francisco	MMag.ª DDr.in Petra SCHNEEBAUER Mag. Dr. Michael POSTL Mag.ª Helene STEINHÄUSL Dr.in Susanne KEPPLER-SCHLESINGER Isabella TOMAS, MA

VIETNAM	ÖB Hanoi	Mag. Philipp AGATHONOS
ZYPERN	ÖB Nikosia	Dr.in Susanne BACHFISCHER
LETTLAND (Sitz in Wien)	ÖB Lettland	Mag.a Bernadette KLÖSCH
LIECHTENSTEIN (Sitz in Wien)	ÖB Liechtenstein	Mag.a Katharina KASTNER, MA, MPA
LITAUEN (Sitz in Wien)	ÖB Litauen	Mag.a Yvonne TONCIC-SORINJ
MALTA (Sitz in Wien)	ÖB Malta	Mag. Martin HERMGES
USBEKISTAN (Sitz in Wien)	ÖB Usbekistan	Mag. Matthias RADOSZTICS

*): Vertretungsbehörde mit Kulturforum

Ständige Vertretung bei den VN in New York	Mag. Dr. Alexander MARSCHIK
Ständige Vertretung beim Büro der VN und den Spezialorganisationen in Genf	Dr.in Désirée SCHWEITZER
Ständige Vertretung bei den VN, IAEO, UNIDO und CTBTO in Wien	Mag.a Dr.in Gabriela SELLNER
Ständige Vertretung bei der EU in Brüssel	Mag. Dr. Thomas OBERREITER
Ständige Vertretung bei der EU in Brüssel (Politisches und Sicherheitspolitisches Komitee)	Mag. Martin HOJNI
Ständige Vertretung bei der NATO in Brüssel	Mag. Jürgen MEINDL
Ständige Vertretung beim Europarat in Strassburg	Mag.a Aloisia WÖRGETTER
Ständige Vertretung bei der OECD in Paris	Mag. Dr. Gerhard JANDL
Ständige Vertretung bei der UNESCO in Paris	Barbara KAUDEL-JENSEN, MA

Ständige Vertretung bei der OPCW in Den Haag	Mag. Engelbert THEUERMANN
Ständige Vertretung bei der Donaukommission in Budapest	Mag.ª Astrid HARZ
Ständige Vertretung bei der OMT in Madrid	Mag. Enno DROFENIK
Ständige Vertretung bei der WTO in Genf	untersteht dem BMAW
Ständige Vertretung bei der FAO in Rom	untersteht dem BMLFRW

Stand: 31. Dezember 2024

9.7 Diplomatische Akademie Wien

Die Diplomatische Akademie Wien – Vienna School of International Studies ist die älteste Berufsakademie der Welt, die sich der Vorbereitung von Universitäts- und Hochschulabsolventinnen und -absolventen auf internationale Karrieren und Führungspositionen in internationalen Organisationen, der EU, im öffentlichen Dienst sowie in der internationalen Wirtschaft widmet. Sie wird gemäß DA-Gesetz vom Bund erhalten. Im Kuratorium sind Mitarbeitende des BMEIA vertreten, der Vorsitzende ist der Generalsekretär für auswärtige Angelegenheiten Nikolaus Marschik.

Das DA umfasst verschiedene Programme:

- den einjährigen **Diplomlehrgang** mit **29 Studierenden**,
- das zweijährige **Master of Advanced International Studies (MAIS)-Programm** in Kooperation mit der Universität Wien mit **151 Studierenden und 6 Austauschstudierenden**,
- das zweijährige **Master of Environmental Technology and International Affairs (ETIA)-Programm** in Zusammenarbeit mit der TU Wien mit **40 Studierenden**,
- das zweijährige **Master of Digital International Affairs (DIA)-Programm** mit der Universität Innsbruck mit **11 Studierenden**,
- sowie das **PhD-Programm** mit der Universität Wien mit **6 Studierenden**.

Im Studienjahr **2023/24** waren **201 Studierende aus 53 Ländern** an der DA inskribiert. Für das Studienjahr **2024/25** stieg die Zahl auf **237 Studierende aus 64 Ländern**, die aus allen Kontinenten stammen.

Zum Start des Studienjahres 2024/25 fanden im Wiener Rathaus Feierlichkeiten zu mehreren Jubiläen statt: 270 Jahre Orientalische Akademie, 60 Jahre Diplomatische Akademie Wien und 250 Jahre Joseph von Hammer-Purgstall. Die Festrede hielt der VN-Hochkommissar für Menschenrechte, Volker Türk, begleitet von Ansprachen des Generalsekretärs für auswärtige Angelegenheiten Nikolaus Marschik und des Wiener Bürgermeisters Michael Ludwig.

Die DA pflegt zahlreiche **internationale Kooperationen**. Neben bestehenden Abkommen mit der Johns Hopkins University – SAIS Europe und der Fletcher School of Law and Diplomacy bietet das MAIS-Programm mehrmonatige Austauschprogramme mit führenden Universitäten wie der

Stanford University, Hebrew University of Jerusalem (HUJ), Korea University's Graduate School of International Studies (KUGSIS), Renmin University of China und der Université Paris 1 Panthéon-Sorbonne.

Im Studienjahr fanden **Studienreisen** mit inhaltlicher Unterstützung der jeweiligen österreichischen Botschaften statt. Die Reisen führten unter anderem zu den EU-Institutionen in Brüssel, zu den Vereinten Nationen und anderen internationalen Organisationen in Genf, in mehrere Westbalkan-Staaten (Bosnien und Herzegowina, Serbien, Kosovo, Albanien, Montenegro) sowie in die Autonome Region Kurdistan-Irak (KRG), organisiert von der dortigen KRG-Vertretung in Wien.

Stipendien spielen eine zentrale Rolle für die internationale Wettbewerbsfähigkeit der DA. Dank der Austrian Development Agency (ADA) erhielten sieben Studierende aus Armenien, Belarus, Bosnien und Herzegowina, Georgien und Ghana eine finanzielle Förderung. Zusätzlich wurden 61 weitere Studierende durch Stipendien der DA und Privatsponsoren unterstützt. Eine Studentin aus den USA wurde mit dem renommierten „Fulbright-Diplomatic Academy Student Award" ausgezeichnet.

Berufsbegleitende Aus- und Fortbildungsprogramme an der Diplomatischen Akademie Wien

Die Diplomatische Akademie Wien (DA) führte eine Reihe berufsbegleitender Aus- und Fortbildungsprogramme für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des BMEIA sowie der öffentlichen Verwaltung durch. Teilnehmende kamen aus Südosteuropa, der Schwarzmeerregion und dem Südkaukasus aus Ägypten, Ghana, Kuwait, Saudi-Arabien und der Ukraine. Darüber hinaus unterstützte die DA das BMEIA bei der **Organisation und Durchführung der Austrian Leadership Programs (ALPS)** und organisierte im Auftrag des Ministeriums ein Besuchsprogramm im Rahmen des **„Austrian American Media Fellowship Program"**.

Der **Sommerkurs für deutsche Sprache und österreichische Kultur** zog 16 Teilnehmende aus elf Ländern an. Zusätzlich bot die DA zwei berufsbegleitende **Online-Deutschkurse** an. Sie organisierte außerdem spezielle Trainingsmodule für die Freie Universität Brüssel (Sommerschule) und die Long Island University sowie Fortbildungen für das österreichische Patentamt und die Caritas.

Öffentliche Veranstaltungen und Konferenzen

An der DA fanden rund **125 öffentliche Veranstaltungen** statt, bei denen internationale Expertinnen und Experten über aktuelle außenpolitische Themen diskutierten.

Zu den Rednerinnen und Rednern zählten unter anderem der Präsident von Montenegro, der Premierminister von Nordmazedonien, die stellvertretende Premierministerin und Außenministerin des Kosovo, der stellvertretende Premierminister und Außenminister von Moldau, die Außenministerin von Finnland, der Außenminister von Costa Rica, die Vize-Außenminister von Australien, Ecuador und Uruguay sowie der Präsident der 78. VN-Generalversammlung.

Die DA war Gastgeberin und Mitveranstalterin wichtiger Konferenzen, darunter:

- „International Economic Law and Human Rights – From Conflict to Cooperation“
- „Digital Diplomacy: The Influence of New and Emerging Technologies on International Diplomacy (DASICON)“
- „Trafficking in Human Beings – A Private Matter?“ (Konferenz gegen Menschenhandel)
- Das 28. Europaforum Wien „Europe’s Future – Time to Decide, Time to Act“

Fortgeführt wurden zudem die Veranstaltungsreihen „Peaceful Change“ mit der Österreichischen Forschungsgemeinschaft sowie die Werkstattgespräche mit dem Zukunftsfonds der Republik Österreich.

International Forum on Diplomatic Training (IFDT)

Vom 8. bis 11. Oktober fand das jährliche Treffen des International Forum on Diplomatic Training (**IFDT**) statt, einem Netzwerk der Direktorinnen und Direktoren diplomatischer Akademien und ähnlicher Ausbildungsstätten. Die Veranstaltung wurde von der Diplomatischen Akademie Montenegros ausgerichtet und bot rund 80 Mitgliedern die Möglichkeit, sich über aktuelle Trends in der diplomatischen Ausbildung auszutauschen.

Forschung und Lehre mit Fokus auf Sicherheitspolitik

Die DA setzte ihre wissenschaftliche Arbeit mit einem klaren Fokus auf aktuelle **außenpolitische Prioritäten** fort. Ein besonderer Schwerpunkt lag auf **österreichischer und europäischer Sicherheitspolitik**, die in Forschung, Lehre und öffentlicher Vermittlung intensiv behandelt wurden.